

Relative Gewinne als Kooperationshindernis in den Internationalen Beziehungen

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde der
Philosophischen Fakultät III
der
Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Vorgelegt von
Holger Kopp-Musick
aus Würzburg

2005

Erstgutachter: Prof. Dr. Adolf Kimmel
Zweitgutachter: Prof. Dr. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet
Tag des Kolloquiums: 24.11.2005

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zielsetzung	7
1.1	Relative Gewinne – ein Kooperationshindernis?	7
1.2	Die Untersuchung im Überblick	9
2	Das theoretische Fundament internationaler Politik	13
2.1	Kooperation als Erkenntnisinteresse	13
2.2	Abstraktion der Realität durch Theorien	15
2.3	Modellbildung und empirische Analyse	18
3	Theorieleistung und politische Realität	23
3.1	Kooperation als Auftrag	23
3.2	Realismus und politische Realität	27
3.2.1	Selbsterhaltung als Kern des Politischen	28
3.2.2	Macht und nationales Interesse	31
4	Systematik neorealistischer und neoliberaler Theorien	33
4.1	Kooperationstheoretische Abgrenzung zum Realismus	34
4.2	Struktureller Realismus und neoliberale Integrationsleistung	39
4.2.1	Anarchie als systemisches Ordnungsprinzip	44
4.2.2	Akteure und Struktur	46

4.2.3	Handlungskonsequenzen und Beziehungsordnung	50
4.3	Kooperation im Lichte neorealistischer Axiome	56
5	Relative Gewinne im Kooperationskontext	63
5.1	Begriffe und Anwendungen der Spieltheorie	64
5.1.1	Grundlagen spieltheoretischer Modellierung	66
5.1.2	Normalformabstraktionen internationaler Politik	73
5.1.3	Kooperation egoistischer Nutzenmaximierer	80
5.2	Begriffsbestimmung relativer Gewinne	89
5.2.1	Neorealistische Begründung relativer Gewinne	91
5.2.2	Politikfeldzuordnung relativer Gewinne	94
5.3	Interpretationen und Ausprägungen relativer Gewinne	96
5.3.1	Disposition relativer Gewinne	97
5.3.2	Relative Gewinne als Verteilungsfrage	100
5.4	Interdependenzmodelle relativer Gewinne	104
5.4.1	Handlungswahl rationaler Akteure	105
5.4.2	Relative Gewinne im statischen Interdependenzmodell	112
5.4.3	Dynamische Konkurrenz:Operationalisierung relativer Gewinne	123
6	Relative Gewinne in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen	129
6.1	Motivation und Erkenntnisinteresse	129
6.2	Ausgangslage vor dem Beginn politischer Beziehungen	131
7	Etablierung politischer Beziehungen	135
7.1	Kooperationsbedarf und Präferenzen	135
7.1.1	Bilaterale Kooperationsanforderung im strategischenDreieck .	135
7.1.2	Veränderung der strategischen Positionen	138

7.1.3	Innenpolitische Beschränkung der Handlungsfreiheit	140
7.1.4	Neuordnung der strategischen Agenda	145
7.2	Kooperationsinhalte und Beurteilung der Akteure	150
7.2.1	Vertrauensbildende Maßnahmen und Konzessionen	150
7.2.2	Manifestation der antisowjetischen Zusammenarbeit	154
7.2.3	Stillstand der Normalisierungsbestrebungen	159
7.2.4	Neuordnung der strategischen Agenda unter Carter	164
7.2.5	Ausweitung der Kooperation nach der Normalisierung	169
7.3	Zusammenfassung und Bewertung	173
8	Anpassung und Konsolidierung	179
8.1	Kooperationsbedarf und Präferenzen	179
8.1.1	Intensivierung der antisowjetischen Strategie	179
8.1.2	Konsolidierung der amerikanischen Position	182
8.1.3	Auflösung des strategischen Dreiecks	185
8.2	Kooperationsinhalte und Beurteilung der Akteure	188
8.2.1	Taiwan: Prüfstein der Kooperationsentwicklung	188
8.2.2	Rüstungsexporte und nukleare Proliferation	197
8.2.3	Das amerikanische Handelsdefizit: Beginn eines Disputs	203
8.3	Zusammenfassung und Bewertung	204
9	Revision der Kooperation: Konfliktreiche Normalität	207
9.1	Kooperationsbedarf und Präferenzen	207
9.1.1	Entfall des strategischen Fundaments	207
9.1.2	Innenpolitische Entwicklung als Kooperationshindernis	213
9.1.3	Amerikanische Bewährungsauflagen	216
9.1.4	Menschenrechte als politisches Programm	221

9.1.5	Konfliktreiche Normalität	227
9.2	Kooperationsinhalte und Beurteilung der Akteure	231
9.2.1	Sanktionen und reduzierte Kooperation	231
9.2.2	Versagen der strategischen Gleichung	240
9.2.3	Linkage zwischen Ökonomie und Menschenrechten	241
9.2.4	Realpolitik: Kooperation im Lichte relativer Gewinne	248
9.3	Zusammenfassung und Bewertung	257
10	Relative Gewinne – ein Kooperationshindernis?	259

Kapitel 1

Einleitung und Zielsetzung

1.1 Relative Gewinne – ein Kooperationshindernis?

Was in den neunziger Jahren unter dem Schlagwort *relative gains* vornehmlich in der amerikanischen Fachliteratur diskutiert wurde, drehte sich um eine bis dahin wenig beachtete Hürde zwischenstaatlicher Zusammenarbeit: Es ging dabei um die Frage, ob ein Staat in der Regel auf die Vorteile einer Kooperation verzichtet, wenn sein Kooperationspartner – per definitionem ein konkurrierender Staat – einen größeren Vorteil aus der Zusammenarbeit erzielt als er selbst.¹ Für die am mikroökonomischen Modell des egoistischen Nutzenmaximierers orientierten Schulen eigentlich eine Unmöglichkeit, denn warum sollte ein Akteur auf Gewinne verzichten, nur um einen Vorteil des Kooperationspartners zu verhindern?

Daß dieses Verhalten jedoch durchaus in der internationalen Politik eine Rolle spielen kann, zeigt eine Umfrage des *Wall Street Journals* vom Juli 1990: Danach zog mit 86 % eine überwältigende Mehrheit der befragten US-Bürger ein langsames, aber ausgewogenes Wirtschaftswachstum sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Japan einem schnelleren vor, sollte letzteres zu einem ökonomischen Vorsprung Japans führen (zit. in Mastanduno 1993:250–251). Bereits mit diesem Beispiel wird ebenso deutlich, daß jene Argumentation auch im Alltagsverständnis nachvollziehbar ist, denn ein Konkurrenzverhältnis, sei es ein Markt oder ein internationales politisches System,

¹Einen Überblick liefert Baldwin (1993a).

wird gerade dadurch charakterisiert, daß die Akteure mit jedweden Mitteln versuchen, ihre Plazierung und ihren Status relativ zu ihren Mitbewerbern mindestens zu halten, meistens jedoch zu verbessern.

Es ist somit offensichtlich, daß in manchen Situationen nicht die Maximierung des eigenen Nutzens, mithin *absoluter Gewinne* forciert wird, sondern der Vergleich mit anderen Akteuren und der relativen Positionierung zu diesen im Mittelpunkt steht, also eher *relative Gewinne* den eigenen Nutzen erhöhen. Doch wirkt sich dieses offenbar unterschiedliche Verhalten auch auf die Entstehung von Kooperation aus?

Die Beantwortung dieser Frage nahm nicht zuletzt deswegen einen breiten Raum in der jüngsten Debatte der Disziplin – zumindest im amerikanischen Sprachraum – ein, weil die Auseinandersetzung zwischen den beiden einflußreichsten Theoriezweigen der Internationalen Beziehungen geführt wurde, zwischen Neorealismus und Neoliberalismus.²

Obwohl diese Debatte in zahlreichen Fachartikeln ihren Niederschlag fand, gelang es nicht, eine allgemein akzeptierte Lösung des Problems zu entwickeln. Vielmehr gelangte man zu dem Eindruck, daß die Disputanten nur bis zu einem gewissen Grade bereit waren, Argumente zusammenzuführen und statt dessen mit einer Zuspitzung auf technische Unzulänglichkeiten nach und nach den Bezug zur eigentlichen Fragestellung verloren. Es ist daher keineswegs so, daß diese Debatte als „weithin obsolete“ (Siedschlag 1997a:1362) Auseinandersetzung zwischen neorealistischen und neoliberalen Ansätzen keinen Erkenntnisgewinn mehr verspricht, da immer noch wesentliche Argumente nicht oder nur unvollständig verstanden worden sind (Forndran 1997b:80).

In der vorliegenden Arbeit soll daher versucht werden, die Diskussion wieder auf die Grundlagen zu stellen, die eine genuin politikwissenschaftliche Diskussion erlauben, ohne auf die technische Entwicklung der Argumentation zu verzichten, die im Laufe der Auseinandersetzung geleistet worden ist. Das schließt insbesondere die spieltheoretische Methodik ein, die zu einem erheblichen Maß zur Modellierung sozialer Situationen in diesem Kontext herangezogen wurde, letztendlich jedoch nicht zum Selbstzweck geraten darf, sondern nur zum Vehikel, um den politikwissenschaftlichen

²Auch wenn einige Autoren, beispielsweise Siedschlag (1997b), den präziseren Terminus *neoliberaler Institutionalismus* anraten, soll aus Gründen der Vergleichbarkeit der in der Debatte verwendete Oberbegriff *Neoliberalismus* beibehalten werden.

Gedankenaustausch zu unterstützen und durch technisch-modellhafte Konzepte zu ergänzen. Wenn daher – nach der notwendigen Grundlegung des neoliberalen und neo-realistischen Gedankenwerks – spieltheoretische Modelle zur Erklärung herangezogen werden, dann geschieht dies stets und ausschließlich mit Blick auf die politikwissenschaftliche Fragestellung.

Eine vollständige Betrachtung der vorliegenden Auseinandersetzung erfordert jedoch ebenso eine empirisch fundierte Ergänzung, die das entwickelte Modell samt seiner Hypothesen entsprechend testet, um seine grundsätzliche Tauglichkeit für die Analyse zu empfehlen. Daß hier gerade das Verhältnis der Vereinigten Staaten zur Volksrepublik China aufgegriffen wird, hängt u.a. mit dem zunehmenden Konkurrenzverhältnis zwischen den beiden Staaten zusammen, das einerseits aus dem klassischen Hegemoniestreben einer Supermacht USA erwächst und zum anderen am Anspruch Pekings, eine aufstrebende Großmacht zu sein, die zum Sprung in den Reigen der Supermächte ansetzt. Gerade hier sollte man die Bedeutung relativer Gewinne beobachten können sowie ihre Auswirkungen auf die Kooperation der beiden Staaten.

1.2 Die Untersuchung im Überblick

Eine empirische Beweisführung und Untersuchung von Fragestellungen der internationalen Politik ist notwendig und aufschlußreich, kann ohne ein theoretisches Fundament aber kaum die Gesetzmäßigkeiten systematisieren, die einen Erkenntnisgewinn versprechen. Gerade die Politikwissenschaft – und insbesondere das Fachgebiet der Internationalen Beziehungen³ – hat oftmals mit dem Vorwurf zu kämpfen, lediglich Alltagswissen zu verwalten, das ohne eine theoretische Begleitung auskommen kann. Untersuchungen zur Problematik relativer Gewinne scheinen aufgrund ihrer Theorielastigkeit daher im Umkehrschluß wenig zu einem Erkenntnisgewinn beizutragen, mangelt es ihnen auf den ersten Blick doch an einer Relevanz für das tägliche Geschehen auf der politischen Bühne.

Und doch ist gerade die internationale Politik ein Feld, das nach jahrhundertelanger Betrachtung im Rahmen der Jurisprudenz letztendlich einen eigenen wissenschaftli-

³Mit dem Ausdruck *Internationale Beziehungen* soll weiterhin die wissenschaftliche Disziplin bezeichnet werden, während *internationale Politik* den Untersuchungsgegenstand spezifiziert.

chen und damit theoretisch fundierten Zugang einforderte, wie die Geschichte der Disziplin zeigt. Gerade die Möglichkeit, Konflikte durch internationale Kooperation zu verhindern, trug zur Gründung des Fachs bei und wurde daher schon frühzeitig theoretisch verarbeitet. Daß theoriegeleitetes Arbeiten auch in einem praxisdominierten Untersuchungsbereich wie der Politik erst einen geordneten Zugang zur Realität erlaubt, ist daher Gegenstand im einführenden *Kapitel 2*.

Mit dem Idealismus wurde ein erster Versuch gewagt, sich der Kooperationsproblematik anzunehmen und sie zu lösen. Obwohl es sich hierbei im wesentlichen nur um ein normatives politisches Programm gehandelt hat und weniger um ein theoretisches, wurde doch deutlich gezeigt, daß der theoretische Zugang zur internationalen Politik nur einen Ausschnitt der Realität abbilden und oftmals aufgrund politischer Ereignisse Relevanz verlieren kann. Diese grundlegende Problematik sozialwissenschaftlicher Theorien wird in *Kapitel 3* anhand des Realismus und dessen kooperationstheoretischen Gegnern exemplarisch dargestellt, da sie die theoretischen Vorläufer der aktuellen Debatte darstellen.

Nach Ansicht des Realismus kann internationale Politik nur begrenzte Kooperationschancen bieten, die sich zudem häufig nur in der Form von Allianzen gegen externe Bedrohungen manifestieren. Mitnichten, argumentierten die Vertreter gängiger Kooperations-theorien wie beispielsweise des Funktionalismus: Kooperation kann sich unter bestimmten Umständen herausbilden und sich sogar gegen die scheinbare Regellosigkeit internationaler Politik durchsetzen. Solche grundsätzlichen Unvereinbarkeiten der verschiedenen Theorien wurden schließlich erst mit dem Aufkommen des Neoliberalismus als Herausforderer des Neorealismus überwunden, wie in *Kapitel 4* gewürdigt wird: Zum ersten Mal konnte durch die Zugrundelegung gemeinsamer Annahmen eine Diskussion geführt werden, die nicht mit völlig unterschiedlichen Sichtweisen einen gemeinsamen Erkenntnisgewinn konkurrierender Theorien verhinderte.

Der Erfolg des Neoliberalismus bestand nicht zuletzt darin, daß er die Axiome neorealistischer Theorien ebenfalls seinem Aussagesystem zugrundelegte, jedoch wesentlich optimistischere Prognosen im Hinblick auf die Kooperationsfähigkeit konkurrierender Staaten treffen konnte. Seine Anwendung spieltheoretischer Methoden trug erheblich zur plakativen Darstellung der „Kooperation unter Egoisten“ bei, legte jedoch auch den Grundstock der Auseinandersetzung um die Relevanz relativer Gewinne. *Kapitel 5*

führt daher von der Beschreibung des neoliberalen Modells egoistischer Nutzenmaximierer hin zur spieltheoretischen Darstellung relativer Gewinne. Daß der Terminus „relative Gewinne“ reichlich Raum für Interpretationen läßt, wird bei einem Versuch der Begriffsbestimmung besonders deutlich und wirkt sich auch auf die Art und Weise der spieltheoretischen Modellierung aus.

Ohne eine empirische Bewertung der propagierten kooperationshindernden Wirkung relativer Gewinne bleibt jedoch auch die engagierteste theoretische Darstellung unvollständig. Die zuvor entworfenen Ideen und Modelle über den Einfluß relativer Gewinne werden daher operationalisiert und auf ihre empirische Tauglichkeit für die Untersuchung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen geprüft. Da gerade in einem Konkurrenzverhältnis die Auswirkungen von *relative gains* deutlich zu beobachten sein sollten, boten sich die Beziehungen zwischen Washington und Peking geradezu an, denn schließlich erwuchs mit den wirtschaftlichen Erfolgen der Volksrepublik ein Konkurrent des Westens, der zu Beginn der neunziger Jahre in zahlreichen Betrachtungen zur „pazifischen Herausforderung“ kritisch beleuchtet wurde. Warum also gerade das Verhältnis zwischen den USA und der Volksrepublik China als Prüfstein der Wirkung relativer Gewinne herhalten muß, wird im *Kapitel 6* ebenso erläutert wie die Grundlagen des bilateralen Verhältnisses nach dem Zweiten Weltkrieg.

Kapitel 7 und *8* befassen sich eingehend mit dem amerikanisch-chinesischen Verhältnis seit Nixons Amtsantritt und der Fragestellung, ob relative Gewinne für das Scheitern kooperativer Fortschritte in den Beziehungen der beiden Staaten verantwortlich gemacht werden können. Beginnend mit der Etablierung des bilateralen Verhältnisses Anfang der siebziger Jahre und der Normalisierung 1979 mußte das Verhältnis bis zu seiner Festigung nicht wenige Spannungen überstehen, zeigte sich trotz einiger Krisen jedoch stabiler als erwartet.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts 1989 entfiel auch das strategische Fundament und der „Kitt“ dieser Beziehungen, wodurch insbesondere in den USA diejenigen Seiten des Partners kritisch beleuchtet wurden, die bis dahin kaum eine Rolle spielten: Wirtschaftliche Erfolge der Volksrepublik bereiteten den USA zunehmend Sorge, während die Mißachtung der Menschenrechte durch das Pekinger Regime auch eine immer lautere Kritik der amerikanischen Öffentlichkeit zur Folge hatte. Die gewaltsame Niederschlagung der Demokratiebewegung auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“

markierte schließlich den Höhepunkt dieser kritischen Auseinandersetzung und führte zu einer merklichen Abkühlung des Verhältnisses und neuen Distanz beider Staaten. *Kapitel 9* stellt daher für die ursprüngliche Hypothese, wonach eine verstärkt wahrgenommene Konkurrenz zu einem stärkeren Einfluß relativer Gewinne führen sollte, einen besonderen Prüfstein dar.

Die Untersuchung schließt mit einem Fazit: Daß zum einen die Form relativer Gewinne ebenso mannigfaltig sein kann wie ihre Wirkung auf kooperative Vereinbarungen wird ebenso subsumiert wie zum anderen die Frage, ob und in welchem Maße *relative gains* für das Scheitern internationaler Zusammenarbeit verantwortlich gemacht werden können. Daß das Argument Kenneth N. Waltz' keineswegs eindeutige Schlußfolgerungen zuläßt und unerwartete Einsichten bietet, sollte nach den vorangegangenen Ausführungen nicht überraschen.

Kapitel 2

Das theoretische Fundament internationaler Politik

2.1 Kooperation als Erkenntnisinteresse

Nur die wenigsten Fragen, die sich aus der Betrachtung sozialer Phänomene ergeben, lassen sich klar und eindeutig beantworten. Ob beispielsweise eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik tatsächlich ein konjunkturelles Wachstum fördert oder ob die therapeutische Betreuung eines Straftäters wirklich einen kriminellen Rückfall verhindern hilft, können weder Ökonomen noch Psychologen mit Sicherheit beantworten. Einem empirisch-analytisch geprägten Erkenntnisinteresse folgend ist es jedoch Aufgabe der Wissenschaft, verwertbare und nützliche Forschungsergebnisse zu präsentieren (Hartfiel und Hillmann 1982:179–189) und daher zumindest Wahrscheinlichkeitsaussagen zu erarbeiten, die einen Teil der Realität erklären helfen und diese damit beeinflussbar machen.

In ebendieser Art beschäftigen sich auch die Internationalen Beziehungen als Teilgebiet der Politikwissenschaft mit der Beantwortung klärungsbedürftiger Fragen, und eine der am häufigsten gestellten und drängendsten ist die nach der Entstehung internationaler Kooperation. Kooperation gilt dabei als Ausweis und Kennzeichen eines friedfertigen internationalen Systems und es verwundert nicht, daß das Aufzeigen von friedensfördernden Wegen in der internationalen Politik zur Begründung der Internationalen Beziehungen als akademischer Disziplin geführt hatte. Wie Kooperation ohne

gemeinsames Regelwerk und ohne eine zentrale Autorität entstehen kann, gehört nicht nur wegen des normativen Interesses zu ihren zentralen Anliegen, sondern auch und gerade wegen der Existenz kooperativer Formen in der politischen Realität (Forndran 1997b:82–83).

Da Kriege und Konflikte ständige Wegbegleiter internationaler Politik sind, sollte eine wissenschaftliche Untersuchung des Analysegegenstandes internationale Politik auch Möglichkeiten aufzeigen, wie die Konflikthäufigkeit gemindert werden kann und welche Wege offenstehen, Interessengegensätze gewaltfrei zu lösen. Begreift man Kooperation als eine konfliktmindernde Alternative, müßte sich das Forschungsinteresse somit auch daran ausrichten, Chancen internationaler Zusammenarbeit darzulegen (Czempiel 1991:129).

Doch wie zahlreiche sozialwissenschaftlich relevante Prozesse ist auch die internationale Politik als Produkt sozialer Beziehungen kein physisch greifbarer Gegenstand, der sich exakt messen läßt und die Aufstellung unangreifbarer Gesetzmäßigkeiten und Verhaltensvorschriften erlaubt. Auf welchem Weg Kooperation erreicht werden kann, ist daher Gegenstand zahlreicher Theorien der Internationalen Beziehungen, die sowohl Hindernisse als auch kooperationsfördernde Verhaltensweisen in den Beziehungen der Staaten aufzeigen wollen.

Zwischenstaatliche Zusammenarbeit in der internationalen Politik kann in vielfältiger Art und Weise beobachtet werden, sei es etwa in der Form von Freihandelszonen, supranationalen Organisationen oder auch militärischen Allianzen; zumeist steht dahinter die Erkenntnis, daß sich zahlreiche Herausforderungen nicht mehr in nationalstaatlicher Abgeschlossenheit meistern lassen, sondern oftmals multilaterale Verhandlungen fordern. Doch schon hier zeigen sich die Grenzen des Alltagsverständnisses von internationaler Zusammenarbeit: Genschel und Plümper (1996) können am Beispiel der internationalen Bankenregulierung zeigen, daß internationale Verhandlungen nicht nur förderlich für das Zustandekommen von Kooperation sind, sondern durchaus auch die Entstehung von Kooperation verhindern können – ein Umstand, der bei der Erklärung internationaler Kooperation oftmals übersehen wird.

Auf welche Weise internationale Kooperation gefördert und erreicht werden kann und welche Hindernisse dem entgegenstehen, wird in der Theorie der Internationalen Beziehungen daher kontrovers beurteilt. Herausragend ist dabei, daß diese Kontroverse

schon seit den Gründungstagen der Disziplin anhält und noch zu keiner allgemein akzeptierten Lösung geführt hat. Auch die vom Neorealismus propagierte kooperationshindernde Wirkung relativer Gewinne steht in der Tradition jener Auseinandersetzungen um Chancen und Hindernisse internationaler Zusammenarbeit, die nachgerade zu den konstituierenden Elementen der Disziplin gezählt werden dürfen, nachdem internationale Zusammenarbeit bzw. ihr Fehlen zu den Auslösern einer akademischen Betrachtung internationaler Politik geführt hatten.

Der Begriff „Kooperation“ täuscht jedoch eine positive Bewertung vor, die pauschal nicht gerechtfertigt ist, denn der Zweck, den eine Zusammenarbeit verschiedener Akteure verfolgt, muß nicht ethisch begründet werden. Vielmehr sollte eine Definition das neutrale Konzept der Kooperation unterstreichen und sie daher eher als „conscious policy coordination“ (Oye 1996:83) begreifen.¹

Keohane (1984) erinnert daher zu Recht daran, nicht dem naiven Gedanken zu erliegen, daß Kooperation notwendigerweise die Verbreitung menschlicher Werte in der internationalen Politik fördert, doch sei immerhin gewiß, daß eine effektivere Koordination der nationalen Politiken oftmals von Vorteil wäre: “People may disagree on what forms of international cooperation are desirable and what purpose they should serve, but we can all agree that a world without any cooperation would be dismal indeed (Keohane 1984:11).”

2.2 Abstraktion der Realität durch Theorien

Wie eingangs erwähnt, handelt es sich beim Problem relativer Gewinne um eine Fragestellung, die hauptsächlich auf konzeptioneller Ebene und weniger auf empirischer geführt wurde. Der mancherorts kritisierte fehlende Praxisbezug solcher Auseinandersetzungen darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein empirischer Beweis gerade dann wirkungslos bleibt, wenn es an einer zugrundeliegenden Theorie mangelt oder die entsprechenden Hypothesen und Definitionen noch umstritten sind.

Gerade die Auseinandersetzung um die Bedeutung relativer Gewinne für das Kooperationsverhalten von Akteuren (Staaten) ließ vielfach erkennen, daß theoretische Kon-

¹Diese Definition findet sich in ähnlicher Form auch bei Keohane (1984:51–52).

strukture teilweise willkürlich herangezogen wurden, wenn sie gerade der Argumentation dienten. Ein Gutteil der Diskussion wurde damit zugebracht, einander mangelndes Verständnis für die eigene theoretische Position vorzuwerfen (exemplarisch Grieco et al. 1993).

Auch wenn Debatten, die gedankliche Konstrukte wie Theorien zum Inhalt haben und widersprechende Hypothesen scheinbar losgelöst von der Realität argumentativ verarbeiten, dem ersten Anschein nach ein wenig vielversprechender Versuch sind, auf drängende politische Fragestellungen eine Antwort zu geben, so ist doch gerade in den Internationalen Beziehungen eine stärkere Begleitung empirischer Arbeiten durch eine theoretische Basis wünschenswert. Problematisch ist diese Forderung nach einem Mehr an Theorie deshalb, weil gerade in der Politik vielfach ein soziales Phänomen gesehen wird, das sich einer wissenschaftlichen Untersuchung scheinbar widersetzt und durch ein solides Alltagsverständnis begriffen werden könnte, welches bereits eine fundierte Analyse des politischen Prozesses ermöglichen würde.

Dennoch bietet gerade die Politik immer wieder überraschende Wendungen, ohne dabei jedoch völlig regellos zu erscheinen. Diese Regeln zu identifizieren erfordert eine gewisse Systematik, da ansonsten ein nicht überschaubarer Raum an Fakten und möglichen Variablen den Zugang erschwert. Der Begriff „Variable“ deutet bereits an, daß nicht jede Randbedingung ein bestimmtes politisches Verhalten beeinflußt und damit zu einer Erklärung beiträgt. Vielmehr ergeben sich erst durch eine Theorie Möglichkeiten, diesen Fluß an Vorkommnissen zu kanalisieren und Wege aufzuzeigen, wie bestimmte politische Handlungen erklärt – und womöglich auch initiiert – werden können.

Das Wissen um solche Möglichkeiten stellt sich jedoch nur durch Beobachtung und Erklärung des Untersuchungsgegenstandes ein, denn erst dann lassen sich allgemeine Regeln aufstellen sowie systematische Wirkungszusammenhänge entdecken. Erst dieses Aufdecken der miteinander verwobenen Ursachen und Wirkungen genügt einem wissenschaftlichen Anspruch, der sich in der Niederlegung einer überprüfbar und kritisierbaren Theorie manifestiert. Es ist zunächst die Theorie, die unser Wissen erweitert, da sie Erklärungen für Phänomene liefert und diese Erklärungen systematisiert. Wie die Beispiele Astrophysik und Relativitätstheorie zeigen, muß eine Theorie nicht notwendigerweise durch ein physisch erfahrbares Ereignis ihre Gültigkeit erwei-

sen, es ist vielmehr ausreichend, wenn sie ein logisches und widerspruchsfreies Gerüst bis zur ersten Falsifikation liefert.

Theorien, also „Sätze von Aussagen, die in einem logischen Zusammenhang stehen und die beanspruchen, der Wirklichkeit in überprüfbarer oder nachvollziehbarer Weise strukturell zu entsprechen“ (Haftendorn 1990:481), helfen mittels geeigneter Instrumentarien die Vielfalt der wahrgenommenen Realität begreifbar und überschaubar zu machen, können als Konstrukt eines logischen Erkenntnisprozesses jedoch nie Allgemeingültigkeit beanspruchen. Sozialwissenschaftliche Theorien sollten sich darüber hinaus durch bestimmte „Qualitätsmerkmale“ auszeichnen, also logisch konsistent und präzise sein, eine empirische Überprüfung erlauben und einen gewissen Grad an Originalität aufweisen (Walt 1999:12–13).

Die Systematisierung eines Forschungsgegenstandes wie der internationalen Politik trägt weiterhin dazu bei, die anfangs entmutigende Komplexität zu reduzieren. Eine solche Komplexitätsreduktion basiert auf dem zielgerichteten Weglassen unerheblicher – d.h. im Sinne der Theorie nicht relevanter – Faktoren und der Auswahl bestimmter Variablen. Diese Auswahl setzt bereits ein Vorverständnis des Forschungsgebiets voraus und begrenzt es dadurch auf einen gewollten Ausschnitt. Erst diese Begrenzung auf das Wesentliche erlaubt eine Klassifizierung und die Bildung voneinander abhängiger Hypothesen und Theoreme, deckt damit aber auch nur einen bestimmten Teil der Realität ab. Der mancherorts geäußerte Vorwurf, daß eine Theorie wie z.B. der Neorealismus nur einen Ausschnitt der Realität abbildet und daher manche Phänomene notwendigerweise nicht erklären kann (beispielsweise Forndran 1997b:32), ist daher unangebracht, kann er doch jeder Theorie ihrem Sinne nach unterstellt werden.

Durch die Filterung realer Phänomene und deren Abbildung in einem Hypothesenset laufen Theorien aber auch Gefahr, durch bisher nicht beobachtete Ereignisse mit Anomalien konfrontiert zu werden, die sich nicht mit dem ausgewählten Werkzeug erklären lassen. Im äußersten Fall führen diese Anomalien zur Revision einer Theorie, im besten jedoch zu einer Revision oder Ergänzung der betroffenen Hypothesen. Diese können nämlich nur so lange Gültigkeit beanspruchen, bis sie im Sinne des kritischen Rationalismus durch das Prinzip der Falsifikation unbrauchbar werden.

Ziel des Testens und Falsifizierens von Hypothesen ist es gewissermaßen, durch konstruktive Kritik einen Erkenntnisfortschritt zu erzielen, um in einem laufenden Prozeß

mittels jener gehärteten Theorien die Realität immer prägnanter erklären zu können. Das setzt natürlich voraus, einerseits auf tautologische Aussagen zu verzichten und andererseits die Theorie bewußt angreifbar zu konstruieren, schließlich versperrte sich eine immunisierte Theorie der Falsifikation und damit auch dem ursprünglichen Zweck, dem Erkenntnisgewinn.

2.3 Modellbildung und empirische Analyse

Der Weg zur Abbildung und Erklärung der Wirklichkeit kann jedoch durchaus verschieden ausfallen, schließlich ist der Prozeß des Theorieentwurfs strenggenommen eine subjektive Arbeit, die auch von persönlichen Präferenzen des Wissenschaftlers geleitet werden kann. Die Konsequenz ist schließlich ein Nebeneinander von teilweise komplementären, teilweise aber auch stark gegensätzlichen Theorien. Durch das erforderliche Vorverständnis der Realität können Theorien, aufbauend auf ein bestimmtes Axiomensystem, nur Annahmen über die Wirklichkeit treffen, deren praktische Gültigkeit von vornherein nicht feststeht. Insofern dürfen unterschiedliche Auffassungen gar nicht ausbleiben, vielmehr sind die Uneinigkeiten über die Plausibilität von Hypothesen und Theorien ein Kennzeichen einer lebhaften wissenschaftlichen Auseinandersetzung auf dem Weg zur Erklärung politischer Phänomene.

Die Disziplin der Internationalen Beziehungen kann über einen Mangel solcher Auseinandersetzungen nicht klagen: Vier große Debatten erlebte das Fach, wobei die jüngste – und noch nicht abgeschlossene – zu einem erheblichen Teil zwischen Vertretern des Neorealismus und des Neoliberalismus über die Chancen und Grenzen internationaler Kooperation geführt wurde (Siedschlag 1997b:28–29). Keine der Theorien kann dabei Anspruch auf Wahrheit erheben, denn nur durch stetes Überprüfen der Theoreme läßt sich feststellen, welche Theorie die Realität besser und zuverlässiger erklären kann; insofern ist ein zeitweilig aufflammender Dogmatismus völlig fehl am Platze und kontraproduktiv.

Eine in jener Kontroverse diskutierte Hypothese, die ein solch kritisieretes Verhalten teilweise zur Folge hatte, ist die mögliche kooperationshindernde Wirkung relativer Gewinne und deren Relevanz für Stabilität und Entstehung zwischenstaatlicher Zusammenarbeit. Sie wurde zunächst von Vertretern des neorealistischen Forschungspro-

gramms in die Diskussion eingebracht, als sich die von Vertretern des Neoliberalismus propagierten Chancen umfassender Zusammenarbeit in den Internationalen Beziehungen durchzusetzen begannen. Im Kern ging es dabei um die Frage, ob dauerhafte Kooperation zwischen egoistischen Akteuren auch ohne zentrale Autorität entstehen kann (wie es der Neoliberalismus darlegt), oder ob ungleich verteilte Kooperationsgewinne den Bestand der Kooperation gefährden oder ganz verhindern.

Mit der Überprüfung dieser Hypothese, die weitaus geringere Möglichkeiten internationaler Kooperation prognostizierte als von Autoren des Neoliberalismus angenommen, setzte der Kreislauf des Testens und Kritisierens ein, um darüber letztendlich einen Erkenntnisgewinn zu erzielen.

Leider kristallisierte sich im Laufe der Diskussion immer mehr heraus, daß die Prüfung dieser Annahme stellvertretend für eine Auseinandersetzung mit der gesamten Theorie des Neorealismus herhalten mußte. Obwohl die Kritik an den zentralen Aussagen des Neorealismus gerechtfertigt ist, so erscheinen doch Teile der Debatte an einen Stellungskampf zu erinnern, der keiner der beiden Theorien einen nennenswerten Erkenntnisgewinn bescheren will.

Aus diesem Grund ist es notwendig, aus einer objektiven Position heraus die Argumente der Kontrahenten zu systematisieren, ohne sogleich Stellung für einen der beiden Standpunkte zu ergreifen. Eine Untersuchung der Mutmaßung von der kooperationshindernden Wirkung relativer Gewinne bringt es auch mit sich, sie zunächst in ihrem systematischen Kontext zu begreifen und kritisch zu betrachten, ohne diese Kritik sofort mit weiteren Beanstandungen der gesamten Theorie zu vermengen. Objektives Testen bedeutet in diesem Zusammenhang weiterhin, diese Hypothese soweit zu spezifizieren, daß sie zum einen weiterhin ihren Platz in der Systematik einnehmen kann, andererseits aber in modifizierter – also kritisch geprüfter und infolgedessen überarbeiteter – Form sich dort wieder einfügt.

Eine solche Modifikation kann durch eine modellhafte Veranschaulichung unterstützt werden, um begriffliche Unschärfen zu glätten und möglicherweise widersprüchliche Darstellungsformen und Auslegungen der Hypothese zu enthüllen. Dies ist besonders für den Fall der relativen Gewinne angebracht, da sie in ihrem Verständnis durchaus verschieden aufgefaßt worden sind und damit letztlich auch zu differierenden Kausalassagen geführt haben, wie sich bei der Vorstellung der tonangebenden Positionen

in diesem politikwissenschaftlichen Disput zeigen wird. Obwohl jedes formale Argument auch nicht-formal niedergeschrieben werden kann und eine Formalisierung somit nicht zwingend notwendig scheint, bestätigt auch Powell (1999:102–102), daß eine rein sprachliche Beschreibung nicht unbedingt die gleiche Transparenz der Argumentation liefert wie eine formale Beweisführung.

Die nötige Klarheit verschafft hierbei die Anwendung abstrakter Methoden, wie sie die Spieltheorie zur Verfügung stellt. Neben der Prägnanz des spieltheoretischen Instrumentariums spricht weiterhin dessen bereits erfolgter Einsatz in der politikwissenschaftlichen Debatte zu diesem Thema für solch teilweise abstrakte – und manchmal sogar simplifizierende – Illustrationen. Da die handlungstheoretischen Grundlagen der Spieltheorie zudem durchaus als sozialwissenschaftliche Ergänzung der Diskussion gelten können, lassen sich zumindest unterstützend deren plakative Denkanstöße nutzen.

Jener unterstützende, werkzeugähnliche Charakter der spieltheoretischen Modelle ist jedoch unaufhörlich im Auge zu behalten, denn wie sich gezeigt hat, geriet diese anwendungsorientierte Zurückhaltung zuweilen außer acht, als sich die Frage der rechten spieltheoretischen Methodik zu verselbständigen drohte. Zwar sind klärende Wortgefechte um die Wahl der korrekten Begriffe und um die Validität der einzusetzenden Instrumente unerlässlich, doch darf dies nicht zum Selbstzweck geraten: Stets muß die Klärung der eigentlich interessierenden politikwissenschaftlichen Frage im Vordergrund stehen. Erst eine Einigung über die Anwendung der spieltheoretischen Methode ermöglicht es, die Vorteile solcher Modelle auszuschöpfen, um das politikwissenschaftliche Problem zu illustrieren.

Aus einer Modellbildung lassen sich zudem weitere Vorteile schöpfen: Modelle tragen durch das Erfordernis präziserer und deutlicher eingegrenzter Axiome zu einer erhöhten intersubjektiven Überprüfbarkeit bei, die bei verbalen Beschreibungen oftmals nur erschwert möglich ist. Doch auch hier gilt wieder die gleiche Einschränkung wie bei der Beurteilung von Theorien: Modelle bilden ebenfalls immer nur einen Ausschnitt der Realität abstrakt ab und können darüber hinaus auch nur das messen lassen, was im Forschungs- und Modelldesign vorgesehen und zugelassen wurde.

Werden sie zur Illustration und Verdeutlichung einer Theorie eingesetzt – also einer bereits vorgenommenen Abstraktion –, so ermöglichen sie einen ersten Test der inter-

essierenden Hypothesen gleichsam unter laborähnlichen Bedingungen und helfen somit, Randbedingungen zu definieren und neue Variablen zu entdecken. Insofern kann die Modellbildung dazu beitragen, das theoretische Gerüst zu verfeinern und zu stabilisieren, als auch die Bildung neuer Hypothesen zu fördern. Theorie und Modell können sich auf diese Weise ergänzen und Realität verstehbar machen. Stark formalisierte Theorien können vielfach sogar selbst als Modelle aufgefaßt werden, die reale Begebenheiten in eine formalisierte Sprache übersetzen (Weihe 1989b:580).

Überraschende Einsichten erzielen Modelle gerade dann, wenn sie reale Vorgänge erklären helfen und dennoch gewohnte alltagserprobte Erklärungen auf den Kopf stellen können. Gerade die Politik zählt zu jenen sozialen Bereichen, die oftmals durch Praxiserfahrung und gesunden Menschenverstand angemessen bewältigt werden können. Zuweilen scheint es sich hier um ein Gebiet zu handeln, das durch Theorie geradezu belastet würde und sich stattdessen einer wissenschaftlichen Betrachtung verstellt. Begriffe wie „Staatskunst“ machen deutlich, daß es sich beim außenpolitischen Handeln wohl um eine besondere Form der Begabung handeln muß, die einfach nicht erklärt werden kann und rein intuitiv wirkt.

Die politikwissenschaftliche Forschungsarbeit der letzten Dekaden hat jedoch gezeigt, daß dies mitnichten der Fall ist, auch wenn einige Staatsmänner tatsächlich nur ihrer Eingebung zu folgen scheinen und damit ihr alltägliches außenpolitisches Geschäft bestreiten: Seit Jahrhunderten gleichen sich die Muster außenpolitischer Handlungen, so daß diese wiederkehrenden Elemente internationale Politik geradezu für ein Entdecken und Klassifizieren – und damit einer wissenschaftlichen Analyse – prädestinieren.

Der oft gehörte Vorwurf, eine zu starke Formalisierung des theoretischen Fundaments trage zu einer Simplifizierung der Wirklichkeit und zu einer Entfernung von derselben bei, darf jedoch nicht nur den Vertretern solcher Modelle gemacht werden, sondern könnte jeder Art der Argumentation vorgehalten werden: Jede Kette von Schlußfolgerungen im wissenschaftlichen Prozeß ist stets eine Vereinfachung einer realen Komplexität. Daher ist es gerade ein Vorteil der Modellierung, wenn durch sie der entscheidende Punkt einer sozialen Situation herausgearbeitet werden kann, ohne die gewollte und unvermeidliche Vereinfachung eines sozialen Tatbestandes zu kaschieren (Morrow 1994:6–7).

Aufgrund dieser Tatsache konnten auch die Theorien über internationale Politik ent-

stehen, da auch im Netz politischer Handlungen bestimmte Kausalzusammenhänge vermutet und abstrahiert werden können. Das spezifische Erkenntnisinteresse, das sich hinter jeder wissenschaftlichen Beschäftigung verbirgt, ist die Beantwortung offener Fragen: Wie funktioniert das, wann tritt jener Zustand ein, welches Ereignis ist zu erwarten?

Erst durch die theoretische Abstraktion lassen sich diese Fragen in einen logischen Zusammenhang bringen und durch eine Modellierung einer intersubjektiven Vergleichbarkeit – und womöglich Reproduzierbarkeit der Antworten – näherbringen. Jedoch ist jedes Modell unvollständig, wenn es sich nicht zur Bildung von Hypothesen eignet, die einen empirischen Test ermöglichen. Es entspricht dem empirisch-analytischen Wissenschaftsverständnis, Einsichten und beobachtete Ereignisse in Hypothesen zu konzentrieren, diese am Einzelfall zu überprüfen, um schließlich zu einer gesetzmäßigen Aussage zu gelangen. Diese Aussage beansprucht dem Falsifikationsprinzip folgend jedoch nur solange Gültigkeit, wie sie nicht durch eine erneute empirische Überprüfung widerlegt werden kann (Weihe 1989a:187).

Daher wurde auch für die vorliegende Untersuchung eine empirische Überprüfung der aus den spieltheoretischen Modellen gewonnenen Schlußfolgerungen angesetzt, um sowohl eine Operationalisierung der Hypothesen zu gewährleisten als auch eine Anwendung abstrakter Fragestellungen auf die politische Realität aufzuzeigen.

Kapitel 3

Theorieleistung und politische Realität

3.1 Kooperation als Auftrag

Theorien ermöglichen nicht nur, wissenschaftliches Arbeiten zu strukturieren, sondern prägen auch den Zugang zur Realität, indem sie eine spezifische Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes erlauben. Dies ermöglicht zwar erst die Bewältigung eines ansonsten unüberschaubaren Forschungsgegenstandes, hat aber auch zur Folge, daß sich objektive Tatbestände einer subjektiv-theoretischen Betrachtung beugen müssen und zeitweilig durch normative Vorgaben eingeengt werden. Gerade am Beispiel der Internationalen Beziehungen läßt sich ein wesentliches Merkmal politikwissenschaftlicher Theorien illustrieren: Politischer Wandel und sich verändernde soziale Realitäten beeinflussen maßgeblich die Aktualisierung bestehender Theorien oder sogar deren Ablösung, indem verbesserte Abbildungen der Realität verlangt werden, die eine größere Erklärungskraft sozialer Prozesse erlauben (Benz 1997:9–10).

So ist es kaum verwunderlich, daß mit dem Beginn der Professionalisierung der Disziplin ein normatives Programm verfolgt wurde, gerade weil die politische Realität dieser Zeit am ehesten praktisch anzuwendende Erklärungskraft verlangte, um nicht nur die Emanzipation des Faches zu ermöglichen, sondern um einen substantiellen Erkenntnisfortschritt zum Verstehen internationaler Politik zu leisten.

Bis zur Zwischenkriegszeit des zwanzigsten Jahrhunderts war die wissenschaftliche Untersuchung internationaler Politik nicht als eigenständige Disziplin an den Hoch-

schulen vertreten. Zwar konnte sich die ältere Kooperationstheorie im Rahmen der Völkerrechtslehre im normativen und institutionellen Rahmen den Fragen zwischenstaatlicher Zusammenarbeit widmen (Müller 1993:9), doch präsentierte sich internationale Politik – als Konglomerat von Außenpolitiken der Nationalstaaten – bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs den Beobachtern eher als Staatskunst denn als analytisch begreifbarer Gegenstand.

Das stabile System des Wiener Kongresses, das Europa die bis dahin längste Friedensperiode beschert hatte, begann sich jedoch nach dem Krimkrieg zu einem weitaus fragileren Konstrukt zu entwickeln. Das ungezügelte Vormachtstreben sendungsbewußter Staatsmänner gewann gegenüber dem bis dahin praktizierten Gleichgewichtsgedanken die Oberhand und führte die europäischen Staaten schließlich in die bis dahin größte Katastrophe.

Um die Entwicklung internationaler Krisen hin zu umfassenden kriegerischen Auseinandersetzungen künftig zu verhindern, setzte ein neues Nachdenken über Wesen und Form internationaler Politik ein: Vor allem im anglo-amerikanischen Sprachraum verfestigte sich das Kredo, Konflikte durch Förderung von internationaler Zusammenarbeit zu verhindern, zum akademischen Inhalt einer neugegründeten Disziplin, als Briten und Amerikaner auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 beschlossen, in beiden Staaten ein Institut zur Erforschung der internationalen Politik ins Leben zu rufen (Czempiel 1965:275–277).

Verpflichtet waren sowohl die Disziplin als auch die US-Außenpolitik jener Zeit dem Paradigma des *Idealismus*: Nicht nur die frühen organisatorischen Fundamente des Fachs – mit der *World Peace Foundation* und dem *Carnegie Endowment for International Peace* konnte auf amerikanische Stiftungen zurückgegriffen werden, die beide aus der Weltfriedensbewegung hervorgegangen waren – machen deutlich, daß sich die Internationalen Beziehungen zunächst als normative Wissenschaft präsentierten (Meyers 1991:221–222). Der *Utopismus*, wie der Idealismus auch genannt wird, stellt jedoch kein geschlossenes Theoriesystem dar, sondern eine Denkrichtung, die grundsätzlich von einer aktiven Gestaltbarkeit der internationalen Politik ausgeht (Nicholson 1998:66).

Auch in der amerikanischen Außenpolitik betrat mit Woodrow Wilson ein Staatsmann die internationale Bühne, der der traditionellen Machtpolitik europäischer Prägung ein

Konzept entgegengesetzte, das auf der Grundlage demokratischer Werte und Rechte eine harmonische Neugestaltung der Weltpolitik vorsah. Jene grundlegende Reform der internationalen Ordnung wollte Wilson mit der Vorstellung seiner „Vierzehn Punkte“ am 8. Januar 1918 initiieren und ein System kollektiver Sicherheit auf der Basis des Völkerbundes ins Leben rufen: Durch die Zusammenarbeit der Nationalstaaten und die Einhaltung verpflichtender Regeln der Konfliktbearbeitung sollte die Grundlage für eine tragfähige Friedensordnung geschaffen werden (Paech und Stuby 1994:126–92). Gespeist aus den Lehren des Ersten Weltkriegs wurde *Kooperation* damit zum Schlüsselbegriff jener Phase der Internationalen Beziehungen und der Idealismus zum Gegenpol der bisherigen europazentrischen Machtpolitik: Vernunftgemäß handelnde Individuen, ethische Normen und Ideale verwirklichende Gemeinschaften verbinden sich zur kosmopolitischen Gesellschaft, zur „Weltgesellschaft“, die mit Hilfe internationaler Organisationen und den Prinzipien der friedlichen Streitbeilegung den Weltfrieden bewahrt (Meyers 1991:223–224).

Der Optimismus jener Tage erwies sich jedoch als trügerisch, denn die Aussichten auf eine Friedenssicherung durch die internationale Kooperation der Nationalstaaten mußte schon bald aufgegeben werden: Mit dem Korfu-Streitfall von 1923 zeigte bereits die erste Bewährungsprobe des Völkerbundes die Grenzen jenes kollektiven Sicherheitssystems auf, Mandschurei-Konflikt, die italienische Annexion Abessinien und schließlich der Spanische Bürgerkrieg 1936–39 führten das Versagen des Völkerbundes vollends vor Augen (Paech und Stuby 1994:156–157).

Der „Total Konkurs des idealistischen Weltbildes“ (Meyers 1991:224) wurde letztlich mit dem Zweiten Weltkrieg eingeleitet: Die Hoffnungen, durch konfliktmindernde Zusammenarbeit souveräner Staaten Kriege erst gar nicht entstehen zu lassen, mußten aufgegeben werden zugunsten einer Weltsicht, die den permanenten Konfliktzustand und die kooperationshindernden Kräfte des internationalen politischen Systems wieder in den Mittelpunkt des Nachdenkens über internationale Politik rückte.

Offenbar gestaltete sich das Aufdecken der Kausalzusammenhänge, wie sie in der internationalen Politik vorherrschen, als nicht einfach zu lösendes Unterfangen. Obwohl der Idealismus in dieser Form eher als politisches Programm denn als theoretisch fundierte Anleitung zu verstehen ist, hat er doch versucht, aus Annahmen über die beobachtete Welt Schlußfolgerungen zu ziehen, die eine bestimmte Wirkung erzielen

sollten. Da internationale Kooperation – sozusagen als mögliche Vorstufe eines friedlichen Miteinanders – mit der Idee des Völkerbunds nicht erreicht werden konnte, mußte in der Konstruktion der idealistischen Theorie ein entscheidender Fehler unterlaufen sein: Sollte Kooperation etwa nur ein fragiler, instabiler und seltener Zustand in der internationalen Politik sein, der dauerhaft gar nicht erreicht werden kann?

Wie mit der Darstellung des idealistischen Weltbildes deutlich wird, kann Kooperation in der internationalen Politik sowohl mit einem normativen Etikett als auch mit einem empirisch-analytischen versehen werden. Während sich in der Folgezeit sowohl Neoliberalismus als auch Neorealismus dem empirisch-analytischen Paradigma verpflichtet sehen, läßt sich eine normative Verortung, wie sie den idealistisch-kooperativen Ansätzen zugrundelag, auch bei einigen neueren Ansätzen nicht völlig ausschließen, die auf den Erkenntnissen modernerer Kooperationstheorien aufbauen.

Die im folgenden einsetzende Dominanz des Realismus ist in gegenteiliger Form jedoch ebenfalls nicht frei von diesem normativen Erkenntnisinteresse, Friedensbedingungen internationaler Politik zu verstehen: So wie sich der Idealismus dem Glauben an umfassend geregelte Zusammenarbeit hingegeben hat, so versuchte der Realismus, Machtpolitik als grundlegendes Muster außenpolitischer Handlungen zu konstatieren, um zumindest eine ausgewogene Staatenwelt in Form eines Machtgleichgewichts den Staatsmännern anzuraten. Am Beispiel der Konfliktverhütung könnte dies beispielsweise bedeuten, im idealistischen Sinne internationale Bedingungen für die Friedenserhaltung zu schaffen, während eine realistische Betrachtungsweise nationale Interessen als Begründung für eine konfliktvermeidende Politik heranzieht. Insofern sind Idealismus und Realismus nicht zielverschieden, sondern setzen auf andere Mittel (Forndran 1996:1007).

Wichtig ist jedoch, die tiefere Bedeutung dieses Gleichgewichts zu verstehen: *Balance of Power* hat nicht zum Ziel, eine gleiche Verteilung der Macht zu erreichen, sondern die „gegenseitige *Beschränkung* der Mächte, vor allem der Großmächte, die *ungleich* sind und bleiben sollen“ (Link 1998:15). Die Bildung von Macht und Gegenmacht ist somit die Folge einer Konkurrenz um das knappe Gut Sicherheit und galt Vertretern realistischer Theorien als allgegenwärtiger Prozeß internationaler Politik (Meimeth 1992:139). Im Hinblick auf die Debatte um relative Gewinne ergibt sich hier also schon ein Hinweis, warum Staaten Machtzuwächse ihrer Konkurrenten

besser kritisch betrachten sollten.

3.2 Realismus und politische Realität

In der Debatte um relative Gewinne wurde häufig der vermeintliche Kern des realistischen Gedankenguts zitiert, um sich gegenseitig eines gemeinsamen Ausgangspunktes der Diskussion zu versichern. Die verkürzte Wiedergabe der realistischen Prinzipien führte jedoch dazu, daß der Frage um die rechte Interpretation realistischer Aussagen im allgemeinen oftmals der gleiche Stellenwert eingeräumt wurde wie der Frage nach Ursache und Wirkung relativer Gewinne im speziellen. Wie weiter vorne bereits angesprochen, führte dies jedoch zu einer zumeist unklaren Trennung verschiedener realistischer Positionen und zu einer argumentativen Gemengelage, die weder Differenziertheit der realistischen Theorie noch der Analyse relativer Gewinne gerecht wurde. Besonders weil dem *realistischen Paradigma* verpflichtete Theorien in den späteren Debatten häufig auf ihre kooperationspessimistische Deutung der internationalen Politik reduziert wurden, sollte man zeigen, daß der Fokus dieser Theorien auf andere erklärungsbedürftige Erscheinungen gerichtet war und deswegen, wie andere Theorien auch, nur einen Ausschnitt der Realität analytisch bearbeiten konnte.

Für gewöhnlich sind es immer die gleichen Prinzipien, die als Kernelemente der realistischen Theorie apostrophiert werden:

- Staaten sind die zentralen Akteure internationaler Politik;
- das anarchische internationale System ist ursächlich für die Sicherheits- und Machtdominanz des politischen Handelns und
- durch das Selbsthilfesystem sind Staaten dazu gezwungen, selbst für ihr Überleben und ihre Sicherheit zu sorgen.

In dieser und ähnlicher Form werden die Kernaussagen des Realismus sowohl von Vertretern der realistischen Schule selbst (Grieco 1993a:118–119) als auch von Vertretern neoliberaler Ideen (Keohane 1993:271–272) zusammengefaßt; Siedschlag (1997b:141–143) kritisiert jedoch zu Recht diese Reduktion des Realismus auf eine Ansamm-

lung von Hypothesen, die seine geistesgeschichtliche Herkunft nicht würdigt und daher auch nicht zu einer paradigmatischen Bestimmung des Realismus gelangen kann. Trotzdem läßt sich ein gemeinsamer Nenner definieren, der neben den klassischen Axiomen Anarchie, Selbsthilfe und Sicherheitsdilemma auch methodische Gemeinsamkeiten wie die Begriffsbildung oder die induktive Typisierung politischer Prozesse umfaßt (Siedschlag 1997a:1367).

Die nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende Dominanz des Realismus machte einen besonderen Wesenszug der Theorien internationaler Politik deutlich: die Orientierung an der aktuellen politischen Wirklichkeit. War der Liberalismus schon Ausdruck seiner Zeit, so gilt dies mit Sicherheit auch für den Realismus, der eine opportune theoretische Rechtfertigung für das außenpolitische Handeln in den Anfangszeiten des Kalten Krieges lieferte. Ziel war es, die bisherige Machtpolitik europäischer Prägung durch eine normativ orientierte Politik der Friedenserhaltung durch Kooperation und dem Prinzip kollektiver Sicherheit abzulösen. Die Ablösung der Machtpolitik schien sich jedoch nicht durchsetzen zu können, schließlich sei sie eine reale Erscheinung und Politik sei ebenso real zu betrachten.

Diese Ereignisse legten die Wurzeln des Realismus, der nach dem Zweiten Weltkrieg zum dominierenden Paradigma der Internationalen Beziehungen heranwuchs (Baldwin 1993a:12), obwohl der politische Realismus zumindest nach Ansicht seines Nestors Hans J. Morgenthau in erster Linie eine Theorie der Außenpolitik und weniger eine Theorie der internationalen Politik sein sollte (Morgenthau 1985:10). Dem diskreditierten politischen Idealismus der dreißiger Jahre plante er ein tauglicheres Konzept entgegenzustellen, wollte man internationale Prozesse verstehen lernen, um eine Wiederholung solcher Ereignisse zu verhindern: Nicht eine wünschbare, sondern die *reale* Welt der internationalen Politik wollte Hans J. Morgenthau begreifbar machen, als er 1948 mit seinem Hauptwerk *Politics among Nations* eine der einflußreichsten Schriften der Disziplin vorlegte (Kissinger 1993:288).

3.2.1 Selbsterhaltung als Kern des Politischen

Der Entwicklung hin zur Weltgesellschaft durch eine vernunftbasierte Umgestaltung internationaler Politik setzte Morgenthau – ebenfalls anthropologisch fundiert – die

Beschränktheit eben jener Rationalität entgegen. Morgenthau ordnete den Idealismus jener Schule des politischen Denkens zu, die, ausgehend von der gutartigen Natur des Menschen und universell gültigen abstrakten Prinzipien, eine rationale und moralische politische Ordnung postulieren konnte, wenn nur die Mängel gegenwärtiger sozialer Ordnung durch Erkenntnis und Wissen überwunden würden.

Im Gegensatz dazu brachte er den *Realismus* als diejenige Denkrichtung in Stellung, die den unvollkommenen Zustand der Welt auf die konfliktgeladene Natur des menschlichen Wesens zurückführte und damit eine vollständige Realisierung moralischer Prinzipien ausschloß. Auch wenn die historische Erfahrung diese Unvollkommenheit immer wieder bestätigte, so müsse man doch mit diesen Kräften – und nicht gegen sie – arbeiten und den *realen* Zustand der Welt so akzeptieren (Morgenthau 1985:3–4).

Als Wegbereiter des Morgenthausehen Denkens kann in vielen Dingen Friedrich Nietzsche gelten und dessen Entlarvungen der menschlichen Natur. Auch wenn Morgenthau Nietzsche nicht in allen Zügen folgt, so teilt er mit ihm doch die Erkenntnis der Beschränktheit menschlicher Vernunft und den Blick für das Reale, auch wenn es nicht wünschenswert scheint. Daß neben Nietzsche auch immer wieder – berechtigterweise – der christliche Realismus Reinhold Niebuhrs als ein maßgeblicher geistiger Vater Morgenthaus genannt wird (Siedschlag 1997b:52–53, 58–59), hat in der damaligen Situation des deutschen Immigranten in den Vereinigten Staaten seine Ursache: Morgenthau schien es zu diesem Zeitpunkt ratsamer, seine intellektuelle Herkunft in ein ungefährlicheres – und damit amerikanisches – Gewand zu kleiden (Frei 1994:101–17).

Die Bedeutung Morgenthaus für das Fach der Internationalen Beziehungen und der Aufstieg des Realismus dürfen aber nicht nur auf den Bankrott idealistischer Weltvorstellungen zurückgeführt werden: Der politische Realismus gewann nicht zuletzt deshalb an Einfluß, weil er auch ein Programm für die außenpolitische Praxis der Vereinigten Staaten lieferte, die als demokratische Führungsmacht nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in den Kategorien *Macht* und *nationales Interesse* einer intellektuellen Absicherung bedurften (Siedschlag 1997b:44–48). Neben diesem zeitgeschichtlichen Hintergrund war die Leistung Morgenthaus auch im damaligen Stand der Disziplin begründet: Noch in Deutschland richtete sich seine Kritik gegen die prädominante positivistische Richtung der Staatsrechtslehre, die die Theorie des Staates auf eine

Theorie des Rechts reduzierte und der Staatswirklichkeit die Beachtung versagte (Frei 1994:121–23).

Dieser Verweigerung der Staatsrechtslehre vor den Realitäten setzte Morgenthau den Versuch entgegen, die politische Wirklichkeit als eigene Kategorie und autonomen Lebensbereich zu erfassen und die Kennzeichen des spezifisch „Politischen“ herauszuarbeiten (Frei 1994:126–29). Zwar gelang es ihm zunächst nicht, eine zufriedenstellende inhaltliche Definition zu finden, doch mußte sich für ihn das Politische als gesellschaftlicher Tatbestand auf seine Ursprünge zurückführen lassen, auf den Menschen: es sei „eine dem Einzelmenschen innewohnende und notwendig auf andere Menschen gerichtete Kraft“ (zit. bei Frei 1994:132), und diese Kraft ist das Streben nach Macht.

Morgenthau ging es dabei um eine psychologische Begründung des Machtstrebens, das er durch den Selbsterhaltungs- und Bewährungstrieb als grundlegender Motivation des Menschen hervorgerufen sah. Als eine Ausprägung des Bewährungstriebes isolierte er schließlich das Streben nach Macht über Menschen und definierte damit gleichsam den politischen Lebensbereich. Doch nachdem er diesen Bewährungstrieb durch das Lustprinzip gespeist sah, war auch die Maßlosigkeit ein ständiger Begleiter: Überall dort, wo Menschen miteinander leben und aufeinandertreffen, trafen auch ihre Triebe aufeinander und herrschte ein Kampf um Macht, sei also das Politische zu finden (Frei 1994:132–136).¹

Für Morgenthau liefern diese anthropologischen Prämissen Grundlagen für objektive Gesetze, auf denen Politik und Gesellschaft ruhen. In seinen „Six Principles of Political Realism“ (Morgenthau 1985:4–17) beschreibt er den Kern der realistischen Theorie, die noch Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Lehre von den Internationalen Beziehungen dominieren sollte und internationale Politik als einen Kampf um Macht begriff, der kaum die Genese effektiver kooperativer Strukturen erlauben konnte, sondern vielmehr Begrenzung und Gegenmachtbildung erforderte. Realistische Politik wird daher typischerweise mit den Begriffen Interesse, Macht und Einfluß in Verbindung gebracht und charakterisiert kaum überraschend eine an nationalen Interessen orientierte Außenpolitik, der es nur um die internationale Position des Staates geht (Forndran 1996:1002–1007).

¹Daß das Politische seine Herkunft in der triebhaften Natur des Menschen haben sollte, verdankt Morgenthau den damals populären Erkenntnissen der Psychoanalyse Sigmund Freuds (Frei 1994:132).

3.2.2 Macht und nationales Interesse

Zentraler Bestandteil der realistischen Theorie ist das Konzept des Interesses, verstanden im Sinne von Macht, also die *zweckgerichtete* und nicht blinde Ausübung von Macht, oft auch unter dem Schlagwort *nationales Interesse* firmierend (Albrecht 1996:67). Dieses „interest defined in terms of power“ (Morgenthau 1985:5) dient dem politischen Realisten nicht nur als Wegweiser durch das Geflecht der internationalen Politik, sondern grenzt Politik als genuine und autonome Handlungsmenge gegenüber anderen Bereichen wie Ökonomie oder Religion ab, trennt also Politisches von Unpolitischem. Macht und Interesse sind insofern analytische Idealtypen (Siedschlag 1997b:50), die als objektive und universell gültige Kategorien ständige Grundlage des staatlichen Handelns darstellen.

Der Machtbegriff des Realismus stützt sich auf die soziologische Definition im Sinne Max Webers als ungleiche Beziehung zwischen mindestens zwei Subjekten, die Macht als „die Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“ (zit. bei Maluschke 1989:523) definiert. Machtausübung ist ein Kennzeichen politischen Handelns schlechthin und damit auch grundlegendes definierendes Kennzeichen internationaler Politik: „International politics, like all politics, is a struggle for power. Whatever the ultimate aims of international politics, power is always the immediate aim (Morgenthau 1985:31).“ Eminent für eine zukunftsichernde und friedensbewahrende Diplomatie ist für Morgenthau die Durchsetzung des nationalen Interesses: „The national interest of a peace-loving nation can only be defined in terms of national security, and national security must be defined as integrity of the national territory and of its institutions. National security, then, is the irreducible minimum that diplomacy must defend with adequate power without compromise (Morgenthau 1985:586).“

Die Bewahrung nationaler Sicherheit durch die Verfolgung des nationalen Interesses ist jedoch eine zwiespältige Forderung, führt diese Politik doch zu einer konfliktträchtigen Situation, die John Herz (1950) als *Sicherheitsdilemma* identifiziert hat. Doch nicht nur die mögliche Verschärfung des Sicherheitsdilemmas hat dem Realismus den Ruf eingetragen, durch die Betonung der Machtpolitik kooperative Elemente völlig zu vernachlässigen, sondern auch die von ihm propagierte Notwendigkeit der Machtmaximierung: Ein System des Kräftegleichgewichts (*balance of power*) erforderte vom

Staatsmann eine Beurteilung der Machtverteilung; da eine solche Einschätzung allerdings kaum mit Sicherheit vorgenommen werden könne und bei der „Berechnung“ Fehler auftreten könnten, müsse jede Nation danach streben, mindestens einen marginalen Vorteil zu behalten, wollte sie durch Fehlberechnungen nicht das Gleichgewicht zu ihren Ungunsten beeinflussen: “To that effect, all nations actively engaged in the struggle for power must actually aim not at a balance – that is, equality – of power, but at a superiority of power in their own behalf. And since no nation can foresee how large its miscalculations will turn out to be, all nations must ultimately seek the maximum of power obtainable under the circumstance (Morgenthau 1985:227–228).”

Schon hier zeigt sich, daß dem Machtbegriff im Realismus eine Relativität zugrundeliegt, die zwangsläufig in einer Argumentation über die Evidenz relativer Gewinne enden muß. Interessant ist jedenfalls die Hypothese der Machtmaximierung, wenn man sie im Lichte der strategischen Überdehnung von großen Mächten (Kennedy 1991) betrachtet: Sollte hier tatsächlich eine positive Korrelation bestehen, so ließe dies keinen anderen Schluß zu, als daß „Streben nach Macht und Überlegenheit kontraproduktiv sein kann und die Position der Staaten in den internationalen Beziehungen negativ beeinflußt“ (Forndran 1997a:50).

Weil Macht sowohl in Inhalt und Anwendung ein breites Spektrum umfaßt und in seiner äußersten Ausprägung auch den Einsatz von Gewalt einschließt, gilt der Realismus als Theorie, welche die konfliktreiche Natur der internationalen Politik betont und nur durch Gleichgewichtspolitik und Gegenmachtbildung eine relativ stabile Gestaltung der internationalen Umwelt erkennen kann. Internationale Zusammenarbeit spielt sich für Vertreter des Realismus nur im Rahmen von Allianzbildungen ab und beinhaltet damit immer auch eine Machtkomponente.

Kapitel 4

Systematik neorealistischer und neoliberaler Theorien

Sowohl der Idealismus als auch der Realismus machen die Crux sozialwissenschaftlicher Theorien deutlich: Weil die politische Realität sich stetig entwickelt und sich die Theorien auf einen Ausschnitt der Wirklichkeit fokussieren (müssen), büßen sie zeitweilig Erklärungskraft ein. Schon der Idealismus zeigte durch seinen normativen *Bias*, daß Kooperation als Programm wesentliche Teile realer Erscheinungen ausklammern muß, wenn normative Vorgaben ein wünschenswertes Ereignis induzieren. Doch auch der Realismus klassischer Prägung war ein Kind seiner Zeit und mußte daher den Blick auf die Vielfalt zwischenstaatlicher Zusammenarbeit verstellen. Auch er wurde von kooperationstheoretischen Ansätzen eingeholt, die in der späteren Nachkriegsphase insbesondere die Entwicklungen in der europäischen Integration beleuchteten und offenbar bessere Erklärungen für diesen Abschnitt der internationalen Politik liefern konnten.

Im Gegensatz zu den Naturwissenschaften, die auf stabile Gesetze bauen können und beispielsweise die Schwerkraft auch in den nächsten Jahrzehnten noch unverändert vorfinden werden, ändert sich der Untersuchungsgegenstand der Sozialwissenschaften stetig und verlangt nach immer neuen Erklärungsmodellen (Nicholson 1998:70). Es ist daher offensichtlich, daß sich die Erklärungskraft einer Theorie im „Labor der Realität“ bewähren muß und somit stets einen vorläufigen Charakter behält.

Obwohl der Realismus zur beherrschenden theoretischen Richtung in der Theorie der

Internationalen Beziehungen wurde, blieb auch die Entwicklung der Kooperations-
theorie nicht stehen und schuf mit den institutionalistischen Ansätzen seine prominen-
testen Herausforderer (Siedschlag 1997b:155). Diese Ansätze setzen sich insbesonde-
re mit der Institutionalisierung zwischenstaatlicher und internationaler Beziehungen
auseinander, die sich entweder durch kodifizierte Verhaltensregeln und Sanktionsme-
chanismen wie im Völkerrecht präsentiert oder sich in Modellen kollektiver Sicherheit
äußert. Der Gedanke, daß die Verregelung internationaler Politik möglich ist und da-
mit dessen Konfliktlastigkeit überwunden werden kann, beflügelte schon seit jeher das
politische Denken und hatte zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Form des Wilsonschen
Idealismus seine Blütezeit, auch wenn er nach relativ kurzer Zeit vom Realismus und
seiner Betonung des permanenten Konfliktzustandes in der internationalen Politik zu-
rückgedrängt wurde.

In der Tradition dieser institutionalistischen Kooperationstheorien sieht sich auch der
Neoliberalismus, der sich in den achtziger Jahren anschickte, die noch bestehende Do-
minanz des Neorealismus zu brechen. Mit dem Neoliberalismus wurde zum ersten
Mal das realistische Paradigma von einem Vertreter der Kooperationstheorie ernsthaft
bedrängt, denn er integrierte realistische Kernaussagen in seine Theorie – Staatszen-
triertheit, Anarchie, Macht – und legte die gleiche feindselige Struktur der internatio-
nalen Politik zugrunde, leitete daraus aber andere Prognosen und Erklärungen ab und
konnte so die Entstehung von Kooperation fundiert darlegen. Darin unterschied er sich
von seinen Vorgängern und früheren Versuchen der Kooperationstheorie, Kooperation
unter expliziter Ablehnung der realistischen Annahmen erklären zu wollen (Baldwin
1993a:13).

4.1 Kooperationstheoretische Abgrenzung zum Realis- mus

Zu den bekanntesten Vertretern derjenigen Richtung, die einen kooperativen Kon-
kurrenzentwurf zum Realismus bieten wollten, und den prominenten Vorfahren der
institutionalistischen Ansätze gehört die auf David Mitrany (1944) zurückgehende
Theorie des Funktionalismus, die er zu einem Großteil während des Zweiten Welt-
kriegs entwickelt hatte. Hier wird besonders deutlich, daß im Gegensatz zur neoliberal-

neorealistischen Debatte das Augenmerk auf eine Umgehung des realistischen Paradigmas gerichtet wurde, um Kooperation zu erklären. Mithin bieten diese klassischen Kooperationstheorien das Gegenteil zu den Versuchen neoliberaler Autoren, die Gräben der verschiedenen Ansätze durch eine Integration der Axiome zu überwinden.

Für Mitrany war die Ursache für dauernde Konflikte in der internationalen Politik nicht in der Natur des Menschen zu suchen, sondern in der Aufsplitterung der Welt in konkurrierende, souveräne politische Einheiten (Zacher und Matthew 1995:116). Mitrany nahm an, durch eine Separation der Politik in *low politics* und *high politics* einen Weg zu finden, das Kooperationsproblem zu überwinden. Da sich außen- und sicherheitspolitische Beziehungen („high politics“) weitaus konflikträchtiger präsentierten als beispielsweise ökonomische („low politics“), glaubte er in den Kultur-, Technik- und Wirtschaftsbeziehungen einen Ansatzpunkt für die Genese kooperativer Beziehungen in der internationalen Politik zu finden, indem Zusammenarbeit in Politikfeldern niedriger Konfliktintensität Impulse für andere, existentiellere Politikfelder liefern sollte. Mitrany machte sich somit zwar die Annahme der Realisten zu eigen, indem er von Machtpolitik dominierte Politikbereiche ebenfalls als kooperationsfeindlich ansah, umging diese Hürde jedoch durch die Zuhilfenahme weniger konflikträchtiger Felder (Müller 1993:9–10).

Anreize für engere Zusammenarbeit in den *low politics* waren für den Funktionalismus schon deswegen gegeben, da infolge der fortschreitenden Technisierung und Modernisierung der westlichen Welt im zwanzigsten Jahrhundert mit einer Flut technischer Angelegenheiten gerechnet werden konnte, die sich nur durch Kooperation einer technisch-wissenschaftlichen Elite bearbeiten ließ, die auf politische Zwangsvorgaben keine Rücksicht zu nehmen bräuchte, weil sie sich ganz der Lösung einer funktionalen Aufgabe verschrieb und nationale Interessen der funktionalen Loyalität unterordnete.

Diese entpolitisierte Zusammenarbeit mit dem Ziel, *funktionale Lösungen* für solche apolitischen Prozesse zu erarbeiten, würde ein immer engeres Netz der institutionalisierten Zusammenarbeit weben, das Vertrauen in eine Kooperation als Wert an sich wachsen lassen und sich schließlich auch auf andere Politikfelder auswirken (Dougherty und Pfaltzgraff 1996:422). Da durch die Verregelung der unteren Schichten eine fortschreitende Integration nationaler Entscheidungsprozesse forciert würde, büßte der Nationalstaat, dessen Kompetenzen schrittweise der supranationalen Koope-

ration zum Opfer fielen, seine Bedeutung immer mehr ein und würde letzten Endes verschwinden; an seine Stelle träten dann internationale Organisationen, die den institutionellen Rahmen für diese globale Zusammenarbeit zur Verfügung stellen (Müller 1993:10). Funktionalistische Betrachtungsweisen sind kein Kennzeichen einer vergangenen Epoche, sondern finden auch heutzutage noch Fürsprecher: Forndran (1996:1020) ist beispielsweise der Ansicht, daß wachsende internationale Interdependenzen letztlich zu einer schleichenden Auflösung der Staaten führen werden, da ihre Aufgaben auf andere Institutionen verlagert werden würden.

Argumente, wie sie der Funktionalismus vertrat, waren sogar dem klassischen Realismus Morgenthau nicht fremd, der ebenfalls neben der von ihm vertretenen friedensstiftenden Gleichgewichtspolitik auch Friedensbewahrung durch regionale Interdependenz für möglich hielt, angesichts des Kalten Krieges diese funktionalistische Perspektive aber noch nicht verwirklicht sah (Siedschlag 1997b:156–158). Der Realismus sah sich schließlich bestätigt, als deutlich wurde, daß der Ost-West-Konflikt auch die ökonomischen oder entwicklungspolitischen Unterorganisationen der UN zu blockieren begann und damit klar wurde, daß weder die *low politics* von machtpolitischen Konstellationen freigehalten werden konnten noch sich dort einfacher als im sicherheits- und außenpolitischen Bereich Formen der Zusammenarbeit entwickeln konnten (Müller 1993:11).

Die Weiterentwicklung des Funktionalismus zum Neofunktionalismus, repräsentiert insbesondere durch Ernst B. Haas (1964) und Joseph Nye (1971), vermochte ebenfalls nicht den realen Ereignissen standzuhalten: Ihren Blick richteten Neofunktionalisten – und insbesondere Haas – auf die zunehmende Integration westeuropäischer Staaten in der Europäischen Gemeinschaft. Auch der Neofunktionalismus wendete sein Augenmerk weg von den staatlichen Akteuren und hob statt dessen die Bedeutung politischer Parteien oder Interessengruppen, also transnationaler Akteure, für die Integration hervor, an deren Ende zwangsläufig eine Föderation oder politische Union stehen mußte. Durch Eigeninteresse angetriebene Eliten sollten einen *Spillover-Effekt* auslösen, der zunächst funktional begrenzte Integrationserfolge auch auf andere Politikfelder übertragen würde und schließlich zu einer Identifizierung der beteiligten bürokratischen Akteure mit einer supranationalen Institution wie der EGKS auf Kosten der nationalstaatlichen Loyalität führte (Dougherty und Pfaltzgraff 1996:422–424).

In den ersten zwanzig Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs konnten sowohl die institutionalistischen Ansätze als auch der Realismus empirische Belege für ihre Hypothesen sammeln: Fortschritte in der europäischen Integration konnten Funktionalisten als Auswirkungen des Spillover-Effekts erklären und die Entstehung internationaler Regime als Antworten auf die zunehmende Interdependenz der Funktionsbereiche. Für den Realismus war die stabile ökonomische Nachkriegsordnung dagegen eine Folge der politischen Hegemonie der Vereinigten Staaten, die sowohl für Aufbau und Aufrechterhaltung der Regime maßgebliche Prinzipien in ihrem Interesse zugrundelegen und vorschreiben konnten (Keohane 1984:8).

Auch wenn die Begründung des Neofunktionalismus einleuchtend scheint – homogene Interessen und Wertvorstellungen der Akteure nährten kooperative Fortschritte auch in den europäischen *high politics*, allein schon um die Zusammenarbeit im technisch-wirtschaftlichen Bereich nicht zu behindern –, so war von einer substantiellen Verlagerung der Entscheidungsprozesse von der nationalen auf die supranationale, europäische Ebene zumindest Anfang der siebziger Jahre nichts zu spüren. Nicht nur waren integrative Fortschritte nur auf Europa begrenzt, sondern sie folgten im immer noch dominierenden Rahmen des Ost-West-Konflikts den Möglichkeiten, die die *high politics* vorgaben, und nicht umgekehrt (Müller 1993:11–12).

Nach dem Scheitern des Neofunktionalismus begann sich die weitere Entwicklung im Lager der Kooperationstheorie aufzuspalten, Linkage-Analyse (Rosenau 1969), Transnationalismus-Schule (Bühl 1978) und Weltgesellschaftsansatz (Deutsch 1979) – um nur die wichtigsten Ansätze zu nennen – versuchten, die Entwicklung der internationalen Politik ohne Rückgriff auf den Staat als zentralen Akteur theoretisch zu erfassen – und genau darin lag ihre größte Schwäche (Müller 1993:12–13). Lediglich der Interdependenz-Ansatz von Keohane und Nye (1977) trug der Notwendigkeit einer Paradigmenüberbrückung hin zum Realismus Rechnung, nachdem auch dieser im Laufe der siebziger Jahre an Erklärungskraft eingebüßt hatte.

Zur Hochzeit des Ost-West-Konflikts schien der Realismus bis dahin die stichhaltigeren Erklärungen für das Verhalten der Staaten und den Gang der internationalen Politik liefern zu können. Weder wurden Staaten als die zentralen Akteure der internationalen Politik von transnationalen Konzernen und supranationalen Organisationen abgelöst, noch wich der stets mögliche Einsatz von Gewalt in den Beziehungen der Staaten

dem kooperativen Aushandeln von Kompromissen im Rahmen internationaler Institutionen. Und doch brach trotz dieser Widrigkeiten, die erneut das Vorherrschen des Konfliktes in der internationalen Politik im Sinne des Realismus unterstrichen, internationale Zusammenarbeit in den siebziger Jahren nicht zusammen. Vor allem durch die forcierte wirtschafts- und finanzpolitische Zusammenarbeit in internationalen Institutionen wie dem GATT oder dem IWF wurde deutlich, daß die Vernachlässigung der Kooperation durch den Realismus dringend einer Korrektur bedurfte: “Governments had not transformed their foreign policies, and world politics were not in transition, but *states* achieved cooperation through *international institutions* even in the harsh 1970s (Grieco 1993a:121).”

Im Zuge der Entspannungspolitik zwischen den beiden Weltmächten gewannen zudem andere Akteure verstärkte Aufmerksamkeit, die von der herrschenden Lehre im Schatten des Kalten Krieges nur vereinzelt Beachtung fanden und die Prädominanz realistischen Gedankenguts nicht zu verdrängen vermochten: Zum einen traten in Folge der Entkolonialisierung Ende der sechziger Jahre neue asiatische und afrikanische Staaten auf die internationale Bühne, die nach dem abklingenden bipolaren Antagonismus die Entwicklung des internationalen politischen Systems hin zur Multipolarität vorantrieben (Czempiel 1990:15).

Zum anderen begannen nicht nur erstarkte staatliche Akteursgruppen wie die Bewegung der Blockfreien, das bisherige Bild internationaler Politik zu wandeln, sondern es wuchs auch die Relevanz staatlicher (IGOs) und nichtstaatlicher internationaler Organisationen (INGOs) und transnationaler Bewegungen und Konzerne rapide. Diese Veränderungen des Erscheinungsbildes internationaler Politik spiegelten sich auch in der Theorie der Internationalen Beziehungen wider. Neben einer zunehmenden methodischen und thematischen Zersplitterung, nicht zuletzt ausgelöst durch Erweiterungen des Forschungsgegenstandes durch bis dahin „fremde“ sozialwissenschaftliche Fragestellungen (Haftendorn 1990:485), wurde angesichts der damals vorherrschenden Interdependenz- und Transnationalismusdebatte der Staat aus dem Blickfeld der Internationalen Beziehungen herausgerückt und schien als primärer Akteur keine Rolle mehr zu spielen.

Darüber hinaus wurde die internationale Politik im Schatten der Ölkrise zur bloßen Wirtschaftspolitik degradiert und stand als originärer Bereich scheinbar auf dem Ab-

stellgleis (Siedschlag 1997b:84–85). Insofern war zum damaligen Zeitpunkt jener ursprüngliche Antrieb Morgenthau vergessen, das Politische aus anderen vereinnahmenden Bereichen wie der Staatslehre zu isolieren und als genuine Sphäre zu präsentieren, um eben erst von internationaler *Politik* – und nicht internationaler Ökonomie – sprechen zu können.

4.2 Struktureller Realismus und neoliberale Integrationsleistung

Unter diesen Voraussetzungen trat Kenneth N. Waltz an, dem Realismus durch eine Systematisierung und Modernisierung ein neues Gesicht zu verschaffen, um nicht nur die Relevanz des Staates als aktiven und konstituierenden Träger der internationalen Politik wiederzubeleben, sondern auch, um die internationale Politik wieder als das darzustellen, was sie seit jeher in den Augen der Realisten war: Ein stets konfliktgeladener Zustand konkurrierender Nationalstaaten, die um Sicherheit und Prestige kämpfen und auch vor dem Einsatz von Gewalt nicht zurückschrecken. Indem dieser modernisierte Realismus fortan an die Stelle des klassischen Realismus trat, schien das realistische Paradigma wieder auf dem Weg, auch in den Folgejahren konkurrenzfähige Erklärungen der internationalen Politik liefern zu können. Gehörte es zu den unübersehbaren Kennzeichen des Realismus klassischer Prägung, dem Begriff Macht und den Mitteln, Macht zu kumulieren, einen breiten Raum einzuräumen, so unterscheidet sich auch hier der Neorealismus wesentlich: Nicht Macht ist das Ziel staatlichen Handelns, sondern Sicherheit (Waltz 1995:78–80).

Die Leistung Waltz' bestand aber vor allem darin, daß er das geistesgeschichtliche Fundament des klassischen Realismus, wie es insbesondere von Morgenthau vertreten wurde, zugunsten einer modernen sozialwissenschaftlichen Theoriebildung aufgab und daher den Realismus weiterentwickelte und modernisierte (Czempiel 1991:130). Für Waltz sollte eine Theorie Gesetze zur Verfügung stellen, also Kausalbeziehungen zwischen Variablen, die zumindest Wahrscheinlichkeitsaussagen erlauben, und dazu dienen, das Beobachtete zu erklären; erst durch diese Erklärungskraft gewinne eine Theorie an Nutzen (Waltz 1979:6). Waltz stellt insbesondere die komplexitätsreduzierende Leistung des Neorealismus heraus, da er es im Vergleich zum klassischen

Realismus bewerkstelligt habe, das scheinbar undurchdringliche System internationaler Politik in logisch nachvollziehbare Einheiten interner und externer Faktoren zu ordnen: "Theory isolates one realm from others in order to deal with it intellectually. By depicting an international-political system as a whole, with structural and unit levels at once distinct and connected, neorealism establishes the autonomy of international politics and thus makes a theory about it possible (Waltz 1995:74)." Dies ist seiner Ansicht nach ein wesentliches Merkmal, das den Neorealismus vom klassischen Realismus Morgenthau unterscheidet.

Im Zuge der Waltz'schen Systematisierung fanden jedoch auch weitere, den Realismus modernisierende – und damit *neorealistische* – Ansätze ihren Weg in die wissenschaftliche Diskussion, die sich zwar in einigen Methoden und Herangehensweisen unterscheiden, aber doch auf einen gemeinsamen Satz an Axiomen und Hypothesen zurückgreifen. Die Bezeichnung *Neorealismus* umfaßt kurzgefaßt sämtliche Ansätze, die in der Tradition des klassischen Realismus stehen und ihn methodisch weiterentwickeln (Siedschlag 1997a:1366), sei es, indem sie explizit auf den Vorleistungen Morgenthau aufbauen oder indem sie diese durch systemische Komponenten teilweise ersetzen: "Neorealism purports to refine and reinvigorate classical realism by developing propositions based on the disaggregation of independent and dependent variables, and by integrating what is termed *classical realist theory* into a contemporary framework based on comparative analysis (Dougherty und Pfaltzgraff 1996:80)."

Insofern ist der Neorealismus eine Ansammlung verschiedener modernisierter Realismen, die sich in Form des vorherrschenden Strukturellen Realismus (Kenneth N. Waltz), des synoptischen Ansatzes der Münchener Schule (Gottfried-Karl Kindermann) oder des ökonomisch orientierten Neorealismus (Robert Gilpin) präsentieren (Siedschlag 1997b:66–115), so daß auch Kritiker eher von einem *Paradigma* oder einer *Theoriefamilie* sprechen (Legro und Moravcsik 1999:9). Doch Waltz legte mit seinem Werk *Theory of International Politics* zweifelsohne den zentralen Bezugspunkt des Neorealismus vor, so daß sich eine Gleichsetzung des Ansatzes Waltz' als Neorealismus schlechthin ausbreitete: „Neorealismus ist Waltz. Waltz ist Neorealismus (Albert 1996:43).“

Doch auch auf Seiten der institutionalistischen Ansätze fand eine Orientierung an den neorealistischen Axiomen statt und der erneute Versuch, die Gräben zwischen den ko-

operativen und realistischen Paradigmen zu überbrücken. Vor allem der von Robert O. Keohane (1984) geprägte neoliberale Institutionalismus versuchte, Erklärungslücken zu schließen und den Neorealismus um kooperative Elemente zu erweitern. Der zugrundeliegende Gedankengang ist einleuchtend: Wenn schon die *grundsätzlichen* Vorgaben des Realismus in der Vergangenheit so häufig Bestätigung fanden, warum dann nicht Kooperation und die Möglichkeit institutionalisierter Zusammenarbeit mit diesen Annahmen erklären?

Wie der Strukturelle Realismus eines Kenneth N. Waltz versteht sich auch der Neoliberalismus als systemische Theorie, die das Verhalten der Akteure ebenfalls nur aus der Struktur, innerhalb derer sie sich bewegen, herleitet und interne Verfaßtheit und Attribute lediglich als Konstanten betrachtet. Als Variablen der systemischen Theorie kommen nur die situativen Komponenten in Betracht, d.h. die Akteure werden erst anhand ihrer relativen Position zueinander dimensioniert. Ebenso wie Waltz hält Keohane die systemische Vorgehensweise aus Theoriebildungsgründen für notwendig, da aufgrund der Vielzahl interner Faktoren zahlreiche Einstiegspunkte für eine Analyse offen stünden und damit auch stets nur Teile jener Elemente erfaßt werden könnten, die einen Vergleich schon allein deshalb scheitern ließen (Keohane 1984:25).

Keohanes Kernfrage resultiert aus der Beobachtung des relativen Machtverfalls der USA, der gegen Ende der sechziger Jahre einzusetzen begann. Mit dem allmählichen Nachlassen der amerikanischen Vorherrschaft rechneten Realisten nun ebenfalls mit einer Abnahme internationaler Zusammenarbeit, während Vertreter des Institutionalismus im Gegensatz dazu eine Zunahme der Kooperation aufgrund steigender Interdependenz vermuteten. In der Theorie der hegemonialen Stabilität sind Hegemonie und Kooperation komplementär, solange die Vorherrschaft des Hegemons als legitim anerkannt wird und sich unter seinem Schutz eigene Ziele verwirklichen lassen (Meimeth 1992:140).

Auf den ersten Blick schienen sich aber die Erklärungen der Realisten zu bestätigen, als mit dem Machtverfall der USA auch internationale Regime erodierten. Doch in den siebziger Jahren – und nach der Phase größerer Auseinandersetzungen – erholten sich diese Formen internationaler Zusammenarbeit und zeigten damit, daß Hegemonieverfall alleine nicht ausreicht, um Kooperation gänzlich zum Erliegen zu bringen (Keohane 1984:8–9). Die Frage Keohanes lautet also: Kann Kooperation auch ohne

Hegemonie und ohne zentrale Autorität entstehen?

Um diese Frage zu beantworten, versucht Keohane nicht, wie es zuvor schon in funktionalistischen Ansätzen versucht worden ist, realistische Annahmen zu widerlegen, sondern *mit* diesen Axiomen nicht nur Konflikte, sondern auch Kooperation zu erklären. Darüber hinaus propagiert der Neoliberalismus – wie der Neoinstitutionalismus im amerikanischen Sprachraum vorrangig bezeichnet wird – keine zwangsläufige Kooperationsgenese, wie es in den funktionalistischen Ansätzen immer wieder illustriert wurde, sondern will Situationen und Bedingungen spezifizieren, in denen die jeweilige Theorie gültig ist, d.h. die größere Erklärungskraft aufweist. Es ist die pessimistische Weltsicht des Neorealismus und dessen *grundsätzliche* Zurückhaltung, was die Möglichkeit internationaler Kooperation angeht, die im Zentrum der Kritik neoliberaler Autoren steht, denn Situationen, die sich durch gemeinsame Interessen auszeichnen und daher auch die Möglichkeiten der Zusammenarbeit bieten, finden sich schließlich auch in der internationalen Politik zuhauf (Keohane 1993:278).

Keohane findet sich damit in beiden Lagern gleichzeitig wieder: Trotz seiner Betonung internationaler Institutionen stellt er sich damit nicht einfach dem realistischen Paradigma entgegen, sondern versucht eine Erweiterung dessen, indem er sich neorealistischer wie auch liberaler Ansätze gleichermaßen bedient (Keohane 1993:271).

Aus der Popularität als auch aus der Nähe neorealistischer und neoliberaler Ansätze erklärt sich die Tatsache, daß deren Auseinandersetzungen die Diskussion in den Internationalen Beziehungen in den achtziger und neunziger Jahren dominierten. Die Debatte um die kooperationshindernde Wirkung relativer Gewinne verengte sich vor allem auf die Ansätze des Strukturellen Realismus und des neoliberalen Institutionalismus, nicht zuletzt deswegen, weil sich der Keohanesche Ansatz explizit auf jene Annahmen bezog, die als Kern neorealistischen Denkens gelten können.

Welche Elemente sind nun sowohl dem neorealistischen als auch dem neoliberalen Ansatz zu eigen, wie gelangen sie – bei der von neoliberalen Autoren propagierten Vereinnahmung realistischer Axiome – zu unterschiedlichen Aussagen hinsichtlich möglicher kooperativer Entwicklungen in der internationalen Politik? Eine wesentliche Ursache ist der unterschiedliche Fokus der beiden Paradigmen: Während institutionalistische Ansätze daran interessiert sind, internationale Kooperation zu erklären, richtet sich das Augenmerk der Realisten eher auf die Erklärung des Konflikts und

seine permanente Anwesenheit in der internationalen Politik seit Beginn menschlicher Gemeinschaften.

Wenn sich somit der Neoliberalismus schon explizit auf den Strukturellen Realismus bezieht, dann liegt natürlich die Frage nach dem Unterschied jener Ansätze auf der Hand. Hier kommt die vom Neoliberalismus propagierte Relevanz internationaler Institutionen und deren Wirkung auf das staatliche Verhalten ins Spiel: Da sich Institutionen vor allem durch ihre Informationsleistung auszeichnen, könnten sie auch die Handlungsalternativen der staatlichen Akteure beeinflussen, denn jede Änderung der Informationsstruktur bedeutete auch eine Neubewertung der zur Verfügung stehenden Optionen (Keohane 1984:26). Institutionen, wiewohl kein zentraler Akteur der internationalen Politik, könnten somit sehr wohl die Politiken der Staaten und ihre Kosten-Nutzen-Rechnungen beeinflussen.

Doch trotz dieser verschiedenen Forschungsinteressen ist eine Feststellung der gemeinsamen – und doch in Nuancen verschiedenen – Ausgangsposition fruchtbar, auch wenn man vorausschicken muß, daß eine Einigung auf realistische Kernelemente selbst im neorealistischen Lager nicht leichtfällt und ein „gemeinsamer realistischer Nenner“ (Siedschlag 1997b:141–150) offenbar schwer zu finden ist. Dennoch lassen sich einige Kategorien erfassen, anhand derer auch die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zum Neoliberalismus deutlich werden (obwohl man sicherlich als einfache Regel festhalten kann, daß – insbesondere in den Augen neoliberaler Autoren – sich der Neorealismus vornehmlich mit Worst-Case-Szenarien beschäftigt, vor allem, wenn es um die Absichten anderer Akteure geht (Keohane und Martin 1995:43)).

Fundamental für die Waltzsche Modifizierung des klassischen Realismus ist die *Struktur* des internationalen politischen Systems als treibende und beschränkende Kraft der Akteure. Struktur wird dabei verstanden als abstraktes, systemweites Gebilde, das die Beziehungen der Teile zueinander, also ihre relative Position im System, beschreibt und sich durch eine Langlebigkeit auszeichnet, die den Eindruck der Statik und der Beharrlichkeit vermittelt (Waltz 1979:69). Da Waltz ausschließlich die Struktur des internationalen politischen Systems für das Handeln der Akteure verantwortlich macht – und nicht etwa die Art und Weise ihrer internen politischen und gesellschaftlichen Verfaßtheit –, wird diese Form des Neorealismus als *Struktureller Realismus* bezeichnet.

Empirische Befunde wie die des „demokratischen Friedens“, also die These von der Friedfertigkeit demokratischer Systeme untereinander, kann der Strukturelle Realismus daher nicht erklären (Forndran 1997a:67–72), ebensowenig Gewaltursachen, die nicht in der Struktur der internationalen Politik verortet werden können (Czempiel 1991:131–133). Das explizite Ausblenden des außenpolitischen Entscheidungsprozesses ist deswegen ebenfalls ein Kritikpunkt, der dem Strukturellen Realismus nicht zu Unrecht vorgehalten wird (Holsti 1995:47–56). Auch Autoren wie Keohane (1989d:60) fordern, daß zwischen internen und externen Bedingungsfaktoren internationaler Politik eine Lücke bestehe, die durch informations- und entscheidungstheoretische Ansätze geschlossen werden müsse. Trotzdem gehört es zu den Leistungen des Neorealismus, die Erklärungsvielfalt auf den Begriff der Struktur konzentriert zu haben. Die Struktur eines Systems kann durch drei Größen beschrieben werden: Ordnungsprinzip, Differenzierung der Systemteile sowie Verteilung der Machtressourcen.

4.2.1 Anarchie als systemisches Ordnungsprinzip

Begreift man eine Struktur als eine bestimmte Anordnung von Elementen, dann stellt sich zunächst die Frage nach der Form jener Ordnung und deren Kennzeichen. Internationale Politik unterscheidet sich in dieser Hinsicht maßgeblich von interner Politik in den Nationalstaaten: Während innenpolitische Prozesse durch autoritative Zuweisungen beschrieben werden können, die die Existenz von Regierungsgewalt voraussetzen und damit ein Geflecht der Über- und Unterordnung (Hierarchie) bilden, zeichnet sich internationale Politik gerade durch das Fehlen jenes Gewaltmonopols aus. Der Mangel einer hierarchischen Organisation bedeutet aber nicht, daß internationale Politik jeglicher Ordnung entbehrt, vielmehr wird sie paradoxerweise durch das Prinzip der Anarchie geordnet.

Allgemein verknüpft man mit dem Begriff der Anarchie einen Zustand der Gesetzlosigkeit, der ein Chaos des gesamten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens zur Folge hat. Anarchie bezeichnet somit eine bestimmte Verfassung einer politischen Einheit, die durch das Fehlen der Regierungsgewalt ihre Staatlichkeit verloren hat. Diese Zustandsbeschreibung darf nicht verwechselt werden mit dem aus der Staatslehre bekannten politischen Programm des Anarchismus, das die Berechtigung der Staatsgewalt und damit des Staates ablehnt und eine staatenlose gemeinschaftliche

Existenz anstrebt (Zippelius 1994:134–141). In den Internationalen Beziehungen verbreitet ist dagegen die recht schlichte Definition des „Fehlens einer Regierung“, die das internationale politische System kennzeichnet und – je nach theoretischem Standpunkt – unterschiedliche Folgen für die Systembestandteile nach sich zieht (Milner 1993:147–148).

Im Gegensatz zur umgangssprachlichen Definition drückt hier der Begriff der Anarchie aus, daß kein Akteur durch zugewiesene Autorität Befehlsgewalt über andere Systemteilnehmer ausüben kann, sondern aufgrund selbst erarbeiteter Fähigkeiten oder natürlicher Grundausstattungen sich anderen Teilnehmern überordnen kann (Waltz 1979:88–89). Im Neoliberalismus wird das Fehlen einer übergeordneten Autorität – „lack of common government in world politics“ – auch nicht gleichgesetzt mit dem Fehlen einer internationalen Gemeinschaft oder dem Verlust jeglicher Organisation, sondern charakterisiert lose Bindungen und Strukturen der Akteure zueinander, die von unterschiedlicher Intensität sein können, wenn auch nicht in dem Maße, wie es in nationalen Gesellschaften und politischen Systemen der Fall ist (Axelrod und Keohane 1993:85–86).

Obwohl das Fehlen einer Regierung den anarchischen Zustand der internationalen Politik somit recht treffend zu umschreiben scheint, herrscht doch Unklarheit darüber, wie „Regierung“ definiert sein sollte und welche Leistungen man von einer solchen Autorität erwartet, derer die internationale Politik verlustig ist. Zahlreiche Leistungen der Exekutive auf nationaler Ebene finden auch ihre Entsprechung in der internationalen Politik: Regulierung der Wirtschaftsbeziehungen, Überprüfung von Rechtsnormen oder etwa die Vergabe von Verkehrsrechten sind Leistungen einer Regierung, die ohne weiteres auch im internationalen politischen System ihre Entsprechung finden. Somit beruht die gemeinsame Charakterisierung internationaler Politik als Zustand der Regierungslosigkeit auf möglicherweise unterschiedlichen Ansichten, welche Leistungen denn genau vermißt werden und welche Folgen dies für das Verhalten der Akteure nach sich zöge (Baldwin 1993a:14).

Die anarchische Struktur der internationalen Politik definiert somit als technisches Konstrukt die wesentlichen Kennzeichen und Verhaltensweisen, die ein Akteur, der sich in diesem System bewegen und bewähren muß, aufweist. Für gewöhnlich gleicht ein anarchisches System einem Hobbesianischen Naturzustand, in dem egoistische Ak-

teure aufeinandertreffen und kraft einer fehlenden Autorität einen Kampf aller gegen alle austragen (*bellum omnium contra omnes*) und so einander zur ständigen Bedrohung werden, zum *homo homini lupus* (Schwan 1991:182–183). Daß dieser Naturzustand auch für Hobbes nur ein analytisches Modell eines nie existierenden gesellschaftlichen Vorzustandes war, bedeutet aber nicht, daß ein solches Stadium auch in der internationalen Politik nur gedanklich existiert, denn Gewalt mit Gewalt zu vergelten – eine Entsprechung der Definition des Krieges bei Hobbes – gehört auch heute noch zu den wesentlichen Kennzeichen zentraler Akteure des internationalen politischen Systems (Albrecht 1996:108).

Diese stets drohende Kriegsgefahr hat sich auch mehrere hundert Jahre nach den Schriften eines Thomas Hobbes sowohl für Vertreter des realistischen Paradigmas als auch des Neoliberalismus noch lange nicht aufgelöst und wird auch weiterhin noch das Verhalten der Akteure prägen: “Among states, the state of nature is a state of war (Waltz 1979:102).” Zu den wesentlichen Verhaltensweisen, die ein Akteur im anarchischen internationalen System zu befolgen hat, gehört daher das Prinzip der Selbsthilfe, denn die eigene Existenz kann nur durch eigene Leistung sichergestellt werden und nicht durch eine übergeordnete Instanz, die für die Sicherheit der Akteure Sorge trägt (Waltz 1979:107). Handeln die Akteure nicht nach diesem Selbsthilfeimperativ, ist ihr weiterer Bestand gefährdet: “A self-help system is one in which those who do not help themselves, or who do so less effectively than others, will fail to prosper, will lay themselves open to dangers, will suffer (Waltz 1979:118).” Trotz der analytischen Klarheit des Selbsthilfeimperativs neigt dieses Prinzip dazu, allzu eindimensional das Anhäufen von Machtressourcen in den Vordergrund zu stellen und einem differenzierterem Bild des Handlungsspektrums zu wenig Raum zu gewähren, denn schließlich arbeiten Staaten als strategische Akteure „vor dem Hintergrund der Einsicht [. . .], daß das allseitige Beharren auf die einseitige Interessendurchsetzung die Möglichkeit verbaut, Einigungen zu erreichen und gemeinsame Interessen zu erzielen“ (Zangl und Zürn 1994:93).

4.2.2 Akteure und Struktur

Allgemein definiert sich ein System durch seine Struktur und die Handlungen seiner Akteure. Internationale Politik zeichnet sich auf den ersten Blick durch einen Reichtum an Akteuren aus, der eine Fixierung auf eine bestimmte Kategorie zunächst zwei-

felhaft erscheinen läßt. Nationalstaaten unterschiedlicher Macht und Größe, Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace oder die Kirchen, transnationale Konzerne wie DaimlerChrysler oder internationale Organisationen beispielsweise in Gestalt der Vereinten Nationen oder der NATO sowie supranationale Organisationen, die insbesondere die europäische Politik prägen: Schon diese Aufzählung macht deutlich, daß ein Ausblenden bestimmter Akteure eine Theorie scheinbar unvollständig macht.

Und doch zeichnen sich Realismus und Neorealismus dadurch aus, lediglich die Nationalstaaten als die dominierenden Kräfte und Hauptakteure zu begreifen. Waltz begründet dies aus Gründen der Theoriebildung: So wie die Ökonomie Märkte durch Interaktionen von Firmen abbildet, so sollte internationale Politik durch Interaktionen von Staaten definiert werden. Dies schließt keineswegs die Existenz nichtstaatlicher Akteure und transnationaler Aktivitäten aus, sondern respektiert nur den Umstand, daß eine Struktur eben durch die maßgeblichen Akteure entsteht – und das sind die Nationalstaaten.

Gerade vor dem Hintergrund der heutigen Globalisierungs-Debatte und ihrer Tendenz, die Relevanz des Staates zunehmend abzuerkennen und zugunsten einer rein ökonomisch dominierten Perspektive transnationaler Konzerne in den Hintergrund zu rücken, ist die Rückbesinnung auf das Politische – und damit Staatliche – als Abgrenzung der Politikwissenschaft gegenüber anderen Sozialwissenschaften wünschenswert. Daß Staaten auch weiterhin die bestimmenden Akteure internationaler Politik bleiben, steht für Waltz außer Frage, schließlich sei die „Sterberate“ von Staaten erheblich niedriger als die von Firmen und der Bestand eines bestimmten Staates in hundert Jahren sei allemal wahrscheinlicher als der einer bestimmten Firma (Waltz 1979:93–95).

Auch für Vertreter des Neoliberalismus sind Staaten die Hauptakteure internationaler Politik (Keohane 1984:25). Im Gegensatz zum Neorealismus sind aber Institutionen im neoliberalen Institutionalismus die interessanteren Untersuchungsobjekte, auch wenn ihnen keine Akteursqualität, sondern eine Qualität als intervenierende Variable zugestanden wird, die Einfluß auf das Verhalten und die Handlungsoptionen der Staaten nehmen können. Daß nur Staaten im Neorealismus als tragende Einheiten das internationale politische System bilden, schließt aber weder die Existenz nichtstaatlicher Akteure noch transnationaler Aktivitäten aus, sondern unterstreicht lediglich, daß Staaten *trotz* dieser non- bzw. supragouvernementalen Ereignisse diejenigen Akteure sind, de-

ren Interaktionen eine internationale politische Struktur bilden. Dennoch gehört die Staatsfixierung des Neorealismus zu den am häufigsten vorgetragenen Kritikpunkten, da außenpolitische Entscheidungen immer häufiger im gesellschaftlichen Diskurs fallen und teilweise sogar im „entstaatlichten“ Raum sozialer oder transnationaler Bewegungen (Forndran 1996:1019).

Um Staaten als systembildende Einheiten zu betrachten, müssen sie Eigenheiten und Gemeinsamkeiten aufweisen, die eine analytische Erfassung als Kategorie zulassen. Auch hier scheint sich die internationale Politik zunächst durch ein breites und schwer klassifizierbares Spektrum an Staaten auszuzeichnen, die oftmals kaum vergleichbar scheinen. Vergleichbar werden Staaten aber auch nicht durch ihre Fähigkeiten und geographische oder politische Besonderheiten, sondern durch die Aufgaben, denen sie sich stellen müssen.

Bedingt durch die Struktur des internationalen politischen Systems sind alle Staaten gezwungen, sich in mehr oder weniger ähnlicher Art und Weise der Herausforderung der Existenzsicherung zu stellen. Anarchie erlaubt im Gegensatz zu politischen Systemen, die durch eine zentrale Regelungsinstanz ausgestattet sind, keine Differenzierung und Arbeitsteilung: “Insofar as a realm is formally organized, its units are free to specialize, to pursue their own interests without concerns for developing the means of maintaining their identity and preserving their security in the presence of others. They are free to specialize because they have no reason to fear the increased interdependence that goes with specialization (Waltz 1979:104).”

Kein Staat kann es sich jedoch erlauben, auf eine militärische Absicherung zugunsten einer reinen Handelsorientierung zu verzichten, keiner kann es sich erlauben, auf dem Wege der Arbeitsteilung nur bestimmte spezialisierte Aufgaben wahrzunehmen. Da nur die Struktur das Handeln der Staaten bedingt und einschränkt, ist für den Strukturrealistischen Realismus auch die Frage des „demokratischen Friedens“ bzw. die innere Verfaßtheit der Akteure unerheblich, denn selbst wenn sich alle Staaten zu Demokratien wandeln würden, wäre die zugrundeliegende Struktur weiterhin anarchisch und bedingte damit den bekannten Zustand permanenter Unsicherheit (Waltz 2000:10): “If the democratic peace thesis is right, structural realist theory is wrong (Waltz 2000:13).” Die Struktur der internationalen Politik zwingt die Akteure somit, ein gleiches Aufgabenspektrum zu bewältigen und erlaubt es daher auch, von Staaten als funktional ähnli-

chen und autonomen politischen Einheiten eines Systems zu sprechen (Waltz 1979:93–97).

Vergleichbarkeit durch funktionale Ähnlichkeit schließt aber nicht die weitere Spezifizierung und damit Unterscheidbarkeit aus. Wenn sich Staaten also einem Aufgabenspektrum stellen müssen, das ihre Kategorisierung als vergleichbare Einheiten erlaubt, dann können sie sich doch in der Art und Weise unterscheiden, wie sie diese Aufgaben erfüllen. Als einziges Unterscheidungskriterium der Staaten in der internationalen Politik läßt der Strukturelle Realismus somit nur die funktionalen Fähigkeiten (*capabilities*) zu, die Staaten zur Lösung ihrer Aufgaben und Durchsetzung ihrer Ziele benötigen.

Unglücklicherweise sind diese *capabilities*¹ nicht geeignet, die Schwierigkeiten in der Bestimmung des traditionellen Machtbegriffs zu umgehen, sondern ersetzen lediglich einen diffusen Begriff durch einen anderen und ignorieren die Notwendigkeit, Adressaten (*domain*) und Ausmaß (*scope*) eines Mitteleinsatzes zu bestimmen, denn eine Machtbeziehung ist stets eine kausale relative Beziehung. Ohne die Angaben von *scope* und *domain* (statt der Aussage „Staat A hat Macht“ sei stets vorzuziehen „Staat A hat die Macht, Staat B zum Verhalten X zu veranlassen“) bleibt eine Aussage über Machtbeziehungen fruchtlos (Baldwin 1993a:16–18).

Die Machtressourcen versetzen einen Staat in die Lage, seine Interessen im Selbsthilfesystem zu verfolgen; es handelt sich hierbei um die Gesamtheit verschiedener Eigenschaften, die auch Morgenthau (1985:127–169) schon erfassen wollte und in ähnlicher Form – wenn auch wesentlich knapper – bei Waltz aufgeführt wird und beispielsweise Bevölkerungsgröße und Territorium, militärische Kapazitäten, politische Stabilität und ökonomische Leistungsfähigkeit eines Staates umfassen (Waltz 1979:131). Allgemein gesprochen verstehen Neorealisten *capabilities* als „economic, military, and political resources whose employment permits a state to induce changes it desires in the behavior of other states or to resist what it views as undesirable changes in its own behavior sought by others“ (Grieco 1990:39). Trotz der Modifizierung des Machtkonzepts im Strukturellen Realismus (*capabilities*) und trotz der zentralen Stellung dieses Begriffs

¹Im folgenden soll der Begriff *Machtressourcen* verwendet werden, der ausdrückt, daß zur Durchsetzung bestimmter Ziele gegenüber Konkurrenten eine bestimmte – nicht notwendigerweise meßbare – Ausstattung notwendig ist, die aber nicht unbedingt ein Garant für einen erfolgreichen Einsatz sein muß.

in der Theorie wird zu Recht kritisiert, daß die neorealistischen Autoren eine hinreichende Erklärung und Definition schuldig bleiben und damit nicht über das ursprüngliche Morgenthause Konzept hinausgehen. Es kann lediglich als Kern jeder Machtdefinition festgehalten werden, daß die wirtschaftliche und militärische Stärke eines Staates eine tragende Rolle im Konzept der Machtressourcen spielt (Baumann et al. 1999:255–256).

Ein Vergleich dieser Machtressourcen bzw. *capabilities* erlaubt es nun, die Position der verglichenen Einheiten (Staaten) zu schätzen und sie damit entsprechend ihrer Macht anzuordnen. Macht wird also nicht mehr in einer kausalen Beziehung verwendet, sondern hilft als ein systemweites beschreibendes Maß die Struktur des internationalen politischen Systems zu beurteilen: “What emerges is a positional picture, a general description of the ordered overall arrangement of a society written in terms of the placement of units rather than in terms of their qualities (Waltz 1979:99).” Die Charakteristik dieser Struktur, definiert durch die Art und Weise der Verteilung jener *capabilities*, hat zudem einschneidende Wirkung auf das Verhalten der Akteure und den politischen Systemwandel: Für Gilpin (1997:86–88, 95) entsteht hierdurch eine systemimmanente Dynamik des internationalen politischen Systems, da jeder Staat mit zunehmenden Machtressourcen den Willen zeigt, das System zu seinen Gunsten zu ändern. Der Strukturbegriff im Neorealismus beschreibt daher kein statisches Gebilde, sondern dient als auslösendes Moment des politischen Wandels.

4.2.3 Handlungskonsequenzen und Beziehungsordnung

Indem Staaten durch ihre Macht (*power*) plziert werden, die durch einen Vergleich der Machtressourcen (*capabilities*) geschätzt werden kann, steht auch die Machtmaximierung, wie sie noch vom Realismus propagiert wurde, nicht mehr im Mittelpunkt, sondern die Aufrechterhaltung der Sicherheit und damit die Positionswahrung (Waltz 1979:126). Die systemische Theorie Waltz’ erneuerte aber den Pessimismus, den schon der klassische Realismus hinsichtlich des kooperationsfeindlichen Klimas internationaler Politik traf, denn für ihn war es naheliegend, daß in einem anarchischen System, in dem jeder nur auf sich selbst vertrauen kann, Kooperation kaum Chancen hat, zu entstehen.

Doch diese Schlußfolgerung ist umstritten: daß die Anarchie des internationalen politischen Systems einen Selbsthilfeimperativ erzeugt, ist noch kein hinreichender Grund für die charakteristische Konflikthäufigkeit und die von Realisten angeführte Schwierigkeit, langanhaltende internationale Zusammenarbeit zu etablieren. Vielmehr leiten sich die unterschiedlichen Ansichten und der Streit über die *Folgen* der Anarchie aus den schon von Milner (1993) bemängelten unterschiedlichen *Definitionen* der Anarchie her und der zweifelhaften Vermutung des Neoliberalismus, Anarchie im neorealistischen Sinn vollständig zu erfassen. Daß daraus auch unterschiedliche Standpunkte zum Problem relativer Gewinne entspringen, sollte nicht weiter verwundern.

Selbsthilfe bedeutet zunächst einmal nur, sich mit den entsprechenden Mitteln auszustatten, um prinzipiell nicht auf andere angewiesen zu sein. Nicht auf andere angewiesen zu sein heißt aber nicht nur, alle selbst gesteckten Ziele selbständig zu erreichen, sondern auch die eigene Existenz ohne fremde Hilfe zu sichern. Existenzsicherung bedeutet aber auch stets, oftmals auf begrenzte Ressourcen zurückzugreifen und sie auszubehnten, und diese Beschränkung der zur Verfügung stehenden Ressourcen erzeugt Konflikte.

Internationale Politik, auch verstanden als Kampf um knappe Ressourcen, lebt somit mit der Anwendung von Gewalt und dem Ausbruch kriegerischer Konflikte: Weil stets einige Staaten bereit sind, zur Durchsetzung ihrer Ziele Gewalt einzusetzen, müssen sich alle Staaten ebenfalls darauf einstellen, notfalls Gewalt einzusetzen. Zwar läßt sich eine Gefahr der möglichen Gewaltanwendung durch andere auch für manche nationale politische Systeme nicht verleugnen, doch haben effiziente politische Systeme in der Regel ein legitimes Gewaltmonopol, das die Systemteilnehmer von der Last der Selbstverteidigung befreit – für das Selbsthilfesystem der internationalen Politik trifft dies allerdings nicht zu (Waltz 1979:102–104).

Verteidigungsmaßnahmen einzuleiten als Folge des Selbsthilfeimperativs ist darüber hinaus ein zweiseitiges Schwert: Um sich gewaltbereiten Herausforderern mit entsprechenden Mitteln zur Wehr setzen zu können, sind Staaten gezwungen, sich zu bewaffnen und ein Heer zu unterhalten, da kein Staat auf die friedlichen Absichten seiner Nachbarn für jetzt und alle Zeit bauen kann. Diese Unsicherheit und die damit verbundenen Vorkehrungen – Erhöhung der Rüstungsausgaben, Installation von Grenztruppen und ähnliches – bleiben jedoch selten unbeobachtet: Auch rein defensi-

ve Absichten könnten von einem anderen Staat als Aufrüstung und Vorbereitung einer Offensive fehlverstanden werden – die Konsequenz ist eine Rüstungsspirale, an dessen Ende sogar ein bewaffneter Konflikt stehen kann.

Dieses *Sicherheitsdilemma* (Herz 1950) beschreibt eine typische Situation internationaler Politik, die aus Unsicherheit und mangelndem Vertrauen in die Absichten der anderen Staaten herrührt. Ein Blick auf das Weltgeschehen zeigt jedoch, daß das Sicherheitsdilemma zwar im Kalten Krieg ein ausreichendes Erklärungsmuster für die Rüstungswettläufe der Supermächte bieten konnte, nicht jedoch die aktuellen Beziehungen beispielsweise in der OECD-Welt passend illustriert. Neben dem gewachsenen Vertrauen der westlichen Staaten untereinander als einen möglichen Anhaltspunkt bietet aber auch der Neorealismus eine Erklärung an:

Wie bereits angesprochen ist das grundlegendste Ziel aller Akteure im anarchischen System zunächst die Erhaltung der eigenen Existenz. Kein Akteur handelt aber ausschließlich als Existenzsicherer, sondern verfolgt zumeist noch weitere Ziele, doch Voraussetzung allen Handelns ist eine eigene Existenz, die gesichert sein will: “Survival is a prerequisite to achieving any goals that states may have [...]. The survival motive is taken as the ground of action in a world where security of states is not assured, rather than a realistic description of the impulse that lies behind every act of state (Waltz 1979:91–92).”

Insofern ist für Waltz der Selbsterhaltungstrieb eher idealtypisch zu verstehen und schließt somit keineswegs andere Ziele aus, denn eine Welt, die nur aus Staaten bestünde, die sich bloß selbst erhalten wollen, würde die Aufstellung militärischer Einheiten überflüssig machen (Waltz 1959:203–204). Selbsterhaltung allein ist jedoch im Lichte knapper Ressourcen ausreichend, ein System der Konkurrenz zu schaffen und damit Raum für Konflikte, doch ein Sicherheitsdilemma muß nicht die zwangsläufige Konsequenz sein. Staaten könnten zwar nie zu wenig Macht haben, doch das ultimative Streben der Staaten gilt der Sicherheit und nicht der Macht an sich. Dennoch zeichnet sich jedes anarchische Umfeld durch einen kriegsähnlichen Zustand aus, gleichwohl, welche Motivation die Akteure verfolgen: “In an anarchic domain, a state of war exists if all parties lust for power. But so too will a state of war exist if all states seek only to ensure their own safety (Waltz 1989:44).”

Im allgemeinen ist jedoch die militärische Stärke alleine nicht ausreichend, die Positi-

on eines Staates und damit seine Sicherheit dauerhaft aufrechtzuerhalten. Vielmehr ist der Status der Sicherheit davon abhängig, welchen Kanon an systemerhaltenden Maßnahmen und Ressourcen ein Staat sein eigen nennen und aufwenden kann. Machtressourcen (*capabilities*) gewährleisten diese Sicherheit und führen dazu, daß ein Erstreben zusätzlicher Macht auch zusätzliche Sicherheit – verstanden als Synonym für das Überleben als souveräne politische Einheit – bedeutet. Damit bleibt auch der Einsatz von Gewalt eine allgegenwärtige Option, kann dies doch auch den Erwerb zusätzlicher Macht bedeuten. Die einzige Schranke, die dem Einsatz von Gewalt entgegensteht, ist die Verteilung der Macht, denn zuvor müssen die gewaltbereiten Akteure anhand der Position des „Opfers“ im System berechnen, ob ein Angriff einen Machtgewinn – und damit eine Vergrößerung der Sicherheit – zur Folge hat oder am Ende sogar die eigene Position gefährdet.

Internationale Politik gestaltet sich somit im Verständnis des Neorealismus als ständige Kalkulation, die eigene Position zu verbessern oder zumindest nicht zu gefährden. Macht gilt dabei im realistischen Verständnis als ultimatives Mittel – nicht als Ziel –, die grundlegenden Bedürfnisse eines Staates wie Sicherheit, Wohlfahrt und Prestige zu erreichen. Dabei verschließt sich das Machtkonzept jedoch einer Quantifizierung, da sich Macht stets auf Situationen bezieht und in verschiedenen Ausprägungen jeweils unterschiedlichen Anforderungen genügen muß (Gilpin 1996a:271–272). Manche Autoren bemängeln diese Einengung auf eine rein machtpolitische Zielmaximierung und stellen zu Recht die Frage, ob denn nicht viel konkretere Anliegen – im Beispiel der westlichen Demokratien möglicherweise der Erhalt des Wohlstandes und der Rechtsstaatlichkeit – das außenpolitische Handeln der Staaten bestimmen (Forndran 1997a:47–48). Aktuellen Herausforderungen wie Migration, Umweltgefährdung und globalisiertem Wettbewerb scheint man mit einer auf Macht und Interesse basierenden Politik jedenfalls nicht beizukommen (zumindest nicht auf den ersten Blick).

Die neoliberale Position leitet aus dem anarchischen Zustand des internationalen Systems daher nicht in gleicher Weise ein extremes Sicherheitsdenken der Staaten her, die Folgen der Anarchie werden im neoliberalen Modell weniger dramatisch herausgearbeitet: Hier geht es in erster Linie um das Fehlen einer Autorität, die Vereinbarungen durchsetzen kann, um Kooperationsdilemmas aufgrund der bloßen Verfolgung des Einzelinteresses zu vermeiden (Keohane 1984:73), wie es beispielsweise das Gefan-

genendilemma illustriert. Es geht es den Akteuren also nur darum, ihren individuellen Nutzen zu maximieren trotz der Tatsache, an keiner zentralen Stelle Zugeständnisse eines anderen Staates einklagen zu können und daher dem Risiko des Betrugs ausgesetzt zu sein – dem einzigen Sicherheitsrisiko, dem sich Staaten im neoliberalen Modell bewußt werden müssen (Grieco 1993a:124–126).

Im Gegensatz zu den realistischen Ansätzen gehen neoliberale Modelle jedoch davon aus, daß Sicherheit nur ein mögliches Motiv staatlichen Handelns darstellt, zumindest dann, wenn dies nur in militärischen und strategischen Kategorien erfaßt wird (Holsti 1995:44) Auch wenn der Realismus konstatiert, daß er ebenfalls ein Motivationsset akzeptiert, das über die reine Sicherheitsmaximierung hinausgeht, so darf doch nicht übersehen werden, daß Sicherheit als grundlegende Maxime staatlichen Handelns alle andern Motivationen begründet und teilweise überlagert. Neoliberale Autoren erkennen das Streben der Staaten nach Macht und Wohlfahrt zwar grundsätzlich an, unterstellen jedoch auch das Ansinnen, daneben noch Bezugsrahmen aus Regeln und Praktiken, also *institutionelle Arrangements*, zu installieren, um die Realisierung dieser Ziele auch in der Zukunft sicherzustellen (Keohane 1984:25). Damit wird Institutionen ein Wert an sich zugeordnet, dem Staaten auch kurzfristige Machtgewinne – und damit eine mögliche Erhöhung der Sicherheit – opfern.

Dieser Hypothese liegt das Bild des Staates als *rationalen Egoisten* zugrunde, mit dem Keohane sein Modell explizit auf die gleichen Grundlagen stellt wie der Realismus (Keohane 1984:29). Seine Ansicht, das Modell des rationalen Egoisten würde auch im Neorealismus verwendet werden, begründet er auf der systemischen Analyse des Strukturellen Realismus. Waltz greift zur Illustration seiner Theorie häufig auf analoge Modelle der Mikroökonomie zurück, die ebenfalls das Verhalten der Akteure (*units*) als Konsequenz einer geordneten und durch Individualhandeln entstandenen Struktur (Markt) begreift und insofern systemisch vorgeht. Im mikroökonomischen Modell wird der Akteur (Wirtschaftssubjekt) als eigennütziger Nutzenmaximierer dargestellt, durch dessen Handlungen eine nicht intendierte Struktur entsteht. Gleiches gilt für die internationale Politik: Auch hier wird die Struktur durch Handlungen der Hauptakteure (Staaten) gebildet, die in egoistischer Weise nur ihre Interessen – und damit das Überleben als erstes und grundsätzliches Ziel – durchzusetzen und sicherzustellen versuchen (Waltz 1979:89–95).

Als rationaler Egoist hat ein Akteur geordnete und konsistente Präferenzen, anhand derer er Kosten und Ertrag der ihm zur Verfügung stehenden Handlungsalternativen berechnet und diejenige wählt, die seinen Nutzen unter diesen Bedingungen maximiert. Während diese Annahme noch unproblematisch erscheint, hat die Komponente des Egoismus für das Problem der relativen Gewinne eine besondere Bedeutung: Präferenzrelationen und Nutzenfunktionen, die von den Akteuren aufgestellt werden, sind im Sinne des mikroökonomischen Modells *unabhängig* voneinander, d.h. kein Akteur erleidet aufgrund des Ertrags oder des Verlusts anderer Akteure eine Nutzenänderung. Keohane legt dieses Modell ebenfalls aus Gründen der Theoriebildung zugrunde, da ohne die Annahme des Akteurs als rationalen Egoisten Veränderungen in dessen Verhalten nicht systemisch – also aufgrund einer Änderung der Struktur – erklärt werden könnten, sondern aufgrund unterschiedlicher Bewertungsmaßstäbe oder Kalkulationsfähigkeiten der Akteure individuell ermittelt werden müßten: “In that case, analysis would revert to the unit level, and the parsimony of systemic theory – resting on only a small number of variables – would be lost (Keohane 1984:27).”

Doch es gibt noch einen weiteren Grund, warum der egoistische Nutzenmaximierer das am besten geeignete Modell für den Neoliberalismus darstellt: Ein Manko der bisherigen kooperationstheoretischen Ansätze, das aus ihren idealistischen Vorläufern herrührt, ist die Rechtfertigung internationaler Zusammenarbeit im Interesse übergeordneter gemeinsamer Werte und edler Ziele. Manche Autoren gehen daher dazu über, solche Ansätze dem Liberalismus zuzuschreiben, deren ideelle Basis mit dem Begriff *liberal* umschrieben werden kann: individuelle Freiheit, das Recht auf Eigentum und gleiche Chancen sowie die Prinzipien demokratischer Entscheidungssysteme beschreiben am ehesten diesen liberalen Wertekanon (Doyle 1986:84). Gerade diesen Rückfall in die alte idealistische Verklärung, wie sie schon der klassische Realismus angegriffen hatte, will der neoliberale Institutionalismus aber vermeiden, indem er die Herausbildung institutionalisierter Kooperation nicht aus altruistischen Motiven erklären will, sondern aus rein egoistischer Nutzenmaximierung. Nur damit glaubt er, den Neorealismus erfolgreich ergänzen und seine pessimistische Haltung widerlegen zu können (Keohane 1984:29, 120).

4.3 Kooperation im Lichte neorealistischer Axiome

Um zu beantworten, wie die Struktur des internationalen politischen Systems Kooperation behindern kann, sollte zunächst einmal darauf eingegangen werden, wie Kooperation in den konkurrierenden Ansätzen dargestellt wird. Daß für den Neorealisten aufgrund der strukturellen Zwänge des internationalen politischen Systems langanhaltende und enge Kooperation zwischen den Nationalstaaten eine mögliche, aber seltene Ausnahme bleibt, verleitet zur falschen Annahme, Kooperation sei im Neorealismus schlichtweg nicht vorgesehen oder würde für unmöglich gehalten. Dem ist aber nicht so, wie die Ausführungen Waltz' deutlich machen: Der Abschluß von Rüstungskontrollabkommen ist für ihn ebensowenig ein ungewöhnliches Bild wie die Zusammenarbeit zur Bildung von Organisationen, gefördert durch hierarchische Elemente in der internationalen Struktur, doch stets auch begrenzt durch die Anarchie des diese „Mikrostrukturen“ überwölbenden Systems (Waltz 1979:115–116).

Jene Anarchie fördert aber auch auf gewisse Art und Weise die Zusammenarbeit zwischen Staaten in Form von *Bündnissen* und längeren strategischen Interaktionen als unmittelbares Erfordernis des Sicherheitsstrebens, sei es in der Form des *Balancing* – des Beitretens zu einem Bündnis, das sich einer Bedrohung durch einen gewaltbereiten Staat oder Bündnis entgegenstellt – oder des *Bandwagonings*, also dem Eintritt in das Bündnis des wahrscheinlichen Gewinners (Waltz 1979:126–127, 166). Für den Neoliberalismus ist diese Fixierung auf Allianzen als einzig mögliche – oder zumindest vorherrschende – Kooperationsform nicht nachvollziehbar. Wenn Staaten gemeinsame Interessen entwickelten, warum sollten sich dann diese Interessen nur darauf beschränken, Streitkräfte gegen einen möglichen Feind zu bündeln (Keohane 1984:61)?

Der Neoliberalismus versucht nämlich, trotz der von ihm zugrundegelegten realistischen Rahmenbedingungen Wege zu finden, wie dennoch langanhaltende Kooperation in einem System egoistischer Nutzenmaximierer entstehen kann. So wie mögliche Konfliktquellen im Neorealismus einen breiten Raum einnehmen, so findet die Möglichkeit der Kooperation im Neoliberalismus mehr Beachtung. Neoliberale Autoren hüten sich jedoch vor dem alten idealistischen Fehler, internationale Kooperation per se als normativen Ausdruck guter Politik zu verstehen, sondern verweisen vielmehr auf die überwiegend positiven Seiten bi- und multilateraler Zusammenarbeit für das internationale Staatensystem (Frei 1982:11). In den meisten Fällen wird Kooperation

nicht als Ziel an sich, sondern nur als Mittel angestrebt, bestimmte Ziele zu erreichen. Stellt man also dennoch die Frage nach dem moralischen Wert einer Kooperation, dann sollte man eher nach den Zielen, die erreicht werden sollen, fragen (Keohane 1984:10).

Grundvoraussetzung für die Möglichkeit der Kooperation ist die Existenz gemeinsamer Interessen, ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Dabei handelt es sich weder um eine Situation der Harmonie noch um einen Zustand der Konfliktlosigkeit, sondern lediglich um eine Möglichkeit, die Interessen der Akteure durch einen Prozess der Koordinierung in Gleichklang zu bringen: "Cooperation occurs when actors adjust their behavior to the actual or anticipated preferences of others, through a process of policy coordination. To summarize more formally, intergovernmental cooperation takes place when the policies actually followed by one government are regarded by its partners as facilitating realization of their own objectives, as the result of a process of policy coordination (Keohane 1984:51–52)." Diese Definition ermöglicht es zudem, einen gemeinsamen Ausgangspunkt für Neoliberale und Neorealisten zu finden, nachdem auch überzeugte Kritiker des Institutionalismus mit dieser Definition leben können (Grieco 1990:22).

Gemeinsame Interessen alleine schaffen jedoch noch keine Garantie, daß eine Zusammenarbeit auch zustandekommt, denn oftmals scheint der Koordinationsprozeß nicht zum gewünschten Erfolg zu führen oder durch strukturelle Eigenheiten des internationalen politischen Systems in seiner Entfaltung behindert zu werden. Bisher wurde noch nicht näher darauf eingegangen, in welcher Weise die anarchische Struktur des internationalen politischen Systems bi- und multilaterale Kooperation behindert, da für den Neorealisten aufgrund der strukturellen Zwänge des internationalen politischen Systems langanhaltende und enge Kooperation zwischen den Nationalstaaten ja eine mögliche, aber seltene Ausnahme bleibt.

Zum einen spielt natürlich die ständige existentielle Bedrohung eine Rolle, der sich die Staaten ausgesetzt fühlen, da jeder Staat die Möglichkeit hat, Gewalt einzusetzen, wenn sich dies als vorteilhaft erweist. Während in nationalen politischen Systemen durch Rechtsnormen, die den Einsatz von Gewalt verbieten, und dem legitimen Gewaltmonopol des Staates, der eine Verletzung dieser Regel ahndet, die Aufgabe der Selbstverteidigung dem einzelnen abgenommen wird, kann in der internationalen Politik der Entscheidung eines Gewalteinsatzes durch einen Konkurrenten nur durch eige-

ne Vorkehrungen vorgebeugt werden. Das bereits angesprochene Sicherheitsdilemma als Folge dieses Zustandes gewinnt seine bedrohliche Natur nicht allein aus der Gefahr der Fehlinterpretationen, sondern auch aus dem Verlust des gegenseitigen Vertrauens. Vertrauen ist aber ebenfalls notwendig, um kooperative Vereinbarungen treffen zu können, denn schließlich existiert in der Anarchie keine Autorität, die Vertrauen durch Verpflichtung substituieren kann.

Ein weiteres Hindernis, das die Struktur des internationalen Systems kooperationswilligen Akteuren in den Weg legt, ist die Gefahr zunehmender gegenseitiger und wechselwirksamer Abhängigkeit (*Interdependenz*) infolge eines langanhaltenden kooperativen Güterausstausches: Größere Spezialisierung ging mit größerer Abhängigkeit wegen nicht produzierter Güter einher, und je umfangreicher Im- und Exporte eines Staates, desto umfangreicher die Abhängigkeit von jenen Im- und Exportpartnern. Der Wunsch, Abhängigkeiten zu minimieren und Autarkie zugunsten größerer Unabhängigkeit zu forcieren, erklärte auch zu einem Gutteil kolonialistische und imperialistische Bestrebungen mancher Staaten (Waltz 1979:104–105). Interdependenz im Sinne des Strukturellen Realismus bedeutet daher primär gegenseitige Verwundbarkeit (Waltz 1979:139–146).

Doch darüber hinaus existiert ein weiterer Grund, warum die Struktur der internationalen Politik Kooperation eher hemmt: es ist die Erwartung ungleicher Gewinnverteilungen, die eine Zusammenarbeit zwischen Staaten scheitern läßt, weil ein Staat seinen Gewinnvorteil gegen den übervorteilten Staat jederzeit einsetzen könnte (Waltz 1979:105). Dies aus dem Zustand permanenter Unsicherheit hergeleitete Hindernis internationaler Zusammenarbeit beherrschte unter dem Begriff *relative gains* die Auseinandersetzung in der Disziplin in den achtziger Jahren, mit denen sich der Neorealismus der theoretischen Herausforderung aus dem neoliberalen Lager erwehren wollte.

Sicherheit ist also der Dreh- und Angelpunkt neorealistischer Argumentation, und jeder Systemteilnehmer steht in der Pflicht, eigene Maßnahmen zur Erhaltung seiner Existenz zu ergreifen. Während in hierarchischen politischen Systemen diese Aufgabe als originäre Leistung durch das legitime Gewaltmonopol des Staates wahrgenommen wird und die Akteure dadurch für andere Aufgaben freigestellt werden können, hindert die anarchische Struktur des internationalen politischen Systems durch die Abwesenheit einer solchen übergeordneten Autorität die Akteure, diesen Selbsthilfeimperativ

zu ignorieren.

In der politischen Philosophie und Staatslehre ist das anarchische Modell als vorstaatlicher Naturzustand bekannt, der ebenfalls allen Individuen die Last der Selbstverteidigung auferlegt, da keine Instanz existiert, die Verträge und bindende Abmachungen durchsetzen kann – jeder ist auf sich alleine gestellt. Für Stein (1993:35–37) gleicht dies einem Gefangenendilemma (das später noch ausführlich behandelt wird), in dem jedes Individuum den Anreiz hat, nicht an gemeinsamen Handlungen teilzunehmen, dadurch aber auch eine kollektiv schlechte Lösung provoziert. Selbst wenn sich die Individuen zu einer gemeinsamen Aktion verpflichten sollten, so erzielte doch jeder eine noch bessere Auszahlung, wenn er nicht zum gemeinsamen Gut beitrüge – die Vereinbarung also bräche – und somit von der Leistung anderer profitierte. Weil individuell rationales Verhalten aber in einem solchen Fall stets ein ineffizientes Ergebnis zur Folge hätte, verpflichteten sich die Individuen gegeneinander, sich an Verträge zu halten und gründeten eine Institution wie den Staat, der abweichendes Verhalten, in diesem Fall individuell rationales Verhalten ohne Rücksicht auf das Kollektivgut, bestraft und damit die Durchsetzung einer insgesamt optimalen Lösung erzwingen kann. Hobbes *Leviathan* stellt eine solche Autorität dar, die für ein hierarchisches System unabdingbar ist.

Diese Darstellung verwendet die Argumentation der öffentlichen Güter, also Güter, die jedem Konsumenten in gleichem Maße zum Verbrauch zur Verfügung gestellt werden müssen und keinen Konsumenten ausschließen dürfen (Varian 1995:565–588). Das grundlegendste öffentliche Gut, das der Staat bereitstellt, ist *Sicherheit* (Stein 1993:37). Jeder Staatsbürger wird durch den Staat von der Last befreit, seine Verteidigung wie im Naturzustand selbst übernehmen zu müssen. Hat jedoch jeder Staatsteilnehmer zur Realisierung dieses öffentlichen Gutes einen Beitrag zu leisten und kann er von der Nutzung dieses Gutes, ist es erst einmal bereitgestellt, nicht mehr ausgeschlossen werden, dann besteht für jeden Akteur ein Anreiz, nichts oder möglichst wenig zu dieser Realisierung beizutragen und als Trittbrettfahrer (*free rider*) das Gut Sicherheit dennoch zu konsumieren. Weil die private Bereitstellung öffentlicher Güter aus diesen Gründen nicht effizient erfolgen kann, müssen andere Mechanismen der Bereitstellung gefunden werden.

Auch in der Theorie der Internationalen Beziehungen hat die Problematik öffentlicher

Güter ihren Platz: Wo in nationalen politischen Systemen Regierungsgewalt eingesetzt werden kann, um alle Mitglieder des Systems zur Beitragsleistung zu verpflichten, fehlt diese autoritative Zuweisung definitionsgemäß im internationalen politischen System. Waltz (1979:196–199) weist darauf hin, daß die Durchführung kooperativer Projekte in der internationalen Politik zwar nicht völlig unmöglich ist, aber doch eine wesentliche Schwierigkeit darstellt, nicht zuletzt wegen des Eintreibens der versprochenen Zahlungen und Beiträge.

Je mehr Bereitsteller des öffentlichen Gutes vonnöten sind, desto geringer daher die Wahrscheinlichkeit seiner Realisierung: “Everybody’s business is nobody’s business (Waltz 1979:197).” Je kleiner dagegen die Gruppen und je unterschiedlicher die Interessen ihrer Mitglieder, desto höher sei die Wahrscheinlichkeit, daß sich die mächtigsten Mitglieder auch dem Gruppeninteresse und nicht nur ihren eigenen Interessen verschrieben; denn je größer die relative Bedeutung eines Akteurs, desto mehr identifiziere er sein Eigeninteresse mit dem Systeminteresse. Kooperation kann also durch dominante Akteure gefördert werden und somit auch durch die realistischen Grundkategorien Macht und Interesse erklärt werden.

Die Lösung liegt für Waltz in der Struktur des Systems, die durch die Verteilung der Machtressourcen und durch die Anzahl der maßgeblichen Akteure charakterisiert werden kann. Da mit geringerer Anzahl der Großmächte auch deren Fähigkeit wächst, in die Belange der schwächeren Staaten einzugreifen, ist ein bipolares System seiner Einschätzung zufolge eine optimale Lösung, um die Bereitstellung eines öffentlichen Gutes zu sichern, da die Interessen dieser Supermächte dann auch dem System gälten: “For all but the United States and the Soviet Union, problems are local or regional. [...] Each of them takes a system-wide view. [...] Their extraordinary positions in the system lead them to undertake tasks that other states have neither the incentive nor the ability to perform. What are these tasks? In descending order of importance, they are the transforming or maintaining of the system, the preservation of peace, and the management of common economic and other problems (Waltz 1979:198–199).”

Die Bereitstellung eines öffentlichen Gutes durch die Verhinderung des Betrügens wird also sowohl in der politischen Philosophie als auch im Strukturellen Realismus mit der Genese einer Autorität erklärt, die die Systemteilnehmer zu bestimmten Leistungen verpflichten kann. So wie das Staatswesen *free riding* durch sein legitimes Gewaltmo-

nopol verhindern und durch Steuerfinanzierung öffentliche Güter bereitstellen kann, so können Supermächte durch ihr Interesse am Systemerhalt diese Funktion übernehmen und ein Kollektivgut wie Sicherheit bereitstellen. Am deutlichsten wird dies am Beispiel der USA, die in den Nachkriegsjahren das Prosperieren der europäischen Handelsstaaten und Japans ermöglichten, indem sie Sicherheit durch ihren atomaren Schutzschirm bereitstellten und so die zerstörten Staaten von der Last exzessiver Verteidigungsaufgaben entledigten.

Die Begründung internationaler Kooperation aus dem nationalen Interesse eines Hegemons schließt aber nicht nur die Förderung der Kooperation ein, sondern auch deren Behinderung. So verwendeten sich die USA in der Nachkriegszeit nicht nur für multilaterale Institutionen im internationalen Finanz- und Wirtschaftswesen wie dem GATT oder der OECD, weil die Liberalisierung des Handels in ihrem Interesse lag, sondern brachten die internationale Zusammenarbeit auch zum Erliegen, wenn es Regierung oder Legislative opportun erschien (Lipson 1993:77–78). Die *Theorie der hegemonialen Stabilität* konnte Erklärungen bieten, die auf die damalige Phase internationaler Kooperation anwendbar schienen: Nur wenn es im Interesse einer dominanten Macht ist, können kooperative Vereinbarungen entstehen und bestehen bleiben.

Im Gegensatz zu nationalen politischen Systemen können die entlasteten Systemteilnehmer aber zu Konkurrenten heranwachsen und die bipolare Vorherrschaft herausfordern. Verlören dann die Bereitsteller der öffentlichen Güter das Interesse an deren Leistung, definierten sie das Systeminteresse in ihrem Sinne neu, oder wäre die weitere Bereitstellung zu kostenintensiv, so sollte mit dem Zusammenbruch bisheriger kooperativer Arrangements gerechnet werden. In der Lesart der Theorie der hegemonialen Stabilität mußte ein Regime letztendlich scheitern, wenn der Hegemon, der zu seiner Gründung beitrug, das Interesse an dieser Institution verliert. Dies bedeutet nichts anderes, als daß das hierarchische Modell zum anarchischen Urzustand zurückkehrt und Kooperation daher wieder den bekannten Hindernissen ausgesetzt wird – langanhaltende Zusammenarbeit scheint so jedenfalls kaum vorstellbar.

Dies drohte in den siebziger Jahren schließlich der Fall zu sein: Der relative Machtverlust der USA und das Ende der „Pax Americana“ beraubten die bisherigen internationalen Vereinbarungen ihrer hegemonialen Absicherung durch die Vereinigten Staaten und die gewohnte Durchsetzung der von ihr vertretenen Regeln. Doch trotz einiger

Turbulenzen zeigten sich die alten Ordnungen erstaunlich stabil, bildeten neue Verfahrensweisen heraus und erlaubten die Bildung immer neuer kooperativer Beziehungen sowohl im Wirtschafts- als auch im Rüstungskontrollbereich, ohne daß eine dominante Macht vonnöten gewesen wäre (Müller 1993:18). Das Konzept der hegemonialen Stabilität erwies sich damit als Sackgasse, denn offenbar konnte internationale Zusammenarbeit sowohl ohne Hegemon entstehen als auch *After Hegemony* (Keohane 1984) bestehen bleiben.

Der Neorealismus geriet jedoch nicht zuletzt deshalb in die Defensive, weil er sein Augenmerk fast ausschließlich auf diese konfliktbehaftete Seite der internationalen Politik richtete und die Möglichkeit substantieller Kooperation ausschloß. Zwar konnte er zugeben, daß kooperative Arrangements trotz seiner pessimistischen Aussagen in der internationalen Politik zunahmen, stellte aber gleichzeitig kein Instrumentarium bereit, mit diesen Erscheinungen innerhalb der Theorie analytisch umzugehen. Autoren wie Keohane und Axelrod wollten daher zeigen, daß mit Zuhilfenahme geeigneter Methoden und einer Verlagerung des erkenntnistheoretischen Fokusses Kooperation auch dann entstehen und bestehen kann, wenn man das realistische Modell der anarchischen Umwelt zugrundelegt.

Dennoch: Obwohl liberale Kritiker immer wieder feststellen, daß die jüngsten ökonomischen und technischen Veränderungen auch zu einem Wandel der internationalen Beziehungen beigetragen haben und die Aussagen des Realismus daher auf den Prüfstand gehörten, werden zentrale Erkenntnisse des Realismus auch in einer Zeit der allgegenwärtigen Globalisierung nicht entwertet: Zollschränken und subventionierte Heimatmärkte existieren weiterhin (weil kein Staat seine Industrie ungeschützt dem freien Spiel der Weltmärkte aussetzt), multinationale Konzerne haben sich noch nicht an die Stelle der scheinbar überkommenen Nationalstaaten gesetzt, noch geben sie den politischen Systemen vor, wie sie zu handeln haben (Gilpin 1996b).

Kapitel 5

Relative Gewinne im Kooperationskontext

Die Debatte um die kooperationshindernde Wirkung relativer Gewinne ist ohne Verständnis der spieltheoretisch begleiteten Erkenntnisse des Neoliberalismus nur unvollständig nachzuvollziehen. Wie bereits dargelegt, ist das sichtbarste Kennzeichen internationaler Politik ein Beziehungsgeflecht souveräner Nationalstaaten, die ihre Selbst-erhaltung letztendlich nur ihren eigenen Anstrengungen verdanken können und dabei auch die Anwendung von Gewalt nicht ausschließen (Stein 1993:30). Obwohl der Neoliberalismus trotz dieser pessimistischen Aussicht recht erfolgreich die Entstehung internationaler Zusammenarbeit erklären konnte, blieb in der Diskussion zunächst ein Kooperationshindernis unerwähnt, das auch in der neorealistischen Literatur bis dahin wenig Beachtung fand.

Das Argument, wonach relative Gewinne Kooperation verhindern können, kann unter anderem als Reaktion der Neorealisten auf die Erfolge des Neoliberalismus gedeutet werden, als insbesondere durch die Arbeiten Axelrods und Keohanes die Entstehung internationaler Zusammenarbeit erklärt werden konnte, ohne auf die eigentlich nur skeptische Prognosen erlaubenden Annahmen der Neorealisten verzichten zu müssen. Im Laufe der Debatte konnte man erkennen, daß die in der neoliberalen Argumentation verwendeten Methoden und Modelle dazu geeignet waren, auch im Falle der Analyse relativer Gewinne einen Beitrag zur Vergleichbarkeit der Hypothesen zu leisten. Es zeigte sich, daß die Vorteile und Ansprüche der Modellierung auch hier die

Schwächen einer rein verbalen Auseinandersetzung offenlegten, zählt es doch zu den wichtigsten Vorteilen formaler Modelle, sämtliche Annahmen – seien es ausgesprochene und auch unausgesprochene – präzise und komplett niederlegen zu müssen, um nicht das logische Aussagengerüst zu gefährden (Morrow 1994:6–7).

Dennoch konnte man diesem Prinzip nicht vollständig treu bleiben, da die Grundlagen der *relative gains*-Hypothese nicht nur unterschiedlich interpretiert wurden (und deswegen auch zu unterschiedlichen Modellierungsansätzen führten), sondern auch in ihrer Form und Wirkung widersprüchlich definiert wurden. Ein erster Ansatz, relative Gewinne zu deuten und zu erklären, muß daher auch zunächst eine Ordnung der verschiedenen Aussagen zum Ziel haben; erst danach kann es gelingen, eine Ansammlung von Aussagen in ein Modell zu überführen.

Die Vorteile sozialwissenschaftlicher Modellierung können dabei grundsätzlich unter Zuhilfenahme zahlreicher etablierter Werkzeuge nutzbar gemacht werden, die neben mathematischen und statistischen Methoden auch zunehmend die Verwendung computergestützter Techniken, beispielsweise im Bereich dynamischer Systeme, bereitstellen (Conte et al. 1997). Besonderes Gewicht fand in der Diskussion jedoch die Verwendung spieltheoretischer Methoden, mit deren Hilfe nicht nur ein intersubjektiv überprüfbares Modelldenken in die Debatte eingeführt wurde, sondern auch einige überraschende Ergebnisse erzielt werden konnten, die sich erst nach einem Blick durch die spieltheoretische Brille eröffnen.

5.1 Begriffe und Anwendungen der Spieltheorie

Der Begriff *Spieltheorie* klingt zunächst mißverständlich, hat aber einen historischen Ursprung: Gesellschaftsspiele pflegten schon seit jeher die Aufmerksamkeit mathematisch Interessierter auf sich zu ziehen, seien es Kartenspiele, Glücksspiele, Wetten oder auch Schach. Stets war man daran interessiert, mittels mathematischer Betrachtung den Zugang zur Struktur des Spiels und damit den Weg zum möglichen Gewinn aufzudecken. Waren die zugrundeliegenden formalen Methoden noch verstreut und vor allem im Bereich der Statistik und Wahrscheinlichkeitstheorie angesiedelt, so eint doch alle Versuche der Antrieb, *strategische Interaktionen* zwischen Personen zu untersuchen und Ratschläge für ein optimales Verhalten im Spiel zu geben (Mehlmann

1997:3–5). Eigentlicher Begründer der Spieltheorie war aber der ungarische Mathematiker John von Neumann, der nach seiner Emigration in die USA im Jahre 1930 zusammen mit Oskar Morgenstern das erstmals 1944 erschienene einflußreiche Werk *Games and Economic Behaviour* vorlegte.

Wie der Titel dieses Werkes schon andeutet, können strategische Interaktionen in weit mehr Fällen auftreten als nur in Gesellschaftsspielen. Vielmehr ist es ein Grundtatbestand menschlicher und damit gesellschaftlicher Existenz, mit anderen Individuen in Kontakt zu treten und sich in sozialen Situationen zu bewähren. Damit erfährt der Begriff „Spiel“ eine breitere Definition und kann alle möglichen Situationen umfassen, in denen es auf ein Wechselspiel zwischen verschiedenen Akteuren ankommt: Die Preiserhöhung im Supermarkt als Spiel zwischen Kunden und Management, das Fahren mit dem Auto als Spiel mit anderen Verkehrsteilnehmern, die Kuba-Krise als Spiel zwischen Chruschtschow und Kennedy (Binmore 1992:3). In jedem Fall muß man das Verhalten anderer Akteure in seine eigene Handlungsdisposition einbeziehen.

In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Spieltheorie von der *Entscheidungslehre*: Auch hier steht zur Debatte, rationale Entscheidungen in bestimmten Situationen treffen zu müssen und einen optimalen Handlungsplan aufzustellen. Die dort behandelten Entscheidungsprobleme präsentieren sich dem Akteur jedoch nur als Weltzustände, die zwar mit Risiken und Unsicherheiten behaftet sind und daher ebenfalls unbedachte Urteile zu fällen verbieten, sich aber nicht noch zusätzlich als ebenbürtige Akteure entüllen und gleichfalls ihre Interessen durchzusetzen versuchen (Eisenführ und Weber 1993). Insofern ist das wesentliche Element der Spieltheorie nicht nur die rationale Entscheidung allein, sondern die rationale Entscheidung in Interaktion mit anderen rationalen Entscheidungsträgern. Die Spieltheorie ist also eine *interaktive Entscheidungstheorie*.

Soziale Interaktionen zeichnen sich dadurch aus, daß ein optimales Verhalten nicht unabhängig vom Verhalten des Interaktionspartners gewählt werden kann, sondern berücksichtigen muß, wie das Gegenüber auf welche Handlungen reagiert und welche Interessen seine Position leiten. Es ist also erforderlich, *strategische Entscheidungen* zu fällen. Gerade in den Sozialwissenschaften ist eine wechselseitige Abhängigkeit ein typisches Charakteristikum zahlreicher Prozesse und mithin auch in der Politikwissenschaft ein Kennzeichen der dort untersuchten sozialen Beziehungen. Als ge-

eigneter methodischer Analyserahmen bietet sich also die Spieltheorie geradezu an, da mit ihrer Hilfe die Komponenten strategischer Entscheidungssituationen herausgearbeitet werden können, um eine geeignete Handlungswahl zu empfehlen. Indem es Zweck der Spieltheorie ist, in sozialen Konfliktsituationen individuell rationales Entscheidungsverhalten zu definieren, kann sie somit als normative Teildisziplin aller Sozialwissenschaften gelten (Güth 1999:1).

Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich die Spieltheorie insbesondere im Rahmen der *RAND Corporation* fort, die – als Ableger der amerikanischen Luftwaffe – unter anderem mit der wissenschaftlichen Planung atomarer Kriegsführung betraut war und zu diesem Zweck spieltheoretische Modelle als analytisches Werkzeug verwendete. Diese enge Verbindung der Spieltheorie als auch einiger ihrer herausragendsten Köpfe – wie John Nash oder John von Neumann – mit den nuklearen Szenarien und dem Nullsummendenden der *RAND Corporation* trug zumindest teilweise zum Niedergang der Spieltheorie in den späten 50er Jahren bei. Erst in den 80er Jahren konnte die Spieltheorie mit maßgeblichen Entwicklungen, v.a. im Bereich der Ökonomie, ihren Stand wieder festigen (Hargreaves Heap und Varoufakis 1995:49–50).

5.1.1 Grundlagen spieltheoretischer Modellierung

Ziel der Spieltheorie ist es, für jeden der Spieler eine individuell rationale Strategie zu entwerfen, um so die Lösung einer Situation zu bestimmen. Dazu ist es zunächst erforderlich, die drei Mindestbestandteile eines Spiels zu erfassen (Fudenberg und Tirole 1996:4):

- Menge der Spieler $i \in N$
- Strategieraum S_i für jeden Spieler i
- Auszahlungsfunktion u_i , die jedem Spieler i einen Nutzen $u_i(s)$ für jede Strategie $s = (s_1, \dots, s_I)$ zuweist

Eine Möglichkeit, Spiele und ihren Verlauf zu illustrieren, stellen sogenannte *Spielbäume* dar: Auf diese Art können alle möglichen Züge eines Spiels explizit dargestellt

werden, womit ein intuitiver Zugang zur Modellierung eines Spiels ermöglicht wird; diese Art der Darstellung bezeichnet man auch als *extensive Spielform*.

Im folgenden Beispiel hat jeder Spieler (hier mit 1 und 2 bezeichnet) zwei Alternativen zur Wahl: Während Spieler 1 sich für den Spielzug *A* oder *B* entscheiden muß, stehen Spieler 2 ebenfalls nur zwei Alternativen zur Verfügung: Je nachdem, welchen Zug der vorhergehende Spieler gewählt hat, kann sich Spieler 2 nun für *a* oder *b* entscheiden oder für *c* oder *d*.

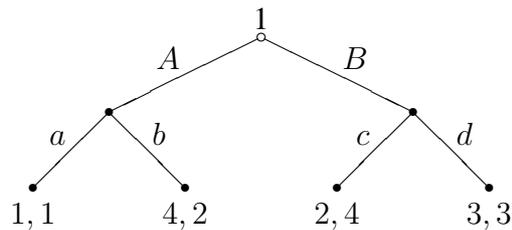


Abbildung 5.1: Spielbaum

Betrachtet man die Ziffern am Fuß des Spielbaums als Auszahlungswerte (die erste Ziffer bezeichnet die Auszahlung an Spieler 1, die zweite die an Spieler 2), so kann man annehmen, daß jeder Spieler eine höhere Auszahlung einer niedrigeren vorzieht. Für Spieler 2 wäre sicherlich die Alternative *c* mit einer Auszahlung von 4 am attraktivsten, jedoch: er wird keine Möglichkeit dazu bekommen. Spieler 1 wird sich für Alternative *A* entscheiden, da *er* hier die höchste Auszahlung erhalten kann. Daß er sich dessen sicher sein kann, wird durch die Regeln des Spiels, wonach Spieler höhere Auszahlungen den niedrigeren vorziehen, gesichert: Spieler 2 wird daher nach dem initialen Zug des ersten Spielers die Alternative *b* wählen.

Einleuchtend wird dieses Konzept dann, wenn die zugrundeliegende Situation klar definierte Ereignisse liefert, die von den Akteuren gemäß ihrer Präferenzen geordnet werden können: In diesem Fall ist es möglich, jedem Ereignis eine Nutzenindexzahl zuzuordnen, die willkürlich gewählt werden kann, solange dadurch nur die Ordnung der Präferenzen erhalten bleibt. Diese Nutzenfunktion ist daher *ordinal* (Holler und Illing 1996:4).

Für Fälle, in denen die Bewertung des Spielausgangs unter Risiko getroffen werden muß, bemächtigt sich die Spieltheorie eines allgemeineren Konzepts: Dabei wird unterstellt, daß ein Akteur die Wahl zwischen Lotterien hat, d.h. zwischen Alternativen,

die mit einer bestimmten vorgegebenen Wahrscheinlichkeit eintreten und verschiedene Weltzustände repräsentieren. Diese Zustände schließen sich gegenseitig aus, es kann und darf also nur ein bestimmter – mit einer Wahrscheinlichkeit bewerteter – Zustand eintreten (Morrow 1994:22–33). Ein Akteur ist nun per definitionem in der Lage, diese bewerteten Ereignisse einzuschätzen, anhand seiner Präferenzen zu ordnen und schließlich die Lotterie zu wählen, die den höchsten erwarteten Nutzen einbringt. Dieser *Erwartungsnutzen* läßt sich als Summe der Nutzen in den verschiedenen Zuständen darstellen, die mit der Wahrscheinlichkeit des Eintretens eines bestimmten Zustandes gewichtet werden (Holler und Illing 1996:35–40): $u_i(y) = \sum_h p_h u_i(y_h)$. Dabei bezeichnet $u_i(y_h)$ den Nutzen, der einer bestimmten Auszahlung y im Zustand h beigemessen wird sowie p_h die Wahrscheinlichkeit, mit der dieser Zustand eintritt.

Eine solche *von Neumann-Morgenstern Nutzenfunktion* beschreibt daher nicht nur eine Möglichkeit, Entscheidungen unter Risiko zu treffen, sondern auch die Risikofreude eines Akteurs, die sich darin ausdrückt, ob er Lotterien allein anhand ihres Erwartungswertes wählt (Risikoneutralität), oder ob er die Wahrscheinlichkeit, mit der Erwartungswerte gebildet werden, in seine Entscheidung einfließen läßt (Risikoaversion und -akzeptanz) (Morrow 1994:35–38). Nutzenwerte werden dabei stets bestimmten Ereignissen zugewiesen, um eine mathematische Darstellungsmöglichkeit einer Präferenzordnung zu erhalten. Ein Akteur bevorzugt also nicht Alternative A gegenüber Alternative B , weil die Nutzenkennziffer der einen höher ist als die der anderen, sondern weil er gerade eine Alternative präferiert. Daß diese einen höheren Nutzenwert zugebilligt bekommt, ist lediglich eine mathematische Darstellung seiner ursprünglichen Präferenzordnung (Binmore 1992:98). Darüber hinaus werden im Falle von Erwartungsnutzen kardinale Nutzenwerte herangezogen, da Ordinalwerte lediglich eine willkürliche Abfolge darstellen, die sinnvollerweise nicht mit Wahrscheinlichkeiten multipliziert werden sollten (Hargreaves Heap und Varoufakis 1995:9).

Welche Art von Handlungen bzw. Auszahlungszielen dort spezifiziert werden, bleibt dem Modellierer vorenthalten: Ob es sich also um ein Ziel handelt, das sich in altruistischer Freigiebigkeit erschöpft, oder ob allumfassende Dominanz als meistpräferiertes Ergebnis angestrebt wird, ist nicht erheblich, solange die spieltheoretischen Kriterien für die Bildung von Präferenzen und Nutzenfunktionen herangezogen werden. Auch wenn also unterstellt wird, daß Staaten nicht nur egoistische Nutzenmaximierer sei-

en, sondern ihr Handeln auch an moralischen Standards oder der Legitimierung von Herrschaft ausrichten (Forndran 1997b:80), so läßt sich dies durch eine entsprechende Präferenzbildung gleichfalls beschreiben.

Das Strategische einer bestimmten Situation erschöpft sich jedoch nicht mit der Wahl unter Risiko, sondern entsteht durch die Interaktion verschiedener Akteure, die jeweils ihren Erwartungsnutzen maximieren. In dem in Abbildung 5.1 (Seite 67) dargestellten Spiel geht Spieler 1 beispielsweise davon aus, daß Spieler 2 die Alternative *b* wählen wird, da dessen Auszahlung (und in diesem Beispiel auch die Auszahlung des ersten Spielers) mit dieser Wahl maximiert wird. Er hat also eine bestimmte Annahme über das Verhalten seines Kontrahenten getroffen, die davon herrührt, daß auch Spieler 2 vernünftigerweise seinen Erwartungswert maximieren sollte. Diese *Rationalität* liegt einem Spiel zugrunde und ermöglicht es, Erwartungen über das Verhalten eines Kontrahenten zu bilden und eine Lösung zu erhalten, da man davon ausgeht, daß jeder Spieler rational ist, jeder wiederum weiß, daß jeder rational ist, jeder weiterhin weiß, daß jeder weiß, daß jeder rational ist und so weiter. Diese unendliche Kette bezeichnet man als *common knowledge of rationality* (Hargreaves Heap und Varoufakis 1995:24–25). Rationalität im Sinne dieser Definition erlaubt es daher, vordergründig irrationale Verhaltensweisen wie Märtyrertum oder Selbstopferung zu erfassen, auch wenn diese von manchen Autoren als Verstoß gegen das rationale Eigeninteresse gewertet werden (Nicholson 1998:73). Inhalte und Herkunft der Präferenzordnungen werden im Rationalitätskonzept des *homo oeconomicus* nicht festgelegt, so daß auch keine Aussagen über die Motivation eines Akteurs getroffen werden können. Insofern existiert ein Unterschied zwischen Vernunft und Rationalität, da diese auf unterschiedlichen begrifflichen Ebenen arbeiten (Zintl 1989:53).

Ohne dieses Rationalitätsprinzip in Frage zu stellen, betonen jedoch neuere Arbeiten, daß diese unendliche Kette des Rasonierens zwar eine hinreichende, aber keine notwendige Voraussetzung für das Erreichen einer strategischen Lösung ist, daß es sogar unsinnig sei, eine solch übertriebene Rationalitätsannahme zugrundezulegen und es völlig ausreichend sei, wenn *common knowledge* lediglich das Wissen bezeichne, das allen Spielern bekannt sei (Gintis 2000:13–14). In seiner allgemeineren Form ist das *common knowledge* – also das Wissen, das sich alle Spieler teilen – nicht auf die Rationalitätsannahme beschränkt, sondern kann sich auf alle Bestandteile eines Spiels

beziehen: Für gewöhnlich definiert man neben der Rationalität auch die Regeln eines Spiels als gemeinsames Wissen, kann dieses jedoch auch ausbreiten auf Auszahlungen und Strategien. Sind Menge, Strategieraum und Nutzenfunktion gemeinsam bekannt, so spricht man von einem Spiel *vollständiger Information* (Holler und Illing 1996:42).

Von der vollständigen Information muß jedoch die *perfekte Information* unterschieden werden: Betrachtet man den folgenden Spielbaum, dann weiß Spieler 2 nicht, an welchem Knoten er sich befindet (dargestellt durch die gepunktete Linie), denn der Zug seines Kontrahenten (des Spielers 1) bleibt ihm verborgen: es handelt sich hier um ein Spiel *imperfekter Information*, das sich von einem Spiel perfekter Information wie in Abbildung 5.1 dadurch unterscheidet, daß ein Spieler manche Züge seines Kontrahenten nicht beobachten und daher auch seine Entscheidung nicht davon abhängig machen kann (Holler und Illing 1996:13–16).¹

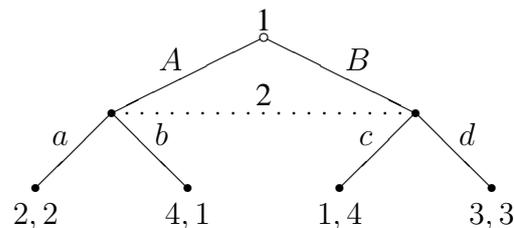


Abbildung 5.2: Spielbaum mit imperfekter Information

Der Handlungsplan eines Spielers könnte nun beispielsweise vorsehen, für Ereignis X Handlung a zu wählen, für Ereignis Y dagegen Handlung b. In jedem Fall wüßte der Spieler also, wie er zu entscheiden hätte. Solche Spiele werden gelegentlich auch als Simultanspiele bezeichnet, obwohl die Handlungen nicht notwendigerweise gleichzeitig erfolgen müssen. Da die Handlungen der Spieler jedoch verborgen bleiben (Spiel imperfekter Information) – und die Spieler daher auch nicht auf einen Spielzug des Gegners reagieren können –, ist die Annahme der Gleichzeitigkeit der Handlungen nicht unbegründet (Berninghaus et al. 2002:12).

Wie könnte eine Lösung dieses Spiels aussehen? Wenn man zugrunde legt, daß beide Spieler ihre Auszahlung maximieren, dann wäre für Spieler 2 Alternative c sicherlich die beste Wahl – aber auch für Spieler 1 die schlechteste. Spieler 1 müßte von dieser

¹Kurz gesagt weiß der Spieler in einem Spiel mit imperfekter Information nicht, an welchem Punkt des Spielbaums er sich genau befindet.

Wahl seines Gegners ausgehen, wählte er im ersten Zug Alternative B . Er wird daher mit A vorlieb nehmen, die zudem noch mit der für ihn höchsten Auszahlung lockt. In diesem Falle wäre Spieler 2 jedoch besser beraten, Alternative a zu wählen, da er hier eine größere Auszahlung als im Falle von b erhält.

Obwohl Spieler 2 den ersten Zug nicht beobachten kann und daher nicht weiß, an welchem Entscheidungsknoten er sich befindet, wird er die jeweils „linke“ Alternative (a und c) wählen, da sie stets die höhere Auszahlung als die „rechte“ erbringt: er hat somit eine *dominante Strategie*. Solche Strategien empfehlen ein Verhalten, das *in jedem Fall* ein besseres Ergebnis erzielt als jede konkurrierende Strategie, unabhängig davon, was der andere Spieler wählt. Da aufgrund der Rationalitätsannahme jeder Spieler die Strategiewahl seines Konkurrenten vorausberechnen kann, wählt Spieler 1 die Alternative A .

Weil die Spieler keinen Anreiz haben, von ihrer Wahl abzurücken, bezeichnet man die Lösung eines Spiels als *Gleichgewicht*; da beide Spieler über eine dominante Strategie verfügen, besitzt das obige Spiel eine *Lösung in dominanten Strategien* bzw. ein *dominantes Gleichgewicht*, das die Handlungskombination (A,a) mit der Auszahlung $(2,2)$ zum Inhalt hat. Dominante Strategien zeichnen sich also dadurch aus, daß ein Spieler keine Sorge dafür zu tragen hat, welche Entscheidung sein Gegner trifft, da seine beste Wahl schon feststeht und ihn nicht nötigt, das gegnerische Verhalten zu antizipieren. Der Lösungsweg ist somit recht simpel: Jede Strategie, die von einer anderen strikt dominiert wird, wird nach und nach eliminiert, bis das Gleichgewicht des Spiels feststeht (Gibbons 1992:4–8).

Durch die Dominanzlösbarkeit geht aber gerade der strategische Aspekt eines Spiels verloren, denn viele Situationen erfordern, Erwartungen über das gegnerische Verhalten zu bilden und einzuplanen, daß auch der Gegner wiederum eine Einschätzung der Situation vornimmt und demnach auch das erwartete Verhalten der anderen Spieler in seine Entscheidung einbezieht. Nur die wenigsten Spiele lassen sich denn auch durch ein Gleichgewicht in dominanten Strategien lösen und erfordern somit ein umfassenderes und allgemeineres Lösungskonzept. Im folgenden Spiel (Holler und Illing 1996:57) mit jeweils drei Strategien für jeden Spieler besitzt beispielsweise keiner der Spieler eine dominante Strategie:

		B		
		s_{21}	s_{22}	s_{23}
A	s_{11}	8, 0	0, 0	0, 8
	s_{12}	0, 0	2, 2	0, 2
	s_{13}	0, 8	0, 0	8, 0

Abbildung 5.3: Spiel ohne dominante Strategien

Eine solche Matrizendarstellung strategischer Spiele bezeichnet man als *strategische Form*, die auch als *Normalform* bekannt ist (Binmore 1992:30). In der obigen Darstellung bezeichnet der erste Wert immer die Auszahlung des Spielers *A*, der zweite die des Gegners. Jedes dynamische Spiel läßt sich formal grundsätzlich in die strategische Form überführen, da man annehmen kann, daß jeder Spieler zu Beginn des Spiels einen vollständigen Handlungsplan mit bedingten Zügen aufstellen kann (Holler und Illing 1996:14–15).

Ohne eine dominante Strategie müssen die Spieler ihre Wahl von der erwarteten Handlung und Reaktion des Gegners abhängig machen: Wählt Spieler *A* Strategie s_{11} , so wäre die Wahl der Strategie s_{23} die beste Reaktion des Spielers *B*. In diesem Fall würde *A* allerdings eher zu Strategie s_{13} greifen, worauf allerdings Strategie s_{21} die beste Antwort des Gegners wäre. Dies wiederum würde Spieler *A* veranlassen, Strategie s_{11} zu spielen – und setzte das Rasonieren über die beste Antwort wieder von vorne in Gang. Die beste Antwort hängt also stets davon ab, welche Wahl der Gegner trifft und zwingt die Spieler dazu, Erwartungen über das Verhalten des anderen zu bilden.

Die Rationalitätsannahme lehrt jeden Akteur, seine Auszahlung zu maximieren, und fordert daher auch von jedem Akteur, seine Strategie zu überdenken und eine neue zu wählen, wenn sie keine beste Antwort auf die antizipierte Handlung des Gegners darstellt. Dieses Wechselspiel führt dazu, daß sich die Spieler im Gedankenprozeß auf keine Lösung einigen können, die keine wechselseitig beste Antwort darstellt und daher auch zum Abweichen animiert. Eine Lösung zeichnet sich aber dadurch aus, daß sich beide Spieler auf eine Strategiekombination einigen, die jenen unendlichen Regreß verhindert und sozusagen einen „Ruhepol“, ein Gleichgewicht bildet.

Im obigen Spiel stellt lediglich die Kombination s_{12}, s_{22} eine solche Lösung dar: Kein Spieler hat einen Antrieb, seine Strategie zu ändern, wenn sich jeder an diesen Vor-

schlag hält. Die Kombination s_{12}, s_{22} ist somit eine *wechselseitig beste Antwort*, die als *Nash-Gleichgewicht* bezeichnet wird. Ein solches Nash-Gleichgewicht ist ein umfassendes Lösungskonzept für alle Spiele; auch Gleichgewichte in dominanten Strategien stellen stets ein Nash-Gleichgewicht dar.

Die Lösung eines Spiels in Form eines Nash-Gleichgewichts muß jedoch nicht unbedingt effizient bzw. pareto-optimal sein: die Akteure könnten sich in manchen Fällen beispielsweise besser stellen, wenn sie eine andere Strategiekombination wählten (Holler und Illing 1996:74). Am deutlichsten wird dies beim Spiel aus Abbildung 5.2: Erstaunlich ist hier der Umstand, daß sich beide besser stellen würden, wenn sie sich auf die Alternative d einigen könnten – doch dieser Zug bleibt den Akteuren verwehrt, da sie sich in einem Dilemma befinden, im sogenannten *Gefangenendilemma*.

5.1.2 Normalformabstraktionen internationaler Politik

Das Gefangenendilemma stellt wohl die bekannteste spieltheoretische Illustration dar und hat eine fast inflationäre Verwendung in Wissenschaft und populären Veröffentlichungen nach sich gezogen. Dazu trug sicherlich die Einfachheit des Spiels bei, aber auch die überraschenden Ergebnisse, die mit Hilfe dieses Modells erzielt werden konnten. Dennoch darf die Präsentation einer solchen Darstellung nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Spieltheorie weitaus diffizilere Methoden und Modelle bieten kann, als es diese simple Variante vermittelt.

Der Name des Spiels geht auf eine Anekdote² zurück, in deren Mittelpunkt zwei einer schweren Straftat verdächtige Häftlinge stehen, die vor der Wahl stehen, vor dem Staatsanwalt entweder keine Aussagen zu machen (Schweigen – S) oder zu gestehen (Gestehen – G). Problematisch für die beiden Delinquenten ist die Tatsache, daß sie nicht vor einer einfachen Entscheidungssituation stehen, sondern ihre Entscheidung die ihres Mitgefangenen beeinflußt.

Der Staatsanwalt kann den Gefangenen nämlich folgendes Angebot machen: Sollten beide gestehen, dann wird sich die Anklage nachsichtig zeigen und zumindest nicht

²Jedes Lehrbuch zur Spieltheorie wartet mit einer ähnlichen anekdotenhaften Beschreibung des Gefangenendilemmas auf, so beispielsweise Holler und Illing (1996:2), Morrow (1994:78) oder auch Kreps (1994:453–454).

die Höchststrafe fordern; dennoch drohen den Angeklagten drei Jahre Gefängnis. Besser wäre es daher für beide, zu schweigen: In diesem Fall hätte der Staatsanwalt keine Handhabe, sie wegen des schweren Verbrechens anzuklagen und müßte sich damit zufriedengeben, sie wegen anderer kleinerer Delikte nur relativ kurz in Haft zu halten (beiden Angeklagten droht beispielsweise jeweils ein Jahr Gefängnis). Am attraktivsten ist jedoch die Anwendung der Kronzeugenregelung – aber nur für einen der beiden Angeklagten: Sollte ein Gefangener gestehen, während der andere sein Schweigen weiterhin nicht brechen will, wird der Geständige mit der Freiheit belohnt, während sein schweigsamer Komplize die Höchststrafe erhält und die nächsten fünf Jahre in Haft verbringen wird.

Es ist klar, daß die akzeptabelste Lösung für beide Gefangen darin besteht, zu kooperieren und keine Aussage zu machen, doch jeder der beiden Häftlinge hat einen Anreiz, seinen Komplizen zu hintergehen und trotzdem eine Aussage zu machen, schließlich lockt mit der Anwendung der Kronzeugenregelung das individuell beste Ergebnis, nämlich die Freiheit. Erliegen jedoch beide Häftlinge diesem Anreiz, hat dies zur Folge, daß beide statt der erhofften Freilassung die nächsten drei Jahre in Haft verbringen würden.

Übersetzt man diese Situation in ein strategisches Spiel, dann könnte man auch hier auf die extensive Form wie in Abbildung 5.2 zurückgreifen, doch bleiben eventuelle Zusatzinformationen, die ein solcher Spielbaum vermitteln kann, hier ohne Belang. Ordnen die Verdächtigen ihre Präferenzen, so ist anzunehmen, daß jeder Gefangene einen kürzeren Gefängnisaufenthalt einem längeren vorzieht. Damit gilt aus der Sicht jedes Spielers – der jeweils erste Wert bezeichnet dabei die eigene Handlung, der zweite die Handlung des Konkurrenten – $(Gestehen, Schweigen) \succ (Schweigen, Schweigen) \succ (Gestehen, Gestehen) \succ (Schweigen, Gestehen)$.

Diese Präferenzrelationen können für jeden Spieler durch eine Nutzenfunktion $u = u(G, S) > u(S, S) > u(G, G) > u(S, G)$ dargestellt werden, die durch die Zuweisung der Nutzenkennziffern übersichtlicher wird: $u(G, S) = 4, u(S, S) = 3, u(G, G) = 2, u(S, G) = 1$. Da jeder Spieler zwei Strategien zur Verfügung hat, ergeben sich vier Strategiekombinationen, die man als Matrix mit vier Feldern darstellen kann (s. Abb. 5.4).

In dieser Matrix – weil sie für zwei Spieler mit jeweils zwei Strategien gilt, wird ein

		Spieler B	
		<i>S</i>	<i>G</i>
Spieler A	<i>S</i>	3, 3	1, 4
	<i>G</i>	4, 1	2, 2

Abbildung 5.4: Gefangenendilemma

solches Spiel auch als Bimatrix- oder 2x2-Spiel bezeichnet – ergibt die Strategiekombination (G, S) beispielsweise eine Auszahlung 4 für Spieler *A* und eine Auszahlung 1 für Spieler *B*.

Offensichtlich ist für beide Spieler die Strategiekombination $(Schweigen, Schweigen)$ mit einer Auszahlung von jeweils 3 besser als die Kombination $(Gestehen, Gestehen)$ mit der geringeren Auszahlung von 2 für beide Spieler. Doch kann den beiden Spielern empfohlen werden, zu schweigen? Jeder Spieler erzielt eine höhere Auszahlung, wenn er gesteht, der Gegner aber weiterhin schweigt; insofern hat jeder Spieler einen Anreiz, *Gestehen* zu wählen. Auch eine vorherige Absprache der beiden Gefangenen, in jedem Fall zu schweigen, ist wirkungslos, da die Spieler darüber keinen bindenden Vertrag abschließen können: Sobald sie getrennt dem Staatsanwalt vorgeführt werden, haben sie den Anreiz, diese Abmachung zu brechen, da dann eine höhere Auszahlung erreicht werden kann.

Genau darin besteht das Dilemma der Gefangenen: Durch Kooperation (*S*) stellen sie sich zwar *kollektiv* besser als durch Defektion (*G*), doch genau dieses schlechtere Ergebnis droht, wenn jeder Spieler die Strategie wählt, die ihn *individuell* besser stellt. Individuell rationales Verhalten hat hier ein kollektiv suboptimales Ergebnis zur Folge. Die einzige Möglichkeit, in diesem (nicht wiederholten) Spiel das kollektiv bessere Ergebnis zu erzielen, bestünde darin, beide Spieler auf die Wahl dieser Strategien vertraglich zu verpflichten, doch gerade das ist in der *nonkooperativen Spieltheorie* nicht möglich, da bindende Vereinbarungen dort ausgeschlossen werden.

Kooperationsdilemmas internationaler Politik

Das Gefangenendilemma vereint in seiner Einfachheit einige der interessantesten Aspekte internationaler Politik. Gäbe es eine Möglichkeit, die Akteure auf die Wahl des

kollektiv günstigeren Ergebnisses zu verpflichten – beispielsweise durch einen Vertrag –, so hieße das äquivalent zum System der internationalen Politik, die Axiome realistischer Theorien zu negieren, bedeutete dies doch die Abkehr von der Vorstellung eines anarchischen Systems und die Hinwendung zu einer hierarchischen Ordnung. Die nonkooperative Spieltheorie nimmt nicht nur in der spieltheoretischen Literatur einen wesentlich breiteren Raum ein, sondern wird auch in der politikwissenschaftlichen Forschung der *kooperativen Spieltheorie* vorgezogen.

Da der kooperative Zweig der Spieltheorie bindende Abmachungen und auch deren exogene Durchsetzung vorsieht (Holler und Illing 1996:6), findet er häufiger in Fragen innenpolitischer Verhandlungen oder parlamentarischer Machtverteilungen seine Anwendung, doch selbst das stößt bei einigen Autoren auf Kritik: Morrow (1994:76) ist beispielsweise der Ansicht, daß nur die nonkooperative Spieltheorie die eigentlich politikwissenschaftlich interessanten Fragen berührt: “Three of the key questions game theory should address is when, how, and why the players cooperate to their mutual benefit. The enforcement of agreements [...] is a critical question, and cooperative game theory assumes away that critical question.”

Die unilaterale Durchsetzung des Eigeninteresses ist jedoch nicht alleine im Gefangenendilemma Auslöser unkooperativer Ergebnisse, vielmehr lassen die zur Verfügung stehenden Auszahlungskombinationen Raum für weitere Bimatrix-Spiele, die für sich in Anspruch nehmen können, ebenfalls essentielle Kooperationsfragen zu konzentrieren. Während das Gefangenendilemma die kollektive Suboptimalität rationaler, egoistischer Entscheidungen adressiert, verweist das ebenfalls recht populäre Spiel *Stag Hunt* auf die Schwierigkeit, sogar trotz *gemeinsamer* Interessen der Versuchung des Eigeninteresses nachzugeben.

Waltz (1959:167–169) griff in seinem frühen Werk *Man, the State and War* auf die Hirschjagdparabel Rousseaus zurück, um folgendes Kooperationsproblem zu veranschaulichen: Fünf hungrige Männer treffen sich; da der Hunger eines jeden durch den fünften Teil eines Hirsches gestillt würde, beschließen sie, sich gemeinsam auf die Jagd nach einem Hirschen zu machen. Der Hunger eines einzelnen würde aber auch durch einen Hasen gestillt werden, und so würde sich jeder mit einem Hasen zufriedengeben, wenn einer gefangen werden könnte. Dadurch würde aber auch der Hirsch entweichen, so daß der defektierende Jäger zwar *seinen* Hunger stillen könnte, seine

Kameraden jedoch im Stich ließe. Das Kooperationsproblem ist also wie folgt: Auch wenn sich alle Parteien im Ziel einig sind und ein gemeinsames Interesse haben, so können sie sich jedoch nicht aufeinander verlassen.

		Spieler 2	
		C	D
Spieler 1	C	4, 4	1, 3
	D	3, 1	2, 2

Abbildung 5.5: Stag Hunt

Stag Hunt weist damit auf eine Kooperationshürde hin, die sich in Koordinations-schwierigkeiten ausdrückt, schließlich weist dieses Spiel mit möglichen Gleichgewichten in (C,C) und (D,D) zwei Lösungen auf. Weist ein Spiel nun mehrere Nash-Gleichgewichte auf, dann stellt sich die Frage, welches dieser Gleichgewichte realisiert wird. *Stag Hunt* macht in dieser Hinsicht zumindest eine naheliegende Lösung wahrscheinlich, da es sich bei (C,C) um eine pareto-optimale Lösung handelt. Informell könnten auch Konventionen die Auswahl eines bestimmten Gleichgewichts forcieren (Stein 1993:39), doch formal ist es keineswegs so, daß von zwei Gleichgewichten dasjenige gewählt wird, das beide besser stellt, so wie es etwa Stein (1993) vermutet.

Es deutet sich an, daß das Gefangenendilemma keineswegs als alleinige Repräsentation der Kooperationsproblematik erhalten kann, doch scheint es diejenigen Fragen zu verdichten, die sich bei der Beschäftigung mit dem realistischen Weltbild eröffnen. Es sind wohl bestimmte Eigenheiten, die ein solch simplifizierendes Bimatrix-Spiel internationaler Politik aufweisen muß, damit es als abstrakte Darstellung internationaler Politik dienen kann. Axelrod und Keohane (1993:90–91) zufolge sollte ein Spiel abbilden, daß die einseitige Durchsetzung des Eigeninteresses fatale Konsequenzen nach sich ziehen kann, potentielle Kooperationsmöglichkeiten aber dennoch bestehen.

Im einzelnen heißt dies, daß das internationale politische System nicht ausschließlich als Gefangenendilemma formuliert werden muß, sondern daß es durchaus Phasen geben könnte, in denen Kooperation unilateraler Defektion vorgezogen wird. Jervis (1985) konnte zeigen, daß die Auszahlungsmatrix der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs zeitweilig *Stag Hunt* entsprach, weil durch die gemeinsame Kriegserfahrung gegen einen Hegemon die Zusammenarbeit aufrechterhalten wurde, um ein Wiederer-

starken des besiegten Herausforderers zu verhindern. Mit der Zeit verschoben sich die Gewichte jedoch wieder hin zur Favorisierung unilateraler Vorteile und damit auch zur Gefahr einseitiger Defektion (Axelrod und Keohane 1993:88–89).

Die Anwendung spieltheoretischer Modelle muß nicht nur auf natürliche Personen begrenzt bleiben, auch Firmen, Staaten oder sogar Automaten können als Spieler auftreten, wenn sie bestimmten Voraussetzungen genügen und man sie als singulären Akteur auffassen kann. So besteht in der internationalen Politik ein Teil des Rasonierens auch darin, das Verhalten eines anderen Staates zu antizipieren und danach die geeignete Handlung zu wählen: So hat beispielsweise ein Staat *A*, der vor der Wahl steht, abzurüsten oder das bisherige Niveau beizubehalten, nicht nur die (positiven) Wirkungen auf seinen Verteidigungshaushalt zu berücksichtigen, sondern auch die (positiven oder negativen) Effekte, die dieser Schritt bei seinem Nachbarn auslöst: Wird Staat *B* ebenfalls abrüsten, um seine Rüstungsausgaben zu senken, wird er aufrüsten, weil er eine Chance sieht, die Vorherrschaft zu erlangen? Die Entscheidung wird also auch davon bestimmt werden, wie Staat *B* aller Voraussicht nach reagieren wird und somit von Beginn an in die Entscheidungsfindung einfließen.

Das Gefangenendilemma als Modell der internationalen Politik zu verwenden stößt jedoch auch auf Widerstand. Lipson (1993) bemängelt beispielsweise, daß zum einen die Natur der Spieler und die zugrundeliegenden politischen Prozesse übermäßig vereinfacht und daß zum anderen kognitive und perzeptive Prozesse ausgeblendet werden. Zudem ließen sich mit dem Gefangenendilemma auch keine Verhandlungen mit ihren Angeboten und Gegenangeboten darstellen, statt dessen preßte man dies in ein einziges Spiel, selbst wenn eigentlich mehrere verschiedene Spiele gespielt würden.

Diese Kritik trifft jedoch nicht nur auf das Gefangenendilemma zu, sondern zielt auf die spieltheoretische Methode im allgemeinen (zumindest, wenn sie sich auf die Darstellung simpler Bimatrix-Spiele beschränkt), da solche Modelle schwerlich die Komplexität staatlicher Akteure umfassend darstellen können. Eine Schwierigkeit rührt beispielsweise daher, daß auch ein Staat als einheitlicher Akteur aufgefaßt wird. Obwohl dies im Strukturellen Realismus oder in spieltheoretischen Modellen generell Brauch ist, wirft diese Darstellungsweise Zweifel auf und gehört zu den strittigen Themen in der Theorie der Internationalen Beziehungen: Lipson (1993:68–70) argumentiert, daß Staaten nicht wie einzelne Entscheidungsträger beliebig alternative Strategien wählen

können, um ihre erwartete Auszahlung zu maximieren, sondern daß solche Strategiewahlen stets das Ergebnis politisch ausgehandelter Gruppenentscheidungen sind.

Indes: Der Anspruch, einen allumfassenden Entscheidungsprozeß abzubilden, wird von der Spieltheorie bzw. den Vertretern, die spieltheoretische Modelle verwenden, auch gar nicht erhoben, vielmehr sind es gerade die Vorteile der Modellierung *im allgemeinen*, die auch für die Verwendung solcher – auf den ersten Blick trivialer – Bimatrix-Spiele gelten, da gerade die Komplexitätsreduktion – ganz im Sinne einer Modellbildung – zuweilen interessante Ergebnisse hervorbringen kann.

Die Beliebtheit insbesondere der klassischen Bimatrix-Spiele wie Stag Hunt oder dem Gefangenendilemma in den Sozialwissenschaften liegt daher gerade in deren Einfachheit, die trotzdem die Grundelemente sozialer Interaktionen und deren Folgen prägnant darstellen kann (Hargreaves Heap und Varoufakis 1995:35). Auch Kritiker wie Lipson (1993:61–62) betrachten das Gefangenendilemma als elegante Darstellung politischer Dilemmas, das einige grundlegende Faktoren von Kooperation und Konflikt in der internationalen Politik zu illustrieren hilft und deutlich dem realistischen Konzept souveräner Nationalstaaten entspricht. Da zudem das Fehlen verlässlicher Garantien ein essentielles Kennzeichen der internationalen Beziehungen sei, verdeutliche es auch die Schwierigkeit der Bildung von Vereinbarungen.

Als Kern dieser Schwierigkeit kristallisiert sich nicht überraschend die Unmöglichkeit heraus, bestimmte Lösungen exogen zu erzwingen: Stets ist das Eigeninteresse der Akteure und ihre Rationalität die Maxime des Handelns, und oft stellt sich dies den gemeinsamen Interessen in den Weg. Somit sind für Stein (1993) neben dem Gefangenendilemma weitere Situationen typische Interaktionsformen internationalen Verhaltens (die nicht notwendigerweise Kooperation erschweren), die sich als „dilemmas of common interest“ ausweisen.

Die Stärke einer spieltheoretischen Herangehensweise ist aber auch ihre größte Schwäche: Zwar erlaubt der hohe Abstraktionsgrad die Anwendung in einer Vielzahl strategischer Situationen, doch wird das Spezifische einer jeden Situation nur schwerlich zu fassen zu sein. So ist es auch zu verstehen, daß selbst Robert O. Keohane, der erfolgreich spieltheoretische Modelle zur Erläuterung seiner Gedanken einsetzte, eine grundlegende Skepsis an den Tag legte: Er meinte in einem späteren Aufsatz, daß die Spieltheorie als solche nur von heuristischem Wert sei, da sie oft keine eindeutigen Er-

gebnisse erzielen könnte und auch eine weitere Formalisierung keine größere Klarheit und Präzision in die Diskussion brächte (Keohane 1989c:29).

Jede Situation kann daher nur als Klasse aufgefaßt werden, die versucht, charakteristische Eigenheiten eines Handlungskontextes abzubilden (Osborne und Rubinstein 1994:12). Die Nachteile dieser hohen Abstraktion werden besonders bei den sogenannten Nullsummenspielen deutlich, die zwar interessante Einsichten bieten, jedoch kaum als realitätsnahe Abbildung politischer Konflikte taugen und daher eine gute Angriffsfläche für Kritiken an spieltheoretischen Modellen bieten.

Die Prominenz des Gefangenendilemmas ist jedoch unangefochten, hier eröffnen sich Fragen, die Grundprobleme gesellschaftlicher Systeme adressieren. Mit seiner Hilfe kann die Kooperationsproblematik nicht nur in der internationalen Politik durchleuchtet werden, sondern es kann auch – wie am Beispiel des Naturrechts illustriert wurde – in der politischen Philosophie und der Staatslehre angewendet werden. Interessanter ist jedoch die Erkenntnis, daß nonkooperative Spiele keine exogene Lösung zulassen und daher für die Illustration von Anwendungsfällen in den Internationalen Beziehungen prädestiniert sind. Darstellungen, die eine Hierarchisierung der Akteursbeziehungen aufzeigen – wie beispielsweise die Theorie der hegemonialen Stabilität –, sind daher auf wenige Anwendungsfälle beschränkt und erfassen nicht die Grundproblematik eines anarchischen Systemumfeldes. Es war daher der Anspruch des Neoliberalismus, Wege zur endogenen Kooperationsgenese aufzuzeigen, die ohne übergeordnete Autorität auch in Systemen wie der internationalen Politik Fuß fassen kann.

5.1.3 Kooperation egoistischer Nutzenmaximierer

Der neoliberale Ansatz bestand darin, anhand des Gefangenendilemmas aufzuzeigen, daß Kooperation auch ohne bindende Verträge und ohne Regelungsinstanz entstehen kann. Wie bereits gezeigt wurde, vereint dieses Spiel in seiner einfachen Form alle Momente, die Kooperation zwischen Staaten erschweren: Eigeninteressen dominieren über das Gemeinwohl, den Partner zu hintergehen ist attraktiv, da eine größere Ausbeute lockt und keine Bestrafung durch ein internationales Gericht erwartet werden muß, und doch stehen am Ende beide Kontrahenten mit weniger da. Das Gefangenendilemma repräsentiert somit auf recht abstrakte und vereinfachende Art und Weise

eine Klasse von Situationen, in denen die unilaterale Verfolgung nationaler Interessen letztendlich jenen Interessen schadet.

Populär wurde dieses Spiel in der Politikwissenschaft spätestens durch die Arbeit Axelrods (1987), der ebenfalls der Frage nachging, unter welchen Bedingungen Kooperation in einer Welt voller Egoisten entstehen kann. Dazu präsentiert er die bekannten Auszahlungen in anschaulicher Form, um die Handlungen (*cooperation* oder *defection*) noch deutlicher zu kennzeichnen. So bezeichnet R (*reward*) die Belohnung für beiderseitige Kooperation, P (*punishment*) die Bestrafung, wenn sich beide gleichzeitig nicht an die Vereinbarung halten und betrügen, T (*temptation*) die Versuchung, den Kooperationspartner zu hintergehen, und S (*sucker's payoff*) schließlich die Auszahlung des gutgläubigen kooperierenden Opfers, der vom Partner hintergangen wurde.

	S G		C D
<i>Schweigen</i>	3, 3	1, 4	<i>Cooperation</i>
<i>Gestehen</i>	4, 1	2, 2	<i>Defection</i>
	a		b

Abbildung 5.6: Populäre Darstellung des Gefangenendilemmas

In Verbindung mit der Präferenzordnung $T > R > P > S$ stellt die Einschränkung $R > (S + T)/2$ sicher, daß die Belohnung für wechselseitige Kooperation größer ist als der Durchschnitt aus Ausbeutung und Versuchung. Das *einmalige* Spiel des Gefangenendilemmas nötigt jeden Spieler, die dominante Strategie des Defektierens zu spielen. Wäre internationale Politik so darstellbar, mithin ohne Gedächtnis, dann wäre jede Situation, die dem Gefangenendilemma gleicht, durch das Nichterreichen der Zusammenarbeit gekennzeichnet. Und träfe dieses Spiel tatsächlich als Abstraktion zahlreicher und typischer Situationen internationaler Politik zutage, dann wäre Kooperation in der Tat ein fast unmögliches Unterfangen und der Pessimismus eines Realisten gerechtfertigt.

Wiederholung des Basisspiels

Doch zumeist treffen sich die gleichen Kontrahenten mehrmals und haben somit Gelegenheit, sich an die früheren Handlungen ihres Kooperationspartners zu erinnern

und dessen Verhalten entsprechend zu bewerten. Stehen sich die Konkurrenten immer und immer wieder in einer Dilemmasituation gegenüber, dann ändern sich in diesem *wiederholten Spiel* die Perspektiven für eine Zusammenarbeit ganz erheblich. In der einfachen Version des Spiels hat keiner der Akteure eine Möglichkeit, auf das Verhalten des Gegners zu reagieren, weder kann ein kooperativer Zug belohnt werden noch ein betrügerischer Zug bestraft: stets gilt das Kalkül des Nash-Gleichgewichts, das wechselseitige Defektion zur Folge hat.

Im wiederholten Spiel dagegen würde man einem Akteur empfehlen, sich nicht ausschließlich auf ein rein defektierendes Verhalten zu begrenzen, sondern die Strategie von den Handlungen des Gegners abhängig zu machen. Da die Spieler über einen längeren Zeitraum interagieren, könnte es beispielsweise zweckmäßig sein, auf den kurzfristigen Vorteil des Betrügens zu verzichten, um sich durch kooperatives Verhalten langfristig eine höhere Auszahlung zu garantieren. Doch selbst wenn kooperatives Verhalten durch den Gegner gewürdigt würde, kann ein Gefangenendilemma, das zwanzigmal gespielt wird, tatsächlich kooperatives Verhalten hervorbringen?

Sicherlich arbeiteten beide Spieler in der letzten Runde t nicht mehr zusammen: Da es keine Folgerunde mehr gibt, in der unkooperatives Verhalten bestraft würde (und kooperatives nicht belohnt), würden beide Spieler in jener Runde das Nash-Gleichgewicht (D, D) spielen. Dies wäre jedoch auch in vorletzten Runde $t - 1$ schon bekannt, und wenn kooperatives Verhalten ohnehin in der nächsten Runde t nicht belohnt würde, warum also in dieser Runde kooperieren? Auch in Runde $t - 2$ ließe sich ähnlich argumentieren und setzte diesen Gedankengang der Rückwärtsrechnung (*backwards induction*) schließlich bis zum Beginn des Spiels fort. Doch damit zeitigt das *endlich wiederholte* Gefangenendilemma das gleiche ernüchternde Ergebnis wie das einfache Spiel ohne Wiederholung: Kooperation kommt nicht zustande.

In den meisten Fällen ist es jedoch sehr unsicher, wie oft man aufeinandertrifft, ein Spiel könnte bereits nach drei, aber womöglich auch erst nach dreißig Runden zu Ende sein. Wenn jedoch nicht mit Sicherheit die letzte Runde bestimmt werden kann, dann kann auch die obige Rückwärtsinduktion nicht mehr angewendet werden; ist Kooperation dann möglich? Ein Gefangenendilemma, das unendlich oft wiederholt wird, ließe ebenfalls eine sichere letzte Runde vermissen und böte dadurch einen Weg, dem Dilemma zu entkommen.

Rechnerisch erlaubte eine solche *unendliche Wiederholung* aber keine Unterscheidung der aufsummierten Punkte jeder Runde, denn schließlich würden alle Werte unendlich groß werden. Da zukünftige Auszahlungen für gewöhnlich aber schlechter bewertet werden als aktuelle (100 Punkte heute werden stets denjenigen 100 Punkten vorgezogen, die erst in ferner Zukunft ausgezahlt werden), werden zukünftige Auszahlungen abdiskontiert. Man geht somit davon aus, daß die Spieler ihre mit einem Diskontfaktor $\delta = 1/(1+r)$ gewichteten Auszahlungen über alle Runden hinweg maximieren.³ Mit Hilfe des Diskontfaktors ist es schließlich möglich, den gegenwärtigen Wert der unendlichen Summe der Auszahlungen p_1, p_2, p_3, \dots zu berechnen (Gibbons 1992:89–90):

$$p_1 + \delta p_2 + \delta^2 p_3 + \dots = \sum_{t=1}^{\infty} \delta^{t-1} p_t \quad (5.1)$$

Auch in der Interpretation der unsicheren Fortsetzung eines wiederholten Spiels findet der Diskontfaktor Verwendung: Wenn eine bestimmte Wahrscheinlichkeit q besteht, daß das Spiel in der nächsten Runde endet, dann bezeichnet $1-q$ die Wahrscheinlichkeit einer Fortsetzung. Eine Auszahlung in der nächsten Runde besäße unter diesen Voraussetzungen einen Wert von $(1-q)p/(1+r)$, in der übernächsten $(1-q)^2 p/(1+r)^2$ usw. und führte damit zu einer äquivalenten Summe der Auszahlungen wie mit Hilfe des Diskontparameters δ .

Strategieauswahl im unendlich wiederholten Spiel

Damit ist aber noch nicht geklärt, welche Strategie man einem Spieler im unendlich wiederholten Gefangenendilemma empfehlen sollte, denn n Runden eines 2×2 -Spiels ergeben $2^{4^0} \cdot 2^{4^1} \cdot 2^{4^2} \cdot \dots \cdot 2^{4^{n-1}} = 2^{(4^n-1)/3}$ reine Strategien für jeden Spieler (Binmore 1992:353, 382). In einem Gefangenendilemma über vier Runden ($n = 4$) stehen den Kontrahenten damit jeweils schon 2^{85} reine Strategien zur Verfügung, im unendlich wiederholten Spiel somit auch unendlich viele Strategien. In den meisten Fällen ist es aber ausreichend, Strategien im wiederholten Spiel durch einfache *Entscheidungsregeln* zu repräsentieren, die oft auch als *Maschinen* oder *Automaten* be-

³Dabei bezeichnet r die Diskontrate, also den Zinssatz, mit dem eine bereits erhaltene Auszahlung zusätzlichen Wert erhält.

zeichnet werden und abstrakte Darstellungen des Prozesses der Strategiewahl darstellen (Osborne und Rubinstein 1994:140–143).

Eine einfache Entscheidungsregel eines Spieler könnte beispielsweise lauten, immer zu defektieren (*Always-Defect*). Trifft ein anderer Spieler auf einen solchen unkooperativen Akteur, dann ist die beste Strategie, ebenfalls unkooperativ zu sein und gleichfalls stets *D* zu spielen. Beide Strategien formen ein Nash-Gleichgewicht, da sie wechselseitig beste Antworten darstellen. Die (nicht nur politikwissenschaftlich) interessante Frage lautet aber: Gibt es ein Nash-Gleichgewicht, in dem beide Spieler kooperieren? Eine Strategie der permanenten Kooperation (*Always-Cooperate*) jedenfalls kann kein Nash-Gleichgewicht mit einer identischen Strategie bilden: Kooperiert ein Akteur in jedem Fall, dann ist es für den Gegner besser, von seiner ursprünglichen Strategie *Always-Cooperate* abzuweichen und künftig nicht zu kooperieren. Beide Spieler könnten sich somit zwar besser stellen, wenn sie stets kooperierten, doch jeder hätte auch einen Anreiz, von dieser Strategie abzuweichen: *Always-Cooperate* ermöglicht damit nicht das gesuchte kooperative Nash-Gleichgewicht (Morrow 1994:265–266).

Man mag zu Recht einwenden, daß jene Strategien völlig unabhängig vom bisherigen Spielverlauf sind und nicht von der Gelegenheit Gebrauch machen, auf das Verhalten des Gegners zu reagieren. Flexibler und erfolgversprechender scheinen dagegen solche Strategien zu sein, die in Abhängigkeit von der Wahl des Gegners eine bestimmte Handlung zur Folge haben. Eine einfache konditionale Verhaltensempfehlung, die zunächst kooperativ antwortet, unkooperatives Verhalten aber unnachgiebig bestraft, könnte beispielsweise folgendermaßen lauten: „Beginne kooperativ und wähle *C*, solange der Gegner ebenfalls kooperativ spielt. Sobald er jedoch defektiert, defektiere ebenfalls in sämtlichen Folgerunden.“ Diese Strategie ist auch als *Grim-Trigger* bekannt.

Somit hängt eine geeignete Strategie auch davon ab, wie lange das Spiel dauert, d.h. wie stark die Auszahlungen in der Zukunft gewichtet werden: Antwortet der Gegner also ebenfalls mit Kooperation (*Always-Cooperate*), dann erhält er eine Auszahlung von $R(1 + \delta + \delta^2 + \delta^3 + \dots) = R/(1 - \delta)$. Antwortet er statt dessen mit einer unkooperativen *Always-Defect*-Strategie, dann erhält er zwar in der ersten Periode die höhere Auszahlung *T*, in den Folgeperioden jedoch – durch den Wechsel des Gegners zur unkooperativen Handlung – eine Auszahlung von *P* und demnach

$T + P\delta + P\delta^2 + P\delta^3 + \dots = T + P\delta/(1 - \delta)$. Kooperation lohnt sich also dann, wenn $R/(1 - \delta) > T + P\delta/(1 - \delta)$ gilt und der Diskontfaktor δ den Wert $\frac{T-R}{T-P}$ stets überschreitet (Axelrod 1987:22).

Wenden die Spieler hingegen eine konditionale Strategie an, die kooperatives Verhalten mit Kooperation belohnt und Defektion mit einem unkooperativen Zug bestraft, so sollte dies ein ausgeglicheneres Ergebnis zur Folge haben als die Anwendung un konditionaler Strategien. Die Strategie, die beide Spieler wählen, wird als *Tit-for-Tat* („Wie du mir, so ich dir“) bezeichnet und umfaßt folgende Handlungsanweisung: „Beginne kooperativ; wähle in der Folgerunde immer die Handlung, die der Gegner zuvor gewählt hatte.“ *Tit-for-Tat* kann somit als reziproke Strategie gelten, die kooperatives Verhalten mit Kooperation belohnt, auf Defektionen aber ebenfalls mit einem unkooperativen Zug reagiert. Im Gegensatz zur obigen *Grim-Trigger*-Strategie kann *Tit-for-Tat* verzeihen und schwenkt auch wieder auf eine kooperative Linie ein, wenn sich der Gegner entsprechend läutert.

Sehr schnell stellt sich daher die Frage, welche Strategie im wiederholten Gefangenendilemma wohl den meisten Erfolg verspricht. Robert Axelrod (1987) veranstaltete daher 1979 ein Computer-Turnier und lud spieltheoretisch interessierte Forscher verschiedener Zweige ein, ihre Vorschläge einer guten Strategie als Computer-Programm einzusenden. Die Strategien traten nun jeweils paarweise gegeneinander an, um sich über zweihundert Runden im iterierten Gefangenendilemma zu bewähren. Erstaunlicherweise belegte das kürzeste Programm von allen den ersten Platz: *Tit-for-Tat*, eingesandt von Anatol Rapoport.

Auch in einer Neuauflage des Turniers mit wesentlich mehr Teilnehmern konnte sich wiederum *Tit-for-Tat* durchsetzen, obwohl diesmal sogar davon ausgegangen werden mußte, daß spezielle Strategien auf die Eigenarten von *Tit-for-Tat* eingehen würden, um deren Schwächen auszunutzen. Dennoch erwies sich diese einfache Strategie wieder als überlegen, obwohl sie im direkten Vergleich per definitionem nie besser abschneiden kann (da sie niemals zuerst defektiert).

Sogar in einer Umgebung, in der unkooperative Strategien die Überhand haben, kann sich *Tit-for-Tat* durchsetzen, wie mittels einer auf evolutionären Grundlagen basierenden Argumentation gezeigt werden konnte. Hierzu wurden die erwirtschafteten Punktzahlen der Strategien in Nachkommen umgesetzt, die wiederum dieselbe Stra-

ategie spielen; erwirtschaftete eine Strategie *X* beispielsweise 100 Punkte, so würde sie 100 Nachkommen erzeugen, die wiederum Strategie *X* spielen. Auch in jenem Test konnte gezeigt werden, daß sich reziproke kooperative Strategien durchsetzen können und unkooperative Strategien verdrängen.

Wie stark eine Reaktion auf unkooperatives Verhalten ausfallen kann, ist natürlich auch in der internationalen Politik extrem variabel: Die Vergeltungsmaßnahmen können von kurzfristigen diplomatischen Verstimmungen über Wirtschaftssanktionen bis hin zu einer gewaltsamen Bestrafung reichen und decken damit eine Bandbreite ab, die sich durch solch simplifizierende Strategien wie *Grim-Trigger* oder *Tit-for-Tat* natürlich nicht abbilden lassen. Es wird in realen Situationen kaum möglich sein, eine reine *Tit-for-Tat*-Strategie zu spielen, da Verzerrungen in der Wahrnehmung und unausgewogene Informationen zu Fehlinterpretationen führten, die sich in einer unendlichen Folge gegenseitiger Bestrafungen ausdrücken könnte. Es ist daher sehr aufschlußreich, daß bei der Bildung von internationalen Regimen reziproke Handlungen empirisch nachgewiesen werden konnten, die Defektionen nicht sofort mit gleicher Reaktion ahndeten, sondern sich nachsichtiger zeigten (Zangl und Zürn 1994:100).

Wesentlich an den Strategien, die unkooperatives Verhalten bestrafen, ist aber deren Eigenschaft, beim Gegner Kompromißbereitschaft erzwingen zu können, will dieser nicht auf langfristige Gewinne durch eine Zusammenarbeit verzichten. Insofern ist der Verzicht auf einen kurzfristigen Vorteil – und damit relativen Gewinn – durch Nichteinhalten einer Vereinbarung auch in der neorealistischen Theorie Bestandteil der Argumentation.

Dort wird argumentiert, daß die Interessendivergenz der Staaten und der stets drohende Gewalteinsatz auch dazu beiträgt, Kriege zu verhindern: Jeder Staat wird diejenige Politik wählen, die seinen Interessen am ehesten dient. Dieses Bewußtsein alarmiert jedoch auch jeden Akteur der internationalen Politik, daß manche Ziele und Interessen auch mit Gewalt durchgesetzt werden können und führt dazu, daß die Gewalt als ständige Drohung im Hintergrund internationale Politik geradezu auszeichnet: “If force is used by one state or its use is expected, the recourse of other states is to use force or be prepared to use it singly or in combination. [...] Under such conditions the possibility that force will be used by one or another of the parties looms away as a threat in the background. In politics force is said to be the *ultima ratio*. In international politics force

serves, not only as the *ultima ratio*, but indeed as the first and the constant one (Waltz 1979:113).” Im Lichte dieser Bedrohung finden sich Staaten eher bereit, Kompromisse einzugehen, denn ein möglicher Krieg als Folge zu egoistischer Interessendurchsetzung unterstützt ein Verhalten, das nicht auf die größtmögliche Ausschöpfung einer Gewinnspanne abzielt, sondern sich in langfristigen Kategorien abspielt.

Axelrod (1987) konnte zeigen, daß mit *Tit-for-Tat* eine Strategie existiert, die sich *im Durchschnitt* bewährt und sich auch gegen andere Strategien durchsetzen kann. Sie zeigte sich zwar nie als beste Strategie, jedoch als hinreichend gute Strategie. Überhaupt ist es fundamental für das Verständnis des unendlich wiederholten Gefangenendilemmas, daß es keine *beste* Strategie geben kann, die unabhängig von der Strategie des Gegners erfolgreich ist. Damit Kooperation entstehen kann, kommt es nicht nur darauf an, daß die Strategie des Gegners ebenfalls die Möglichkeit für die Entwicklung einer Zusammenarbeit bietet, sondern daß der Zeithorizont auch entsprechend groß ausfällt und die Zukunft damit an Bedeutung gewinnt (Axelrod 1987:13–14).

Dieses Argument gewinnt aber im Lichte relativer Gewinne einen anderen Geschmack: Sich durch Drohungen zu einem bestimmten Verhalten drängen zu lassen sowie abweichendes Verhalten bestrafen zu können, setzt meist die Existenz von asymmetrischen Beziehungen voraus, da sowohl die Fähigkeit zu bestrafen, als auch die Fähigkeit, sich von der Drohung eines „Tat“ beeindrucken zu lassen, wesentlich von der Macht des jeweiligen Staates abhängt. Langfristige egoistische Nutzenmaximierung, wie sie den spieltheoretischen Modellen zugrundegelegt wurde, läßt nämlich außer acht, daß es sich beim internationalen politischen System um ein positionales Gefüge handelt, in dem die relative Stellung zueinander von Bedeutung ist und die jeweilige Auszahlung an die Akteure somit von erheblichem Interesse ist. Wollen Staaten daher in diesem System erfolgreich agieren, dann sind nicht nur die absoluten Auszahlungen von Bedeutung, sondern auch die relativen Gewinne der Akteure. Waltz (2000:40) erlaubt sich daher auch den Einwand, daß *Tit-for-Tat* nur die kollektiven Auszahlungen im Mittel maximiere, daß aber Staaten im Selbsthilfesystem „have to concern themselves not with maximizing collective gain but with lessening, preserving, or widening the gap in welfare and strength between themselves and others.“ Kooperation, so der neorealistische Einwand, würde unter Berücksichtigung dieser Prämisse daher weitaus seltener stattfinden als vom Neoliberalismus behauptet.

Die Tauglichkeit von *Tit-for-Tat* leidet beispielsweise frappierend, wenn man dessen Auszahlungen nicht im Sinne absoluter Gewinne summiert, sondern nur dann Punkte zuweist, wenn es einen Sieg über eine konkurrierende Strategie davonträgt. Behr (1981) änderte die Rahmenbedingungen derart, daß – auf Grundlage der Erkenntnisse Axelrods und dessen Computerturniers – nur für einen Sieg einer Strategie in einer konkreten Runde Punkte vergeben wurden. In einem solchen Vergleich schneidet *Tit-for-Tat* miserabel ab, da es nie zuerst defektiert und daher fast allen anderen Strategien unterlegen ist (Behr 1981:292–298). Versteht man daher relative Gewinne derart, daß sie sich durch ein Statusspiel darstellen lassen, das nur den relativen Gewinn wertet und keine Rücksicht auf die erzielten absoluten Auszahlungen nimmt, so hieße dies, daß nur unkooperatives Verhalten zum Sieg beiträgt und relative Gewinne daher keinen Raum für kooperative Strategien lassen.

Gerade die ungleichen Gewinnverteilungen stellen im neorealistischen Verständnis ein Haupthindernis für das Zustandekommen von Kooperation dar, was vom Neoliberalismus aber ignoriert würde (Grieco 1993a:124–25). Da im spieltheoretischen Modell der größte Nutzen individuell ermittelt und keine relative Berechnung durchgeführt wird, sind die Nutzenfunktionen der Staaten unabhängig voneinander und können daher das Problem der relativen Gewinne als Kooperationshindernis auch nicht erfassen (Keohane 1984:27), (Grieco 1993a:125). Das Bild des egoistischen Nutzenmaximierers lag daher auch der Regimeanalyse zugrunde, da dieses Selbstinteresse – eine Typisierung, die aus den neorealistischen Axiomen hergeleitet wurde – als Prämisse einer Regimebildung vorausgesetzt wurde. Egoistisches Selbstinteresse bedeutet, daß der Akteur seine eigene Nutzenfunktion maximiert, ohne den Nutzen eines anderen Akteurs in diese Funktion einfließen zu lassen. Der Egoist ist nur insofern mit der Nutzenfunktion anderer Akteure beschäftigt, als deren Handlungen seinen eigenen Nutzen beeinflussen können. Im Gegensatz dazu ist der „pure power seeker“ damit beschäftigt, die Differenz zwischen seinen eigenen Machtressourcen und denen des konkurrierenden Akteurs zu maximieren (Krasner 1983:195).

Darüber hinaus darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, daß die Entstehung von Kooperation von der Reputation und den Fähigkeiten der Staaten abhängt, defektives Verhalten zu bestrafen. Kann ein Staat daher unkooperatives Verhalten aufgrund mangelnder Ressourcen – verursacht durch zu geringe Auszahlungen relativ zu

seinem Konkurrenten – nicht vergelten, so wird seine Sicherheit zwangsläufig leiden. Die Orientierung an relativen Gewinnen wäre in dieser Sichtart eine logische Konsequenz staatlichen Handelns.

5.2 Begriffsbestimmung relativer Gewinne

Die Debatte um die Bedeutung relativer Gewinne für die Entwicklung von Kooperation entzündete sich an den Erfolgen neoliberaler Modelle, die den Neorealismus zunehmend in Bedrängnis brachten. Axelrod und Keohane konnten anhand des iterierten Gefangenendilemmas darstellen, daß internationale Zusammenarbeit selbst in solch kooperationsfeindlichen Umgebungen wie dem internationalen politischen System entstehen kann (sofern es sich tatsächlich als unendlich wiederholtes Gefangenendilemma modellieren läßt), ohne daß es dazu einer übergeordneten Regelungsinstanz bedarf. Da sich die Regeln aus dem Verhalten der Akteure ergeben, konnte die neoliberale Regimeanalyse unterstellen, daß Institutionen auch solche Dilemmasituationen, in denen das rationale Eigeninteresse zu einer suboptimalen Lösung führt, überwinden können und daher in Politikfeldern wie Sicherheit und Wohlfahrt Kooperation ermöglichen (Jervis 1983:358–359). Umfaßte das wiederholte Gefangenendilemma tatsächlich alle relevanten Elemente des internationalen Kooperationsproblems, dann wäre der Pessimismus des Neorealismus in der Tat nicht angebracht und eine seiner zentralen Aussagen, wonach langanhaltende Kooperation kaum entstehen könne, in Frage gestellt.

Die Strategien im unendlich wiederholten Gefangenendilemma befähigen damit einen Akteur, ein grundlegendes Manko anarchischer Umgebungen – das Fehlen einer zentralen Autorität mit Rechtsdurchsetzungskraft und Sanktionsfähigkeit – zu überwinden, indem die nicht vorhandenen exogenen Sanktionsinstanzen durch die Bestrafungsmöglichkeit der Beteiligten endogen ausgeglichen werden: Kooperation kann damit auch in anarchischen Systemen entstehen.

Insbesondere Joseph M. Grieco (1993a; 1990) monierte aber, daß ein wesentliches Problem internationaler Zusammenarbeit durch die neoliberale Darstellung nicht abgebildet würde: die kooperationshindernde Wirkung *relativer Gewinne*. Grieco erinnerte damit an eine Kooperationssschranke des Strukturellen Realismus, die bis dahin

im Werk Kenneth N. Waltz' ein eher verstecktes Dasein geführt hatte und nun im Zuge der Institutionalismus-Kritik hervorgeholt wurde:

“When faced with the possibility of cooperation for mutual gain, states that feel insecure must ask how the gain will be divided. They are compelled to ask not ‘Will both of us gain?’ but ‘Who will gain more?’. If an expected gain is to be divided, say, in the ratio of two to one, one state may use its disproportionate gain to implement a policy intended to damage or destroy the other. Even the prospect of large absolute gains for both parties does not elicit their cooperation so long as each fears how the other will use its increased capabilities (Waltz 1979:105).”

Überlegungen, daß relative Gewinne in einem kompetitiven Umfeld eine signifikante Rolle spielen und das Verhalten der Staaten beeinflussen können, finden sich bei Waltz indes schon in früheren Werken, wenn auch nicht sonderlich ausgeprägt (Waltz 1959:197–198). Grieco führte diese Waltzsche Hypothese in die Diskussion ein, um darauf aufmerksam zu machen, daß die Struktur der internationalen Politik eine Orientierung an relativen und nicht an absoluten Gewinnen erfordere und insofern Kooperation weit seltener stattfinden würde, als vom Neoliberalismus propagiert. Weil der Neoliberalismus seiner Ansicht nach vergaß, das Konzept der relativen Orientierung des Akteurshandelns zu berücksichtigen, konnten seine Ergebnisse angezweifelt werden. Sind also ungleiche Verteilungen und eine Orientierung der Staaten an relativen Gewinnen ausreichend, die Entstehung langanhaltender Zusammenarbeit zu verhindern?

Man muß unterscheiden zwischen der Motivation relativer Gewinnorientierung und den Folgen dieses Verhaltens: Das *Motiv* liegt darin, daß Staaten im anarchischen Selbsthilfesystem dem Verlust ihrer relativen Fähigkeiten vorbeugen müssen, um ihr Überleben zu sichern. Als *Folge* dieses Verhaltens wird die Zusammenarbeit zwischen den Staaten erschwert, da kooperative Vereinbarungen entweder nicht eingegangen, aufgekündigt oder nur begrenzt wahrgenommen werden. Dies gilt sogar dann, wenn durch die Kooperation auch große absolute Gewinne erzielt werden könnten (Grieco 1993a:128). Insofern sind auch zwei Komponenten des Arguments zu betrachten: Zum einen die Frage, ob sich Staaten tatsächlich an relativen Gewinnen orientieren, und zum anderen, ob und wie sich dies auf das Kooperationsverhalten auswirkt.

5.2.1 Neorealistische Begründung relativer Gewinne

Der Vorwurf aus dem neorealistischen Lager setzt an der Interpretation der Anarchie an: Nicht das Fehlen einer zentralen Autorität, die ein bestimmtes Verhalten durchsetzen kann, ist das wesentliche Kennzeichen anarchischer Systeme, sondern die permanente Existenzgefährdung der Akteure. Grieco gesteht dem Neoliberalismus zwar zu, die fundamentalen Argumente des Neorealismus zu verwenden, wirft ihm jedoch vor, daraus die falschen Schlüsse zu ziehen, indem die kooperationsbeschränkenden Einflüsse der Anarchie unterbewertet werden und somit ein optimistischeres Bild gezeichnet werden kann (Grieco 1993a:117). Nach neorealistischem Verständnis kann die eigene Existenz nur durch eigene Anstrengungen gesichert werden (keine Instanz befreit die Akteure von dieser Aufgabe, etwa wie in hierarchischen Gesellschaften), weshalb alle Staaten dazu angehalten sind, ihre Fähigkeiten zur Selbsthilfe und damit auch die Versorgung mit ausreichenden Machtressourcen sicherzustellen.

Neben der Versorgung mit eigenen Mitteln hat dieser Selbsthilfeimperativ aber auch zur Folge, die Mittel der übrigen Akteure relativ zu den eigenen in die Kalkulation einfließen zu lassen. Dies bedeutet, die Stärke eines potentiellen Gegners, der in der neorealistischen Lesart jeder Akteur sein könnte, nicht überhand nehmen zu lassen, sondern durch entsprechende Maßnahmen gegenzusteuern. In einer aggressiven Form könnte dies auf Präventivmaßnahmen hinauslaufen, während ein eher passives Vorgehen das Erstarken des Konkurrenten zumindest nicht fördert oder unterstützt. Wie bereits bei den Ausführungen zum Strukturellen Realismus dargestellt wurde, ist das vornehmste Ziel eines Staates nicht die Machtmaximierung, sondern die Sicherheitsmaximierung. Da Sicherheit untrennbar mit der Position im internationalen System verknüpft wird und diese wiederum vom Umfang der zur Verfügung stehenden Machtressourcen (*capabilities*) abhängt, kann es ein Staat nicht hinnehmen, seine Position durch einen relativen Vorteil eines Konkurrenten gefährdet zu sehen. Eine politische Situation, in der eine Auswirkung auf die Machtressourcen des Staates zur Debatte steht, ist demnach gekennzeichnet durch eine Orientierung am relativen Vorteil, den man einem Konkurrenten gegenüber wahrnehmen muß.

Weil damit nicht individuelle Wohlfahrt, sondern Überleben an erster Stelle steht, müßten Staaten sehr sensibel vorgehen, wenn eine Verschlechterung ihrer Position droht und damit auch ihre Sicherheit gefährdet wird. Aus diesem Grund wird der relativen

Gewinnverteilung innerhalb der neorealistischen Theorie eine grundlegende Bedeutung beigemessen, da sowohl das Überleben als auch die Unabhängigkeit eines Staates nur auf dessen relativen Fähigkeiten beruhen. Damit sind die Machtressourcen eines Staates (*capabilities*) die ultimative Basis der Sicherheit und Unabhängigkeit. Es liegt somit nicht die höchstmögliche individuelle Auszahlung – wie dies von Neoliberalen angenommen wird (Beispiele s. Grieco 1990:34–35) – als fundamentales Ziel im Interesse eines Staates, sondern es liegt darin, andere Staaten davon abzuhalten oder zumindest nicht zu fördern, ihre relativen Fähigkeiten auszubauen (Grieco 1990:40). Nicht Machtmaximierung, sondern Positionserhalt liegt nämlich im Interesse eines Staates (Waltz 1979:126).

Daß gemäß dieser Logik auch Kooperationen mit einem Konkurrenten von dieser Vorsichtsmaßnahme betroffen sind, bestärkt neorealistische Autoren in ihrer kooperationspessimistischen Sicht. Die unterschiedlichen Auffassungen resultieren aus verschiedenen Schlußfolgerungen, die Neorealisten und Neoliberale aus dem Zustand der Anarchie ziehen: Zwar stimmt man noch darin überein, daß Anarchie das Fehlen einer zentralen Autorität bedeutet, doch während der Neoliberalismus lediglich die fehlende Möglichkeit einer zentralen Durchsetzung von Regeln – und Kooperation – daraus ableitet, betonen Neorealisten die fehlende übergeordnete Instanz, die den Einsatz von Gewalt verhindern könnte: “States’ perennial uncertainty about their fates presses governments to prefer relative over absolute gains. Without the shadow, the leaders of states would no longer have to ask themselves how they will get along tomorrow as well as today. States could combine their efforts cheerfully and work to maximize collective gain without worrying about how each might fare in comparison to others (Waltz 2000:39).” Für das realistische Paradigma ist diese allgegenwärtige Möglichkeit der Gewaltanwendung und die dadurch stets drohende Kriegsgefahr zudem ein maßgebliches Kriterium, das internationale Politik von anderen sozialen Beziehungen unterscheidet (Grieco 1990:38).

Als Folge dieser positionalen Orientierung müßten alle Beziehungen – somit auch potentielle kooperative Vereinbarungen –, die Staaten eingehen, auf ihre Auswirkungen auf die relativen Fähigkeiten untersucht werden und nicht nur auf ihre absolute Gewinnchance. Sollten deshalb *Auszahlungsunterschiede* – welche die Position im System verändern können – dem Partner einen relativen Vorteil liefern, so muß der „be-

nachteiligte“ Staat die Zusammenarbeit schließlich ablehnen (Grieco 1990:10). Auf diese Weise können relative Gewinne, also positionsverändernde Auszahlungsunterschiede, Kooperation verhindern; internationale Zusammenarbeit kann also nur dann entstehen, wenn eine Verteilung der Auszahlungen erreicht werden kann, welche die bestehenden Machtverhältnisse nicht ändert (Zangl und Zürn 1994:94).

Selbstverständlich bedeutet dieses Verhalten auch eine Abkehr von der klassischen egoistischen Nutzenmaximierung, schließlich erfordert ein Vergleich nicht nur eine Bewertung des eigenen Gewinns, sondern auch eine Bewertung der fremden Gewinne: die relative Gewinnverteilung rückt damit in den Mittelpunkt des Interesses. Weil der Neoliberalismus nur den eigenen Gewinn als Maßstab für den Erfolg einer Handlung heranzieht und mögliche Zugewinne anderer Akteure (sowie die dadurch ermöglichten Folgen) ausblendet, übersieht er eine wesentliche Anforderung an das Akteursverhalten als Folge der Existenzgefährdung. Seine Erkenntnisse zur Kooperationsentstehung sind daher unvollständig und wegen der mangelhaften Berücksichtigung relativer Gewinne viel zu optimistisch – so lautet zumindest der Vorwurf neorealistischer Autoren.

Man muß berücksichtigen, daß damit nicht mehr die Axiomatik eines institutionellen Ansatzes zur Diskussion stand, sondern die Folgehypothesen, die dieser daraus zieht. Grieco gesteht dem Neoliberalismus daher zwar zu, die fundamentalen Argumente des Neorealismus seinem Verständnis internationaler Politik zugrunde zu legen, wendet jedoch ein, daraus die falschen Schlüsse zu ziehen: Indem der Neoliberalismus die kooperationsbeschränkenden Einflüsse der Anarchie unterbewerten würde, könne er ein optimistisches Bild internationaler Politik zeichnen, das sich jedoch im Widerspruch zu den neorealistischen Vorstellungen befinde (Grieco 1993a:117).

Grundlegender Unterschied zwischen Neorealisten und Neoliberalen ist laut Grieco (1993a:131) somit der Umstand, daß das Kooperationsproblem im anarchischen internationalen System für Neoliberale nur darin besteht, keine Kooperation zu erreichen und damit eine verpaßte Chance zu erleiden, während in der neorealistischen Argumentation im schlimmsten Fall der Verlust der Unabhängigkeit oder Sicherheit befürchtet werden muß (obwohl manche neoliberale Autoren auch für den Fall relativer Gewinne Institutionen als hilfreiche Konstrukte ansehen, da sie nicht nur Betrugsgefahren mindern könnten (*Cheating*), sondern auch die Furcht vor den Folgen ungleicher Gewinnverteilung nehmen würden (Keohane und Martin 1995:45)).

5.2.2 Politikfeldzuordnung relativer Gewinne

Obwohl das Gefangenendilemma als Illustration internationaler Politik weithin in Gebrauch ist, stellt sich die Frage, ob angesichts der unterschiedlichen Kooperationshäufigkeit in den verschiedenen Politikfeldern sich aus den Ergebnissen Axelrods verallgemeinernde Aussagen über die Kooperationswahrscheinlichkeit an sich herleiten lassen. Auch wenn man akzeptiert, daß Situationen sowohl im Politikfeld Sicherheit als auch im Politikfeld Wohlfahrt als wiederholtes Gefangenendilemma interpretiert werden können, bleibt doch offen, warum im ökonomischen Bereich kooperative Vereinbarungen viel häufiger anzutreffen sind als im militärisch-strategischen Bereich.

Für Lipson (1993:72) unterscheiden sich diese beiden Politikfelder insbesondere durch zwei Faktoren:

- Der Nachteil, der aus nicht erwideter Kooperation entstehen kann (Auszahlung S), ist im Politikfeld Sicherheit schwerwiegender als im Politikfeld Wohlfahrt.
- Das Risiko, das eine fehlerhafte Beobachtung und Würdigung der Handlungen eines Gegners nach sich zieht, kann in seinen Konsequenzen ebenfalls zu nicht wiedergutzumachenden Entscheidungen führen (ungerechtfertigt erlassene Wirtschaftssanktionen lassen sich leichter rückgängig machen als Kampfhandlungen).

Sollte eine Orientierung an relativen Gewinnen daher für die geringere Kooperationsdichte internationaler Politik ausschlaggebend sein? Der stets drohende Einsatz von Gewalt ist für gewöhnlich das Kennzeichen, das die internationale Politik von anderen Politikfeldern wie der politischen Ökonomie unterscheidet, so daß sich die kooperationshindernde Wirkung relativer Gewinne insbesondere im Politikfeld Sicherheit nachweisen lassen sollte. Dieser Sichtweise liegt zunächst zugrunde, daß der Einsatz eines erworbenen relativen Vorteils oftmals mit militärischen Angriffen gleichgesetzt wird und die Gefährdung durch relative Gewinne eines konkurrierenden Staates daher auch mit diesem Politikfeld verknüpft wird (Powell 1993). Huntington (1996:377) wirft daher zu Recht ein, daß das Streben nach einem relativen Vorteil nicht unbedingt in jeder Situation sinnvoll anzuwenden ist, da der Gewinn eines konkurrierenden Akteurs nicht

notwendigerweise die eigene Position beeinflussen muß (man stelle sich beispielsweise Erfolge in den Bereichen Umweltschutz oder Gesundheitspolitik vor).

Waltz (1979:91) ist jedoch der Auffassung, daß das Problem relativer Gewinne für jedes Selbsthilfesystem zutrifft, und so ist es naheliegend, vor allem angesichts der globalisierten Arbeitsteilung auch das internationale ökonomische System als ein solches zu klassifizieren. Diese Feststellung ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen: Snidal (1993:173) hält beispielsweise die Wirkung relativer Gewinne nicht zuletzt deswegen auch im ökonomischen Bereich für angebracht, weil sich ökonomische Gewinne auch in strategische Vorteile umwandeln lassen und eine strikte Trennung zwischen Ökonomie und Sicherheit daher fruchtlos sei. Milner (1993:166–167) bildet das Argument sogar explizit auf die ökonomische Sphäre oligopoler Märkte ab: “No firm wants to let any other gain so much it can become dominant and drive others out of business; relative gains matter. Survival dictates that the attempts of any one to dominate be met by cooperative behavior on the part of others to prevent this.”

Ob daher Auftreten und Wirkung relativer Gewinne nur in genuin (sicherheits-)politischen Fragen relevant ist oder in weiteren Politikfeldern ebenfalls von Belang ist, sei zunächst dahingestellt. Ein Gutteil der Diskussion ist darauf zurückzuführen, daß relative Gewinne von einigen Autoren als spezifische Äußerung des Machtgedankens verstanden werden, die in dieser Form deswegen auch nur im politischen und nicht im ökonomischen Umfeld auftreten. Gilpin (1996a:277–278) begreift z.B. das Vorherrschen von relativen Gewinnen als fundamentales Unterscheidungsmerkmal zwischen Ökonomie und Politik, da sich Macht als relatives Konzept notwendigerweise darauf stützt, daß der Gewinn eines Staates einen Verlust des anderen nach sich zieht, während Grieco der Ansicht ist, mit seiner Analyse und seinem Verständnis des Strukturellen Realismus die kooperationshindernde Wirkung relativer Gewinne nicht nur auf den Bereich Sicherheit beschränken zu müssen (Grieco 1993b:316).

5.3 Interpretationen und Ausprägungen relativer Gewinne

Die Diskussion zwischen Neoliberalen und Neorealisten machte deutlich, daß der neorealistiche Widerspruch keineswegs auf unzweideutigen Hypothesen fußt, vielmehr stellt sich die Argumentation Waltz' wesentlich interpretationsfähiger dar, als es die pointierte Aussage Griecos erscheinen läßt:

- Grundsätzlich wird davon ausgegangen, daß eine Kooperationsmöglichkeit existiert, die den Akteuren jeweils einen Vorteil erbringt. Es wird also nicht unterstellt, daß es sich um ein Nullsummenspiel handelt, bei dem der Gewinn eines Staates gleichzeitig einen Verlust für den anderen bedeutet.
- Auf den ersten Blick liegt die Betonung auf der Verteilung der Kooperationsgewinne; ein Akteur hat somit nicht nur ein berechtigtes Interesse an der Höhe seiner Auszahlung, sondern bildet einen Vergleich mit dem Gewinn des Konkurrenten.
- Die Begründung für dieses Verhalten wird sogleich geliefert: Sofern sich ein Staat unsicher fühlt, stellt er einen solchen Vergleich an, da jeder Vorteil eines Konkurrenten im anarchischen Selbsthilfesystem zum Schaden des anderen eingesetzt werden kann, der per definitionem bis zur Vernichtung der Existenz reichen könnte. Ob Waltz sich hier auf die prinzipielle Unsicherheit in der internationalen Politik stützt oder auf eine situationsabhängige Unsicherheit abstellt, bleibt zunächst offen.⁴
- Die Betonung der Relativität der Auszahlungen geht schließlich so weit, daß Staaten sogar auf einen möglicherweise großen Kooperationsvorteil verzichten, wenn sie sich nicht sicher sein können, daß ein Auszahlungsvorteil des Kooperationspartners später nicht zu ihrem Nachteil eingesetzt wird.

Die von Waltz postulierte kooperationshindernde Wirkung jener *relative gains* fand in den ersten theoretischen Auseinandersetzungen über den Strukturellen Realismus

⁴Diese Annahme produziert die Frage, ob eine Orientierung an relativen Gewinnen ebenfalls prinzipieller oder temporärer Natur ist.

noch keinen Niederschlag (Keohane 1989b), sondern geriet recht spät in das Blickfeld der Kontrahenten. Erst durch die Erfolge des Neoliberalismus, insbesondere durch die Arbeiten Robert O. Keohanes und Robert Axelrods, welche die neorealistischen Aussagen pointiert herausforderten, wurde den *relative gains* mehr Aufmerksamkeit geschenkt, als sie wie ein *deus ex machina* von Joseph Grieco in die Debatte eingeführt wurden (manche Autoren wie beispielsweise Schweller (1996:101) gehen mittlerweile sogar so weit, relative Gewinne neben Anarchie und Sicherheit als zentrales Kernelement der neorealistischen Theorie einzuordnen). Grieco gelang es, die Ergebnisse neoliberaler Autoren in Zweifel zu ziehen und einen theoretischen Disput vom Zaun zu brechen, der in den späten achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts eingängige Schriften – beispielsweise Baldwin (1993b) oder Intriligator und Luterbacher (1994) – zu füllen mußte. Daß der Wirkung relativer Gewinne eine solche Bedeutung beigemessen wurde, lag somit zu einem Gutteil an der Prominenz neoliberaler Aussagen und der Reaktion des Neorealismus, sich mit ihrer Hilfe dagegen zur Wehr zu setzen.

5.3.1 Disposition relativer Gewinne

Gerade die Aussage, daß Kooperationen aufgrund einer ungleichen Verteilung selbst dann nicht wahrgenommen werden, wenn sie einen großen absoluten Vorteil erzielen würden, zeigt die Gratwanderung des Arguments: Liegt tatsächlich eine permanente Disposition der Akteure vor, die selbst angesichts eines potentiellen Machtzuwachses zur Vorsicht (und damit zum Verzicht) rät? Wohl kaum sollte man einer solchen Handlungsanweisung bei strategischen Entscheidungen stets und stoisch Folge leisten, nur um eine wie auch immer geartete Gefahr in der Zukunft auszuschließen. Schließlich ist der mögliche Gewalteinsetz keineswegs unabwendbar, sondern sollte sowohl durch eigene Leistungen (*capabilities*) vermieden werden können als auch durch den Umstand, daß die späteren Ziele des Kontrahenten schlichtweg andere Akteure oder andere Handlungen zum Inhalt haben könnten. Dennoch müßte man davon ausgehen, daß die Frage nach der relativen Gewinnverteilung nicht konditional gestellt wird, sondern stets und permanent das Handeln der Staaten bestimmt, manifestiert sich die zugrundeliegende Unsicherheit doch als allgegenwärtige und notwendige Folge der Anarchie (Schweller 1996:101–102).

Diese bedingungslose und permanente Fixierung auf relative Gewinne ist es, die neo-

liberale Autoren nicht akzeptieren: “The contention that international anarchy dictates concern for relative rather than absolute gains is not sustainable. Relative gains may be important motivating forces for states and firms, but only when gains in one period alter power relations in another, and when there is some likelihood that subsequent advantages in power may be used against oneself (Keohane 1993:275).”

Powell (1993) weist zu Recht darauf hin, daß Staaten erst einmal Gelegenheit haben müssen, relative Gewinne zu ihrem eigenen Vorteil und zum Nachteil des anderen einzusetzen. In Fällen, in denen ein Einsatz dieser Gewinne möglich ist – was das wiederholte Gefangenendilemma im übrigen nicht darstellen kann –, ist der neorealistische Pessimismus gerechtfertigt.

Es ist vor allem die Unsicherheit über den zukünftigen Einsatz relativer Gewinne, die ausschlaggebend für deren kooperationshindernde Wirkung ist: “State positionality, then, engenders a ‘relative gains problem’ for cooperation. That is, a state will decline to join, will leave, or will sharply limit its commitment to a cooperative agreement if it believes that partners are achieving, or are likely to achieve, relatively greater gains. Moreover, a state concerned about relative gains may decline to cooperate even if it is confident that partners will keep their commitments to a joint agreement (Grieco 1993a:128).”

Keohane (1993:275–283) ergänzt ebenfalls, daß unterschiedliche Auszahlungen, die zu einem größeren absoluten Gewinn für den Gegner führen, allein noch keinen Grund für einen Gegner darstellen, Kooperation nicht einzugehen und auf absolute Gewinne zu verzichten, weil auch die Wahrscheinlichkeit des Einsatzes dieser relativen Gewinne berücksichtigt werden muß. Gerade risikoaverse Staaten müßten zwar Vorsicht walten lassen angesichts dieser Unsicherheit, doch bloße Unsicherheit, charakteristisch für das internationale System allgemein, fördert allein noch keine verstärkten Bedenken wegen relativer Gewinne: erst eine signifikante Wahrscheinlichkeit für den schädlichen Einsatz der relativen Vorteile ließe ein solches Verhalten rational erscheinen, die bloße Möglichkeit allein jedoch nicht (Keohane 1993:283). Matthews (1996) geht davon aus, daß die kooperationshindernde Wirkung relativer Gewinne maßgeblich davon abhängt, ob der erzielte Vorteil auch tatsächlich in künftigen Interaktionen zur Verfügung steht und eingesetzt werden kann und somit seine ursprünglich zuge dachte Bedeutung rechtfertigt. Im spieltheoretischen Sinne geht es also darum, daß ein Verlust in Runde

n dazu führen kann, Vergeltungsmaßnahmen in Runde $n + 1$ nicht mehr durchführen zu können und sich somit der Schatten der Zukunft drastisch verkürzt (mit all seinen Folgen für die Entstehung der Kooperation) (Matthews 1996:124–125). Ein relativer Verlust in einem frühen Stadium kann also dazu führen, daß durch Kumulation dieses Nachteils der relative Nachteil in einem späteren Stadium erheblich größer ausfällt.

Wie andere Neoliberale bezweifelt auch Snidal (1993) eine relative Gewinnorientierung als permanentes Verhalten eines Staates in der internationalen Politik, sondern geht statt dessen von einer lediglich zeitweiligen Motivation, relative Gewinne zu verfolgen, aus. Einige – von ihm so gesehene – Verständnismängel des Problems relativer Gewinne auf Seiten mancher neorealistischer Autoren erlauben es ihm, selbst unter der Voraussetzung relativer Gewinnmaximierung kein Kooperationsdefizit feststellen zu müssen. Zu diesem Zweck unterscheidet er zwei Fälle: Das von Grieco (1990, 1993a) angeführte Argument, Staaten würden keine Vereinbarungen akzeptieren, die anderen Beteiligten disproportional höher Gewinne einbrächten, läßt seines Erachtens keine klare Trennung zwischen absoluten und relativen Gewinnen zu, da intensives Verhandeln über größere absolute Gewinne ein Verteilungsproblem dieser möglichen gemeinsamen Kooperationsgewinne nach sich zieht. In einem solchen Fall könnten die Staaten allerdings die Kooperationsvereinbarungen ändern, um eine proportionale Gewinnverteilung zu erreichen oder durch Seitenzahlungen eine ausgewogene Aufteilung zu erzielen (Snidal 1993:173–74).

Keck (1993:49–50) erklärt ebenfalls, daß mögliche relative Nachteile, hervorgerufen durch eine Ungleichverteilung der Kooperationsgewinne, abgemildert werden können, wenn durch Transferleistungen (*side payments*) ein nachträglicher Ausgleich erreicht werden kann. Dies trifft aber nicht den Kern des Problems, denn wenn durch Ausgleichszahlungen (*welfare transfers*) eine gerechte Verteilung hergestellt werden kann, dann umgeht man damit das grundlegende Problem relativer Gewinne, das eine Erklärung für solche Fälle liefern will, wo eine ausgeglichene Gewinnverteilung eben nicht vorliegt. Snidal (1993:174), der eine ähnliche Argumentation anführt, wird deshalb von Grieco scharf kritisiert: “Moreover, saying that relative-gains problems do not inhibit cooperation because states *can* ameliorate them through reforms or side payments is equivalent to saying that cheating problems do not inhibit cooperation because states *can* resolve them by establishing verification and sanctioning arrangements

(Grieco et al. 1993:731).”

Es wurde jedenfalls erkannt, daß ein unumstößliches Festhalten an der Permanenz relativer Nutzenorientierung dem Problem nicht gerecht wird. Selbst Grieco (1990:46–47) entwirft für sein Modell einen Sensibilitätskoeffizienten k (der Einheitlichkeit halber wird dies in den späteren Modellen σ genannt), der als Variable die Bedeutung relativer Auszahlungen bewertet und von unterschiedlichen Faktoren abhängig ist. So setzt er diesen Wert höher an, wenn Staaten beispielsweise einen relativen Machtverlust erleiden oder wenn eine Vereinbarung neben ökonomischen Belangen auch solche des Politikfelds Sicherheit umfassen, während ein niedrigerer Wert vor allem mächtigen Staaten zugestanden wird, die kurzfristige Auszahlungsunterschiede leicht verkraften können. Ganz entfallen wird diese Sensibilität für relative Gewinne jedoch nie: “A state’s sensitivity coefficient to gaps in gains may vary according to its partners, its own circumstances, and the type of cooperative endeavor to which it has committed itself. Yet given the uncertainties of international politics, and of the importance of relative power in interstate relations, realist theory would expect every state’s level of k to be greater than zero in virtually all its cooperative relationships (Grieco 1990:46–47).”

Auch wenn auf neorealistischer Seite die temporäre Qualität relativer Gewinnorientierung im Laufe der Debatte akzeptiert wurde, bleiben noch strittige Punkte: Im Gegensatz zur neorealistischen Lesart (Grieco 1990, 1993a) kann der Sensibilitätskoeffizient k Keohane (1993) zufolge auch negative Werte annehmen und damit zu einer Steigerung der Gewinne des Konkurrenten führen, etwa im Fall gemeinsamer Allianzen. Eine ähnliche Vermutung hegt Forndran (1997b:83), der auf Kooperationsformen hinweist, bei denen der stärkere Partner dem schwächeren größere Gewinne zugesteht.

5.3.2 Relative Gewinne als Verteilungsfrage

Daß relative Gewinne in vielen sozialen Beziehungen durchaus eine Rolle spielen, wird von beiden Seiten anerkannt: Wettbewerbe, die Suche nach Siegen oder Status sowie Güter, die eine Position definieren oder verändern können, basieren auf relativen Gewinnen (Snidal 1993:171). Es gehört zu den verbreiteten Vorstellungen, realistische Politik („Realpolitik“) als Wettbewerbssituation aufzufassen, die als Nullsummenspiel

immer nur Vorteile einer Seite auf Kosten der anderen zuläßt (Forndran 1996:1024–1026). Gleiches gilt für relative Gewinne, nachdem durchaus Parallelen mit dem klassischen Machtbegriff gezogen werden können. Es ist daher durchaus nicht unüblich, daß wettbewerbsähnliche Situationen durch eine vorherrschende relative Gewinnmaximierung charakterisiert werden, die sich als Nullsummenspiel darstellen lassen, wie beispielsweise Scharpf (1989:164–165) anhand der Transformation einer gegebenen Nutzenmatrix ausführt.

Nullsummenspiele gehören zu den ältesten spieltheoretischen Modellen und lieferten insbesondere in den fünfziger und sechziger Jahren eine Rechtfertigung und „wissenschaftliche“ Erklärung des kooperationsfeindlichen Klimas zur Zeit des Kalten Krieges. Allgemeiner gesprochen handelt es sich bei solchen *strikt kompetitiven Spielen* um Konstantsummenspiele, die lediglich wegen der Normalisierung $u_1 + u_2 = 0$ unter dem gebräuchlicheren – und mittlerweile in den allgemeinen Sprachgebrauch übergegangenen – Namen *Nullsummenspiel* bekannt sind (Osborne und Rubinstein 1994:21–24).

Diese Sichtweise gründet jedoch auf einem monolithischen Machtverständnis, wonach als Maßstab der Macht beispielsweise die Anzahl der Waffen genommen wird. Eine Vergrößerung des Arsenal auf der einen Seite führte somit notwendigerweise zu einer Verminderung der Macht auf der anderen Seite (Baldwin 1993a:19). Indes sind Nullsummensituationen in der internationalen Politik eher die Ausnahme und können allenfalls in extremen Konfliktsituationen als Erklärung herhalten. So zeichnet sich auch das konfliktreiche Feld der Sicherheitspolitik nicht nur durch diametral entgegengesetzte Präferenzen aus, sondern bietet meist noch Raum für konvergente Interessen, wie der Verlauf des Wettrüstens zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR während des Ost-West-Konfliktes zeigt (Lipson 1993:71).

Dennoch ist die Interpretation einer Nullsummensituation nicht unbegründet: Geht es darum, eine Positionsverbesserung des Gegners durch den Gewinn zusätzlicher Machtressourcen zu verhindern, dann vermeidet man dies, indem man nur solche Auszahlungen akzeptiert, die einen relativen Vorteil für die eigene Position beinhalten oder gleiche Auszahlungen für beide Kontrahenten, um zumindest die Ausgangsposition zu wahren. Dies entspricht der klassischen realistischen Vorstellung, die eine Auszahlung dann als ausgewogen betrachtet, wenn die Verteilung der Machtressourcen zwischen

den beteiligten Staaten vor und nach der Kooperation gleich bleibt, d.h. das Gleichgewicht der Kräfte erhalten bleibt (Grieco 1993a:130).

Da ein solches Verhalten im allgemeinen eine Situation zur Folge hat, in dem der Gewinn eines Kontrahenten einen eigenen Verlust in gleichem Maße bedeutet, gleicht dies einem *Nullsummenspiel*. Diese Vorstellung verfolgen zumindest einige neoliberale Autoren wie Lipson (1993:73) oder Stein (1993:46–47), die das Problem relativer Gewinne als Differenzmaximierung zwischen den eigenen Gewinnen und den Gewinnen anderer betrachten und somit im eklatanten Widerspruch zum liberalen Verständnis individueller Nutzenmaximierung sehen. Solche Situationen sind reine Konfliktsituationen, da kein gemeinsames Interesse besteht. Es gehört jedenfalls zu den verbreiteten Annahmen, daß die Orientierung an relativen Gewinnen eine Nullsummensituation zur Folge hat (Werner 1997:291).

Welche konkrete Handlungsanweisung das neorealistiche Modell für den Umgang mit Auszahlungsunterschieden vorsieht, ist jedoch mehrdeutig: Neben der oben beschriebenen Differenzmaximierung ist ebenso eine Minimierung der Auszahlungsunterschiede denkbar (Mastanduno 1993:255–256), denn Grieco (1990:45) zufolge bedeutet eine Sensibilität für relative Gewinne nicht, daß alle Staaten diese relative Nutzenmaximierung offensiv verfolgen, sondern daß sie, um ihre Position im internationalen politischen System besorgt, dieses Verhalten eher defensiv vertreten.

Werner (1997:292–295) wirft zudem nicht unberechtigt ein, daß ein relativer Verlust in einer bilateralen Beziehung durchaus als relativer Gewinn bezogen auf die Beziehungen zu anderen Akteuren verbucht werden kann, da in einer multilateralen Umgebung die erzielten Ergebnisse einer dyadischen Verhandlungslösung auch Auswirkungen auf die Position zu anderen Akteuren hat. Insofern ist es nicht immer sinnvoll, in jeder bilateralen Situation stets auf die eigene Positionswahrung zu bestehen, so daß Kooperation weit häufiger stattfinden sollte als vom Realismus propagiert. Bei diesem Argument wird jedoch übersehen, daß das anarchische System jedem Akteur nahelegt, die eigene Sicherheit durch die Wahrung der relativen Position zu gewährleisten und es sich daher kein Systemteilnehmer erlauben kann, relative Verluste in einer dyadischen Beziehung zu erdulden, wenn der Kontrahent in ebendieser Beziehung seinen Vorteil ausnutzt und der lediglich potentielle Vorteil des hier Benachteiligten im multilateralen Umfeld nicht mehr zum Tragen kommen kann.

Worin besteht nun die Wandlungsfähigkeit einer Definition relativer Gewinne? Waltz (1979) beschreibt zunächst eine Situation, die einen Auszahlungsunterschied als Kooperationshindernis identifiziert. „Who will gain more?“ (Waltz 1979:105) – die Frage, die sich Staaten bei der Beurteilung der potentiellen Auszahlung stellen sollten – bezieht sich wohl eher darauf, Vorteile des Konkurrenten zu beargwöhnen und ist weniger als Handlungsanweisung zu verstehen, Auszahlungsunterschiede zu maximieren.

Aus diesem Grund konzentriert er sich auf die zweite Möglichkeit, wie relative Gewinne internationale Kooperation beeinflussen können, indem er nicht auf die Situation abstellt, sondern auf die Anreize eines Staates, relative Gewinne zu *bewerten*. Während sich im ersten Fall das Problem relativer Gewinne als ungerechte Verteilung einer bestimmten *Vereinbarung* darstellt – und insofern lediglich dieses Abkommen neu bestimmt werden müßte –, richtet sich diese Möglichkeit auf ein *fundamentales Verhalten* des Staates, der Gewinne nach seiner relativen Verteilung beurteilt. Dieses Verhalten kann somit nicht einfach durch Änderung der kooperativen Vereinbarung geändert werden.

Obwohl als Ursache einer solchen Bewertung die mögliche Gefährdung der eigenen Sicherheit durch die Vorteile des Kooperationspartners angegeben wird, könnte ebenso der Wunsch nach einer *gerechten* Aufteilung eines Gutes ursächlich für einen Gewinnvergleich sein: Schon frühe Studien zeigen, daß eine ungleiche Gewinnverteilung im Experiment zu einem wesentlich kompetitiveren Verhalten der Akteure führt (Sheposh und Gallo Jr. 1973). In experimentellen Untersuchungen von Spielverläufen kann man darüber hinaus entdecken, daß das strikte Rationalitätsprinzip von den Probanden nicht stringent durchgehalten wird, sondern reale Normen und situative Kontexte Einfluß auf die Entscheidungsfindung haben und sich daher die Aufteilung eines vorhandenen Gutes an den Prinzipien Gleichheit, Bedürfnis oder Äquidistanz (Aufteilung des Kooperationsgewinnes nach dem Beitrag der jeweiligen Akteure) orientiert (Zintl 1994:243–244)

Im Sinne der neorealistischen Argumentation erhalte eine ausgeglichene Verteilung die Positionen der Systemteilnehmer zwar aufrecht (Grieco 1993a:130), doch bergen auch gerechte Aufteilungen eines (imaginär) teilbaren Gutes Gefahren, da ein Akteur die Vereinbarung nachträglich hintergehen könnte, um einen relativen Vorteil zu erzielen (Powell 1993:229). Es scheint daher am vielversprechendsten zu sein, nicht auf die

Verteilung an sich zu rekurrieren, sondern auf deren Bewertung. Snidal (1993:173–174) weist zu Recht darauf hin, daß kein Akteur eine disproportionale Verteilung akzeptieren würde, wenn sie nicht seiner Verhandlungsmacht entspricht, und daß deswegen das einzige Augenmerk auf die verteilungsunabhängige Bewertung bzw. „persönliche“ Einschätzung einer Aufteilung zu richten sei. Auch Schweller (1996:111) bemerkt zutreffend, daß eine ungleiche Gewinnverteilung nicht notwendigerweise das Problem relativer Gewinne umfaßt, da Staaten mit asymmetrischen Machtressourcen auch eine asymmetrische Aufteilung eines Kooperationsgewinns anstreben, reflektiert dies doch lediglich ihren Status. Die kooperationshindernde Gefahr relativer Gewinne sollte also vor allem dann auftreten, wenn in einer asymmetrischen Machtbeziehung ein Akteur seinen „ihm zustehenden“ Anteil nicht realisieren kann.

Somit liegt es nahe, die Ursache für ein solches Verhalten nur theoretisch zu begründen (im Sinne des Strukturellen Realismus also mit dem Streben nach Sicherheitsmaximierung), denn es gibt keine eindeutige Herleitung für den Umgang mit Auszahlungsunterschieden bzw. deren Bewertung: „Die Beobachtung des Strebens nach einer ausgeglichenen Gewinnverteilung ist mit unterschiedlichen Motivationen des Handelns vereinbar: Es kann sowohl von Neid und Gerechtigkeitssinn getragen als auch dem Streben entsprungen sein, die eigenen absoluten Gewinne möglichst hoch zu halten (Zangl und Zürn 1994:96).“

5.4 Interdependenzmodelle relativer Gewinne

Obwohl über die Erheblichkeit relativer Gewinne alles andere als Einigkeit herrscht, kristallisierte sich jedoch schnell heraus, daß dies tatsächlich ein Kriterium der Entscheidungsfindung und Ergebnisbewertung sein kann, das bisher kaum berücksichtigt worden war. Dennoch blieb offen, ob sich die Ergebnisse der neoliberalen Kooperationsforschung dadurch signifikant ändern würden, schließlich attestierte man der Orientierung an relativen Gewinnen nur eine nachgeordnete Rolle.

Daß Staaten auch nach relativen Gewinnen trachten, wird daher von neoliberalen Autoren nicht geleugnet, allerdings nur bestimmten Situationen zugeschrieben und nicht als allgemeine Motivation unterstellt. Das fundamentale Interesse der Staaten gilt dabei den eigenen Gewinnen, lediglich in Situationen scharfen Wettbewerbs und in Konflikt-

situationen, die sich durch eine Nullsummensituation beschreiben lassen, erkennt man ein Interesse auch an relativen Gewinnen an.

Selbst wenn man die Bedeutung relativer Gewinne nur auf solche extremen Situationen reduziert, ist damit keineswegs klar, wie sich eine Orientierung am relativen statt am absoluten Vorteil auf die Entwicklung der Kooperation im allgemeinen auswirkt. Am sinnvollsten erscheint es daher, das Problem relativer Gewinne durch eine Ergänzung bestehender neoliberaler Modelle darzustellen, denn schließlich sollte sich hier am deutlichsten zeigen, ob und wie relative Gewinne die Aussagen des neoliberalen Kooperationsmodells verändern können.

Das Gefangenendilemma als Ansatzpunkt dieser Herangehensweise ermöglicht es am besten, das neoliberale Aussagenmodell durch eine Erweiterung um relative Gewinne zu ergänzen, denn hier kann die Charakterisierung relativer Gewinne als Verteilungsfrage ohne größere Probleme dargestellt werden. Gemeinsam ist dabei allen Argumenten, daß die Auszahlungen des Kooperationspartners den eigenen Nutzen auf verschiedene Arten beeinflussen, so daß es nicht verwundert, daß sich ein Gutteil der Debatte um die Bedeutung relativer Gewinne an ebensolchen Modellen *interdependenten Nutzenfunktionen* entzündet hat. Unweigerlich keimt bei einer Diskussion um interdependente Nutzen jedoch die Frage auf, ob dies noch mit dem Modell des rationalen Egoisten vereinbar ist – denn schließt Rationalität eine solche Interdependenz nicht geradezu aus?

5.4.1 Handlungswahl rationaler Akteure

Es wurde bereits an zahlreichen Stellen erwähnt, daß sich der Neoliberalismus bei seinen Darstellungen auf das Modell der rationalen egoistischen Handlungswahl stützt, wie sie auch in spieltheoretischen und ökonomischen Darstellungen üblich ist. Theorien, die sich der Axiomatik des *rational choice* verschrieben haben, lassen sich dadurch charakterisieren, daß sie in sozialen Situationen eine begrenzte Menge an Handlungsoptionen vorsehen, die von den Akteuren auf ihre Folgen und Wünschbarkeit hin beurteilt werden können und unter dem Gesichtspunkt der Nutzenmaximierung ausgewählt werden (Zangl und Zürn 1994:82); soziale und politische Ereignisse werden dabei als das kollektive Produkt individueller Handlungen betrachtet (Walt 1999:10).

Rationalität bedeutet im Hinblick auf das Konstrukt des *homo oeconomicus* weiterhin, daß ein Akteur seine Präferenzen ordnen kann und bestimmte Randbedingungen einhält: In einem beliebigen Spiel seien die Akteure in der Lage, über die Ereignisse, die sich aus den verschiedenen Strategiekombinationen ergeben, eine Präferenzrelation zu bilden, die mindestens den Erfordernissen der *Vollständigkeit* und *Transitivität* genügen muß.

Vollständig ist eine Präferenzrelation dann, wenn der Spieler bei allen Handlungspaaren angeben kann, welches er vorzieht. *Transitiv* ist eine solche Ordnung, wenn ein Akteur, der die Handlung a der Handlung b vorzieht, und b der Handlung c , schließlich auch a Handlung c vorzieht. Dabei bedeutet $a \succ b$, daß eine Handlung a einer Handlung b vorgezogen wird, $a \sim b$, daß der Spieler beiden Handlungen indifferent gegenüber steht, $a \succeq b$ schließlich, daß er Handlung a mindestens so gut einschätzt wie Handlung b (Binmore 1992:41–42).

Für gewöhnlich ist es vorteilhafter, nicht mit Präferenzrelationen direkt zu arbeiten, sondern mit Nutzenfunktionen, die die Präferenzen repräsentieren, d.h. deren Funktionswerte die Ordnung bzw. Reihenfolge genau abbilden können. Diese Nutzenfunktionen sind ordinal, d.h. sie zeigen nicht wie stark eine Handlung präferiert wird, sondern ob eine Handlung präferiert wird. Nutzenfunktionen werden gebildet, indem man jedem Ereignis einen Nutzenindex zuordnet und dabei dem am meisten präferierten Ergebnis die höchste Kennziffer zuweist, dem an wenigsten gewünschten die niedrigste, so daß die Ordnung der Präferenzen erhalten bleibt (Holler und Illing 1996:3–4).

Da die Nutzenfunktion nur ordinale Informationen enthält, genügt diesen Anforderungen jede Funktion, die ordnungserhaltend bis auf positive affine Transformationen ist und somit die Reihenfolge der Präferenzrelation erhält: Für gewöhnlich stellen die Zelleneinträge bei Spielen in Normalform die Nutzen u (*utilities*) dar; unterwirft man alle diese Nutzen einer linearen Transformation der Form $au + b$ ($a > 0$), dann sollte dieses transformierte Spiel dieselben Ergebnisse liefern wie das ursprüngliche Spiel, d.h. bis auf die Nutzen identisch sein.

Rationalität bedeutet nun aber auch, daß eine solche Transformation die Akteure unbeeindruckt lassen sollte. Doch ob dies wirklich der Fall ist, ist keine spieltheoretische, sondern eine psychologische Frage (Rapoport und Chammah 1965:38–41). Ob dann Spiele wie das Gefangenendilemma tatsächlich in Abhängigkeit der verschie-

denen Nutzen gespielt werden, wenn es den Probanden in unterschiedlichen Transformationen präsentiert wird, kann somit auch nicht mit den Mitteln der Spieltheorie erklärt oder prognostiziert werden, sondern muß in sozialpsychologischen Testreihen untersucht werden.

So wie eine Transformation der Auszahlungen die Akteure möglicherweise in der Wahl ihrer Strategie beeinflusst, so könnten daher auch die Auszahlungen des Kontrahenten in die eigene Nutzenbewertung einfließen. Doch solange den Anforderungen der Vollständigkeit und Transitivität Genüge getan wird, gibt es eigentlich keinen Grund, an der Rationalität einer solchen Nutzenbildung zu zweifeln, auch wenn es nicht dem orthodoxen mikroökonomisch fundierten Modell des *homo oeconomicus* entsprechen mag. Die interdependente Nutzenbildung bedeutet im übrigen nicht, daß es sich hier um interpersonale Vergleiche handelt, sondern drückt lediglich aus, in welchem Maße ein Akteur *A* seine *Auffassung* vom Nutzen des Akteurs *B* in seine Nutzenfunktion integriert; die Sichtweise, daß der fremde Nutzen in die eigene Nutzenfunktion einfließt, ist daher nicht korrekt (Nicholson 1994:91). Idealerweise kann man aber für das Modell unterstellen, daß die Bewertung des fremden Nutzens mit der tatsächlichen Bewertung durch den konkurrierenden Akteur übereinstimmt. Da das Modell des rationalen Nutzenmaximierers, der lediglich seine eigene Auszahlung unabhängig von der Auszahlung seiner Kontrahenten maximiert, nicht unbedingt alle realweltlichen Handlungsmotivationen erklären kann, wird dies durch ein Konzept wie das der relativen Gewinne theoretisch erweitert. Auch in der Sozialpsychologie liegt die Annahme zugrunde, daß Akteure ihre Handlungen auf der Basis einer subjektiven Interpretation der Realität vornehmen und weniger anhand objektiv meßbarer Bedingungen (Scharpf 1989:162–163).

Grieco (1990:40–47) zufolge muß für eine korrekte Darstellung des Problems relativer Gewinne die Auszahlung des Kooperationspartners als auch die eigene Auszahlung im Modell integriert werden. Im neoliberalen Verständnis verhält sich der Nutzen u_i eines Spielers i proportional zur Auszahlung p_i :

$$u_i = u_i(p_i) \quad (5.2)$$

Da der relative Vorsprung des Kooperationspartners dem eigenen Nutzen abträglich ist, bemißt sich der Nutzen eines Akteurs nach der Differenz zwischen der eigenen Aus-

zahlung p_i und dem *Auszahlungsunterschied* zur Auszahlung p_j des konkurrierenden Akteurs j :

$$u_i = p_i - (p_j - p_i) \quad (5.3)$$

Der zweite Term muß schließlich noch um den Sensibilitätsfaktor σ ergänzt werden, der mit zunehmender relativer Gewinnorientierung steigt. Er sollte im realistischen Verständnis beispielsweise wachsen, wenn Sicherheitsinteressen anstatt ökonomische Interessen betroffen sind, wenn die relative Macht eines Staates im Niedergang begriffen ist oder wenn Auszahlungsunterschiede leicht transferiert werden können (sowohl in Machtressourcen als auch in andere Politikfelder):

$$u_i = p_i - \sigma(p_j - p_i) \text{ für } \sigma > 0 \quad (5.4)$$

Der Koeffizient σ variiert zwar je nach Partner, Umständen und Art der kooperativen Vereinbarung, doch angesichts der Unsicherheit internationaler Politik sowie der Bedeutung relativer Macht in zwischenstaatlichen Beziehungen geht Grieco davon aus, daß σ in nahezu allen kooperativen Beziehungen positiv ist ($\sigma > 0$), auch wenn er eine große Varianz dieses Wertes explizit unterstreicht (Grieco 1993b:323–324). Interessanterweise setzt sich Grieco mit der Beschreibung dieses Sensibilitätskoeffizienten dem Vorwurf aus, klassische realistische Kategorien der relativen Machtbestimmung zu verwenden, so daß eine genuin neorealistische oder strukturell determinierte Begründung nicht erkannt werden könnte (Legro und Moravcsik 1999:26–27). Dennoch lassen sich auch durch das *third image* Einflußfaktoren herleiten, die die Höhe jenes Faktors bestimmen – beispielsweise die relative Position des potentiellen Kooperationspartners oder dessen Bestreben, Sicherheit durch Rangverbesserung zu maximieren –, so daß es sich hier um ein Argument handelt, das relativ leicht entkräftet werden kann.

Die Nutzenfunktionen einer relativen Gewinnorientierung lassen sich jedoch nicht so eindeutig bestimmen, wie es Grieco vorschwebt. Es ist daher zweckmäßig, für weitere Arten möglicher Ausprägungen relativer Gewinne Nutzenfunktionen zu bilden, um so die Auswirkungen auf die Kooperationsentwicklung zu beobachten, denn schließlich ist eine Bewertung der Auszahlungsdifferenz nicht die einzige Möglichkeit, wie sich relative Gewinne im Modell darstellen lassen.

Im Grunde genommen kann eine Orientierung an relativen Gewinnen hinsichtlich der Nutzenfunktion in verschiedenen Basisformen auftreten:

- Die eigene Auszahlung steigt, je niedriger die Auszahlung an den Gegner ausfällt. Ziel des Akteurs wäre es daher, die gegnerische Auszahlung zu minimieren.
- Die Höhe der Auszahlungsdifferenz kann den eigenen Nutzen beeinflussen: Er sinkt, sofern die Auszahlungen des Kooperationspartners die eigenen überschreiten, und steigt, sofern diese geringer sind als die eigenen.
- Der eigene Nutzen könnte schließlich direkt von der gegnerischen Auszahlung abhängen, d.h. die Auszahlung des Gegners mindert ihrer Höhe entsprechend die eigene Auszahlung.

Es ist also unklar, auf welche Art sich relative Gewinne den Akteuren internationaler Politik überhaupt präsentieren. Die Suche nach einer passenden Definition wirft daher Fragen auf: Erfordert die Berechnung relativer Gewinne eine interdependente Präferenzbildung, oder handelt es sich hierbei nur um eine Frage langfristiger Optimierung? Snidal (1993:174) wirft beispielsweise ein, daß die Beschreibung des Problems relativer Gewinne bei Waltz (1979) implizit einen Trade-off zwischen kurzfristigen absoluten Gewinnen (Kooperationsauszahlungen) und langfristigen Gewinnen (Sicherheit) darstellt und insofern auch als Maximierungsproblem *absoluter* Gewinne dargestellt werden könnte. Glaser (1996:147–148) liefert eine weitere Begründung, warum relative Gewinne auch in absoluten Kategorien erfaßt werden könnten: Er führt an, daß eine potentielle Kooperation ihren Zweck verfehlt, wenn sie zu einer Reduzierung der Sicherheit der teilnehmenden Akteure führen würde. Dies muß aber nicht unbedingt als Ausprägung einer Sensibilität gegenüber relativen Gewinnen gedeutet werden, sondern kann auch als Versagen des Arrangements zur Bereitstellung absoluter Gewinne gelten. Den neorealistischen Imperativ, relative Gewinne zu vermeiden, führt er darauf zurück, daß relative Gewinne oftmals nur in der Form militärischer Kapazitäten gedeutet werden.

Daß Snidal, obwohl auch er eine Darstellung in Form von absoluten Gewinnen vorzieht, dennoch keine Umformulierung des Problems relativer Gewinne in ein Problem absoluter Gewinne vornimmt, hat – neben seiner Vermutung, daß Staaten tatsächlich

an Prestige, Status etc. interessiert sein könnten und somit relative Vorteile Bestandteil ihrer Präferenzen wären – einen profanen Grund: “Finally, because realists have failed to produce a model presenting the goals of states in a more explicit and complete way, I am loath to undertake that task for them (Snidal 1993:175).” Auf diesem Weg will er zeigen, daß selbst ein stringent neorealistisches Modell die eigenen Aussagen widerlegen kann. Snidal versäumt darüber jedoch, die Vielgestalt des Komplexes *relative gains* zu würdigen, sondern legt eine Prämisse zugrunde („relative gains seeking“), die nur eine von mehreren Deutungsmöglichkeiten darstellt.

All diese Fälle machen klar, daß es sich um verschiedene Seiten ein und derselben Sache handelt, doch sollten sich die Folgen dieser nuancierten Nutzenmodelle in einer unterschiedlichen Kooperationswahrscheinlichkeit niederschlagen. Aber werden auch alle Fälle von der neorealistischen Argumentation erfaßt? Auszahlungen des Gegners zu minimieren, kann zwar als eine mögliche Form der relativen Nutzenbildung im allgemeinen gelten, doch wird dieses extreme Vorgehen von den neorealistischen Vertretern ausgeschlossen: “I must stress that realists do not argue that positionality causes all states to possess an offensively oriented desire to maximize the difference in gains arising from cooperation to their own advantage. [...] Realism, then, finds that states are positional, but it also finds that state positionality is more defensive than offensive in nature (Grieco 1993a:128).”

So bleiben noch zwei Möglichkeiten, relative Nutzenfunktionen darzustellen. Während die an zweiter Stelle genannte Form Griecos Modell am nächsten kommt, findet sich die direkte Verknüpfung der Auszahlungen z.B. bei Snidal (1993). Ebenso wie Grieco geht auch er davon aus, daß die Höhe der Auszahlungsdifferenz den eigenen Nutzen beeinflußt und sich relative Gewinne daher in dieser Form als Kooperationshindernis darstellen. Seiner Ansicht nach zeichnet sich ein Spiel relativer Gewinne durch die Differenzen zwischen den Auszahlungen der Spieler aus und unterscheidet sich insofern von den Spielen absoluter Gewinne, die eine Bewertung der gegnerischen Auszahlungen nicht vorsehen. Der erste Unterschied zeigt sich jedoch bei der Einführung des Koeffizienten σ , der das Maß der relativen Gewinnorientierung darstellt: Während für Grieco (1990:41) stets $\sigma > 0$ gilt, kann dieser Parameter für Snidal auch den Wert 0 annehmen, da er von $0 \geq \sigma \geq 1$ ausgeht und die relative Gewinnorientierung somit auch entfallen kann (Snidal 1993:177).

Der zweite Unterschied wird bei der Darstellung der Nutzenfunktionen deutlich: Während für Grieco die Auszahlungsdifferenz den eigenen Nutzen verringert, sieht Snidal die Höhe des eigenen Nutzens allein von der Höhe der gegnerischen Auszahlung abhängen:

$$u_i = p_i - \sigma p_j \text{ für } 0 \leq \sigma \leq 1 \quad (5.5)$$

Obwohl beide Autoren also von einer Differenz der Auszahlungen bei der Beschreibung relativer Gewinne ausgehen, entwickeln sie doch unterschiedliche interdependente Nutzenfunktionen zu deren Darstellung. Es zeigt sich daher wieder einmal, daß formalisierte Modelle, seien sie auch noch so einfach, sprachliche Mehrdeutigkeiten aufdecken können und vermeiden helfen. Taylor (1976:70–83) etwa kann auch aus einem altruistischen Modell auf relative Gewinne schließen, obwohl man beim Begriff „Altruismus“ keineswegs sofort an relative Gewinne denkt: Allgemein gesprochen verhalten sich die Spieler altruistisch⁵ und maximieren eine Nutzenfunktion $u_{ij} = u_{ij}(p_1, p_2)$, genauer gesagt eine gewichtete Summe der Auszahlungen p_1 und p_2 (am Beispiel des Akteurs i):

$$u_i = \alpha_i p_i + \beta_i p_j \text{ für } i, j = 1, 2; i \neq j \quad (5.6)$$

Dabei seien α_i und β_i ($-1 \leq \alpha_i \leq 1$ und $-1 \leq \beta_i \leq 1$) Bewertungen der eigenen und fremden Auszahlungen und bestimmen so den Grad des Altruismus, der durch negative Werte auch egoistische Züge annehmen kann: Für den Fall $\alpha_i = 1$ und $\beta_i = -1$ erhält man beispielsweise die von Snidal bekannte Nutzenfunktion der Form $u_i = p_i - \beta_i p_j$, nur daß der allgemeine Sensibilitätskoeffizient σ hier als Bewertung β_i der gegnerischen Auszahlung durch Spieler i auftritt. Für die weitere Analyse ist es daher ausreichend, auf eine unterschiedliche Bewertung eigener und fremder Nutzen zu verzichten und statt dessen diejenigen Nutzenfunktionen in ihren Ausprägungen zu vergleichen, die mit σ einen allgemeinen, für beide Spieler geltenden Sensibilitätskoeffizienten aufweisen.

⁵*Altruismus* bedeutet in diesem Zusammenhang lediglich, daß sich der Spieler für die Auszahlung seines Gegners interessiert und sein eigener Nutzen von der Bewertung der fremden Auszahlung abhängt; es ist insofern eine technische und keine ethische Beschreibung.

5.4.2 Relative Gewinne im statischen Interdependenzmodell

Wird die Problematik relativer Gewinne durch interdependente Nutzenfunktionen dargestellt, so sollten hierdurch erweiterte Spiele in Normalform zu anderen Ergebnissen führen als Spiele, die sich durch die Verwendung gewöhnlicher, d.h. streng egoistischer Nutzenfunktionen auszeichnen. In diesem Fall interessiert besonders,

- ob sich Spiele in Normalform und die zugrundeliegenden Präferenzrelationen generell ändern,
- welche Auswirkungen dies auf das Gefangenendilemma im besonderen hat und ob schließlich
- Kooperation im Spiel zusammenbricht oder Einschränkungen erfährt.

Grieco (1990) bedient sich beispielsweise eines erweiterten Gefangenendilemmas, um seine Argumentation zu verdeutlichen. Hierzu gelte für die Spieler die bereits erwähnte Nutzenfunktion

$$u_i = p_i - \sigma(p_j - p_i) = (1 + \sigma)p_i - \sigma p_j \text{ für } \sigma > 0 \quad (5.7)$$

sowie die aus dem Gefangenendilemma bekannten Präferenzrelationen ($T_{1,2} > R_{1,2} > P_{1,2} > S_{1,2}$). Seine Idee besteht nun darin, die durch die obige Nutzenfunktion umgeformte Präferenzrelation (hier am Beispiel des ersten Spielers)

$$[(1 + \sigma_1)T_1 - \sigma_1 S_2] > [(1 + \sigma_1)R_1 - \sigma_1 R_2] > [(1 + \sigma_1)P_1 - \sigma_1 P_2] > [(1 + \sigma_1)S_1 - \sigma_1 T_2] \quad (5.8)$$

einer Präferenzrelation gegenüberzustellen, die als *Deadlock* Kooperation unmöglich macht und sich dadurch auszeichnet, daß die Präferenzen für P und R im Vergleich zum Gefangenendilemma getauscht werden:⁶

⁶Dies bedeutet, daß allseitige Defektion mit der Auszahlung P (*Punishment*) der beidseitigen Kooperation mit der Auszahlung R (*Reward*) vorgezogen wird.

$$\begin{aligned}
[(1 + \sigma_1)T_1 - \sigma_1 S_2] &> [(1 + \sigma_1)P_1 - \sigma_1 P_2] \\
&> [(1 + \sigma_1)R_1 - \sigma_1 R_2] > [(1 + \sigma_1)S_1 - \sigma_1 T_2] \quad (5.9)
\end{aligned}$$

Grieco geht nun davon aus, daß nach Auflösung der Ungleichung⁷ $P_1 + \sigma_1 \Delta P > R_1 + \sigma_1 \Delta R$ für jene Präferenzordnung der Wert σ bestimmt werden kann, der anzeigt, wann ein Akteur eine Situation als Deadlock ohne Kooperationsmöglichkeit einstuft:

$$\sigma > \frac{(R - P)}{\Delta P - \Delta R} \quad (5.10)$$

Nimmt in diesem Fall also ΔR ab – wird der Gewinn des anderen Akteurs also größer –, bis die obige Gleichung erfüllt ist, sollte Akteur 1 die Situation als erweitertes Deadlock definieren und schließlich Defektion wählen – relative Unterschiede in den Auszahlungen bei bilateraler Kooperation führen diesem Ansatz nach zu einem Zusammenbruch der Kooperation (Grieco 1990:44).

Grieco begeht jedoch einen entscheidenden Fehler: Seinem Verständnis folgend würde ein Akteur eine bestehende Situation, die einem Gefangenendilemma entspricht, als Deadlock deuten, sofern nur σ ein bestimmtes Verhältnis in den Auszahlungen P und R überschreitet. Dies kann jedoch nicht funktionieren, da es bedeuten würde, zwei Präferenzrelationen *gleichzeitig* zugrunde zu legen. Deutlich wird dies schon beim Vergleich der Präferenzen aus dem Gefangenendilemma: $R + \sigma \Delta R > P + \sigma \Delta P$ zeigt mit $\sigma > (P - R)/\Delta R - \Delta P$ ein ebenfalls konträres Ergebnis.

Auch wenn die formale Schlußfolgerung Griecos fehlerhaft ist, so zeigt sie doch in die richtige Richtung: Situationen könnten durch interdependente Nutzenfunktionen, welche die Problematik relativer Gewinne abbilden, in ihren Charakteristika geändert werden. Im Gegensatz zu Griecos Darstellung ist es jedoch erfolgversprechender, eine Veränderung des Spiels durch eine Veränderung der Auszahlungen herbeizuführen, wie es durch interdependente Nutzenfunktionen bewerkstelligt werden kann. Interessant ist hierbei aber auch die Frage, ob und wie sich die Form jener Nutzenfunktionen auf die Wandlung der Situationen auswirkt, schließlich wurde bereits gezeigt, daß die

⁷Der Übersichtlichkeit halber setzt er $\Delta P = P_1 - P_2$ und $\Delta R = R_1 - R_2$.

Modellierung relativer Gewinne keineswegs eindeutige Nutzenfunktionen zur Folge hat.

Snidal (1993) geht beispielsweise von folgender Modellannahme aus: Orientierten sich Staaten *ausschließlich* an relativen Gewinnen, so entspräche dies einem Nullsummenspiel ohne Kooperationsmöglichkeit. Eine solche Nullsummendefinition setzt er zwar ebenfalls in seinen Untersuchungen an, baut sie aber wegen der beschriebenen Nachteile dieser Illustrationen nicht weiter aus (Snidal 1991). Eine starke, aber nicht ausschließliche Orientierung an relativen Gewinnen könnte dagegen als Gefangenendilemma dargestellt werden, das er als Standardmodell realistischer Interpretation der Folgen internationaler Anarchie begreift. Dies gilt umso mehr, da über die Art einer passenden Bimatrix-Darstellung internationaler Politik Uneinigkeit besteht; sollten relative Gewinne daher unterschiedliche, auf absoluten Gewinnen basierende Situationen in ein Gefangenendilemma überführen, könnte dies schließlich als taugliches Modell internationaler Anarchie gelten (Snidal 1993:171, 175).

Seiner Argumentation folgend stellen relative Gewinne Differenzen in absoluten Gewinnen dar (Snidal 1993:177, s. auch Fn. 11), so daß ein Gefangenendilemma, das sich durch eine ausschließliche relative Gewinnorientierung auszeichnet, letztlich als Nullsummenspiel darstellen lassen muß ($a > b > c > d$):

	C	D
C	$c - c, c - c$	$a - d, d - a$
D	$d - a, a - d$	$b - b, b - b$

Abbildung 5.7: Gefangenendilemma mit ungewichteten Differenzen

Um diesen Extremfall abzuschwächen, wird im folgenden Spiel eine Kombination aus relativen und absoluten Gewinnen angenommen, die durch eine geeignete Gewichtung σ mit $0 \leq \sigma \leq 1$ unterschiedlichen Kombinationsmöglichkeiten Raum schenkt. Dabei mißt σ die Wichtigkeit relativer Gewinne, während $(1 - \sigma)$ absolute Gewinne betont (s. Abbildung 5.8).

Dies entspricht somit der weiter oben gezeigten Nutzenfunktion $u_i = p_i - \sigma p_j$ ($0 < \sigma < 1$) und zeigt eine der relevanten Möglichkeiten auf, relative Gewinne mittels einer interdependenten Nutzenfunktion darzustellen.

	C	D
C	$c_\sigma = c(1 - \sigma), c_\sigma = c(1 - \sigma)$	$a_\sigma = a - \sigma d, d_\sigma = d - \sigma a$
D	$d_\sigma = d - \sigma a, a_\sigma = a - \sigma d$	$b_\sigma = b(1 - \sigma), b_\sigma = b(1 - \sigma)$

Abbildung 5.8: Gefangenendilemma mit gewichteten Differenzen

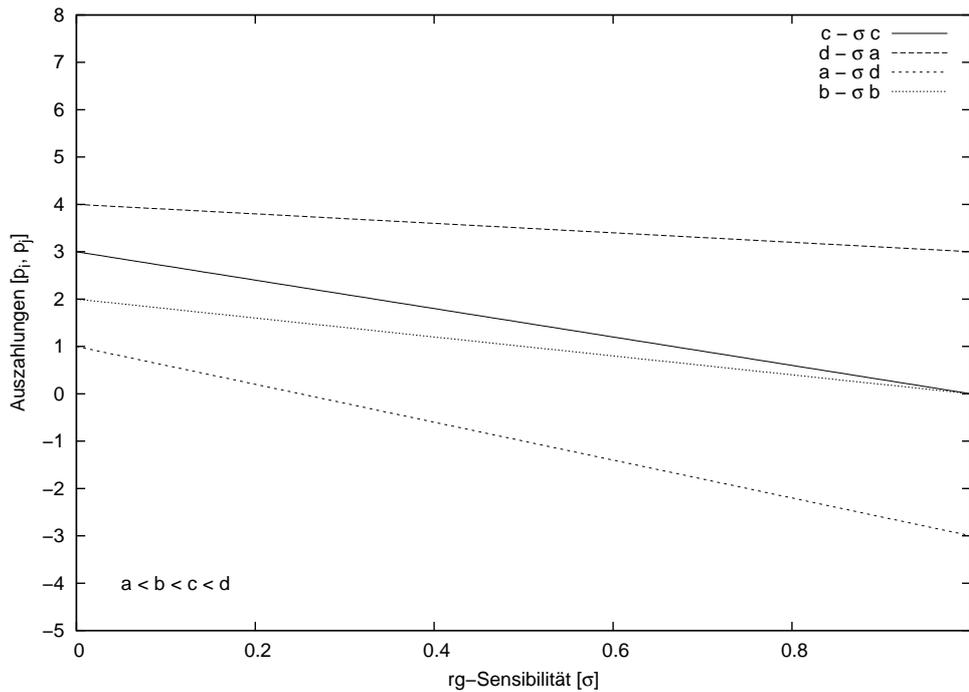


Abbildung 5.9: Gefangenendilemma $[u_i = p_i - \sigma p_j]$

Wie Abbildung 5.9 zeigt, entwickelt sich ein derart erweitertes Gefangenendilemma keineswegs zu einer Situation, die man als Deadlock umschreiben könnte, vielmehr wird deutlich, daß das Gefangenendilemma erhalten bleibt und aufgrund der unterschiedlich gewichteten Auszahlungen *kooperationsfeindlicher* wird.

Wie bereits angeführt, stellt diese Nutzenfunktion jedoch nicht die Sichtweise dar, wie sie beispielsweise Grieco pflegt. Doch auch hier zeigt sich, daß die veränderte Nutzenfunktion $u_i = p_i - \sigma(p_j - p_i)$ das Gefangenendilemma zwar ebenfalls verhärtet, aber nicht in ein Deadlock umwandelt (s. Abbildung 5.10). Ebenso wenig ist zutreffend, daß sich solchermaßen modifizierte Spiele in ein Nullsummenspiel wandeln, wie es z.B. Nicholson (1994:79–82) vorschwebt: Er verwendet in seinem Modell ebenfalls

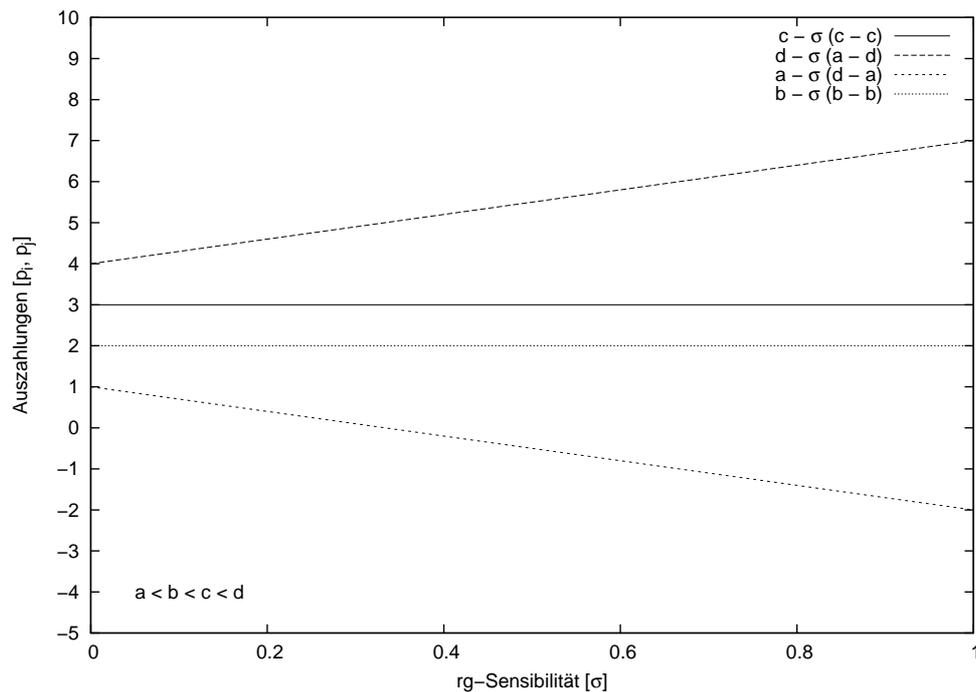


Abbildung 5.10: Gefangenendilemma [$u_i = p_i - \sigma(p_j - p_i)$]

diese Form (im äquivalenten Ausdruck $u_i = p_i + \sigma(p_i + p_j)$), kommt aber zu dem Schluß, daß sich im Extremfall ein solchermaßen transformiertes Gefangenendilemma zu einem Nullsummenspiel wandeln muß, wenn er $\sigma \rightarrow \infty$ unterstellt.

Interessant sind jedoch die Erkenntnisse, die Busch und Reinhardt (1993) aus der Beobachtung von *Tit-for-Tat* in einem ähnlichen mutierten Spiel ziehen: Sie können zeigen, daß in einem wiederholten Gefangenendilemma *Tit-for-Tat* mit zunehmender Sensibilität für relative Gewinne eine immer geringere Performance an den Tag legt, solange eine modellierte Population aus nicht vergeltenden Strategien besteht. Besteht eine solche Strategienpopulation jedoch zu einem Gutteil aus vergeltenden Strategien, genügt eine recht kleine Gruppe kooperativer Strategien, um die Robustheit und den Erfolg von *Tit-for-Tat* zu ermöglichen: “Cooperation will be possible in a world of relative gains if even a small minority of states wish to cooperate, so long as the majority of states simply fend for themselves (Busch und Reinhardt 1993:443).”

Wenn also diese Dilemmasituationen durch relative Gewinne verschärft werden können, wie verhält es sich dann mit weiteren bekannten strategischen Situationen? Be-

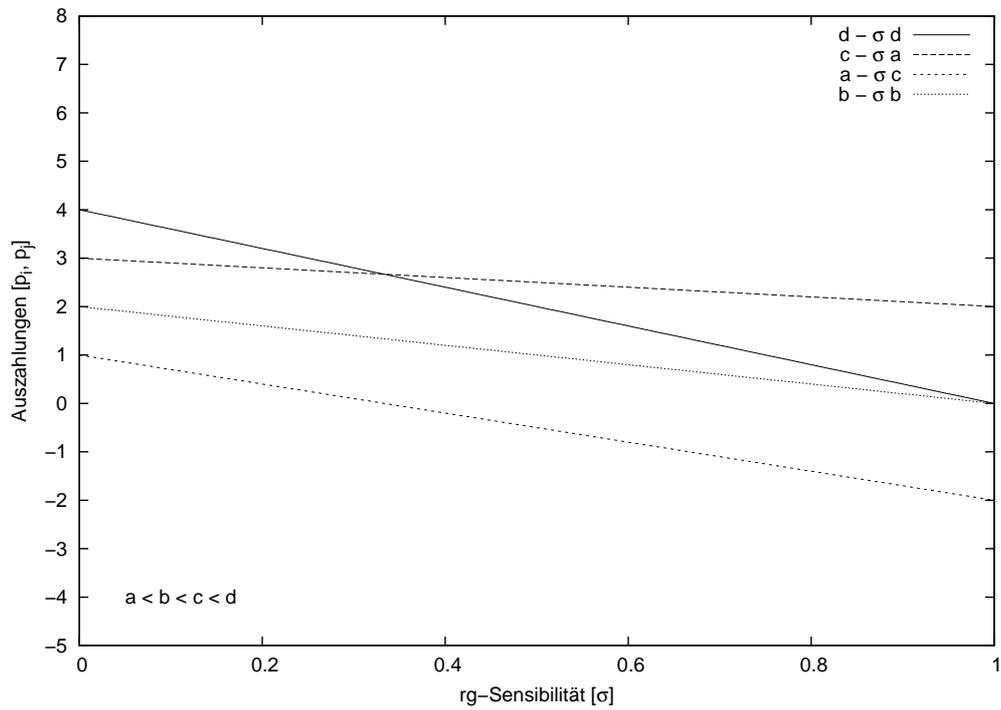
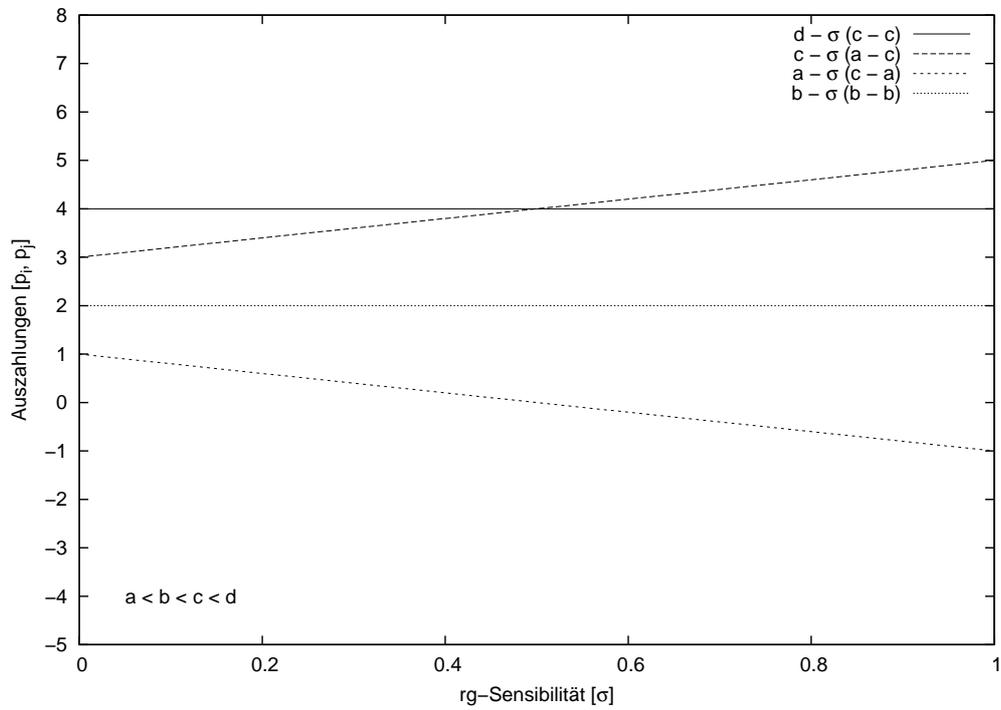
	<i>C</i>	<i>D</i>		<i>C</i>	<i>D</i>		<i>C</i>	<i>D</i>		<i>C</i>	<i>D</i>			
<i>C</i>	<i>c, c</i>	<i>b, d</i>		<i>C</i>	<i>d, d</i>	<i>a, c</i>		<i>C</i>	<i>b, b</i>	<i>c, d</i>		<i>C</i>	<i>d, d</i>	<i>b, c</i>
<i>D</i>	<i>d, b</i>	<i>a, a</i>		<i>D</i>	<i>c, a</i>	<i>b, b</i>		<i>D</i>	<i>d, c</i>	<i>a, a</i>		<i>D</i>	<i>c, b</i>	<i>a, a</i>
	<i>Chicken</i>			<i>Stag Hunt</i>				<i>Mixed</i>				<i>Harmony</i>		

Abbildung 5.11: Normalformspiele ($a < b < c < d$)

schränkt man symmetrische Situationen zum einen auf solche Spiele, die sich durch eine Bevorzugung allseitiger Kooperation gegenüber allseitiger Defektion auszeichnen ($R > P$) und zum anderen durch die stete Gefahr unilateraler Defektion ($T > S$), so kann man sich – neben dem Gefangenendilemma – auf eine überschaubare Anzahl von Normalspielen beschränken (Snidal 1993:176–178).

Wie in Abbildung 5.11 zu sehen ist, umfassen diese Spiele in Normalform neben den bekannten *Chicken* und *Stag Hunt* auch ein Spiel namens *Harmony*, das sich durch eine extreme Kooperationspräferenz auszeichnet, sowie ein Spiel *Mixed*, das ein Gleichgewicht in gemischten Strategien aufweist und damit zur Klasse der Koordinationsspiele gezählt werden kann. *Chicken* beschreibt eine Situation, in der zwei Kontrahenten auf einen Abgrund zurasen und derjenige, der zuerst ausweicht, als *Chicken* verschmäht wird; weicht jedoch keiner der Kontrahenten aus, erzielen beide das schlechtmöglichste aller Ergebnisse: die Kollision. Die Situation findet sich in einem bekannten amerikanischen Film wieder, wurde jedoch auch für die Analyse der Kuba-Krise als treffende Illustration verwendet (Oye 1996:84). Snidal (1993:180–182) kommt zu dem Schluß, daß sich jedes dieser Spiele in ein Gefangenendilemma wandelt, sofern relative Gewinne in Form einer Nutzenfunktion wie $u_i = p_i - \sigma p_j$ ($0 < \sigma < 1$) eingebracht werden. Doch gilt dies auch für solche Nutzenfunktionen, wie sie etwa Grieco einsetzt? Kann das Ergebnis Snidals daher so verallgemeinert werden, wie er es vorgibt, oder gilt dies nur für eingeschränkte Fälle?

Betrachtet man etwa das Spiel *Stag Hunt* – von Waltz (1959:167–169) als Beschreibung der internationalen Politik gebraucht –, so fällt auf, daß sich die Auszahlungen zwar je nach Nutzenfunktion unterschiedlich entwickeln (s. Abbildung 5.12 und 5.13), doch in beiden Fällen mutiert das Spiel zu einem Gefangenendilemma. Gleiches gilt für *Chicken*, das ebenfalls trotz unterschiedlicher Ausprägungen der interdependenten Nutzenfunktionen in ein Gefangenendilemma mündet (s. Abbildung 5.14 und 5.15).

Abbildung 5.12: Stag Hunt [$u_i = p_i - \sigma p_j$]Abbildung 5.13: Stag Hunt [$u_i = p_i - \sigma(p_j - p_i)$]

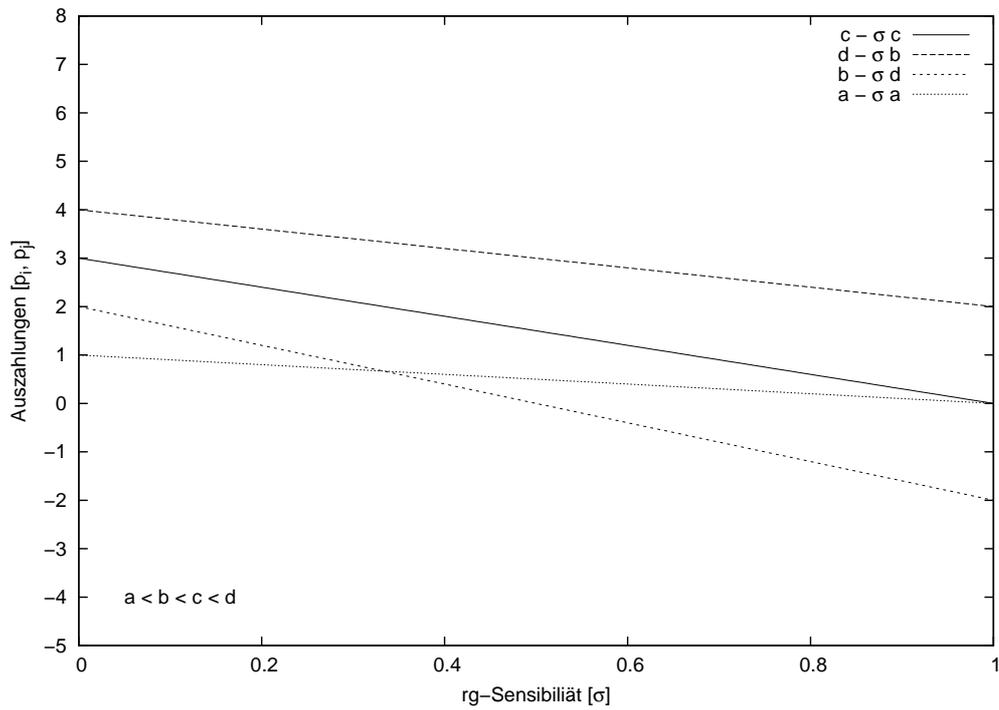


Abbildung 5.14: Chicken $[u_i = p_i - \sigma p_j]$

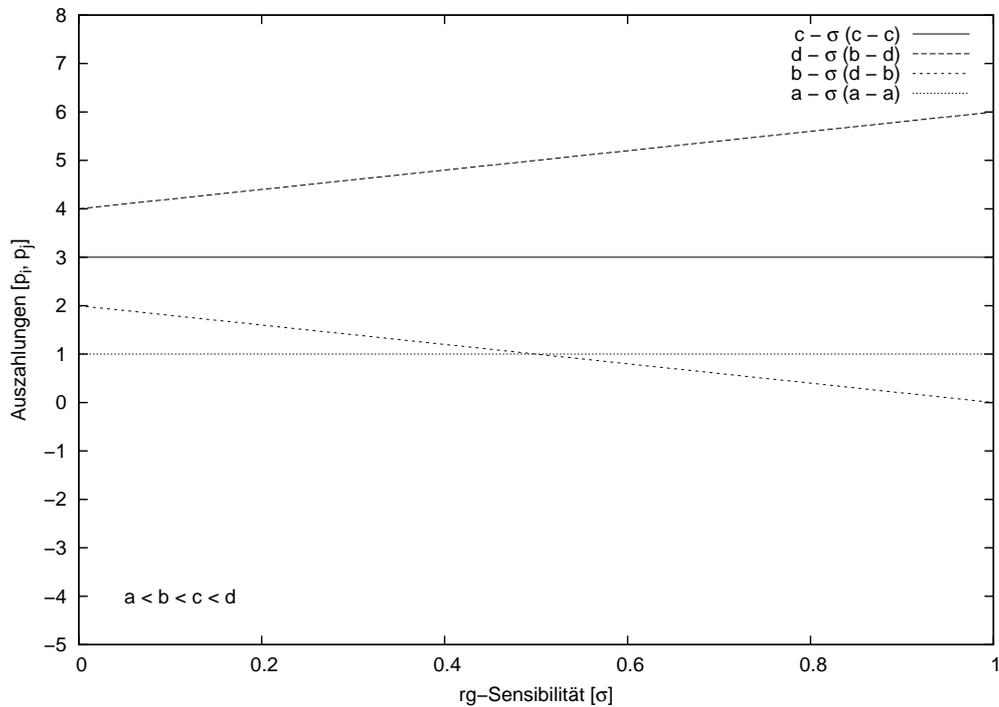


Abbildung 5.15: Chicken $[u_i = p_i - \sigma(p_j - p_i)]$

Legt man die Nutzenfunktionen $u_i = p_i - \sigma p_j$ auch bei den Spielen *Mixed* und *Harmony* zugrunde, dann scheint dies ebenfalls die Erkenntnis zu bestätigen, wonach sich die aufgeführten Spiele generell in ein Gefangenendilemma verwandeln können (s. Abbildung 5.16 und 5.17).

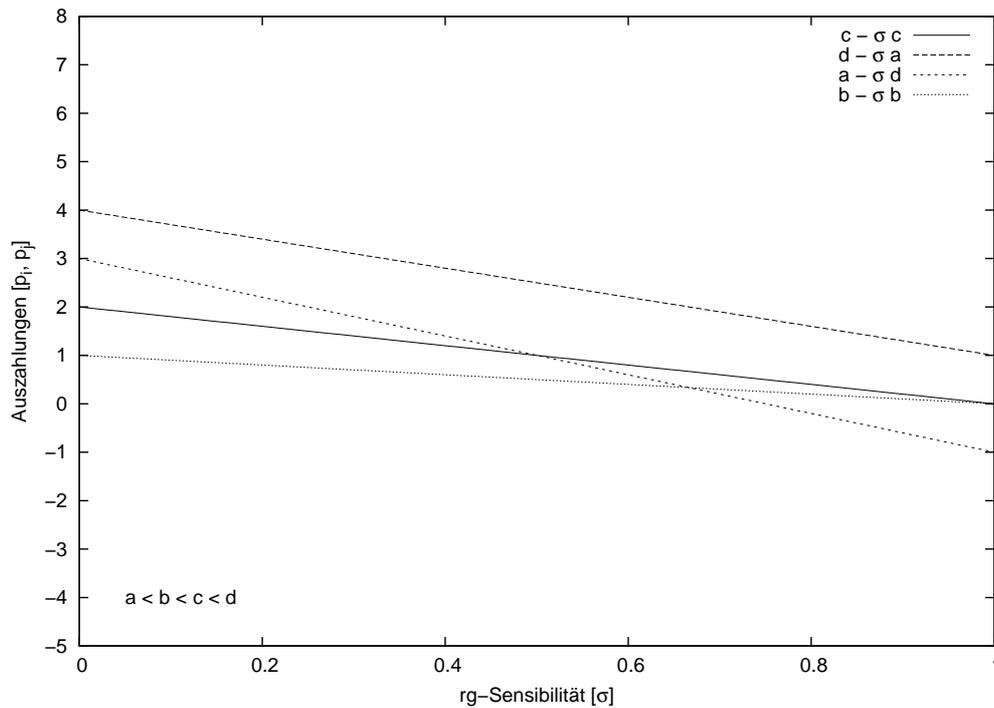
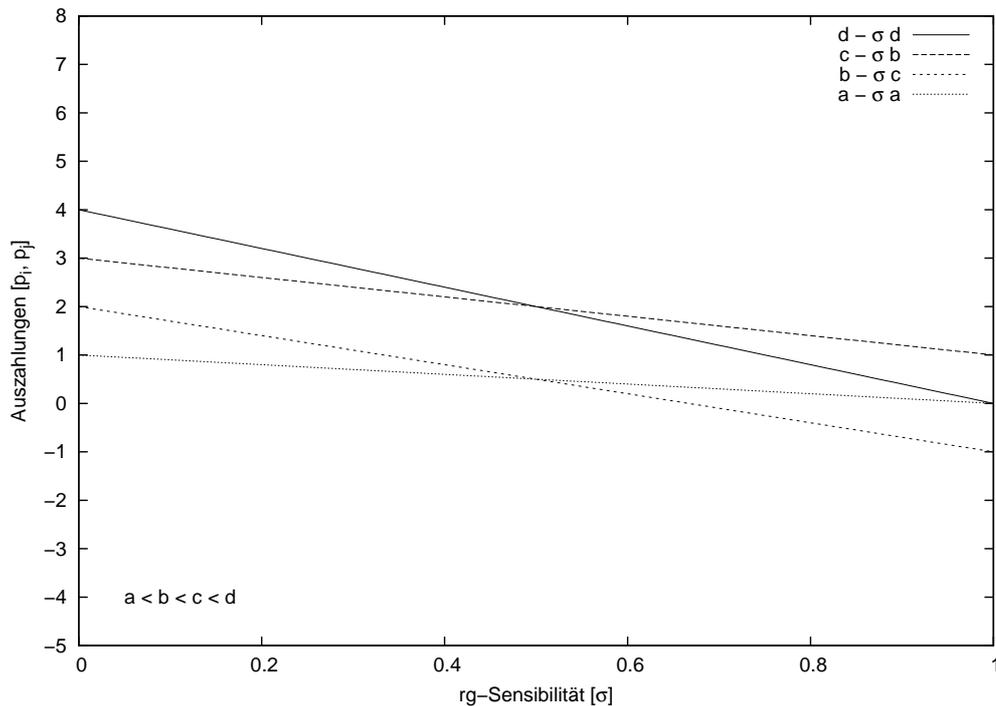


Abbildung 5.16: Mixed [$u_i = p_i - \sigma p_j$]

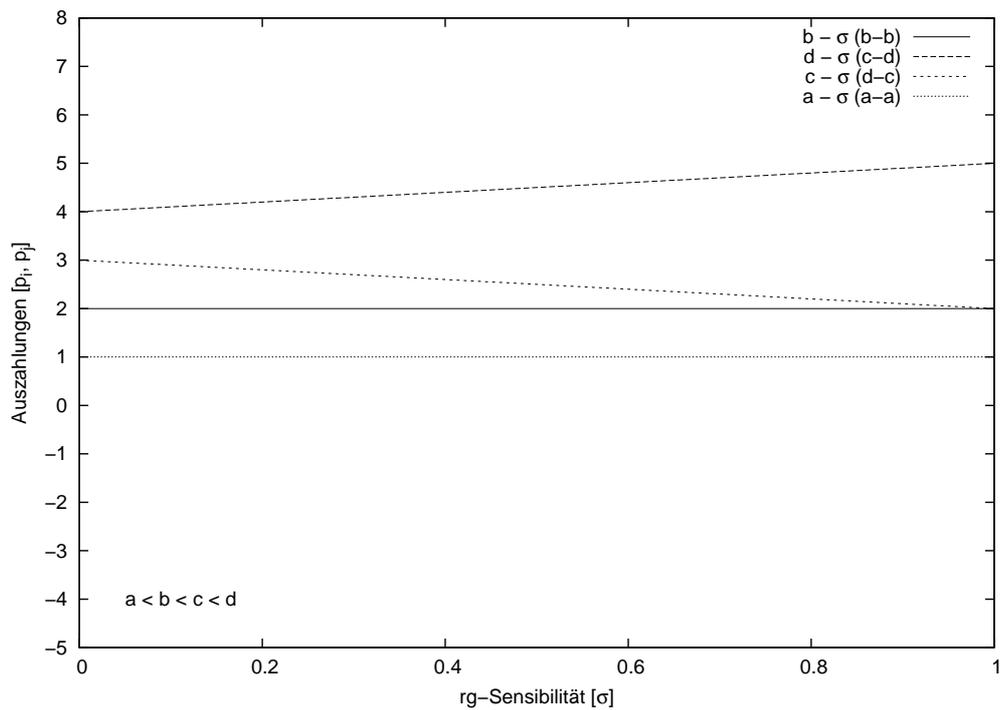
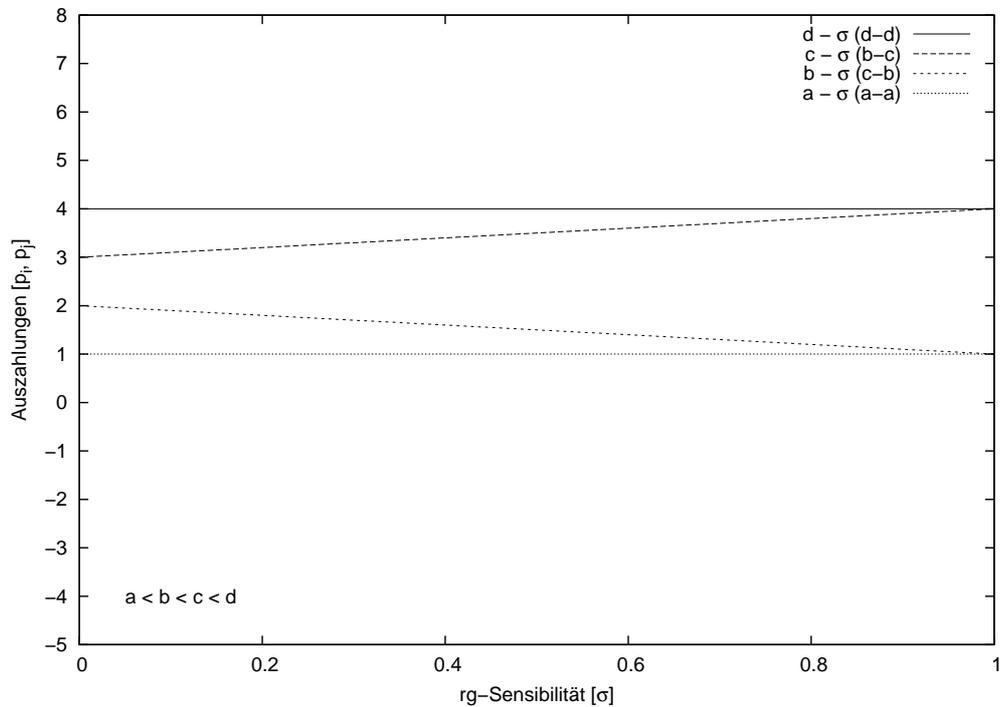
Hier jedoch ändert sich das Bild bei der Verwendung einer Nutzenfunktion $u_i = p_i - \sigma(p_j - p_i)$: Diese Spiele weisen zwar ebenfalls Mutationen auf (s. Abbildung 5.18 und 5.19), doch entwickeln sie sich nicht zu einem Gefangenendilemma, sondern bleiben in ihrer ursprünglichen strategischen Form bestehen.

Die pauschale Aussage Snidals ist daher nicht gerechtfertigt und kann somit im Hinblick auf dieses Ergebnis widerlegt werden, ebenso die populäre Aussage anderer Autoren, die in Gegenwart relativer Gewinne stets eine Nullsummensituation unterstellen. Zwar wandeln sich in der Tat alle Spiele bzw. strategische Situationen in ein Gefangenendilemma, legt man die Nutzenfunktion $u_i = p_i - \sigma p_j$ zugrunde. Verwendet man hingegen für die gleichen Spiele eine Nutzenfunktion $u_i = p_i - \sigma(p_j - p_i)$, dann ändern sich zwar strategische Situationen wie *Stag Hunt* und *Chicken* ebenfalls in ein Gefan-

Abbildung 5.17: Harmony [$u_i = p_i - \sigma p_j$]

genendilemma, nicht jedoch *Mixed* und *Harmony*. Snidals generalisierende Aussage, wonach sich jedes Spiel in ein Gefangenendilemma wandelt, muß daher mindestens relativiert werden, da sich zum einen nur solche Spiele in ein Gefangenendilemma wandeln, denen die von ihm verwendete Nutzenfunktion zugrundeliegt, und zum anderen nur ein Teil der Spiele, die eine andere Nutzenfunktion einsetzen. Die Aussage, wonach relative Gewinne jede Situation in ein Gefangenendilemma wandeln, ist daher in seiner Allgemeinheit nicht korrekt, ebensowenig die Aussage Griecos, wonach sich ein Gefangenendilemma unter dem Einfluß interdependenter Nutzenfunktionen letztlich als *Deadlock* präsentiert, das keine Kooperation zuläßt.

Vielmehr kann man feststellen, daß solche Situationen, die nur einen geringen Vorteil durch einseitige Defektion versprechen – wie die aufgeführten Spiele *Mixed* und *Harmony* – auch durch relative Kalkulationen nicht aus der Bahn geworfen werden, sondern in ihrem situativen Kontext bestehen bleiben. Umgekehrt ließe sich schließen, daß strategische Situationen in eine Dilemmasituation transformiert werden, wenn durch einseitige Defektion ein signifikanter relativer Vorteil (verstanden als Auszahlungsunterschied) entstehen würde.

Abbildung 5.18: Mixed $[u_i = p_i - \sigma(p_j - p_i)]$ Abbildung 5.19: Harmony $[u_i = p_i - \sigma(p_j - p_i)]$

5.4.3 Dynamische Konkurrenz: Operationalisierung relativer Gewinne

Das Erzielen eines signifikanten relativen Vorteils durch einseitige Defektion ist Voraussetzung dafür, daß *relative gains considerations* strategische Situationen in ein Dilemma überführen können. Das bedeutet folgerichtig, daß die Angst vor einem großen Kooperationsverlust eine relative Gewinnorientierung fördert, die Kooperation erschweren kann. Deutlich wird dies, wenn man den Zusammenhang zwischen dem minimalen Diskontparameter δ und den Kooperationsaussichten des *wiederholten Gefangenendilemmas* unter Einfluß eines Sensibilitätskoeffizienten σ (s. Abbildung 5.20) überprüft (Snidal 1993).

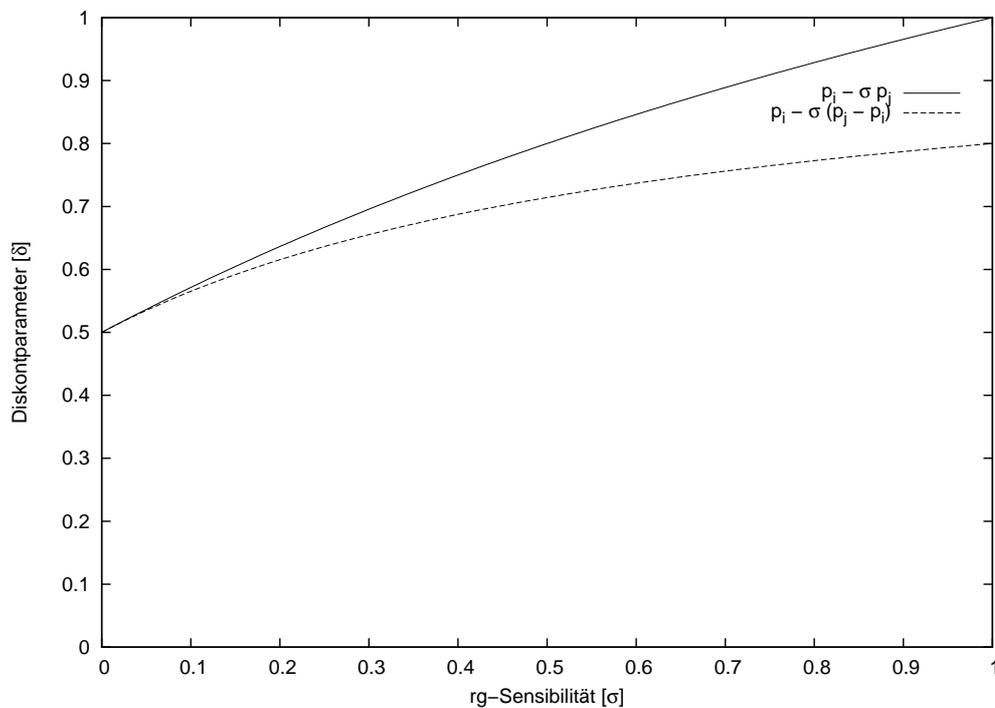


Abbildung 5.20: Zusammenhang zwischen δ und σ

Wie man sieht, steigen mit zunehmendem σ die Anforderungen an den Diskontparameter δ ; dieser Diskontparameter muß im unendlich wiederholten Gefangenendilemma hinreichend groß sein, damit die Zukunft an Bedeutung gewinnt und sich kooperative Strategien wie *Tit-for-Tat* erfolgreich durchsetzen können (Axelrod 1987:13–14; 53).

Ist dieser Parameter nicht groß genug, bricht die Kooperation zusammen.

In Abhängigkeit vom Sensibilitätskoeffizienten σ zeigt sich, daß mit zunehmender Bedeutung relativer Gewinne Kooperation schwieriger zu erzielen ist, da der minimal erforderliche Diskontparameter stetig wächst und die Zukunft daher wesentlich größeres Gewicht haben muß, wenn langfristige Kooperation entstehen soll. Das bedeutet also, daß die Versuchung, durch Defektion kurzfristige Erfolge zu erzielen, unter dem Einfluß relativer Gewinne wesentlich höher ist als im originalen wiederholten Gefangenendilemma und langfristige Erfolge daher einen geringeren Stellenwert haben.

Spielen Auszahlungsunterschiede also eine Rolle und sind die potentiellen Vorteile durch einseitige Defektion hinreichend groß, können daher selbst solche Situationen, in denen allseitige Kooperation stets allseitiger Defektion vorgezogen werden, als Dilemmasituation auftreten und zu einem kollektiv suboptimalen Ergebnis führen. Betrachtet man solche Situationen langfristig, dann zeigt sich, daß nur dann Kooperation entstehen kann, wenn die Aussichten auf langfristige Gewinne den kurzfristig erzielbaren Vorteil übertreffen.

Kurzgefaßt: Wenn relative Gewinne eine Rolle spielen, dann kann nur die Aussicht auf langfristige Gewinne die Gefahr des Kooperationsabbruchs bannen.

Staaten sind also gezwungen, die Auszahlungen ihrer potentiellen Kooperationspartner in die eigene Nutzenkalkulation einfließen zu lassen, was dazu führt, daß die Versuchung, kurzfristige Erfolge durch Defektion zu erzielen, steigt. Möglicherweise liegt die Furcht zugrunde, daß der potentielle Kooperationspartner ebenso denkt und man ihm mit einem Kooperationsabbruch daher zuvorkommen will, doch genauso scheint es denkbar, daß jener andere seinen Kooperationsvorteil zu seinem Machtausbau einsetzt – mit allen Konsequenzen für die eigene Situation. Die klassische Begründung, warum Staaten eher an relativen denn an absoluten Gewinnen interessiert sind, läßt sich daher sehr gut an den Erkenntnissen der oben aufgeführten transformierten Spiele nachvollziehen.

Dennoch muß die Frage gestattet sein, ob diese Schlußfolgerung nicht zu kurz greift: Kann der *mögliche* (und damit wahrscheinliche oder unwahrscheinliche) nachteilige Einsatz eines relativen gegnerischen Vorteils tatsächlich dazu führen, Kooperation abubrechen und auf absolute Gewinne zu verzichten, oder ist diese Schlußfolgerung nur eine – wenn auch nachvollziehbare – Vermutung?

Als Ansatzpunkt kann dazu das Modell Powells gelten (Powell 1994), der das Problem relativer Gewinne systemisch angeht und deren Auswirkungen nicht durch Präferenzen darstellt, sondern durch Beschränkungen, die dem Handelnden durch das System auferlegt werden. Das bedeutet, daß die Akteure hier weiterhin absolute Gewinne maximieren, dies aber innerhalb der Schranken eines anarchischen Systems, das die Anwendung von Gewalt zuläßt und fördert, solange nur die entsprechenden Kosten eines aggressiven Vorgehens niedrig sind (Powell 1994:128–129).

Zu diesem Zweck erweitert er das Modell des Gefangenendilemmas um eine weitere Strategie; dieses erweiterte Spiel umfaßt als neoliberales Modell die Strategien Freihandel F , Zollbeschränkung T und schließlich Embargo C .

	C	D	C
C	3, 3	1, 4	-1, 0
D	4, 1	2, 2	$-\frac{1}{2}$, 0
C	0, -1	$0, -\frac{1}{2}$	0, 0

Abbildung 5.21: Erweitertes Gefangenendilemma E

Spielt man dieses Spiel zweimal, existiert ein „shadow of the future“ nur für Runde 1, aber nicht für Runde 2; das hat zur Folge, daß in Runde 1 F, F erreicht werden kann (neben anderen Ergebnissen wie T, F), weil das Auswählen des Gleichgewichts T, T in der zweiten Runde mit C bestraft werden würde. Werden die Strategien F, T im ersten Durchgang und schließlich T, T im zweiten Durchgang gewählt, erleidet ein Staat einen relativen Nachteil, der ihn jedoch nicht weiter kümmert: er hat keinen Anreiz, seine Strategie zu ändern, da dies seinen relativen Verlust nicht verhindern könnte – von einer kooperationshindernden Wirkung relativer Gewinne kann hier also keine Rede sein.

Anders sieht es aus, wenn es einem Akteur ermöglicht wird, durch eine Aggression zusätzliche Punkte zu erzielen und diese Möglichkeit ab einem bestimmten Auszahlungsunterschied besteht (Powell 1994:138–142). Durch eine geeignete Darstellung kann Powell zeigen, daß sich die Gleichgewichte auf T, T und C, C verschieben, wenn die Gefahr besteht, daß ein Staat einen Auszahlungsunterschied zu einem Angriff nutzt. Dazu konstruieren die Parameter *cost of fighting* in Höhe von $-3,5$ Einheiten, die beiden Spielern im Falle eines Konflikts abgezogen werden, den *victory payoff* in Höhe

von 6 Einheiten sowie den *defeat payoff* in Höhe von 0 Einheiten. Das kooperative T, F ist dann kein Gleichgewicht mehr, weil bei einem Auszahlungsunterschied ≥ 3 ein Akteur angreift, um den *victory payoff* zu kassieren, ebensowenig F, F , weil ein Abweichen zu T, F und damit ein Konflikt droht.

Kooperation bricht somit zusammen, sofern ein Anreiz (gegeben durch einen entsprechend konstruierten Zusammenhang zwischen Kosten und Erlösen) zur Aggression virulent wird und ein Auszahlungsunterschied diesen Antrieb auslösen kann. Nur wenn die Kosten eines solch aggressiven Vorgehens steigen, kann Kooperation trotz relativer Gewinne aufrechterhalten werden.

Obwohl Powells Modell sehr artifiziell wirkt, vermag es doch das Augenmerk auf bisher in den Modellen ausgeblendete Faktoren richten:

- Auszahlungsunterschiede in der Gegenwart können Folgen in der Zukunft herbeiführen;
- der Einsatz eines relativen Vorteils ist nicht kostenfrei, kann sich aber trotzdem lohnen (oder aber auch nicht auszahlen).

Powell gibt die Kosten hier extern vor; das kann zum einen bedeuten, daß hohe innenpolitische, also intrasystemische Kosten einen solchen Schritt verhindern können (man mag hier beispielsweise an pluralistische Demokratien denken), aber zum anderen auch systemische Faktoren wie die *capabilities* eines potentiellen Gegners. Überträgt man dies beispielsweise auf das infinit wiederholte Gefangenendilemma, dann könnte sich dahinter auch die Fähigkeit eines Akteurs zur reziproken Vergeltung verbergen, die den kurzfristigen Gewinn durch eine defektive Handlung mindert und damit die ursprüngliche Kalkulation des Betrügenden zunichte macht, weil ihm damit die Chance auf einen langfristigen Erfolg genommen wird.

Die Frage ist nun, wie die bisherigen Erkenntnisse zur empirischen Überprüfung operationalisiert werden können; zusammengefaßt lassen sich folgende Hypothesen herleiten:

- Selbst wenn Akteure Kooperation präferieren, kann eine ungleiche Verteilung der potentiellen Kooperationsgewinne bzw. deren Beurteilung dazu führen, daß die Attraktivität eines Gewinns durch eine defektive Handlung steigt.

- Zieht es ein Akteur aufgrund dieser relativen Gewinne daher vor, nicht zu kooperieren, dann liegt dem die Befürchtung zugrunde, daß seine Chance auf einen langfristigen Gewinn durch niedrige Konfliktkosten für den Gegner zunichte gemacht wird.
- Kurzfristige Erfolge des Gegners werden daher nur in Kauf genommen, wenn die Chance auf einen langfristigen Gewinn gegeben ist und durch hohe Konfliktkosten und reziproke Fähigkeiten abgesichert werden kann.

Während in den theoretischen Überlegungen das Auftreten relativer Gewinne überzeugend verfolgt werden kann, steht die empirische Überprüfung daher vor einigen Herausforderungen. Nachdem einige neorealistic Autoren das Auftreten harter Verhandlungsrunden als Indiz für eine relative Gewinnorientierung der beteiligten Akteure ausmachen – z.B. Grieco (1990) –, wird dieses Verhalten von neoliberalen Autoren dazu herangezogen, die Maximierung absoluter Gewinne durch Staaten zu rechtfertigen. Insofern stellt Griecos Herangehensweise nur eine Interpretation dar, da beide Hypothesen durch das gleiche Verhalten beschrieben werden können. Wenn aber harte Verhandlungen eine relative Gewinnorientierung nicht bestätigen können, dann wäre gelegentliche Kooperation im Gegenzug auch kein Beweis für neoliberale Einsichten. Insofern widerlegt das Auftreten von Kooperation den Neorealismus genauso wenig wie das Auftreten von Konflikten den Neoliberalismus (Keohane 1993:279–280, 299). Das im Neorealismus beobachtete Auftreten relativer Nutzenmaximierung kann daher durchaus auch als Feilschen um einen größeren absoluten Anteil interpretiert werden, so daß es scheint, daß relative und absolute Nutzenmaximierung nur zwei Seiten einer Medaille sind und damit Hypothesen, die das gleiche voraussagen: “Empirically, the point is that tough negotiations, or even their breakdown, by no means provide evidence for relative-gain motivations (Keohane 1993:283).”

Aus den Modellen interdependenter Nutzenfunktionen wurde die Schlußfolgerung abgeleitet, daß Kooperation dann zusammenbricht, wenn die Übervorteilung durch den Kooperationspartner befürchtet wird, weil die Versuchung kurzfristiger Vorteilnahme auf Kosten langfristiger Zusammenarbeit naheliegt. Das bedeutet weiterhin, daß Kooperation nur dann entstehen kann, wenn die Zukunft ausreichend stark gewichtet wird und langfristige Ziele eine große Rolle spielen. Um die Motivation relativen Gewinn-

strebens zu erklären, muß daher festgestellt werden, daß ein Staat, der sich Kooperationen verschließt, nachweisbaren Grund hat, einen Einsatz der relativen Gewinne in der Zukunft zu seinem Nachteil zu befürchten (Keohane 1993:283).

Aus diesen Gründen muß eine empirische Untersuchung zweischichtig aufgeteilt sein:

1. Zunächst ist festzustellen, wann eine allseitige Kooperationspräferenz vorliegt, schließlich lassen sich die Auswirkungen relativer Gewinne nur dann unterstellen, wenn sich eine eigentlich kooperative Situation in ein Dilemma wandelt. Bringt eine Kooperation für einen Akteur daher keine Vorteile, so ist ein Einfluß relativer Gewinne irrelevant.
2. Lassen sich Phasen allseitiger Kooperationspräferenz ausmachen, so muß als nächster Schritt festgestellt werden, ob eine möglicherweise ungleiche Verteilung bzw. deren Beurteilung im Raum steht.
3. Führt eine solch ungleiche Verteilung dazu, daß eine Kooperation abgebrochen wird, so spielen relative Gewinne dann eine Rolle, wenn niedrige Konfliktkosten einen Schaden erwarten lassen und die Chance auf langfristige Gewinne sinkt.
4. Wird eine ungleiche Verteilung der Kooperationsgewinne hingenommen, dann wird eine Chance auf langfristige Gewinne unterstellt, die relative Gewinne egalisieren – in diesem Fall spielen relative Gewinne also nicht ihre kooperationshindernde Wirkung aus.

Situationen, die sich durch eine weitgehende Abwesenheit langfristiger Ziele auszeichnen, sollten sich daher durch eine große Gefahr von Kooperationsabbrüchen auszeichnen, da „relative gains considerations“ – verstanden als interdependente Nutzenkalkulation – dort die stärksten Auswirkungen haben. Umgekehrt sollte sich in solchen Phasen, die sich durch die Chance auf langfristige Gewinne auszeichnen, selbst dann keine kooperationshindernde Wirkung relativer Gewinne feststellen lassen, wenn Schäden durch eine ungleiche Gewinnverteilung eigentlich virulent sind.

Kapitel 6

Relative Gewinne in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen

6.1 Motivation und Erkenntnisinteresse

Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China sind seit jeher von einer Ambivalenz geprägt, die sich einer einfachen Kategorisierung entzieht. War es vor allem der Ost-West-Konflikt, der in den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit das Verhältnis der beiden Staaten belastete und prägte, so rückte in den letzten Jahren vor allem das große wirtschaftliche Potential der Volksrepublik in den Mittelpunkt der Beziehungen beider Länder sowie die Aussicht, auch einer aufstrebenden politischen und militärischen Großmacht begegnen zu müssen. Insbesondere dieser in den neunziger Jahren registrierte Machtzuwachs Pekings bei einem gleichzeitig prognostizierten Niedergang der westlichen Welt führte dazu, daß dieser Wettbewerb inkompatibler Gesellschaftsmodelle zu einem möglichen Konflikt westlicher und asiatischer Kulturen stilisiert wurde, an dessen Ende sogar größere Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Kulturkreisen stehen sollten.

Huntingtons „Clash of Civilizations“ (1993) war wohl das prominenteste Beispiel dieser für die westliche Welt wenig hoffnungsvollen Prophezeiung, nachdem man noch

mit dem Zerfall der UdSSR das „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992) feiern konnte. Indes sind beide Schriften kaum dazu geeignet, die komplexen Beziehungen zwischen Staaten analytisch zu erhellen, waren sie doch vielmehr eine teilweise populistische Rechtfertigung politischer Stimmungen. Auch wenn Huntingtons Analyse überzeichnet scheint, so darf man doch nicht übersehen, daß insbesondere China und die amerikanische Haltung zur Volksrepublik schon immer Gegenstand kontroverser Auseinandersetzungen waren, die sowohl in Regierung und Parlament als auch in der amerikanischen Öffentlichkeit selten offene und langanhaltende Sympathien für das Reich der Mitte erkennen ließen. Es ist daher von besonderem Interesse, Chancen und Hindernisse amerikanisch-chinesischer Beziehungen vor dem Hintergrund der Frage relativer Gewinne näher zu beleuchten.

Neorealistische Systematik und die Hypothese Waltz' geben Anlaß zu der Vermutung, daß mit dem Erstarren eines konkurrierenden Staates die Relevanz einer kooperationsbedingten Gewinnverteilung eine stärkere Rolle spielen muß und die Chancen einer bilateralen Zusammenarbeit daher weit seltener zu einem erfolgreichen Abschluß geführt werden dürften. Im Sinne eines Wachstums der chinesischen *capabilities* (verstanden als Machtressourcen) wird daher die Annahme zugrundegelegt, daß relative Gewinne im Verhältnis der USA zu China zu jener Zeit eine größere Rolle spielen müßten als in den unumstrittenen Hochzeiten amerikanischer Stärke. Zu diesem Zweck sollen aus Sicht der USA die amerikanisch-chinesischen Beziehungen von 1969–2000 zweischichtig untersucht werden: Zum einen wird betrachtet, welche Phasen der allseitigen Kooperationspräferenz markiert werden können; dabei wird davon ausgegangen, daß systemisch veranlaßte Kooperationspräferenzen eine objektive Kategorisierung erlauben. Zum anderen soll in einem zweiten Schritt festgestellt werden, ob als Ursache von Kooperationsverschiebungen relative Gewinne verantwortlich gemacht werden können, indem die Chancen auf langfristige Kooperationsgewinne durch ungleiche Verteilungen und hohe Betrugsgefahr gemindert wurden.

6.2 Ausgangslage vor dem Beginn politischer Beziehungen

Vor Antritt der Regierung Nixon kann kaum von einem „Verhältnis“ der Volksrepublik und der USA gesprochen werden, die Beziehungen beider Staaten waren nach dem Zweiten Weltkrieg vielmehr von gegenseitigem Mißtrauen und schwerwiegenden Hindernissen auf dem Weg zu einem konfliktärmeren Verhältnis geprägt. Die in den USA vorherrschende antikommunistische Stimmung der späten 40er und 50er Jahre hatte ein straffes außenpolitisches Programm zur Folge, das die Eindämmung und Isolation kommunistischer Staaten wie China zum Ziel hatte, das wiederum durch seine offene antiamerikanische Politik ebenfalls keine Entspannung der Situation beabsichtigte (Sutter 1998b:45). Insbesondere Taiwan, nach dem Zweiten Weltkrieg Zufluchtsort für die antikommunistische Kuomintang (KMT) unter Tschiang Kai-schek, geriet nach dem Ausbruch des Korea-Krieges als Bastion gegen den kommunistischen Expansionismus unter amerikanischen Schutz und sorgte fortan für einen stetigen Quell der Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China, die das amerikanische Eingreifen als Einmischung in innerchinesische Angelegenheiten nie vergessen hat (Oksenberg 1997:63–66).

Zur amerikanischen Antipathie gesellte sich auch noch der fehlende Sachverstand in der Exekutive, nachdem nicht nur die Asienexperten unter dem Antikommunismus der McCarthy-Ära zu leiden hatten und ihre Positionen insbesondere im Außenministerium gestrichen wurden. Die Spätfolgen dieser Politik zeigten sich nicht zuletzt während des Vietnam-Krieges, als warnende Stimmen zum amerikanischen Engagement daher kaum vernommen werden konnten (Hacke 2001:105).

Noch unter Kennedy bestimmte Eisenhowers Domino-Theorie die außenpolitische Strategie der Vereinigten Staaten: instabile Staaten würden wie Domino-Steine fallen und kommunistisch werden, sollte es der Sowjetunion gelingen, auch nur *ein* zusätzliches Land unter kommunistische Kontrolle zu bekommen. Zwar war die amerikanische Regierung zu einem Eingreifen in Südostasien in Folge der französischen Rückschläge in Indochina zunächst noch nicht bereit, doch schon nach der Indochina-Konferenz in Genf 1954 begann Washington, das vom kommunistischen Norden bedrängte Südvietnam auch militärisch energisch zu unterstützen (von 1955 bis 1961 flossen fast 7 Mrd. \$ Wirtschafts- und Militärhilfe) und forcierte seine umfassende Containment-Politik im asiatischen Raum schließlich auch mit der Gründung der

SEATO (Hacke 2001:69–71, 75).

In den USA wurde China sogar mit größerer Sorge als die Sowjetunion betrachtet – erst recht nach dem Bau der chinesischen Atombombe 1967 –, da nach der Kuba-Krise zum einen erste entspannungspolitische Fortschritte im Verhältnis zu Moskau erzielt werden konnten (beispielsweise die Einrichtung eines „heißen Drahts“ sowie das Teststoppabkommen 1963) sowie zum anderen mit Nikita Chruschtschow an der Spitze der UdSSR zumindest eine konfliktverhütende Annäherung der Supermächte möglich schien.

Konziliante Töne fehlten im Pekinger Repertoire dagegen völlig, statt dessen wurde eine aggressive Revolutionsrhetorik betrieben (Ross 1995:13). Das amerikanische Chinabild hingegen war daher auch indirekt für das zunehmende US-Engagement in Vietnam verantwortlich, denn für Kennedy war das dortige kommunistische Regime nur ein Stellvertreter Chinas, das als Drahtzieher der Aktivitäten des Vietkong galt und als eigentlicher Auslöser der Domino-Theorie. Kennedys antiquierte Vorstellung von China als aggressiver Macht versperren den USA letztendlich den Blick auf eine angemessene und realistische Politik in Südostasien und gegenüber China (Hacke 2001:74).

Nach Kennedys Ermordung im November 1963 betrat mit Johnson ein unsicherer Präsident die außenpolitische Bühne, der das amerikanische Engagement in Vietnam dramatisch forcierte und damit die militärische Eskalation in Südostasien in Kauf nahm. Die ersten Ansätze einer Entspannungspolitik zwischen den USA und der UdSSR kamen dadurch zunächst zum Stillstand, nachdem die Sowjetunion als maßgeblicher Verbündeter Hanois vor weiteren Abrüstungsgesprächen erst eine Einstellung der amerikanischen Angriffe in Vietnam forderte. Mit Hinblick auf China war die UdSSR zwar gezwungen, auf dieser Forderung kategorisch zu bestehen und amerikanische Vorschläge abzulehnen, da dies einen weiteren Autoritätsverlust im kommunistischen Lager nach sich gezogen hätte, doch gerade deswegen war sie auch auf Entspannung mit der westlichen Führungsmacht angewiesen (Hacke 2001:114–115).

Erst zu Beginn der 70er Jahre begannen die USA, ihre ablehnende Haltung gegenüber der Volksrepublik China abzuschwächen, die mittlerweile in den Rang einer Atommacht aufgestiegen war. Nicht nur, weil China als bevölkerungsreichstes Land der Erde unmöglich auf Dauer ignoriert werden konnte, begriff Washington die Notwen-

digkeit einer Neuordnung der Beziehungen, sondern auch weil die sich abzeichnende Spaltung des chinesisch-sowjetischen Bündnisses die Chance politischer und strategischer Vorteile bot. Das drohende amerikanische Desaster in Vietnam machte zudem eine grundlegende Wende in der amerikanischen Asien-Politik mehr als deutlich, so daß die Empfehlungen des *Foreign Relations Committees* des US-Senats schließlich nur eine logische Konsequenz dieses Prozesses waren: Dort wurde 1966 in mehreren Anhörungen eine grundlegende Wende in den Beziehungen beider Länder angeregt, die neben der Entwicklung von Handelsbeziehungen und einer Einstellung der amerikanischen Blockadepolitik in den Gremien der Vereinten Nationen auch die offizielle Anerkennung des kommunistischen Chinas umfassen sollte (Sutter 1998b:44–45).

Auch Nixon und Kissinger erkannten schon zu dieser Zeit, daß eine Neuordnung des amerikanisch-chinesischen Verhältnisses entscheidende Vorteile gegenüber Moskau bringen könnte. Zwar sollten bis zur Realisierung dieser Möglichkeit noch zwei Jahre vergehen, doch Kissinger konnte dann eine in diesem Sinne ideale strategische Situation vorfinden, die seine erfolgreiche Dreiecks-Diplomatie ermöglichte (Ross 1995:29–30).

Kapitel 7

Etablierung politischer Beziehungen

7.1 Kooperationsbedarf und Präferenzen

7.1.1 Bilaterale Kooperationsanforderung im strategischen Dreieck

Ende der sechziger Jahre waren sowohl amerikanische als auch chinesische Politiker zunehmend der Ansicht, daß eine Annäherung der beiden Staaten vor allem aus strategischen Gründen angezeigt schien. Der seit 1969 amtierende US-Präsident Richard M. Nixon und sein Nationaler Sicherheitsberater Henry A. Kissinger erkannten schon 1967 die Notwendigkeit und Chance, das amerikanisch-chinesische Verhältnis neu zu positionieren, denn niemand könne es sich erlauben, ein Land dieser Größe einfach zu ignorieren: “There is no place on this small planet for a billion of its potentially most able people to live in angry isolation (Nixon 1967:121).” Der außenpolitische Ansatz, der sich dahinter verbarg, zielte aber vor allem auf die UdSSR ab: Ein verbessertes Verhältnis der USA zu China sollte die Sowjets verunsichern und könnte daher als Hebel im Verhältnis zu Moskau eingesetzt werden (Kissinger 1994:791–793).

Schon Nixons Vorgänger Lyndon B. Johnson hatte versucht, aufgrund des starken Drucks infolge der Misere in Vietnam einen Dialog mit der Volksrepublik China zu knüpfen, benötigte er doch dringend wieder einen außenpolitischen Erfolg. Doch weder wäre China aufgrund der innenpolitischen Wirren in Folge der Kulturrevolution zu

einem solchen Schritt bereit gewesen, noch gab es einen strategischen Imperativ, der dies ermöglicht hätte; Zeit und Umstände standen somit einer Annäherung zu diesem Zeitpunkt im Wege (Tyler 2000:40–42).

Nicht nur wegen ihrer Bedeutung im strategischen Dreieck Washington–Moskau–Peking nahm die Volksrepublik im außenpolitischen Denken der Regierung Nixon einen hohen Stellenwert ein, sondern allein ihre schiere Größe zwang den neugewählten amerikanischen Präsidenten somit dazu, einen Dialog mit Peking auf die Agenda zu setzen, denn ohne China, so wiederholte Nixon erneut, könne es keinen stabilen und andauernden Frieden geben (Cohen 1971:43).

Auch auf chinesischer Seite war die UdSSR der eigentliche Auslöser des neu erwachten Interesses an verbesserten Beziehungen. Die sowjetische Führung betrachtete China nicht zuletzt aus ideologischen Gründen als Konkurrenten und versuchte daher alles, um Peking immer weiter unter Druck zu setzen, da es Moskaus erklärtes Ziel war, China wieder in den kommunistischen Block unter sowjetischer Führung einzugliedern, aus dem es sich in Folge der Kulturrevolution entfernt hatte. Die steigende Konzentration sowjetischer Truppen im chinesischen Grenzgebiet sowie die mit der Niederschlagung des Prager Frühlings demonstrierte Entschlossenheit Moskaus, ein Aufweichen des sozialistischen Staatenblocks notfalls auch mit Gewalt zu verhindern, schürte bei den Peking Machthabern die Furcht, daß auch China im Rahmen jener „Breschnew-Doktrin“ militärische Maßnahmen der UdSSR zu erwarten hatte (Zagoria 1986:682).

Politische Niederlagen in Asien vervollständigten die chinesischen Befürchtungen: Nicht nur, daß sich der traditionelle Widersacher Vietnam auf die Seite Moskaus schlug, sondern auch die Verluste des Verbündeten Pakistan im Konflikt mit dem von der UdSSR unterstützten Indien weiteten den chinesischen Einflußverlust im asiatischen Raum weiter aus (Ross 1995:24–25). Die zunehmenden Spannungen an der chinesisch-sowjetischen Grenze sowie die militärische Einkreisungstrategie der Sowjetunion in Asien ließen in Peking daher keinen Zweifel, daß die UdSSR letztlich einen bewaffneten Konflikt mit China anstrengen wollte (Weggel 1973:12–14). Durch die Annäherung an die USA würde es Peking gelingen, sowohl den Druck von sowjetischer Seite zu reduzieren, als auch international eine gefestigtere Position zu erlangen: Über die USA würden sich nicht nur die Beziehungen zu Japan vorteilhafter entwickeln,

sondern auch die zu den Alliierten der USA, deren China-Politik sich bisher im Windschatten Washingtons bewegen mußte (Scalapino 1974:356).

Verschärft wurde die chinesische Bedrohungsperzeption noch durch die geschickte Politik der neuen amerikanischen Regierung: Die „Nixon-Doktrin“ wollte die Entspannung in Europa mit einem nachlassenden Engagement in Asien erkaufen; der chinesischen Führung war daher bewußt, daß dies unweigerlich von der UdSSR ausgenutzt werden würde, um ihre strategische Position in Asien zu stärken (Ravenal 1971b). Die USA konnten daher davon ausgehen, daß Fortschritte in den Beziehungen der Supermächte gleichzeitig Pekings Bereitschaft zur Zusammenarbeit forcieren würde, obwohl man nicht außer acht lassen darf, daß angesichts des sowjetischen Truppenaufmarsches an der Grenze zu China und eines drohenden sowjetischen Angriffs auch die USA unter Zugzwang gerieten. Zwar wurde von Nixon betont, daß ein aggressiver Akt Moskaus gegen Peking von den USA nicht toleriert werden würde, doch vertrat man diese Auffassung erst nach dem gescheiterten Versuch, die Sowjetunion zur Kooperation im Vietnam-Konflikt zu bewegen; Moskau hätte sich sozusagen ein amerikanisches Stillschweigen erkaufen können (Tyler 2000:64–66).

Bewertung der Kooperationspräferenzen

China als auch die USA waren somit vor allem aus strategischen Gründen an einer Verbesserung ihrer Beziehungen interessiert. Der Kooperationsbedarf beider Staaten und ihre Interessenkongruenz ermöglichten daher eine Annäherung, die Jahre zuvor noch undenkbar schien. Zwar bedurfte es hierzu auch eines außenpolitisch wagnisbereiten Staatsmannes wie Nixon oder Kissinger, der Hauptgrund für die Annäherung war aber vor allem die strategische Logik: “The reason for Nixon’s success was not to be found in America, but in Beijing and Moscow. His advantage was not so much his skill as a statesman, though he showed great skill in exploiting the opportunity in China, but rather the convergence of geopolitical forces (Tyler 2000:41).” Es waren also vor allem systemische Veränderungen, die für die Entwicklung des Kooperationsanreizes verantwortlich waren; auf lange Sicht sollte die amerikanisch-chinesische Annäherung schließlich dazu dienen, „jederzeit auf Moskau einen regulierbaren Druck ausüben zu können“ (Czempiel 1982b:20).

7.1.2 Veränderung der strategischen Positionen

Beide Seiten waren sich über die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit daher im klaren, doch wer die bessere Verhandlungsposition innehatte, war noch nicht entschieden. Der nachlassende Druck in der politischen Großwetterlage sowie die zunehmende Konfliktgefahr zwischen China und der UdSSR nährten beispielsweise auf amerikanischer Seite die Hoffnung, daß China auf die Zusammenarbeit angewiesen wäre und daher eine konziliante Verhandlungsposition einnehmen würde (Ross 1995:32–33). Doch auch in der Volksrepublik hatte sich der Eindruck verfestigt, daß die USA der Kooperation mit China dringend bedurften; auch wenn man sie weiterhin als aggressive Macht einstufte, so stellte sie in den Augen der chinesischen Führung doch eine geringere Gefahr für die Sicherheit Chinas dar als die Sowjetunion (Oksenberg 1982:176).

Die erwartete Entspannung im Verhältnis der Supermächte zeigte 1971 erste konkrete Ergebnisse und manifestierte sich im Berlin-Abkommen vom 3. September 1971 und im Abkommen über die „Maßnahmen zur Verminderung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges“, das im selben Monat unterzeichnet wurde. Maßgeblichen Anteil an der Auflösung der amerikanisch-sowjetischen Erstarrung hatte das geschickte Ausspielen der „China-Karte“ durch die amerikanische Regierung, als sie im Juli 1971 der völlig verblüfften Sowjetunion eine Einladung Nixons nach Peking bekanntgeben durfte (Gu 1998:176–179). Die Vorbereitung des Nixon-Besuchs durch Kissinger stand daher unter dem Eindruck eines im Gegensatz zu 1969 erweiterten Handlungsspielraums der USA, obwohl der Erfolgsdruck, unter dem Kissinger stand, nicht unerheblich und die Kooperation Chinas für die amerikanische Position im Ost-West-Konflikt weiterhin unabdingbar war (Ross 1995:36–37).

Im Gegensatz zu China konnten die USA schon aus den bloßen Verhandlungen unmittelbare Vorteile erzielen, wie beim Abschluß der SALT-Vereinbarungen mit der UdSSR deutlich wurde (obwohl auch Moskau zwischenzeitlich erhebliche Fortschritte in der Ausdehnung seines Machtbereichs verzeichnen konnte), denn es war vor allem die amerikanisch-chinesische Annäherung, die Moskau unter Druck setzte. Im Gegenzug verschlechterte sich die strategische Position der Volksrepublik mit den Fortschritten in der Entspannungspolitik der Großmächte, wie die chinesische Kritik am „Abkommen zur Verhütung von Atomkriegen“ deutlich machte, das in den Augen

Pekings die Bipolarität auf Kosten Dritter – namentlich Chinas – zementierte (Tyler 2000:145–146).

Dennoch wurde auch der Volksrepublik China bewußt, daß Peking auf die Kooperation mit Washington dringend angewiesen war, wollte es der sowjetischen Machtausdehnung weiter erfolgreich widerstehen: Im indisch-pakistanischen Krieg von 1971 versuchte das sowjetisch unterstützte Indien, seine strategische Position mit dem Einmarsch nach Ost-Pakistan – und damit auf Kosten Chinas – auszubauen. Obwohl der Konflikt im Kern regional angelegt war, nutzten die USA diese Gelegenheit, der Volksrepublik China hier ihren Beistand gegen einen sowjetisch beeinflussten Konflikt zu verdeutlichen. Auch wenn die chinesische Reaktion nicht wie von Kissinger erwartet ausfiel und der Ausgang des Konflikts letztendlich doch zu einer signifikanten Machtausdehnung Indiens geführt hatte, konnte Washington der Volksrepublik damit vor Augen führen, daß eine sowjetische Einkreisung nur mit Hilfe der USA langfristig abgewehrt werden könnte (Oksenberg 1982:178).

Bewertung der Kooperationspräferenzen

Die Notwendigkeit der Kooperation stand für die USA daher in einem funktionalen Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung des Ost-West-Konflikts und dem Nutzen, den die Volksrepublik in der strategischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion Washington bieten konnte. Es ist daher nicht verwunderlich, daß sich Nixons Besuch 1972 in Peking, der den Abschluß des Kommuniqués von Schanghai zur Folge hatte, durch kein weitreichendes Entgegenkommen auszeichnete, nachdem sich das Verhältnis der Supermächte zu diesem Zeitpunkt in einem Zustand geringer Konfliktlastigkeit befand. China mußte sich jedenfalls mit einer Absichtserklärung zufriedengeben, nachdem Nixon mit Blick auf den laufenden amerikanischen Wahlkampf signifikante Fortschritte in den bilateralen Beziehungen – in den Augen Pekings konnte dies nur den Abbruch der amerikanischen Beziehungen zu Taiwan und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Volksrepublik bedeuten – erst für seine zweite Amtszeit versprach (Ross 1995:49–50). Der Kooperationsbedarf auf amerikanischer Seite war in dieser Phase daher geringer, da die Vorteile durch eine Zusammenarbeit mit China mit einer Annäherung der Supermächte zusammenfielen und der mittelbare Zweck – Eindämmung der Sowjetunion – direkt und damit kostengünstiger erreicht

werden konnte, ohne noch zusätzliche Konzessionen an die Volksrepublik leisten zu müssen.

7.1.3 Innenpolitische Beschränkung der Handlungsfreiheit

Dennoch schien für die Volksrepublik China der Weg zur Normalisierung der Beziehungen nur noch eine Frage der Zeit zu sein; nach anfänglichen Bedenken sah man auch in der Eröffnung von Verbindungsbüros in den beiden Hauptstädten einen weiteren Schritt auf dem Weg zur diplomatischen Anerkennung. Als Kissinger 1973 anlässlich eines weiteren Besuchs in Peking vorstellig wurde, schien sich die chinesische Verhandlungsposition maßgeblich verbessert zu haben, da die Normalisierung der Beziehungen offenbar nicht mehr aufzuhalten war und in der zweiten Amtszeit Nixons erwartet wurde (Ross 1995:74). In welchem Maße die innenpolitischen Probleme, die den amerikanischen Präsidenten zunehmend in Bedrängnis brachten, jedoch auch seine außenpolitische Handlungsfreiheit – und damit die Gestaltung der bilateralen Beziehungen – einschränken mußten, wurde der chinesischen Diplomatie nur langsam bewußt. Mit den überbordenden innenpolitischen Problemen, die Nixons Handlungsfreiheit zusehends einschränkten, sah auch die chinesische Führung die Gefahr, daß die Befürworter enger Beziehungen mit Taiwan die Oberhand gewinnen könnten. Die von der Volksrepublik ersehnte Normalisierung der Beziehungen während Nixons zweiter Amtszeit geriet immer stärker in Gefahr, nachdem wegen des Watergate-Skandals eine weitere Präsidentschaft Nixons zwischenzeitlich völlig unwahrscheinlich erschien (Tyler 2000:166–167). Erst 1974 begriff Peking die ganze Tragweite dieses Dilemmas und erkannte, daß eine Normalisierung der Beziehung in Nixons zweiter Amtsperiode nicht mehr möglich sein würde (Ross 1995:76).

Für Peking war hier ein Umdenken erforderlich: Die Außenpolitik Chinas speist sich aus einer langfristig angelegten strategischen und ideologischen Weltsicht, die sich bestimmten Prinzipien wie der Opposition jeglicher imperialistischer Mächte unterwirft, doch aus pragmatischen Gründen trotzdem geschmeidige Anpassungen erlaubt. Diese – nach chinesischer Überzeugung – Standfestigkeit ihrer außenpolitischen Strategie wird unterstützt durch die Konzentration der politischen Macht in den Händen weniger Entscheidungsträger, die die Spitze der politischen Hierarchie bilden (Sutter 1996:17–19). Im krassen Gegensatz hierzu ist jede amerikanische Regierung stets da-

zu angehalten, die Auswirkungen ihrer Entscheidungen im Lichte eines demokratisch-pluralistischen Systems zu prüfen, das außenpolitische Aktionen nicht losgelöst von innenpolitischen Prozessen und öffentlicher Meinung durchführen kann. China muß daher vor allem auf Veränderungen in fremden politischen Systemen Rücksicht nehmen und weniger auf innenpolitische Prozesse: "The communist powers didn't have to worry about being voted out of office, but they did have to worry that the next American president might not be as friendly as the current one (Tyler 2000:109)."

Daß der nächste Präsident kaum mehr Nixon heißen würde, war offensichtlich. In der Folge des Watergate-Skandals wurden die außenpolitischen Befugnisse des Präsidenten mit der *War Powers Resolution* vom November 1973 erheblich eingeschränkt, so daß die außenpolitische Handlungsfähigkeit der USA bis zum Rücktritt Nixons sehr litt. Nicht nur hatte der Watergate-Skandal erhebliche politische Ressourcen blockiert, er hatte mit Gerald Ford auch einen außenpolitisch schwachen Nachfolger des unfreiwillig zurückgetretenen Nixon zur Folge. Ford litt unter dem Manko, kein gewählter Präsident zu sein und hatte zudem mit Henry Kissinger (in seiner Doppelrolle als Nationaler Sicherheitsberater und Außenminister) einen Experten zur Seite, der für viele Amerikaner als Symbol des amerikanischen Machtverlusts stand. Kontroverse internationale Initiativen waren von Ford daher nicht zu erwarten (Hacke 2001:179–180).

Im Gegensatz zu den Problemen der amerikanischen Regierung war von den erbitterten Kämpfen um die Nachfolge des greisen Mao außenpolitisch nur wenig zu spüren: Trotz heftiger Flügelkämpfe zwischen der radikalen „Viererbande“ auf der einen Seite und den eher moderaten Kommunisten um Zhou Enlai und Deng Xiaoping auf der anderen behielt Mao das Heft bis zu seinem Tod 1976 in der Hand. Er setzte darauf, daß zunehmende Friktionen des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses und die amerikanische Einsicht, mit Entspannung alleine den sowjetischen Machtanspruch nicht begrenzen zu können, unweigerlich ein verstärktes amerikanisches Interesse an einer Vertiefung und Normalisierung der Beziehungen zur Folge haben müßten (Ross 1995:60–65).

Zumindest im Hinblick auf die Entwicklung des Ost-West-Konflikts sollte Mao recht behalten: Zunächst schien es noch so, als ob die Entspannungspolitik der Supermächte unaufhaltsam voranschreiten sollte. Den europäischen Rahmen der Entspannung markierte der Beginn der KSZE-Verhandlungen 1972 und die parallel verlaufenden

Runden zur Reduzierung der Truppenstärke in Europa (MBFR), während die globale Annäherung der Supermächte durch die Fortsetzung der SALT-Gespräche demonstriert wurde. SALT I, bestehend aus zwei Abkommen (ABM-Vertrag und befristetes Interimsabkommen), beschränkte aber nur die Anzahl der strategischen Offensivwaffen, nicht aber deren qualitative Verbesserung. Den technologischen Vorsprung, den die USA aufgrund ihrer Mehrfachsprengköpfe (MIRV) erzielen konnten, versuchte die UdSSR daher in der Folgezeit durch neue Interkontinentalraketen (ICBM) und Mittelstreckenraketen aufzuholen, die 1976 schließlich in der SS-20 gipfelten (Link 1980:170–173).

Die Verhandlungen zu SALT II, die im November 1972 begannen, standen bereits unter dem Eindruck steigender Spannungen im Verhältnis der Supermächte. Zwar konnte 1974 in Wladiwostok eine Einigung erzielt werden, doch die politische Lage in Washington hatte sich grundlegend gewandelt: Auf der Suche nach einer neuen Sicherheitspolitik für die Zeit nach dem Vietnam-Desaster geriet das sowjetische Expansionsstreben immer häufiger in Kritik. Kissinger wurde vorgeworfen, dies zu ignorieren, nur um einen außenpolitischen Erfolg zu erzielen, so daß Ford im Wahlkampf 1976 das Wort „Entspannung“ schließlich völlig aus seinem Wortschatz verbannen mußte (Kubbig 1982:44–46).

Vorausgegangen war eine Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs in Asien, als das kommunistische Nordvietnam nach dem Zusammenstreichen der amerikanischen Unterstützung für den Süden mit einer großangelegten Offensive seinen Herrschaftsanspruch in die Tat umsetzen konnte; Hanoi wurde zum sowjetischen Stellvertreter gegen Peking positioniert und durch umfangreiche Hilfspakete auch stets daran erinnert. Damit setzte die UdSSR ihre Einkreisungsstrategie an der chinesischen Südgrenze fort: „Das historische Kräfteverhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion hatte sich zugunsten Moskaus verschoben (Hacke 2001:190–192).“ Neben diesen militärischen Erfolgen erzielte die UdSSR auch politisch-ideologische Vorteile, als in einigen europäischen NATO-Staaten auch kommunistische Regierungen an die Macht gewählt wurden (Portugal und Italien) und die Stabilität solcher Länder wie Spanien (Tod Francos) und Griechenland (türkische Invasion Zyperns) ebenfalls gefährdet war (Ross 1995:58).

Das strategische Umfeld hatte sich für die USA also maßgeblich verschlechtert; Mos-

kau konnte hingegen einen Erfolg nach dem anderen verbuchen und versuchte, durch militärische Aktionen in Jemen, Angola und Äthiopien seinen Einflußbereich systematisch zu erweitern (Hacke 2001:192). Für China gab die aggressive sowjetische Politik ebenfalls Anlaß zur Sorge, auch wenn es sich diplomatisch verbessern konnte, nachdem sich einige südostasiatische Staaten ebenfalls durch die nordvietnamesischen Erfolge bedroht fühlten und daher eine Normalisierung ihrer Beziehungen mit der Regionalmacht Peking in die Wege leiteten (Childress und Solarz 1998:90–91). Dennoch war für die chinesische Regierung die Zeit gekommen, an der zurückhaltenden Politik der USA scharfe Kritik zu üben: Peking, das im angolanischen Bürgerkrieg die FNLA und die UNITA unterstützt hatte, warf den USA vor, durch ihr ausgebliebenes Engagement einen Sieg der sowjetisch unterstützten MPLA erst ermöglicht zu haben und verglich diese offensichtliche Lähmung Washingtons mit dem britischen Appeasement im Europa der dreißiger Jahre (Ross 1995:70).

Peking wähnte sich daher in einer erheblich verbesserten Verhandlungsposition, da es nach der strategischen Dreiecksrechnung einen amerikanischen Kooperationsbedarf zu erkennen glaubte. Forderungen nach einem Abbruch der amerikanischen Beziehungen zu Taiwan wurden daher wieder verstärkt in das politische Repertoire der Pekinger Führung aufgenommen, nachdem man mit dem Fortgang der Normalisierungsbemühungen sehr unzufrieden war und von Washington den längst überfälligen Schritt erwartete (Bader 1983:129–130). Trotz einer strategischen Situation, die von den USA ein aktives Vorantreiben der amerikanisch-chinesischen Beziehungen erfordert hätte, blieben die innenpolitischen Beschränkungen jedoch tonangebend und machten die strategische Rechnung Pekings zunichte. Ford war zwar durchaus der Ansicht, mit einer Verbesserung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen die Position der USA gegenüber Moskau wieder stärken zu können, doch fehlte ihm hierzu der notwendige innenpolitische Rückhalt, der für einen spektakulären Schritt wie der Normalisierung der Beziehungen notwendig gewesen wäre. Die politischen Kosten einer solchen diplomatischen Offensive wären zu hoch gewesen, denn nicht nur dem konservativen Lager wäre ein Abbruch der Beziehungen zu Taiwan – notwendige Folge der Normalisierung – nicht zu vermitteln gewesen (Ross 1995:71–72, 82). Innenpolitisch gerieten die Befürworter diplomatischer Beziehungen mit Peking daher immer weiter ins Hintertreffen, nicht zuletzt deswegen, weil mit dem Tod Tschiang Kai-scheks im April 1975 die Bedeutung Taiwans als treuer Verbündeter wieder verstärkt thematisiert wur-

de, das nicht einfach gegen diplomatische Beziehungen mit „Rotchina“ fallengelassen werden dürfte (Tyler 2000:202–204).

Angesichts der politischen Erstarrung in beiden Lagern war es keine leichte Aufgabe, dem geplanten Besuch Fords in China einen erfolgreichen Anstrich zu geben; die chinesische Zurückhaltung, ein positives Kommuniqué zu verfassen, war so stark, daß Kissinger Ford riet, den Besuch abubrechen (Mann 2000:70–71). Als der US-Präsident im Dezember 1975 schließlich in Peking eintraf, gelang es Ford und Deng zumindest, ihre verdeckten Aktionen im Angola-Konflikt zu koordinieren, um weitere Vorteile der sowjetisch unterstützten MPLA zu verhindern. Als diese „covert actions“ der CIA jedoch der Presse zugespielt wurden, hatte sich auch dieser winzige – wenn auch aus verständlichen Gründen nicht öffentlich propagierte – Fortschritt in der amerikanisch-chinesischen Kooperation zu einem immensen Nachteil der Regierung Ford gewandelt. Ford konzentrierte sich daher noch stärker auf seinen Präsidentschaftswahlkampf und legte seine außenpolitischen Ambitionen endgültig ad acta (Tyler 2000:218–200). Das Ergebnis des zweiten Besuchs eines amerikanischen Präsidenten in China fiel also entsprechend mager aus, nicht einmal eine gemeinsame Erklärung wurde zu Wege gebracht. Noch immer war Taiwan das ärgste Hindernis auf dem Normalisierungspfad, weder war die amerikanische Regierung in der Lage, die Beziehungen zu Taipeh zu kappen, noch war Peking bereit, vom Abzug militärischer Truppen von Taiwan als *conditio sine qua non* der Aufnahme diplomatischer Beziehungen abzusehen (Bader 1983:132–133).

Die chinesischen Hoffnungen ruhten daher auf dem kommenden Präsidenten, denn man war zuversichtlich, daß die innenpolitischen Hindernisse einer amerikanischen Regierung bis dahin überwunden sein würden und dieser Präsident daher in der Lage wäre, die Beziehungen zu China zu normalisieren. Diesen Anspruch verdeutlichte die Pekinger Regierung, als sie im Sommer 1976 die größten militärischen Übungen seit 1962 direkt gegenüber Taiwan abhielt. Obwohl diese Übungen offensiven Charakter hatten, war der amerikanischen Regierung das Signal klar: Es stellte keine echte Bedrohung Taiwans dar, sondern sollte verdeutlichen, daß China mit der Verzögerung der USA, die Beziehungen zu normalisieren, unzufrieden war und eine Änderung dieser Haltung erwartete (Ross 1995:86–87).

Bewertung der Kooperationspräferenzen

Obwohl die strategische Dreiecksrechnung der früheren Nixon/Kissinger-Regierung auch unter Gerald Ford ihren Nutzen unter Beweis hätte stellen können, waren die innenpolitischen Beschränkungen der Präsidentschaft Ford zu stark, um einen kostenneutralen Kooperationsgewinn mit China zu erzielen. Sowohl die chinesische als auch die amerikanische Regierung waren an einer Kooperation interessiert, doch ist es fraglich, ob die Vorteile einer vertieften Kooperation – die ja im übrigen einen substantiellen Schritt in der Fortführung der Normalisierungsbestrebungen hätte beinhalten müssen – auch tatsächlich einen außenpolitischen Vorteil der USA bedeutet hätten. Insofern kann man schließen, daß innenpolitische Kosten den potentiellen außenpolitischen Vorteil überstiegen und eine allseitige Kooperationspräferenz daher nicht festgestellt werden kann.

7.1.4 Neuordnung der strategischen Agenda

Die chinesische Hoffnung, daß mit der Präsidentschaftswahl ein befreit aufspielender Amtsinhaber Gerald Ford die Normalisierung der Beziehungen zum Abschluß bringen würde, zerschlug sich jedoch: Die Wahl Fords zum Präsidenten scheiterte und brachte statt dessen den Demokraten Jimmy Carter an die Spitze des amerikanischen Staates. Carter war zuerst daran interessiert, die SALT II-Verhandlungen mit der Sowjetunion zum Abschluß zu bringen und erst danach bereit, die amerikanisch-chinesischen Beziehungen zu normalisieren (Gu 1998:190–191). Dennoch war Carter der Ansicht, daß der Antagonismus des Ost-West-Konflikts wichtige außenpolitische Felder verdeckt hatte, die es nun ebenfalls aufzuarbeiten galt: die Entwicklung der Beziehungen zu Japan und Europa, die Wiederaufnahme eines Nord-Süd-Dialogs sowie die Schaffung einer gerechteren ökonomischen Ordnung; er distanzierte sich damit explizit von den bisherigen Konzepten der Eindämmung und der Realpolitik (Talbot 1980:522–523).

Carter glaubte, daß eine Entspannung der Beziehungen zur UdSSR möglich und dies der einzig sichere Weg zum Frieden sei; das chinesische Ansinnen auf Normalisierung ordnete er daher implizit seiner Entspannungsoffensive unter. Kompromisse mit China einzugehen, nur um den Normalisierungsprozeß voranzutreiben, waren daher wieder einmal nicht zu erwarten. Obwohl Peking noch zum Ende der Regierungszeit

Fords mehr als deutlich gemacht hatte, keine weiteren Verzögerungen in der Normalisierungsfrage zu akzeptieren, war die Gefahr für Spannungen in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen doch überraschenderweise gering. Es zeigte sich, daß China weiterhin erheblich von der politischen Großwetterlage abhing und angesichts amerikanischer Ignoranz und sowjetischer Bedrohung keine Möglichkeiten hatte, dieses Verhältnis zu seinen Gunsten zu ändern (Ross 1995:115).

Die Präsidentschaft Carters war vor allem geprägt durch den Gegensatz seiner außenpolitischen Berater, Außenminister Cyrus Vance und Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski, die hinsichtlich der Strategie gegenüber der UdSSR fundamentale Meinungsunterschiede hatten, was sich gemäß der Logik des strategischen Dreiecks natürlich auch auf die Gestaltung der amerikanischen China-Politik auswirken sollte. Während Brzezinski in der Tradition des *containment* stand und der sowjetischen Bedrohung vor allem militärisch begegnen wollte, sah Vance eher in der Überwindung dieser Doktrin die einzig sichere Möglichkeit, die Unsicherheiten und Gefahren des Ost-West-Konflikts zu reduzieren (Hacke 2001:221–222).

Brzezinski gelang es zunächst nicht, sich mit seinem außenpolitischen Konzept durchzusetzen, denn Carter und Verteidigungsminister Cyrus Vance sahen erheblich größere Möglichkeiten für eine Ausweitung der Kooperation der Supermächte, obwohl sich die sowjetische Außenpolitik nicht geändert hatte. Der Präsident war der Ansicht, daß seine Vorgänger überreagiert hätten, was die Entwicklung der strategischen Waffen der UdSSR und ihr außenpolitisches Verhalten anging, und hatte darüber hinaus mehr Vertrauen als Ford in die amerikanischen Fähigkeiten und das strategische Kräftegleichgewicht. Carter wollte den Konflikt mit der UdSSR entmilitarisieren und repolitisieren, da in seinem Konzept die Lösung dieser Konfrontation nur in ihren soziopolitischen Ursachen gefunden werden konnte (Czempiel 1994:8). Er adaptierte daher zunächst die Sicht seines Außenministers und fokussierte seine Außenpolitik vor allem auf die Frage der Menschenrechte und die Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion. Ganz im Gegensatz zu seinen Vorgängern wollte er die „China-Karte“ nicht spielen, um hierüber Moskau unter Druck zu setzen, sondern glaubte vielmehr, daß sich das strategische Dreieck auflösen ließe und die Politik gegenüber China und der UdSSR völlig unabhängig voneinander gestaltet werden könnte (Tyler 2000:240–241).

Sein politisches Konzept, wonach die amerikanische Außenpolitik auf eine morali-

sche Basis zurückgeführt werden mußte, war jedoch ebenso umstritten wie seine entspannungspolitischen Erfolge (SALT II), die für seine Kritiker den Verlust der amerikanischen Vormachtstellung zementierten (Knapp 1992:133–134). Carters moralisch fundierte Konzentration auf den Entspannungsprozeß und sein Vorhaben, den Nord-Süd-Konflikt ebenfalls auf die Agenda zu setzen, fand in der UdSSR keinen adäquaten Widerpart. Gerade der letzte Punkt war Ausdruck seiner Interpretation, wonach keine Stellvertreterkriege in Drittweltländern geführt würden, sondern daß es sich dabei lediglich um regionale Konflikte mit regionalen Ursachen handelte. Daß sich Moskau diese Chance nicht entgehen ließ und seinen Einfluß in diesen Regionen weiter ausbauen konnte, war eine Folge jener Weltsicht (Czempiel 1982b:27–28).

Da die Annäherung an China ein direktes Surrogat des Ost-West-Konfliktes war, kam es kaum überraschend, daß die Sorge um die Stabilität der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen den Normalisierungsprozeß mit China dominierte und daher keine Anstrengungen seitens der amerikanischen Regierung unternommen wurden, der sowjetischen Herausforderung mit Hilfe des strategischen Dreiecks zu entgegnen. Vielmehr war das Außenministerium der USA darauf bedacht, daß der Normalisierungsprozeß mit China zu keinem Zeitpunkt die Verhandlungen mit der Sowjetunion beeinflussen konnte (Ross 1995:98, 111). Auch diese Vorgehensweise war nicht ohne Widerspruch, da die Linie des Präsidenten und des Verteidigungsministers vom Sicherheitsberater Brzezinski ebenfalls nicht geteilt wurde: Er war vielmehr der Ansicht, daß die Sowjetunion gerade mit Hilfe Chinas zurückgedrängt werden könnte und nahm daher im Mai 1978 Kontakt mit der Pekinger Führung auf (Czempiel 1982b:31).

Auch in Europa wurde die Gefährdung durch die UdSSR zu einem beherrschenden Thema: Spätestens mit der Stationierung von SS-20-Mittelstreckenraketen im Jahr 1977 mußte die amerikanische Regierung mit einem Wechsel ihrer Politik reagieren, doch noch immer wollte Carter einen erfolgreichen Abschluß der SALT II-Verhandlungen auf keinen Fall gefährden (Hacke 2001:276–277). Nur zögernd erkannte er, daß die UdSSR weder durch Entspannungsrhetorik noch durch das Ignorieren ihrer Machtausdehnung in Ländern der Dritten Welt zu einer Vertiefung der Zusammenarbeit überredet werden konnte. Die Beteiligung kubanischer Truppen im äthiopischen Bürgerkrieg sowie die Installation einer prosovietischen Regierung in Afghanistan, die Ende 1978 sogar zu einem Sicherheitsvertrag zwischen Afghanistan und der Sowjetunion führte,

machten deutlich, daß entspannungspolitische Maßnahmen alleine nicht ausreichten, die Sowjetunion in ihre Schranken zu weisen (Ross 1995:121–122). Statt dessen führte Carters zurückhaltende Politik dazu, daß Moskau im Windschatten der Entspannung seinen Einfluß immer aggressiver ausbauen konnte.

Mit dem Beginn des Jahres 1978 wuchs also die Bedrohung durch die sowjetische Außenpolitik, die letztlich nicht nur zu einer Änderung der amerikanischen Verteidigungspolitik führte, sondern auch zu einer Änderung der amerikanischen Politik gegenüber China. Der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan sowie der Sturz des Schahs gaben der außenpolitischen Wende Carters den entscheidenden Anstoß: Fortan galt wieder eine Strategie des *Containment*, die in der Carter-Doktrin kulminierte und eine globale Verteidigung vitaler amerikanischer Interessen ankündigte (Osgood 1982:470). Das sowjetische Engagement in Vietnam sowie die zunehmende Aggressivität des Nachbarn hatten auch die chinesischen Befürchtungen verstärkt, ohne amerikanische Eindämmungspolitik strategisch weiter unter Druck zu geraten. Doch China war bis dahin nicht in der Lage, bilateralen Druck auf Washington auszuüben, um die Beziehungen zu normalisieren und mußte statt dessen auf einen amerikanischen Richtungswechsel hoffen (Ross 1995:100–102).

Dies konnte jedoch nur gelingen, wenn die USA eine Bedrohung durch die Sowjetunion ähnlich ernst nahmen wie Peking: Es zeigte sich schließlich immer deutlicher, daß durch die Stationierung modernster sowjetischer Waffen an der chinesisch-sowjetischen Grenze eine nicht nur diffuse Bedrohung der Sicherheit Chinas wahrgenommen werden konnte, sondern daß offensichtlich militärische Maßnahmen gegen die Volksrepublik vorbereitet werden sollten. Nachdem auch noch Vietnam in Kambodscha intervenierte, war auch für die amerikanische Regierung klar, daß sich die UdSSR eine breitere Basis in Asien schaffen wollte (Ross 1995:125–126). Nun schien es Zeit für die USA, die Beziehungen mit ihrem strategischen Partner zu konsolidieren. Washington war endgültig darauf vorbereitet, die Normalisierung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen fortzusetzen und angesichts des veränderten Sicherheitsumfelds sogar militärische Beziehungen ins Auge zu fassen (Ross 1995:123–125).

Der strategische Schritt, zum 1. Januar 1979 diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik China aufzunehmen, war Teil eines radikalen Kurswechsels der Regierung um Jimmy Carter, sich dem Vormachtstreben der UdSSR auch auf militärischem Wege

entgegenzustellen und strategisch durch das Spielen der „China-Karte“ zu vervollständigen (Kubbig 1982:54–55). In Europa fand dieser Richtungswechsel seinen Ausdruck im NATO-Doppelbeschluß: Die sowjetischen Raketen stellten nicht nur eine erhebliche Bedrohung für die NATO und ihre westeuropäischen Mitgliedsstaaten dar, sondern ließen die Verbündeten auch an der Glaubwürdigkeit des amerikanischen Schutzes zweifeln, nachdem die amerikanische Regierung keine adäquate Antwort aufbieten konnte. Auf Druck der Europäer beschlossen die NATO-Staaten im Dezember 1979 schließlich, ab Ende 1983 nukleare Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu stationieren, sollte mit der Sowjetunion bis dahin kein greifbares Ergebnis erzielt werden können (Hacke 2001:278–279).

Bewertung der Kooperationspräferenzen

Man hatte erkannt, daß sich die strategische Balance zuungunsten des Westens verschoben hatte und ohne Gegenmaßnahmen auch weiter verschlechtern würde. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Volksrepublik China war Teil eines außenpolitischen Handlungsplans, der sowohl der Wiederherstellung amerikanischer Stärke als auch dem aktiven Zurückdrängen des sowjetischen Einflußbereiches galt. In der amerikanischen Regierung war es insbesondere Zbigniew Brzezinski, der in vertieften und normalisierten Beziehungen mit der Volksrepublik China einen aussichtsreichen Weg sah, die UdSSR zurückzudrängen (Gu 1998:191).

War in der ersten Phase der Präsidentschaft Carters der Konflikt mit der Sowjetunion und seine Versuche, diesen in direkten entspannungspolitischen Maßnahmen zu entschärfen, maßgeblich für das mangelnde Kooperationsinteresse auf amerikanischer Seite, so änderte sich dies mit der stetig wachsenden Bedrohung durch die sowjetische Machtausdehnung. Das strategische Konzept des US-Präsidenten war daher verantwortlich für diese Phase der unbefriedigenden Kooperation, so daß das Verhalten der Volksrepublik China keinen Einfluß auf die amerikanische Kooperationspräferenz hatte.

7.2 Kooperationsinhalte und Beurteilung der Akteure

7.2.1 Vertrauensbildende Maßnahmen und Konzessionen

Konnte im ersten Schritt der Untersuchung festgestellt werden, daß der Kooperationsbedarf der beiden Staaten maßgeblich von systemischen Faktoren abhing, so soll nun gezeigt werden, daß auch die Kooperationsinhalte maßgeblich vom Verlauf des Ost-West-Konflikts abhingen und weniger von Kalkulationen, die eine Relevanz relativer Gewinne nahelegen. Es sei nochmals daran erinnert, daß eine ungleiche Gewinnverteilung zugunsten eines Kooperationspartners gerade dann ihre kooperationshindernde Wirkung entfaltet, wenn man dadurch die Chance auf langfristige Gewinne schwinden sieht und kurzfristige Defektionen daher attraktiver werden. Da die Präferenzen sowohl der USA als auch Chinas mit dem Beginn der siebziger Jahre eine Zusammenarbeit ermöglichten, ist nun von besonderem Interesse, ob eine Verteilung der Kooperationsgewinne bereits von der Erwägung eines relativen Vorteils gekennzeichnet war und ob dies die Entwicklung der Kooperation beeinflußt hat.

Doch auch wenn der Kooperationsbedarf auf beiden Seiten zu Beginn der Präsidentschaft Nixons unzweifelhaft gegeben war, so mußte die chinesische Führung erst von den redlichen Absichten der amerikanischen Führung überzeugt werden, schließlich begriff man nicht nur die UdSSR als imperialistische Macht. Doch das Vertrauen in den potentiellen Partner war zunächst recht begrenzt, hatten die USA doch zuvor durch eine Intensivierung ihrer militärischen Maßnahmen in Vietnam eine Ausweitung des Krieges auf Laos und Kambodscha zu verantworten. Die militärischen Aktionen der USA in Kambodscha drohten schließlich, das gerade gewonnene zaghafte Vertrauen zu zerstören, denn China begriff diese Invasion als Angriff auf die eigene strategische Position, über die man nicht hinwegsehen konnte (Tyler 2000:80–81).

Washington verstand schließlich, daß vor einem chinesischen Entgegenkommen Vertrauen aufgebaut werden mußte und begann daher schrittweise, seine militärischen Aktivitäten in Indochina zu reduzieren; einer Forderung nach einem vollständigen Abzug aller militärischen Einrichtungen und Truppen in Indochina, wie sie Zhou Enlai gefordert hatte, kam man jedoch nicht nach (Cohen 1971:31–32). Es lag nun an Henry Kissinger, in einem geheimen Besuch in Peking im Juli 1971 den Rahmen für eine künftige Zusammenarbeit der beiden Staaten zu eruieren und ein Treffen des Präsi-

dentem mit dem chinesischen Staatschef vorzubereiten. Die Zeichen hierfür gaben zu berechtigter Hoffnung Anlaß, denn nach Ansicht Maos lag die größte Gefährdung der chinesischen Sicherheit im sowjetischen Expansionsstreben und weniger in den amerikanischen Militäraktionen in Indochina (Kissinger 1994:803). Nachdem Kissinger – entgegen offizieller Verlautbarung – darüber hinaus anklingen ließ, daß sich Washington auch eine Reduzierung seiner Truppen auf Taiwan vorstellen könne, schien der Erfolg dieser Geheimmission sicher (Mann 2000:32–33).

Ministerpräsident Zhou Enlai ging davon aus, daß beim geplanten Treffen in Peking die Weichen für den Normalisierungsfahrplan gestellt würden und den chinesischen Forderungen nachgegeben werden würde: die Eingliederung Taiwans als chinesische Provinz in die Volksrepublik, der Abzug aller amerikanischer Truppen sowie die Auflösung des *Mutual Defense Treaty* mit Nationalchina. Auf eine Fixierung dieser Forderung ließ sich Kissinger jedoch nicht ein, so daß Peking diesen Maximalanspruch zurückzog und die Verhandlungen über Taiwan zunächst ausklammern wollte – schließlich konnte man ein Scheitern des Treffens nicht akzeptieren, nachdem man die amerikanische Unterstützung im Kampf gegen die UdSSR benötigte (Ross 1995:39). Es war für die chinesische Seite jedoch unabdingbar, in dieser Frage mittelfristig ein signifikantes amerikanisches Entgegenkommen zu erwarten, denn nur dann könnten nach chinesischer Lesart die Beziehungen zwischen den USA und China tragfähig werden (Tyler 2000:100).

Der künftige Status amerikanischer Truppen auf Taiwan war für die Volksrepublik stets ein zentrales Thema. Nicht nur, daß durch die Installationen des amerikanischen Militärs die Souveränität der Volksrepublik in Zweifel gezogen wurde (schließlich war und ist Taiwan in den Augen der kommunistischen Führung eine abtrünnige Provinz), sondern auch die chinesische Sicherheit, da durch die US-Truppen ein erheblicher Anteil chinesischen Militärs – das dringend im Kampf gegen die UdSSR gebraucht wurde – gebunden wurde (Ravenal 1971a:53). Kissinger konnte zwar versichern, daß die USA mit dem Ende des Vietnam-Krieges zwei Drittel ihrer Truppen von Taiwan abziehen und sie niemals einen nationalchinesischen Angriff auf das Festland unterstützen würden. Doch bei allem Entgegenkommen verstand er es geschickt, die sowjetische Einkreisungspolitik in der Frage der amerikanisch-chinesischen Beziehungen zu instrumentalisieren, indem er nachdrücklich auf die Gefährdung der chinesischen Sicherheit

hinwies und auf die Absicht Washingtons, zusammen mit Peking einem gemeinsamen Gegner die Stirn zu bieten (Tyler 2000:98–99).

Dennoch war er gezwungen, in wesentlichen Fragen den chinesischen Forderungen entgegenzukommen; nicht nur wegen des Erfolgsdrucks mußte Kissinger konziliant sein, sondern auch wegen des engen Zeitfensters seines geheimen Besuchs. Die Konzessionen, die er daher machte, waren erheblich: keine Unterstützung der USA für eine Unabhängigkeit Taiwans und die Zustimmung Washingtons, daß Taiwan zu China gehöre. Die Volksrepublik als einzig legitimen Vertreter Chinas anzuerkennen verschob er jedoch auf einen späteren Termin und versprach, daß dies in den ersten beiden Jahren nach Nixons Wiederwahl vollzogen würde. Er stellte somit in Aussicht, einer zentralen chinesischen Forderung nachzukommen und eine Normalisierung der Beziehungen mit Peking auf Basis einer „Ein-China-Politik“ durchzuführen – seine einzige Bedingung (die in der Folge zur zentralen Forderung Washingtons wurde) war, die Taiwan-Frage nur friedlich zu lösen (Ross 1995:38).

Die Frage war also nicht mehr, ob ein Treffen der beiden Staatsführer stattfinden könnte, sondern wie erfolgreich dieses sein würde. Aus diesem Grund unternahmen beide Seiten einige Anstrengungen, um das Zustandekommen des Treffens nicht zu gefährden. Zu den Maßnahmen auf amerikanischer Seite gehörte die Lockerung des Handelsembargos, das Aufheben der bisherigen Reiserestriktionen und ein Einstellen der regelmäßigen Patrouillen ihrer 7. Flotte in der Straße von Taiwan, doch am besten in Erinnerung blieb wohl der sportliche Austausch der Tischtennis-Mannschaften („Ping-Pong-Diplomatie“) beider Länder (Oksenberg 1971:16). Zusätzlichen Ansporn erhielt die Annäherung noch durch den Durchbruch in den chinesisch-kanadischen Beziehungen, als der kanadische Premierminister Trudeau völlig überraschend die Etablierung vollständiger diplomatischer Beziehungen mit Peking bekanntgeben durfte. Nixon begriff nun die chinesische Taktik, die darin bestand, ihn unter Druck zu setzen, indem man eben mit anderen westlichen Staaten Bande knüpfte (Tyler 2000:83).

Peking glaubte, Nixon müsse wegen des Präsidentschaftswahlkampfes einen außenpolitischen Erfolg vorweisen und war daher sicher, daß die USA in der Taiwan-Frage großes Entgegenkommen zeigen würden. Die konträren Ansichten zur Taiwan-Frage waren daher nicht aus der Welt geräumt, sondern wurden wiederum Diskussionsgegenstand bei einem erneuten Treffen Kissingers mit Zhou im Oktober 1971, als es um

die Planung und Ausarbeitung des Kommuniqués für den Staatsbesuch im folgenden Jahr ging. Kissinger machte die amerikanische Position erneut deutlich, indem er zwar eine Reduzierung amerikanischer Truppen auf Taiwan in Aussicht stellte, die Auflösung des *Mutual Defense Treaty* jedoch erst nach einer friedlichen Vereinigung der beiden Chinas angehen wollte: “To be very frank with the Prime Minister, what we would like most and what we would encourage is a peaceful negotiation after which all the military relationships would be at an end (Tyler 2000:115).”

Nachdem Kissinger der Forderung nach einer Auflösung der amerikanisch-taiwanesischen Beziehung somit widersprach, einigte man sich auf einen Entwurf, in dem beide Seiten ihre Positionen darlegen konnten und legte so den Grundstein für ein erfolgreiches Gipfeltreffen. Das Konzept, das später als Schanghai-Kommuniqué die Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und den Vereinigten Staaten auf eine erste vertragliche Grundlage stellen sollte, hielt die stillschweigende Übereinkunft fest, gegen den sowjetischen Expansionsdrang in Asien zusammenzuarbeiten (Kissinger 1994:804). Zugeständnisse, die Washington hinsichtlich *eines* China gemacht hatte, konnten umso leichter angeboten werden, zeitigten sie doch nur die politische Realität: Am 25. Oktober 1971 entschied die UN-Generalversammlung, daß der Platz Taiwans auf die Volksrepublik als Repräsentant Chinas übergehen sollte (Tyler 2000:116).

Bewertung der Kooperationsinhalte

Auffällig in dieser Phase der Annäherung war die Tatsache, daß Erwägungen hinsichtlich relativer Gewinne – verstanden als mögliche Gefährdung der amerikanischen Position durch das amerikanische Entgegenkommen – keine Rolle spielten: Langfristige Auswirkungen durch eine Kooperation mit der Volksrepublik wurden nicht mit einer Ad-hoc-Verbesserung der strategischen Situation verrechnet, sondern es stand hauptsächlich der absolute Gewinn der USA im Rahmen des Ost-West-Konflikts zur Disposition. Es war weder abzusehen, wie die weitere innenpolitische Entwicklung Chinas das künftige Verhalten Pekings beeinflussen würde noch wie sich der Vorteil einer Anerkennung auf Kosten Taiwans auf das künftige Verhandlungsgewicht Washingtons auswirken würde. Bemerkenswert war dieser Umstand vor allem dahingehend, daß der Beurteilung des potentiellen Kooperationspartners eine geradezu konträre Einschätzung in den Jahren zuvor vorausging. Auch wenn die Machtpositionen

beider Staaten noch erheblich differierten, so war doch klar, daß die Atommacht China keineswegs als Spielball amerikanischer Interessen mißbraucht werden konnte, denn schließlich zeigte Mao angesichts eines drohenden sowjetischen Angriffs, daß er notfalls zum Äußersten bereit war: Mittels kurz aufeinanderfolgender Atomtests machte er der UdSSR deutlich, welche Folgen ein Angriff auf die Volksrepublik nach sich ziehen würde (Tyler 2000:73).

Der Unwillen Washingtons, die Beziehungen zu Taiwan der politischen Annäherung zu opfern, zeigt jedoch einerseits, daß man die Kosten der Kooperation auf Seiten der USA minimieren wollte, sowie andererseits das amerikanische Bestreben, hiermit die Möglichkeiten fortgesetzter Einflußnahme im Sinne einer konditionalen Strategie beizubehalten. Daß das Entgegenkommen Kissingers nicht vollständig umgesetzt wurde, lag nicht an einer sich entwickelnden Vorsicht vor den künftigen Absichten Chinas, sondern vielmehr an der Tatsache, daß die politische Großwetterlage eine Kooperation zu geringeren Kosten für Washington ermöglichte und Erwägungen hinsichtlich relativer Vorteile Chinas keine Rolle spielten. Das amerikanisch-chinesische Beziehungsgeflecht unterlag zu diesem Zeitpunkt ausschließlich der Entwicklung des Ost-West-Konflikts, mithin dem Fortgang der Beziehungen zwischen den beiden Supermächten.

Die Besonderheit im amerikanisch-chinesischen Verhältnis der kommenden Jahre war schließlich der Umstand, daß es sich stets im Rahmen des strategischen Dreiecks Washington–Moskau–Peking bewegte und jede Entscheidung daher durch dieses trilaterale Konstrukt bedingt wurde. China befand sich hier in einer besonderen Position, da es zum einen für die USA weit weniger gefährlich war als die UdSSR – und insofern einer amerikanisch-sowjetischen Annäherung stets nachgeordnet wurde –, zum anderen aber enorme militärische Kapazitäten der UdSSR band und daher die Bereitschaft Moskaus zur Zusammenarbeit mit dem Westen nachhaltig beeinflusste (Tyler 2000:109–110).

7.2.2 Manifestation der antisowjetischen Zusammenarbeit

Die langwierige Vorbereitung dieses ersten Gipfeltreffens macht deutlich, daß ein Festlegen auf unumstößliche und starre Vereinbarungen nicht zu erwarten war. Statt dessen mußte das zu beschließende Abkommen eine geschickte Kombination aus program-

matischen Zielvorstellungen und größtmöglicher Freiheit in der Frage ihrer konkreten Realisierung darstellen, um den USA auch in der Folgezeit eine pragmatische Anpassung an die aktuelle politische Situation zu ermöglichen. Daß Washington hier die weitaus besseren Voraussetzungen hatte, wurde mit der Erörterung der strategischen Rahmenbedingungen des Kooperationsbedarfs deutlich, doch bedeutete dies keineswegs, hier ohne Konzessionen einen Erfolg erzielen zu können.

Die Ausgangslage für den ersten Besuch eines amerikanischen Präsidenten in China war also günstig, so daß Nixon mit dem guten Gefühl im Gepäck nach Peking reisen konnte, daß ihm die Fortschritte im Verhältnis zur UdSSR – insbesondere im Hinblick auf die Rüstungskontrolle – einen größeren Verhandlungsspielraum einräumten, als es zu Beginn der Vorbereitungsgespräche den Anschein hatte. Um seine Flexibilität in der Taiwan-Frage zu demonstrieren, zog Washington daher vor Nixons Abreise alle nuklearfähigen Bomber aus Taiwan ab, vergaß darüber hinaus aber nicht, den chinesischen Akteuren ihre fortschreitende Bedrängung durch die Sowjetunion zu verdeutlichen: Kissinger versorgte China mit Satellitenaufnahmen, die sowjetische Truppen und Militäreinrichtungen an der Grenze zu China zeigten. Im Angesicht verbesserter amerikanisch-sowjetischer Beziehungen und der Demonstration dieser andauernden Gefährdung Pekings war es daher unschwer nachzuvollziehen, daß Mao in der Taiwan-Frage eine kompromißbereitere Haltung einnahm (Ross 1995:45–46).

Das Schanghaier Kommuniqué, das nach kontroversen Debatten schließlich am 27. Februar 1972 zwischen den USA und der Volksrepublik China unterzeichnet wurde, stellte die Entwicklung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen auf vier Säulen (Tyler 2000:141–142):

- Die Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik sei im Interesse aller Staaten;
- beide Seiten wollten die Gefahr eines militärischen Konflikts minimieren;
- jeglichen Hegemonie-Bestrebungen in der asiatisch-pazifischen Region würde eine Absage erteilt werden;
- keine Seite würde Vereinbarungen mit Dritten treffen, die gegen einen der Verhandlungspartner gerichtet seien.

Die Besonderheit dieses Konstrukts lag darin, daß es eigentlich eine Zusammenfassung bestehender Meinungsverschiedenheiten war, nachdem über die Hälfte des Textes der Feststellung gegensätzlicher Ansichten zu den verschiedenen Problemkreisen wie Taiwan oder Vietnam galt (Kissinger 1994:803–804). So bekräftigte China seine Position, wonach die Regierung der Volksrepublik die einzig legitime Regierung Chinas und Taiwan eine Provinz Festlandchinas sei. Darüber hinaus unterstrich Peking seine Sichtweise, daß das Verhältnis zu Taiwan als interne Angelegenheit zu regeln sei und sämtliche amerikanischen Truppen auf Taiwan daher abgezogen werden müßten. Die USA wiederum bestätigten die Ein-China-Doktrin, verdeutlichten jedoch gleichzeitig, daß ein militärischer Rückzug nur im Lichte einer friedlichen Lösung dieser Frage vollzogen werden würde: “With this prospect in mind, it affirms the ultimate objective of the withdrawal of all U.S. Forces and military installations from Taiwan. In the meantime, it will progressively reduce its forces and military installations on Taiwan as the tension in the area diminishes (Tyler 2000:142).”

Nicht ob ein Truppenabzug stattfindet, sondern nur noch wie viele Truppen abgezogen werden sollten, stand damit zur Debatte. Trotz der vorherigen Ankündigung Zhous, eine Verknüpfung mit der Taiwan-Frage nicht zuzulassen und statt dessen den Fahrplan der Vereinigung zu diskutieren, ging China auf einen Vorschlag der USA ein: Nach und nach sollten die Truppen auf Taiwan reduziert werden, „sobald sich die Spannungen verminderten“. Die Forderung nach einem vollständigen Abzug innerhalb einer bestimmten Zeit konnte daher abgewehrt werden und oblag fortan der wohlwollenden Einschätzung Washingtons (Ross 1995:47).

Die Verteilung der Kooperationsgewinne war somit eindeutig: Die USA nutzten ihre verbesserte strategische Situation, die ihnen durch die Erfolge in der Entspannungspolitik zuteil geworden war, und erreichten damit eine Annäherung an China zu minimalen Kosten. Nicht nur im Hinblick auf eine strategische Eingrenzung der UdSSR, sondern auch hinsichtlich des Vietnamkrieges war eine Einigung mit China unabdingbar, denn Washington glaubte, daß mit der Annäherung sowohl an Moskau als auch an Peking das nordvietnamesische Hanoi zu Zugeständnissen gezwungen werden könnte (Gu 1998:181–182). Chinas Position hatte sich zwar ebenfalls verbessert, doch war es langfristig der weiteren Entwicklung des Ost-West-Konflikts ausgeliefert, diente seine Rolle doch eher mittelbaren Zwecken. So kam es, daß die USA im Sog der Entspan-

nungspolitik zunehmend ihren Handlungsspielraum zurückgewannen, während China weiterhin unter einem gefährlichen Stillstand der Beziehungen zur UdSSR litt und sich damit zufriedengeben mußte, daß die USA den Status quo der amerikanisch-chinesischen Beziehungen nicht veränderten, sondern lediglich eine Aussicht auf eine solche Änderung präsentierten. Das einzige substantielle Zugeständnis der USA – Abzug der Truppen aus Taiwan, „as the tension in the area diminishes“ – war zudem so gestaltet, daß es ebenfalls als unbestimmte Absichtserklärung aufgefaßt werden mußte.

Obwohl die Normalisierung stockte, war eine Geringschätzung des bis dahin Erreichten aber nicht angebracht: Von weitaus größerer Bedeutung war nämlich, daß sich die Natur der amerikanisch-chinesischen Beziehungen grundlegend geändert hatte und der Weg für eine Zusammenarbeit gegen die UdSSR geebnet war, der sie letztlich in eine immer engere Partnerschaft führte (Mann 2000:56). China akzeptierte daher diese Politik der kleinen Schritte: Die beim Besuch Nixons angesprochene Eröffnung von „Verbindungsbüros“ in beiden Hauptstädten, zuvor von China noch brüsk abgelehnt, schien nun ebenfalls an Attraktivität zu gewinnen. Kissingers Besuch in Peking im Februar 1973 galt daher letzten Vorbereitungen dieser Zwischenlösung auf dem Weg zur Normalisierung. Die chinesische Führung war nun der Ansicht, daß es keineswegs eine Manifestierung zweier Chinas darstellte, wenn der diplomatische Kanal über die bisher noch nicht bekannte Einrichtung der Verbindungsbüros aufrechterhalten würde, sondern glaubte, hiermit einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Normalisierung vollziehen zu können, mit deren Beginn man in der zweiten Amtszeit Nixons rechnete (Ross 1995:50–52). Tatsächlich waren die 1973 eröffneten Verbindungsbüros ein Meilenstein auf dem Weg zur Normalisierung der Beziehungen: Nicht nur wurde hier die Basis für die Entwicklung der Handelsbeziehungen gelegt, sondern es zeigte auch Taiwan, daß der Weg, den Washington eingeschlagen hatte, unumkehrbar war (Tyler 2000:152).

Vor allem Henry Kissinger war vom strategischen Wert eines engen Verhältnisses zu China überzeugt und machte daher an Zhou Enlai Zugeständnisse, die später als „five assurances“ bekannt wurden. Neben der Bekräftigung der Verpflichtungen aus dem Schanghai-Kommuniqué und der Bestätigung, daß es nur ein China gebe und jedwede Unabhängigkeitsbestrebungen Taiwans nicht unterstützt werden würden, kündigte Kissinger sowohl den Abzug von U2-Spionageflugzeugen als auch aller nuklearen

Waffen von Taiwan an, so daß sich die amerikanische Präsenz auf Taiwan schließlich auf Kommunikation und Logistik beschränken würde (Tyler 2000:167). Washington wollte jedenfalls alles versuchen, diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik zustandezubringen, ohne einen vollständigen Abbruch der Beziehungen zu Taipeh zu riskieren. Es war die feste Absicht der USA, Peking in eine engere Partnerschaft mit Washington zu manövrieren, um die chinesische Position gegenüber der UdSSR zu stärken, nachdem alle anderen Optionen eines amerikanischen Beistandes im Falle einer sowjetischen Aggression für Washington noch unattraktiver waren (Tyler 2000:170–171).

Daß Kissinger noch anbrachte, weiterhin an politischen Beziehungen zu Taiwan unterhalb der Regierungsebene festzuhalten, schmälerte die chinesischen Hoffnungen auf eine baldige Normalisierung nicht, vielmehr machte man deutlich, daß bis zur Anerkennung Pekings als legitimer Regierung alle Maßnahmen zu unterlassen seien, die auch nur annäherungsweise eine Zwei-China-Politik nahelegen würden (Ross 1995:52–53). Die Gründe für das amerikanische Festhalten an Taiwan sah Kissinger ausschließlich im innenpolitischen Bereich: “Our difficulty is that we cannot immediately sever relations with Taiwan, for various reasons, all of them having to do with our domestic situation (Tyler 2000:173).”

Was China jedoch zunehmend Sorge bereitete, war die zunächst weiter fortschreitende Annäherung der Supermächte. Um die chinesische Besorgnis zu zerstreuen, machte Kissinger Peking daher klar, daß die USA einen Angriff auf die Integrität der Volksrepublik nicht dulden würden, da dies den Interessen der USA entgegenstünde. Kissinger hatte guten Grund für diese einseitige Selbstverpflichtung, denn die sowjetische Militärpräsenz an der chinesischen Grenze gab zu Besorgnis Anlaß, nachdem die sowjetische Staatsführung – ganz im Gegensatz zur amerikanischen Regierung – im chinesischen Nuklearwaffenarsenal ein mittelfristiges Gefährdungspotential erkannte, wie Breschnew anlässlich seines Besuchs in den USA bemerkte (Tyler 2000:159–162).

Bewertung der Kooperationsinhalte

Washington behielt mit dem Kommuniqué von Schanghai eine flexible Möglichkeit, auf die weitere Entwicklung in den bilateralen Beziehungen zu reagieren. Im Sinne einer Gefahr durch relative Gewinne war dieses Ergebnis zweigleisig: Zum einen konn-

te weiterhin auf etwaige chinesische Aggressionen reagiert werden – was die These reziproker Strategien zur Abwehr defektiver Handlungen stützt –, während zum anderen vor allem innenpolitische Erwägungen bei der Behandlung Taiwans eine Rolle spielten. Dies könnte bedeuten, daß ungeachtet solcher innersystemischer Rahmenbedingungen auch weitergehende Zusagen der USA hätten geleistet werden können, was eine Berücksichtigung relativer Gewinne nicht unbedingt bestätigen würde.

Insofern kann auch die These vertreten werden, daß internationale Verhandlungen eher als Kampf um größere absolute Gewinne verstanden werden können und relative Gewinne daher lediglich als Form der absoluten Gewinnsteigerung definiert werden müßten. Es ist jedenfalls alles andere als offensichtlich, ob die Verfahrensweise bezüglich Taiwans vor allem unter neorealistischen Vorzeichen betrachtet werden muß – Erhalt einer reziproken politischen Vergeltungsmöglichkeit, um den schädlichen Einsatz eines Vorteils in der Zukunft auszuschließen –, oder ob dies die neoliberale Sicht stützt, die lediglich die Orientierung an absoluten Nutzen gelten lassen will. Somit sprechen einige Indizien dafür, daß langfristige Überlegungen bezüglich relativer Machtzuwächse zwar virulent sein können, aber bei der kooperativen Bearbeitung drängender politischer Fragen in den Hintergrund gedrängt werden.

7.2.3 Stillstand der Normalisierungsbestrebungen

Daß der Fortgang der Normalisierungsbemühungen auf amerikanischer Seite schließlich zum Stillstand kam, war nicht den Bewertungen auf der Akteurebene zuzuschreiben, sondern allein den Rahmenbedingungen, die die politische Situation definierten. Nicht die Aussicht auf mögliche spätere Schäden durch zu weitgehende Zugeständnisse brachte den Fortgang der Verhandlungen zum Erliegen, sondern die innenpolitischen Ereignisse in den USA, die eine zweite Amtszeit Nixons verhinderten und einen schwachen Präsidenten zur Folge hatten.

Ford zeigte zumindest keinen Unwillen, die Normalisierung im Sinne seines Vorgängers fortzuführen, gehörte es doch zu seinen ersten außenpolitischen Amtshandlungen, der chinesischen Seite zu versichern, daß die Fortführung und Beschleunigung des Normalisierungsprozesses den prominentesten Platz auf der außenpolitischen Agenda des US-Präsidenten einnehmen würde (Tyler 2000:183). Obwohl er nicht als Außen-

politiker bekannt war, sah er doch die Möglichkeit, durch einen Handel mit China seine Chance für die Präsidentschaftswahl 1976 erheblich zu verbessern. Die Volksrepublik hingegen war alles andere als gewillt, eine zügige Einigung über das noch zu lösende Taiwan-Problem herbeizuführen, sie ging statt dessen sogar dazu über, eine friedliche Lösung, wie sie stets von den USA als zwingende Voraussetzung für den Abbruch der Beziehungen zu Taiwan genannt worden war, nicht mehr als politisches Ziel zu bestätigen, sondern schloß auch eine gewaltsame Übernahme nicht mehr aus (Hacke 2001:197–198).

Selbstverständlich konnte Ford in dieser Situation und angesichts solcher Forderungen kein Entgegenkommen zeigen, doch versuchte die amerikanische Regierung unter Ford stets, der chinesischen Führung ihren festen Willen zu weiteren Schritten auf dem Weg zur diplomatischen Anerkennung zu versichern, ohne jedoch den Normalisierungsprozeß zu forcieren. Diese prekäre Situation versetzte die USA in eine schwierige Verhandlungsposition angesichts des bevorstehenden Besuchs Fords in China. Es war daher nicht verwunderlich, daß Deng und andere Mitglieder der chinesischen Führung die provokante Frage stellten, welchem Zweck denn ein Treffen dienen sollte, das offensichtlich keinen signifikanten Durchbruch in der Normalisierungsfrage zulassen konnte. Da sich Peking seiner besseren Verhandlungsposition bewußt war und auch erkannte, daß Ford einen – wenn auch nur kosmetischen – außenpolitischen Erfolg brauchte, war es offensichtlich, daß China auf einen Verhandlungsgewinn aus war (Ross 1995:81–83).

Es ist nur unschwer nachzuvollziehen, daß sich die chinesische Regierung kaum mit einer solchen Ankündigung zufriedengeben wollte. China machte daher deutlich, daß die Taiwan-Frage weiterhin der kritischste Punkt in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen sein würde und daß man nicht länger bereit wäre, sich amerikanische Bedingungen in sogenannten inneren Angelegenheiten Chinas diktieren zu lassen. Die USA mußten daher nicht nur die Möglichkeit einer militärischen Konfrontation mit China infolge einer Invasion ernsthaft in Erwägung ziehen, sondern wurden durch Berichte über die geplante Entwicklung taiwanesischer Nuklearwaffen zusätzlich verunsichert (Tyler 2000:186–193). Peking übte somit zwar starken Druck auf die amerikanische Regierung aus, erkannte aber nicht, daß die USA zu jenem Zeitpunkt schlichtweg nicht in der Lage waren, den Normalisierungsprozeß abzuschließen. Noch zu Beginn seiner

Amtszeit hatte Ford in einem Schreiben an Mao versichert, daß der Normalisierungsprozeß vordringliches Ziel seiner außenpolitischen Arbeit sei. Es verdeutlichte sich aber immer mehr, daß zwar die Normalisierung an sich nicht zur Debatte stand, wohl aber der Zeitpunkt ihrer Realisierung, solange die amerikanische Innenpolitik einen Abbruch der Beziehungen zu Taiwan verhinderte (Ross 1995:77–78).

Deng Xiaoping forderte von den USA schließlich einen signifikanten Schritt, eine längst überfällige Gegenleistung für das chinesische Entgegenkommen der letzten Jahre, schließlich war es die amerikanische Regierung, die die Vollendung der Normalisierung für das Jahr 1976 angekündigt hatte. Die USA hatten die Vorteile der amerikanisch-chinesischen Annäherung sozusagen auf Kredit erhalten, doch waren sie bisher nicht in der Lage oder willens gewesen, die Rückzahlung dieses Kredites – in der Form einer Vorbereitung Taiwans und der amerikanischen Öffentlichkeit auf die letztlichen Folgen einer Normalisierung – auch ernsthaft und mit allen Konsequenzen umzusetzen (Tyler 2000:195–196).

Es lag wiederum an Kissinger, mit der chinesischen Regierung eine Einigung über den künftigen Fahrplan der Normalisierung zu erzielen. Er verdeutlichte daher, daß ein Rückzug aus Taiwan zwar geplant werden könnte, doch zu jenem Zeitpunkt ebenso wenig opportun wäre wie die Aufkündigung des *Mutual Defense Treaty*. Zwar wollten die USA diplomatische Beziehungen mit Peking aufnehmen, doch Verbindungsbüros sollten weiterhin in Taipeh bestehen bleiben; Washington wollte somit eigentlich die Quadratur des Kreises: normalisierte Beziehungen mit Peking und gleichzeitig einen Verteidigungsvertrag mit Taiwan (Tyler 2000:196–197). Kissinger, der die Verhandlungen mit Deng führte, mußte auf einem militärischen Bündnis mit Taipeh bestehen, denn ansonsten würde China ohne Rücksicht auf amerikanische Interessen die Eingliederung Taiwans in die Volksrepublik auch gewaltsam lösen; die völkerrechtlich logische Aufkündigung des *Mutual Defense Treaty* infolge der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Peking würde daher letztlich ein Ergebnis zur Folge haben, das nicht nur der amerikanischen Öffentlichkeit nicht vermittelt werden könnte (Tyler 2000:196–98).

Peking war sich zu diesem Zeitpunkt noch sicher, den bevorstehenden Besuch des amerikanischen Präsidenten in einen chinesischen Vorteil verwandeln zu können, schließlich schienen die USA angesichts ihrer innen- und außenpolitisch schwierigen La-

ge einen Erfolg nötig zu haben. Und aufgrund dieses größeren Interesses war man sich sicher, daß die USA in Erwartung und Hoffnung eines erfolgreichen Abschlusses zu Konzessionen bereit seien und die chinesischen Bedingungen akzeptierten. Auch außenpolitisch konnte die Volksrepublik in dieser Phase eine vorteilhaftere Position beziehen, da sie sich die amerikanische Schwäche zunutze gemacht hatte und sich als antisowjetisches Schutzschild für die südostasiatischen Nachbarn in Stellung bringen konnte: Der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Malaysia 1974 sowie mit Thailand und den Philippinen im folgenden Jahr folgte die Anerkennung als einzige legitime Regierung Chinas durch Singapur 1976. Die ASEAN-Staaten beendeten damit nicht nur die Isolation der Volksrepublik in der Region, sondern verringerten auch die Abhängigkeit von den USA (Ross 1995:71).

Deng präsentierte Kissinger daher die „drei Prinzipien der Normalisierung“, von denen China als Voraussetzung normalisierter Beziehungen keinesfalls abrücken wollte:

- Abbruch der Beziehungen zu Taiwan,
- Abzug aller amerikanischer Truppen sowie
- Aufkündigung des Verteidigungsvertrages.

Konkrete Fortschritte auf dem Weg zur Normalisierung als Gegenleistung für seine Zusammenarbeit gegen die UdSSR waren daher das Ziel, das Peking beim Besuch Fords 1975 durchsetzen wollte. Man war sich durchaus bewußt, daß die USA Hilfe im Kampf gegen die Sowjetunion benötigten und verdeutlichte daher, daß die chinesische Kooperation keine Selbstverständlichkeit sei. So verlangte man nicht nur ein Entgegenkommen in der Taiwan-Frage, sondern auch – entgegen offizieller Verlautbarungen der Regierung Ford – Waffenlieferungen der USA, da Handelsbeziehungen nach chinesischer Sicht auch den Handel mit Militärmaterial beinhalteten. Auch in diesem Punkt war ein Einlenken der amerikanischen Regierung kaum möglich, denn die dadurch provozierten Auswirkungen auf das Gleichgewicht mit der UdSSR waren nicht abzusehen (Cohen 1976:24–28). Doch obwohl China bereit war, die Beziehungen notfalls abkühlen zu lassen, war man an einer Gefährdung des Verhältnisses zu Washington nicht ernsthaft interessiert, man präsentierte schlichtweg seine Maximalforderung in der Hoffnung, einen günstigen Kompromiß herauszuarbeiten (Ross

1995:84). Kissinger wiederum wurde nun klar, daß die Normalisierung keineswegs mehr vor den Wahlen 1976 stattfinden würde – die Verhandlungen seitens Washington kamen daher zum Stillstand (Tyler 2000:199–200).

US-Präsident Ford war nämlich nicht in der Lage, den begonnenen Normalisierungsprozeß weiterzuführen, denn die innenpolitischen Anforderungen einer solchen Politik waren zu diesem Zeitpunkt alles andere als ideal. Die einzigen Zugeständnisse, zu denen sich die USA in der Lage fühlten, waren weitere Truppenreduzierungen auf Taiwan, die man schon 1973 eingeleitet hatte: Wurden zunächst vor allem Transportflugzeuge und etwa 3.000 Soldaten abgezogen, so folgte ein Jahr später der Abzug aller Kampfflugzeuge und eine weitere Reduzierung der Truppen auf 2.800 Mann (Ross 1995:80). Diese erheblichen Truppen- und Waffenreduzierungen waren zwar ein deutliches Signal der amerikanischen Kooperationsbereitschaft, konnten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Regierung Ford weitergehende Schritte auf dem Weg zur Normalisierung innenpolitisch nicht durchsetzen konnte. Das einzige, was der amerikanischen Regierung übrigblieb, war die Normalisierung für den Fall zu planen, daß Ford die Präsidentschaftswahlen 1976 gewinnen sollte (Ross 1995:86).

Peking gab daher zu verstehen, daß es stabile Beziehungen zumindest zu diesem Zeitpunkt höher bewertete als einen Durchbruch in der Normalisierungsfrage. Die Reise Fords nach Peking verlief daher freundlich, jedoch ohne nennenswerte Ergebnisse (Ross 1995:85). Obwohl China somit eine günstige Verhandlungsposition innehatte, war es nicht in der Lage, diesen Vorteil auch um jeden Preis umzusetzen: Die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR hatten sich verschlechtert, während Peking im asiatischen Raum einige diplomatische Erfolge erzielen konnte. Seine Position war daher besser als zu Beginn des Dialogs mit den USA, jedoch nicht so stark, daß man die Kooperation mit den USA hätte riskieren können (Ross 1995:72)

Bewertung der Kooperationsinhalte

Gerald Fords Präsidentschaft stand zwar im Zeichen einer zunehmenden Bedrohung durch die Sowjetunion, doch eine Reaktivierung des strategischen Dreiecks gelang ihm nicht. Zwar könnte man meinen, daß die chinesischen Forderungen – jene „drei Prinzipien der Normalisierung“ – die amerikanische Regierung von einer kooperativen

Vereinbarung abhielten, weil sie, verstanden als relative Gewinne, langfristige Kooperationsvorteile der USA verhindert hätten, doch spricht gegen diese Vermutung, daß Ford zu einem solchen Schritt nach erfolgreicher Wahl bereit gewesen wäre und auch der nachfolgende Präsident Carter letztendlich einen Weg gefunden hat, die Normalisierung durchzusetzen.

7.2.4 Neuordnung der strategischen Agenda unter Carter

Zunächst jedoch spielte im außenpolitischen Konzept der neugewählten amerikanischen Regierung unter Präsident Carter die Normalisierung mit der Volksrepublik China nur eine untergeordnete Rolle, denn der Weg zur Entspannung lag für Carter nicht im strategischen Dreieck, sondern allein in Moskau. Carter hielt zwar an der Normalisierung mit China nach der „Japan-Formel“ fest¹, doch hatte er ebenfalls keine Lösung für die Frage, wie die Sicherheit Taiwans dann weiterhin gewährleistet werden konnte. Vance sollte daher mit der chinesischen Regierung einen Rahmen abstecken, innerhalb dessen die Normalisierung voranschreiten könnte.

Die Forderungen, die der amerikanische Außenminister Vance präsentierte, entsprachen aber alles andere als den chinesischen Vorstellungen: In der Erwartung, ohnehin keinen Erfolg zu erzielen, präsentierte der Außenminister die amerikanischen Maximalforderungen und gab an, auch weiterhin amerikanische Regierungsvertreter in Taiwan zu belassen – ein klarer Bruch früher gemachter Versprechungen durch Nixon und Kissinger, die der chinesischen Führung eine Lösung ähnlich der Japan-Formel zugesagt hatten, was wiederum den Abbruch offizieller und diplomatischer Beziehungen mit Taiwan bedeutet hätte (Mann 2000:82–83). Darüber hinaus wollte die amerikanische Regierung die Beziehungen nur dann normalisieren, wenn sie Taiwan weiterhin mit Waffen beliefern dürfte und nach der vollzogenen Normalisierung offiziell das amerikanische Interesse an einer friedlichen Lösung der Taiwan-Frage bekanntgeben könnte (Oksenberg 1982:182). Sollte die Volksrepublik diese Bedingungen akzeptie-

¹Die drei Prinzipien, die Peking als Voraussetzung einer Normalisierung nicht aufgeben wollte, werden gemeinhin mit „Japan-Formel“ umschrieben, weil die japanische Regierung Beziehungen mit Peking aufgenommen und gleichzeitig alle diplomatischen Bande mit Taiwan gekappt hatte; die Beziehungen mit Taipeh wurden fortan lediglich über inoffizielle Repräsentanten ohne politische Funktion aufrechterhalten (Mann 2000:82–83).

ren, dann würden die USA ihre gesamten Truppen und das komplette militärische Personal aus Taiwan abziehen und die Volksrepublik China als einzig legitime Regierung anerkennen. Obwohl dies das erste Mal war, daß ein offizieller Vertreter der USA erklärte, zur Normalisierung der Beziehungen bereit zu sein, war die chinesische Regierung alles andere als erfreut und wiederholte ihre Forderungen: Auflösen des Vertrages mit Taiwan, Abzug aller Truppen und vollständiger Abbruch der Beziehungen (Ross 1995:108–109).

Ein möglicher Abbruch der Beziehungen zu Taiwan stieß jedoch nicht bei allen amerikanischen Regierungsvertretern auf Widerwillen; insbesondere Carters Nationaler Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski war der festen Überzeugung, mit der Wiederbelebung des strategischen Dreiecks durch enge Beziehungen mit China einen erheblichen Vorteil gegenüber der UdSSR erzielen zu können. In einem 1977 veröffentlichten Dossier hatte er empfohlen, in Übereinstimmung mit den Zugeständnissen der Vorgänger die Beziehungen zur Volksrepublik zu normalisieren, was heißt: Kündigung des *Mutual Defense Treaty*, Abzug aller amerikanischen Truppen und Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Taiwan. Einen konkreten Zeitplan ließ diese Studie allerdings vermissen. Das wichtigste Problem blieb somit, wie und auf welche Art die Beziehungen zwischen den USA und Taiwan nach der Normalisierung aufrechterhalten werden konnten (Brzezinski 1977).

Doch auch Carter begriff zögernd, daß der strategische Wert Chinas von ihm bisher unterschätzt worden war und die Entspannungspolitik nicht die erwünschten Erfolge brachte. Mit einem Besuch Brzezinskis in Peking wollte Präsident Carter daher deutlich machen, daß man sich in gleicher Weise wie China durch die Sowjetunion bedroht fühlte und deswegen auf eine verstärkte Zusammenarbeit hoffte. Der Sicherheitsberater sollte daher – dem Wunsch des Präsidenten entsprechend – der chinesischen Führung übermitteln, daß Washington die drei Bedingungen Chinas für eine Normalisierung akzeptiert hätte und bereit wäre, ernsthafte Verhandlungen über eine schnelle Normalisierung zu führen, wenn auch in der Frage Taiwans eine zufriedenstellende Lösung gefunden werden könnte (Tyler 2000:252–255).

Der Abbruch der Beziehungen zu Taiwan war damit mittelfristig unausweichlich. Die USA wollten sich allerdings das Recht vorbehalten, auch nach der Normalisierung Waffen an Taiwan zu liefern. Diese Forderung, nun zum ersten Mal gestellt, zog sich

weiter durch die Verhandlungen und blieb auch nach der Normalisierung der wesentliche Punkt, der zu Problemen führte. Die weiteren amerikanischen Bedingungen waren weniger dramatisch und schwächten die von Vance ursprünglich vorgetragenen Forderungen weiter ab: Aufrechterhaltung der ökonomischen und kulturellen Beziehung mit Taiwan und keine öffentliche Verurteilung einer amerikanischen Erklärung, daß man eine friedliche Lösung des Taiwan-Problems erwartete. Nachdem man mehrfach die Bedingung präsentierte, Waffenlieferungen an Taiwan auch nach der Normalisierung aufrechtzuerhalten, lag es nun bei Peking, den nächsten Schritt zu machen (Ross 1995:131–133).

Eine Fortsetzung amerikanischer Waffenverkäufe nach Taiwan war für China sehr sensibel, schließlich wurde damit die Souveränität der Volksrepublik über Taiwan in Frage gestellt. So war es auch wenig überraschend, daß Peking die amerikanischen Bedingungen in den ersten Verhandlungsrunden zunächst strikt zurückwies. Deng Xiaoping machte in der Folge zumindest deutlich, daß bei Anwendung der „Japan-Formel“ die USA Wirtschafts-, Handels- und Kultur-Beziehungen mit Taiwan aufrechterhalten könnten (Ross 1995:135). Nicht nur die USA sahen sich gezwungen, auf einen Kompromiß hinzuarbeiten; auch Deng mußte einen Erfolg vorweisen, hatte er doch die Kontrolle über die Außenpolitik übernommen, jedoch noch nicht über die Wirtschaftspolitik. Wenn er daher eine Normalisierung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen erreichen konnte, ohne Kompromisse in vitalen Punkten zu machen, dann würde dieser diplomatische Erfolg auch zu seinem allgemeinen Prestige beitragen und ihn zur wichtigsten Stimme der chinesischen Politik machen (Ross 1995:108).

Dennoch blieben die Differenzen bestehen; zudem gerieten die USA mit Brzezinskis Besuch und seinem unumwunden vorgetragenen Standpunkt, mit chinesischer Hilfe aktiv gegen sowjetische Hegemoniebestrebungen zusammenzuarbeiten, in Bedrängnis: Carters Einschätzung, daß die amerikanischen Normalisierungsbemühungen den Fortgang der SALT-Gespräche nicht gefährden würden, erwies sich als Trugschluß; die UdSSR reagierte gereizt auf den diplomatischen Vorstoß der USA und blockierte den weiteren Verlauf der Rüstungsverhandlungen (Talbot 1980:524). Hinzu kam, daß der amerikanische Wunsch, Taiwan mit Waffen zu versorgen, weiterhin nicht auf Gegenliebe in der chinesischen Führung stieß, so daß die Normalisierung letztlich in eine Sackgasse geraten war. Die Regierung Carter ging daher in die Offensive: Der chinesi-

schen Regierung wurde ein vorläufiges Kommuniqué übermittelt, das die Herstellung von vollständigen diplomatischen Beziehungen zum 1. Januar 1979 ankündigte und gleichzeitig feststellte, daß nur Peking als einzige Regierung Chinas betrachtet würde – man wollte sehen, ob und wie die Volksrepublik auf diesen klar terminierten Vorschlag reagieren würde (Tyler 2000:256-261).

Obwohl die Differenzen über die Taiwan-Frage noch nicht ausgeräumt werden konnten, entschied sich die chinesische Regierung, auf dieses Angebot einzugehen. Zweifelsohne hat die geschickte Verhandlungsführung der USA zu dieser zügigen Entscheidungsfindung beigetragen, hatte Brzezinski doch erläutert, daß auch die Verhandlungen mit der UdSSR vor einem Abschluß standen und Breschnew zu einem Besuch in Washington erwartet würde. Er drückte daher seinen Wunsch aus, daß ein Besuch Dengs oder Hua Guofengs dem amerikanisch-sowjetischen Gipfel vorausgehen sollte, was natürlich vom Fortgang der Normalisierung abhinge. Washington machte zudem deutlich, die Verhandlungen im Januar abschließen zu wollen, da ansonsten die Normalisierung auf unbestimmte Zeit verschoben werden müßte. Unter anderen Umständen hätte China sicherlich die Entscheidung zur Normalisierung hinausgezögert, um weiter über das Problem der Waffenlieferungen an Taiwan zu verhandeln. Doch die Aussicht auf die Entspannung des Verhältnisses der Supermächte und die immer wahrscheinlicher werdende Invasion Kambodschas durch Vietnam zwangen Peking, diesen Kompromiß einzugehen (Ross 1995:136–139).

Den USA kam dabei gelegen, daß sich das Sicherheitsumfeld auch für China maßgeblich zu verschlechtern drohte, nachdem Moskau im November 1978 einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag mit Vietnam unterzeichnete, der klar zum Ausdruck brachte, daß Hanoi seine Stellung in Asien ausgebaut wissen wollte. Deng Xiaoping, der seine Position im Pekinger Machtkonzert stabilisieren konnte, begriff diesen neuerlichen Affront Hanois und leitete daher die Aufnahme von Verhandlungen mit den USA in die Wege (Tyler 2000:259–260).

China reagierte daher positiv auf den Vorschlag der USA, doch die amerikanische Forderung, auch nach der Kündigung des *Mutual Defense Treaty* Taiwan weiterhin mit Waffen zu versorgen, blieb Gegenstand der Diskussionen; dennoch sollte der geplante Normalisierungstermin durch diesen Streitpunkt nicht verzögert werden, so daß man schließlich übereinkam, die Klärung dieser Frage zunächst offen zu lassen (Tyler

2000:268–269). Doch im Grunde genommen hatte Deng gar keine andere Wahl, als diese Frage aufzuschieben, denn schließlich stand nicht nur die Normalisierung auf dem Spiel, sondern auch seine Reputation zu Hause und seine strategischen Möglichkeiten, Vietnam und der UdSSR die Stirn zu bieten. Er behielt sich jedoch das Recht vor, diesen nur aufgeschobenen Punkt bei geeigneter Gelegenheit wieder auf die Tagesordnung zu setzen (Tyler 2000:292).

China zog daher aus der Normalisierung der Beziehungen mit den USA erhebliche Vorteile und erhöhte seine Sicherheit gegenüber der Sowjetunion maßgeblich. Peking konnte sich nach der vollzogenen Normalisierung die neue strategische Partnerschaft bereits im Falle Hanoi zunutze machen, als es eine begrenzte Offensive auf Vietnams Nordgrenze startete, um dem vietnamesischen Dominanzstreben deutliche Grenzen aufzuzeigen. Washington, das von Peking über die Invasionspläne unterrichtet worden war, verurteilte zwar öffentlich den Angriff und verneinte jegliche Absprache mit Peking, doch gab es innerhalb amerikanischer Regierungskreise nur wenig Zweifel daran, daß sich diese Aktion gegen die UdSSR richtete und damit auch gegen einen gemeinsamen Gegner; die Gleichung des strategischen Dreiecks war damit wiederhergestellt, auch Carter konnte sich dieser Logik nicht entziehen (Tyler 2000:279–282).

Bewertung der Kooperationsinhalte

Obwohl es China seit 1971 stets vorgezogen hatte, die amerikanische Bereitschaft abzuwarten, eine Normalisierung zu chinesischen Bedingungen zu akzeptieren, anstatt weniger zufriedenstellende Kompromisse einzugehen, hatte es nun keine Zeit mehr, auf diesen Moment zu warten. Die strategischen Umstände zwangen Peking, der amerikanischen Forderung nach Waffenlieferungen nachzugeben und damit die Ein-China-Bedingung zu unterminieren. Eine Zustimmung zu diesen Waffenlieferungen hat China jedoch nie gegeben, vielmehr war die Normalisierung so vorrangig, daß das Problem zurückgestellt werden mußte und daher erst dann wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte, wenn die strategische Situation Chinas eine bessere Verhandlungsposition gegenüber den USA erlaubte (Ross 1995:141). Deng präziserte daher die chinesische Haltung: Amerikanische Waffenverkäufe würde man weiterhin nicht gutheißen, doch Gewalt gegen Taiwan würde man nur dann anwenden, wenn es sich über einen längeren Zeitraum jeglichen Verhandlungen verschlösse oder wenn die So-

wjetunion nach einem amerikanischen Abzug versuchen sollte, mit Taipeh eine Allianz zu bilden (Tyler 2000:277).

Doch auch die USA zogen eindeutige Vorteile aus der Normalisierung der Zusammenarbeit: Nicht nur die in der Folge einsetzende Belebung der wirtschaftlichen Beziehungen fußt auf dieser politischen Kooperation, sondern auch die strategische Positionsverbesserung der USA im Hinblick auf die UdSSR. Auffällig ist jedoch die Frage fortgesetzter Waffenlieferungen nach Taiwan: Hier wird augenscheinlich, daß die Vereinigten Staaten ein explizites strategisches Interesse durchsetzen konnten, ohne das die Normalisierung mit China sicherlich nicht zustandegekommen wäre. Wären die USA gezwungen gewesen, die Bedingungen Chinas zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen ohne eine solche Vereinbarung akzeptieren zu müssen, so wäre die Kooperation in diesem Falle mit hoher Wahrscheinlichkeit gescheitert, da der relative Vorteil der Volksrepublik offensichtlich und die Chance auf langfristige Kooperationsgewinne für die USA möglicherweise gering gewesen wäre. Weil aber China ebenfalls unter erheblichem Druck stand, gelang es der amerikanischen Regierung, Fortschritte in den bilateralen Beziehungen zu erreichen, ohne einen relativen Verlust zu erleiden. Insofern war der beiderseitige Kooperationsbedarf ausschlaggebend dafür, daß die Aussicht auf einen langfristigen Gewinn dominierte und eine Gefährdung der Kooperation durch relative Gewinne nicht zum Tragen kam.

7.2.5 Ausweitung der Kooperation nach der Normalisierung

Doch genausowenig wie das Problem der Waffenlieferungen von der chinesischen Agenda verschwinden wollte, konnten die USA ohne spürbaren Widerstand die Beziehungen zu Taiwan abbrechen. Obwohl es abzusehen war, daß nach der Normalisierung das Verhältnis zu Taiwan durch den Kongreß geregelt werden mußte – mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen verloren viele Verträge schließlich ihre völkerrechtliche Gültigkeit –, hatte es das Weiße Haus bisher versäumt, die Kongreßführer über die China-Politik des Präsidenten ausreichend zu informieren.

Nachdem eine völlig überraschte Öffentlichkeit (und ein nicht minder überraschter Kongreß) am 1. Januar 1979 erfahren mußte, daß die Beziehungen zu Taiwan abgebrochen würden und statt dessen vollständige diplomatische Beziehungen mit der Volksre-

publik China aufgenommen werden sollten, ließ eine scharfe Antwort des Kongresses nicht lange auf sich warten, schließlich hatte Carter die im *International Security Assistance Act* geforderte vorherige Konsultation mit dem Kongreß schlichtweg ignoriert (Javits 1981:55). Als Ergebnis seiner Beratungen präsentierte der Kongreß schließlich seinen *Taiwan Relations Act*; dort wurde eine Sicherheitszusage der USA festgehalten, die dem des *Mutual Defense Treaty* nur wenig nachstand: Daß sich dort die USA verpflichteten, Taiwan mit Defensivwaffen zu versorgen und auch im Krisenfall alle militärischen Mittel bereitzustellen, um seine Selbständigkeit zu gewährleisten, stellte sowohl Carter als auch Deng vor vollendete Tatsachen, denn gerade diese Frage hatte man ja zuvor wohlweislich ausgeklammert (Oksenberg 1986:215–217).

Der amerikanische Kongreß war aber weniger darauf aus, ausschließlich die Fortführung des militärischen Schutzes für den langjährigen Verbündeten auf eine rechtliche Grundlage zu stellen. Es war auch die Sorge um das gesellschaftliche und ökonomische System Taiwans, das die Kongreßmitglieder ebensowenig vom kommunistischen China diktiert sehen wollten wie die amerikanischen Beziehungen zu Taiwan. Obwohl die Normalisierung grundsätzlich bejaht wurde, bedurfte sie doch der korrigierenden Rahmenbedingungen des *Taiwan Relation Acts*, um nicht im Kongreß zu scheitern (Javits 1981:56–59). Dennoch konnte der *Taiwan Relations Act* einer Vertiefung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen zunächst nur wenig anhaben; militärische, ökonomische, wissenschaftliche und kulturelle Bindungen sollten möglichst schnell in regelmäßigen Bahnen stattfinden, um die Grundlage für stabile Beziehungen zu schaffen.

China war zuerst an einer Vertiefung der militärischen Beziehungen interessiert, da in seinen Augen nur das die notwendige Substanz in den amerikanischen Beitrag zu seiner Sicherheit beitragen würde, schließlich würde der Zugang zu westlicher Technologie die chinesischen Verteidigungsfähigkeiten verbessern und die technische Qualität der Volksbefreiungsarmee erhöhen. In Washington herrschte jedoch keine Einigkeit darüber, auf welche Art eine militärische Beziehung gestaltet werden könnte, denn auch jetzt mußte das amerikanisch-chinesische Verhältnis auf die Beziehungen zur UdSSR Rücksicht nehmen. Vance war beispielsweise der Ansicht, daß solche Bindungen zu einer Provokation der UdSSR führen könnten und damit die Entspannung gefährdeten, während Brzezinski gerade in der Konfrontation mit Moskau durch mili-

tärische Beziehungen mit Peking einen Weg sah, die Sicherheit der USA zu garantieren (Ross 1995:144–145).

Brzezinski verdeutlichte Deng, wie er sich eine engere militärische Zusammenarbeit vorstellen könnte: Die islamische Revolution im Iran hatte zur Folge, daß die USA einen hochgerüsteten Radar- und Horchposten im Nordiran aufgeben mußten, der bis dahin sämtliche militärischen Bewegungen und Aktionen der UdSSR in Zentralasien erfassen konnte. Eine gemeinsame Basis wäre daher ein geeigneter Weg, die Zusammenarbeit gegen die Sowjetunion an jener Stelle fortzusetzen. Deng Xiaoping war für diesen Vorschlag durchaus offen – nicht so sehr der strategische Gewinn faszinierte ihn, sondern die Aussicht, den Hochttechnologie-transfer, der dringend notwendig war für die Modernisierung Chinas, hiermit zu beschleunigen (Tyler 2000:278). Zudem konnte sich Deng eines Erfolges sicher sein: Trotz der anfänglichen Zurückhaltung auf amerikanischer Seite hatte sich nun auch Carter zur Lieferung von Waffen nach China durchgerungen – auch wenn es sich zunächst nur um Satelliten-Bodenstationen handeln sollte, die vor allem agrarwirtschaftlich und ökonomisch von Nutzen waren – und damit die Einschätzung Dengs bestätigt: Auch die USA sahen in der UdSSR wieder die Hauptbedrohung für die gemeinsame Sicherheit (Talbot 1980:527–528).

Bis zu diesem Zeitpunkt waren chinesische Wünsche stets dem Verhältnis zu Moskau untergeordnet worden. Solange die US-Regierung unter Carter glaubte, das Interesse Moskaus für eine Begrenzung der Rüstung mobilisieren zu müssen, sah man keinen Vorteil darin, es mit unnötigen Statements zu den amerikanisch-chinesischen Beziehungen zu verärgern. Aus diesem Grund bürgerte sich auch ein bestimmtes Muster in der Exportfrage militärischer Technologie nach China ein: Solange kein Grund existierte, die amerikanisch-chinesischen Beziehungen zu konsolidieren, solange die Entspannung mit Moskau wichtiger war, solange sollte jede unnötige Provokation vermieden werden – und dazu gehörte auch, keine Hochttechnologie oder Dual-Use-Produkte nach China zu exportieren (Ross 1995:116–117).

Nun aber, nachdem die Konfrontation mit der Sowjetunion in einen neuen kalten Krieg geführt hatte, unterstrich man mit gegenseitigen Besuchen der Verteidigungsminister letztendlich die diplomatische Form der neuen militärischen Bande. Die ursprünglichen Befürchtungen von Verteidigungsminister Vance hatten spätestens 1979 keine Gültigkeit mehr, als auch Präsident Carter soweit war, den Verkauf militärischen Ma-

terials nach China ohne Rücksicht auf sowjetische Reaktionen zu unterstützen; der Einfluß des Außenministers war damit offensichtlich geschwunden. Ein Jahr später formalisierte man schließlich den Status der Volksrepublik, als man ihr durch eine Umstufung in der Export-Kategorie einen erweiterten Zugriff auf bestimmte militärische Ausrüstungsgegenstände einräumte, der den Ländern des sowjetischen Einflussesbereichs verwehrt blieb. Letztendlich wurden die Handelsbeschränkungen in der Folge immer weiter aufgeweicht und erlaubten schließlich den Export ziviler Hubschrauber, Computer- und Kommunikationstechnik bis hin zur Installation von Horchstationen im westlichen China: die sowjetische Außenpolitik hatte die USA somit in eine Sicherheitsbeziehung mit China getrieben (Ross 1995:147–150).

Noch fruchtbarer entwickelten sich die Handelsbeziehungen beider Länder. Im Gegensatz zur militärtechnischen Kooperation war der Nutzen einer solchen Politik in der Regierung Carter kaum umstritten, obwohl China am meisten von erweiterten Handelsbeziehungen profitieren konnte. Für China bedeutete dies nicht nur den Zugang zu westlicher Technologie und dem amerikanischen Markt, sondern auch die Chance, dadurch Devisen zu erwerben. Den USA war dieser asymmetrische Vorteil bewußt, schließlich hatten sie Jobverluste durch Billiglöhne zu fürchten, ohne in gleichem Maße Nutzen aus dem noch unterentwickelten bzw. nichtexistenten chinesischen Markt zu ziehen. Daher waren es in diesem Segment vor allem innenpolitische Erwägungen, die das Tempo weiterer Fortschritte diktierten, obwohl in der Frage des Meistbegünstigungsstatus schon zu jenem Zeitpunkt außenpolitische Fragen eine Rolle spielten (Ross 1995:151–152).

Bewertung der Kooperationsinhalte

Unter strategischen Gesichtspunkten verlief die weitere Entwicklung jedoch unerwartet kühl: China begann, sich langsam von den USA zu distanzieren und sich gleichzeitig an die bis dahin verfeindete Sowjetunion anzunähern. Was auf den ersten Blick unverständlich scheint – schließlich hatte man gerade die lang umkämpfte Normalisierung erreicht –, wird bei näherem Hinsehen nachvollziehbar: Vor allem die zunehmenden Spannungen zwischen den Supermächten schienen China eine bessere strategische Position zu ermöglichen, um unter Ausnutzung des strategischen Dreiecks nun auch eine Normalisierung der Beziehungen mit der Sowjetunion zu erreichen. Daß das

Verhältnis mit der amerikanischen Regierung durch die weiterhin bestehende Uneinigkeit in der Taiwan-Frage ebenfalls nicht frei von Belastungen war, verstärkte noch den Wunsch Chinas, nun eine Politik der Äquidistanz anzustreben (Gu 1998:193). Deutlich wird hier die geschmeidige Anpassung der Außenpolitik Pekings an machtpolitische Realitäten, denn im Denken der chinesischen Strategen wird eine starre Einteilung der Akteure abgelehnt, vielmehr gilt Macht als dynamisches Phänomen, das die Staaten ständigen Anpassungen unterwirft und sie zwischen „weaker-becoming-stronger“ und „powerful-becoming-weaker“ fließen läßt (Oksenberg 1971:25–26).

Es darf aber keinesfalls übersehen werden, daß aus amerikanischer Sicht die Vertiefung der Kooperation nicht unproblematisch zu werden drohte. Die Vorsicht, die man bei der Entwicklung militärischer Beziehungen und dem Export von Hochtechnologie nach China an den Tag legte, zeigt, daß die „klassischen“ Kooperationsanreize, die China bisher zu einer Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten bewegten und auch als Druckmittel eingesetzt werden konnten, langsam aber sicher eines Nachfolgers bedurften, um die Volksrepublik auch weiterhin zu einem kooperativen Verhalten bewegen zu können. Relative Gewinne spielten zu jenem Zeitpunkt zwar noch keine Rolle, doch die langfristigen Erfolgsaussichten der amerikanisch-chinesischen Zusammenarbeit sollte in der Folge größeren Belastungsproben ausgesetzt werden.

7.3 Zusammenfassung und Bewertung

Die Politik des strategischen Dreiecks initiierte und forcierte maßgeblich die Entwicklung der amerikanisch-chinesischen Zusammenarbeit. Sowohl auf amerikanischer als auch auf chinesischer Seite existierte eine Präferenz für die Kooperation der beiden Staaten, die erhebliche Gewinne für beide Seiten versprach. Die gleiche strategische Rechnung führte aber dazu, daß bis zum Beginn substantieller Verhandlungen der außenpolitische Gewinn der USA auch auf dem Wege direkter Verhandlungen mit der UdSSR verbucht werden konnte, so daß großzügige Konzessionen nicht notwendig waren. Die Kooperationspräferenz der USA war in dieser Phase daher geringer, da sich der Vorteil der Zusammenarbeit mit China bereits durch bloße Absichtserklärungen ausgezahlt hatte und die sowjetische Führung zur Zusammenarbeit mit den USA bewog.

Gerald Fords Präsidentschaft stand schließlich ganz unter dem Eindruck der innenpolitischen Beschränkungen, die nach dem Watergate-Skandal und dem Desaster in Vietnam eine aktive außenpolitische Präsidentschaft verhinderten. Obwohl die Dreiecksrechnung gerade in der Phase des wachsenden sowjetischen Erfolgs eine Annäherung an China angeraten hätte, konnte sich der amerikanische Präsident nicht substantiell auf China zubewegen, weil potentiellen Gewinnen des erforderlichen Kooperationsangebots hohe innenpolitische Kosten gegenüberstanden. Daß keine ungleiche Gewinnverteilung in dieser Phase als Grund für den Stillstand in den Beziehungen angeführt werden kann (obwohl China, wie sich zeigen wird, erhebliche Forderungen stellte), kann damit erklärt werden, daß Fords Nachfolger diesen Schritt tätigen konnte, weil die innenpolitischen Kosten niedriger ausfielen.

Obwohl Jimmy Carter die Normalisierung der Beziehungen letztlich abschloß, war die erste Phase seiner Präsidentschaft durch eine Überwindung des Ost-West-Konflikts mittels entspannungspolitischer Maßnahmen und weniger durch das Ausspielen der „China-Karte“ gekennzeichnet, so daß hier keine amerikanische Präferenz für die Kooperation mit China festgestellt werden kann. Die Entspannungspolitik Carters und die sowjetische Expansion in Indochina führten jedoch zu einer erheblichen Verschlechterung der strategischen Situation Chinas. Zusätzliche Schwierigkeiten bereitete der schlechte Gesundheitszustand Maos und die Transformation des außenpolitischen Entscheidungsprozesses nach seinem Tod im September 1976. Erst im August 1977 gelang es Deng, die Kontrolle über die chinesische Außenpolitik zu erlangen und die innenpolitische Instabilität zu überwinden (Ross 1995:98).

China war daher sehr daran gelegen, in der Frage der Normalisierung Fortschritte zu erzielen, und trat angesichts seiner schwierigen Lage recht zurückhaltend an die amerikanische Regierung heran. Doch Washington reagierte nicht auf das Angebot Chinas. Solange die USA die sowjetische Machtausdehnung gelassen beurteilten, hatten chinesische Drohungen kaum einen Einfluß auf die amerikanische China-Politik – im Gegenteil: Spannungen würden angesichts der sowjetischen Bedrohung die Isolation der Volksrepublik nur noch weiter verstärken. China hatte somit gar keine andere Wahl, als den mangelnden Willen der Regierung Carter hinzunehmen (Ross 1995:103).

Zu Beginn ihrer Beziehung suchten sowohl die USA als auch China schrittweise Lösungen, um eine sofortige Kooperation gegen die UdSSR zu ermöglichen. Nixons Lei-

stung besteht darin, die sicherheitspolitische Relevanz Chinas im Verhältnis zur Sowjetunion zu mobilisieren, ohne sofortige Zugeständnisse gemacht zu haben. Durch die Verbesserung der amerikanischen Sicherheitslage mit der aufkeimenden Entspannungsphase im Ost-West-Konflikt und durch das Ende des Vietnamkrieges schwand der Zwang, mit China kooperieren zu müssen, so daß Nixon lediglich mit der Aussicht auf künftige Konzessionen eine Annäherung an die Volksrepublik erzielte, ohne zu jenem Zeitpunkt Kosten verbuchen zu müssen. Der Nachteil dieser Taktik offenbarte sich erst später, als durch die frühen Versprechungen eine Einschränkung der amerikanischen Verhandlungsposition abgedeckt werden mußte, die jedoch wegen des Kooperationsbedarfs in beiden Ländern zu keinen gravierenden Nachteilen für die USA führten.

Zwischen 1973 und 1976 waren beide Seiten mit dem Fortgang der Beziehungen unzufrieden: die USA wollten ein – notfalls kosmetisches – Abkommen zur Stärkung ihrer politischen Position, während China an einer Normalisierung der Beziehungen interessiert war und nicht an einem bloßen Medienereignis. Das Fazit am Ende der Regierungszeit Fords fällt negativ aus: Der amerikanischen Führung gelang es zunächst nicht, die chinesische Seite zu einem Abrücken von ihrer Position zu bewegen, Taiwan notfalls mit Gewalt in die Volksrepublik einzugliedern. Geschwächt durch die aufbrausende Kritik an seinem Verhalten gegenüber Taiwan, die vor allem vom rechten Flügel der Republikaner ausging, war Ford nicht nur innenpolitisch zu schwach, um entscheidenden Druck auf die chinesische Führung auszuüben, sondern galt auch der neuen chinesischen Führung als zu nachgiebig gegenüber Moskau, nachdem seine Entspannungspolitik mit der Sowjetunion von der chinesischen Politik als „Appeasement“ verspottet wurde (Tyler 2000:219–225). Obwohl beide Seiten in dieser Phase von einer Zusammenarbeit profitiert hätten, waren die innenpolitischen Beschränkungen der Regierung Ford so stark, daß die Vorteile einer Normalisierung gegenüber den innenpolitischen Kosten nicht realisiert werden konnten. Allein aus diesem Grund sank die Kooperationspräferenz der amerikanischen Regierung und nicht, weil die chinesischen Forderungen zu einem relativen Vorteil geführt hätten.

Trotz dieser Konflikte in den Kooperationszielen arbeiteten beide Seiten daran, die Beziehungen aufrechtzuerhalten. China zahlte aber den größeren Preis, da es die Handlungsunfähigkeit der amerikanischen Außenpolitik aufgrund der innenpolitischen Wir-

ren ertragen mußte und seinen strategischen Vorteil nicht umsetzen konnte. Der Grund war einfach: die USA waren immer noch mächtiger als China und deswegen auch weniger gefährdet durch das sowjetische Expansionsstreben. Und im Gegensatz zu Peking führten die USA auch Verhandlungen mit der Sowjetunion fort, so daß China am meisten isoliert von diesen drei Ländern war. Die Ungleichheit in der Fähigkeit beider Länder, mit der Sowjetunion umzugehen, führte letztendlich dazu, daß die innenpolitischen Schwierigkeiten der USA den Fortgang der Verhandlungen mit China diktieren konnten (Ross 1995:91).

Carter hingegen war zunächst schlichtweg nicht daran interessiert, die Beziehungen zur Volksrepublik zu verbessern, er ordnete alles der Entspannung mit Moskau unter, so daß die Verhandlungsmacht Chinas in dieser Phase erheblich sank. Chinas diplomatische Fähigkeiten waren zu dieser Zeit nicht abhängig von den Künsten seiner politischen Führung, sondern von den internationalen Gegebenheiten und der Interpretation sowjetischer Politik durch den US-Präsidenten (Ross 1995:118–119). Washington war bis zur Normalisierung in der kommoden Lage, die Beziehungen zu China nahezu ausschließlich zu seinem eigenen Nutzen einsetzen zu können, insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis zur UdSSR. Trotz ihrer anfänglichen Ignoranz war es die Regierung Carter, die den Schritt zur Normalisierung schließlich vollzogen hat. Carter hielt die wesentlichen Elemente der amerikanischen Haltung gegenüber Taiwan aufrecht, darunter die öffentliche Verpflichtung, Taiwan weiter mit Defensiv-Waffen zu versorgen und eine friedliche Lösung der Taiwan-Frage anzustreben. Echte Konzessionen mußten die USA auch mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht leisten, denn mit dem Fortführen der Waffenlieferungen nach Taiwan konnten sie weiterhin einen beträchtlichen Einfluß auf die chinesischen Verhandlungspartner nehmen.

Die Ambiguität gegenüber dem internationalen Status Taiwans behielt Carter bei: Trotz Aufkündigung des *Mutual Defense Treaty* machte er sein Interesse an Taiwans Sicherheit deutlich, obwohl er und seine Regierung signifikante Kompromisse eingehen mußten. Es war dem Umstand zu verdanken, daß der sowjetische Druck eine Normalisierung der Beziehungen trotz Aufrechterhaltung amerikanischer Waffenlieferungen nach Taiwan initiierte, obwohl dies für China eigentlich unannehmbar zu sein schien. Doch die sowjetische Einkreisungspolitik versprach auch Peking langfristige Gewinne durch vertiefte Beziehungen zu den USA und ermöglichte einen momen-

tanen Kompromiß, der die Lage erträglich machte und keineswegs unanfechtbar war (Ross 1995:160–161). Sowohl für Carter als auch für Deng war die vollzogene Normalisierung damit ein großer Erfolg: Carter konnte trotz aller Schwierigkeiten einen außenpolitischen Gewinn verbuchen, während Deng endgültig aus dem Schatten Maos heraustreten konnte, um eine neue Phase der strategischen und wirtschaftlichen Annäherung an die USA einzuleiten (Tyler 2000:275–276).

Die militärische Kooperation zwischen den USA und China begann – nicht zuletzt nach der sowjetischen Invasion Afghanistans – ebenfalls Früchte zu tragen: Dem Verkauf von militärischer Ausrüstung folgte eine durch die CIA durchgeführte Installation der bereits angesprochenen Radar- und Horchstationen, die die Effizienz des chinesischen Frühwarnsystems drastisch steigerten und schon dadurch zu einem erheblichen Zugewinn für die Sicherheit der Volksrepublik sorgten. Beide Seiten begannen jedoch, die Kooperation nur im Sinne einer antisowjetischen Allianz zu betrachten, die vor allem die militärische Seite fokussierte – eine Richtung, die nicht von jedem mit Wohlwollen betrachtet wurde (Tyler 2000:284–285).

Kapitel 8

Anpassung und Konsolidierung

8.1 Kooperationsbedarf und Präferenzen

8.1.1 Intensivierung der antisowjetischen Strategie

Wie schon in den Jahren zuvor folgte auch diesmal die Gestaltung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen den Entwicklungen des Ost-West-Konflikts. Besonders der Einmarsch sowjetischer Truppen nach Afghanistan hatte eine divergierende Einschätzung der eigenen strategischen Lage zur Folge, da die USA nun eine erheblich größere Bedrohung durch den sowjetischen Expansionismus ausmachten als die Volksrepublik China, die sich durch die wiederaufgeflamten Spannungen zwischen den Supermächten in einer komfortableren Situation wähnte. Der neue Präsident der USA, Ronald Reagan, sah in der sowjetischen Aggression hingegen eine Herausforderung, der sich die USA stellen mußten, nachdem ihm eine zunehmende Schwäche der Vereinigten Staaten gegenüber der UdSSR in Sorge versetzte. Reagans außenpolitischer Plan entsprach der in neokonservativen Kreisen verbreiteten Vorstellung eines militärischen Ungleichgewichts zugunsten der UdSSR, die ihren Einflußbereich erheblich auszuweiten drohte und daher aktiv zurückgedrängt werden mußte (Tucker 1988:1).

Reagan war der Ansicht, diese Herausforderung nur mit militärischen Mitteln und einem gigantischen Aufrüstungsprogramm meistern zu können, da er der UdSSR einen signifikanten Vorteil in zentralen Waffensystemen und ihrer atomaren Erstschlagsfähigkeit zugestand, gegen die die USA zu jenem Zeitpunkt nicht ausreichend gerüstet

waren (Hacke 2001:305–306). Für Reagan war schon früher klar, daß die Volksrepublik China ein elementarer Baustein der amerikanischen Außenpolitik sein müßte, um das internationale Vordringen der UdSSR einzudämmen. Nicht nur im diplomatischen Sinne sei es angebracht, den Schulterschuß mit Peking gegen die UdSSR zu finden, sondern auch, um das feindselige Klima zwischen den beiden kommunistischen Staaten aufrechtzuerhalten und damit die sowjetischen Divisionen im Fernen Osten zu binden, so Reagan 1972 zu einem konservativen Mitstreiter, als er den Hintergrund der amerikanischen Annäherung an China erläuterte (Tyler 2000:289). Trotzdem ließ es sein tief verwurzelter Antikommunismus nicht zu, sich daran zu Beginn seiner Präsidentschaft zu entsinnen, denn in seiner asiatischen Gleichung sollte Taiwan wieder eine prominentere Rolle spielen.

Reagans Sicherheitsberater Richard V. Allen hatte eine sehr deutliche Meinung zur amerikanischen Politik gegenüber China: Den einzigen Grund für die chinesische Annäherung an die USA sah er in der Furcht vor Moskau; für diesen strategischen Schutz könnten die USA eine Gegenleistung erwarten, die er in größerer Toleranz Pekings gegenüber Reagans Haltung zugunsten Taiwans sah und seinem Ziel, das diplomatische Niveau der Beziehungen mit Taiwan wieder aufzuwerten. Ein Besuch Bushs (der als künftiger Vizepräsident im Gespräch war) und Allens in Peking während des Wahlkampfes führte daher zu einer erheblichen Unruhe und Verärgerung innerhalb der chinesischen Staatsführung, denn offensichtlich deutete hier eine amerikanische Gesandtschaft an, das Ein-China-Prinzip aufzugeben (Tyler 2000:293).

Die Antwort, die Reagan auf die sowjetische Bedrohung parat hatte, stellte die USA vor eine enorme ökonomische Herausforderung: Eine hohe Inflationsrate, die bedrohliche Stagflation der amerikanischen Wirtschaft sowie das Eingeständnis, den militärischen Fortschritten der UdSSR keine ausreichenden Waffensysteme entgegensetzen zu können, schmälerten sowohl den globalen Einfluß der USA als auch ihre Fähigkeit zur schnellen Reaktion. Reagan verordnete daher ein Rüstungsprogramm, das den amerikanischen Haushalt exorbitant belastete: Lag der Verteidigungshaushalt im Jahre 1980 noch bei 143,9 Mrd. \$, so stieg er bis 1985 auf 294,7 Mrd. \$ und stabilisierte sich in den folgenden Jahren auf diesem hohen Niveau (Müller 1992:35).

Die USA sahen daher keinen Grund für besondere Eile bei Rüstungskontrollgesprächen oder dem Vorantreiben der Entspannungspolitik, schließlich wollte man nicht aus

einer Position der Schwäche heraus verhandeln (Hacke 2001:307–308). Daß dies wiederum die Beziehungen zu China beeinflusste, ist kaum verwunderlich, denn Peking glaubte, durch die gestiegenen Spannungen wieder zu einem wertvolleren Partner im strategischen Dreieck zu werden. Der so vernommene Vorteil verhalf China zudem zu einer vorsichtigen Annäherung an die UdSSR, die sich mit der einsetzenden Eindämmungspolitik der USA in der diplomatischen Defensive befand und deswegen gegen Gespräche mit Peking – die ersten seit fünfzehn Jahren – wenig einzuwenden hatte (Gu 1998:200–201).

China bot diese Politik der Äquidistanz eine Möglichkeit, die weiterhin ungeklärte Frage der amerikanischen Waffenlieferungen nach Taiwan wieder aufzugreifen. In den ersten beiden Jahren der Regierung Reagan ordnete China die weitere Entwicklung der bilateralen Beziehungen sogar dieser Frage unter, so daß sich das Verhältnis weiter eintrübte; um dem amerikanischen Partner zu zeigen, wie vordringlich man diese Frage betrachtete, verzichtete die Volksrepublik sogar auf amerikanische Waffenlieferungen¹, obwohl die USA zugesagt hatten, solche Rüstungsverkäufe auszuweiten (Ross 1995:198–200).

China war sich sicher, daß eine Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zu diesem Zeitpunkt ausgeschlossen werden konnte und statt dessen ein neuerliches Wettrüsten den strategischen Wert der Volksrepublik erhöhen würde. Außerdem war man sich bewußt, daß sich die strategische Situation der USA verschlechtert hatte und damit auch deren Handlungsmöglichkeiten. Die Chance, einen für China günstigen Kompromiß herauszuarbeiten, war also gegeben, denn nicht nur den USA würden stabile und gute Beziehungen zu China nutzen, sondern auch der UdSSR, die nach chinesischer Sicht ebenfalls am Rande ihrer Fähigkeiten angekommen war (Gu 1998:204–212).

Bewertung des Kooperationsbedarfs

Das chinesische Selbstbewußtsein führte aber mitnichten zu verbesserten Beziehungen zur USA, sondern zu vermehrten Spannungen im Verhältnis der beiden Staaten. Nicht nur, daß China ultimativ die Zukunft der Beziehungen von Fortschritten in der Taiwan-

¹Von 1981 bis 1982 sank das Volumen von 2,8 Mio. \$ auf 151.000 \$.

Frage abhängig machte, sondern auch seine kompromißlose Haltung in dieser Frage schmälerte am Ende die Zufriedenheit beider Verhandlungspartner (Ross 1995:193–195): Während China eine stärkere Beschränkung bzw. Einstellung der Waffenlieferungen nach Taiwan erreichen wollte, war es das Ziel der Regierung Reagan, die diplomatischen und militärischen Bindungen mit Taipeh gerade zu vertiefen. Mit dem Amtsantritt Reagans gewann Taiwan in der amerikanischen Regierung wieder einen ausgewiesenen Fürsprecher, der Carters Bruch mit Taipeh als Verrat an einem treuen Verbündeten verurteilte. Seine im Wahlkampf vorgetragene Forderung nach der Wiederherstellung der Beziehungen wich im Laufe der Zeit jedoch moderateren Tönen und deutete schon zu diesem Zeitpunkt an, daß die politische Realität anderen Gesetzen gehorcht als die parteiliche Rhetorik (Tyler 2000:290–291).

Im Hinblick auf den Nutzen der amerikanisch-chinesischen Kooperation war die Regierung Reagan daher den ersten Jahren der Präsidentschaft Carters nicht unähnlich: Sowohl Carter als auch Reagan maßten der direkten Einflußnahme auf die Politik Moskaus einen wesentlich größeren Wert bei als über den indirekten Weg des strategischen Dreiecks. Während Carter jedoch versucht hatte, über entspannungspolitische Maßnahmen die Sowjetunion zum Einlenken zu bewegen, war Reagan der Ansicht, daß dies nur über eine Politik der militärischen Stärke möglich sei. Beiden Konzepten ist jedoch gemein, daß der Ost-West-Konflikt die Gestaltung zur Volksrepublik China überlagerte und ein Kooperationsbedarf in dieser Hinsicht nicht relevant war.

8.1.2 Konsolidierung der amerikanischen Position

Mit Alexander M. Haig als Außenminister hatte Reagan – wohl ohne, daß es ihm bewußt war – einen der stärksten Fürsprecher engerer strategischer Beziehungen mit China in seiner Regierung, ganz darauf ausgelegt, der sowjetischen Bedrohung mit einer geopolitischen Offensive zu entgegnen (Tyler 2000:296). Seine strategischen Vorstellungen konfligierten jedoch mit Reagans tief verwurzelter antikommunistischer Ideologie und Bewunderung für die chinesischen Nationalisten: “Haig, like Kissinger, believed that America’s strategic interests were on the mainland. But Reagan confused sentimentalism with national interest, and, of course, the Taiwan lobby had skillfully learned to push his buttons (Tyler 2000:297).”

Mit dem Fortschreiten der Regierungszeit Reagans änderte sich die strategische Position der USA fundamental. Militärische Entwicklungen wie SDI zeigten – obwohl dessen Praxistauglichkeit und Realisierungschance angezweifelt wurden – zum einen ihre technologische Überlegenheit und machten zum anderen offensichtlich, daß das politische System der USA trotz Meinungsverschiedenheiten zwischen Kongreß und Präsidenten seine rein reaktive Strategie abgelegt hatte. Komplettiert wurde der Wiederaufbau des amerikanischen Selbstbewußtseins durch die erfolgreiche Stationierung der Pershing-II in Europa („Nachrüstung“) sowie die fortschreitende Gesundung der amerikanischen Wirtschaft (Hacke 2001:306–307).

Die UdSSR trug ebenfalls ihren Teil dazu bei, daß sich die amerikanische Position merklich verbesserte: Die Schwierigkeiten der sowjetischen Armee in Afghanistan traten immer offensichtlicher zu Tage, innenpolitische Wirren, ausgelöst durch den Tod Breschnews und den kurz darauf ebenfalls verstorbenen Nachfolger Andropow, sowie wirtschaftliche Rückschläge ließen den Schluß zu, daß das Potential der UdSSR schwand. Die USA folgerten hieraus, daß nicht nur das „Fenster der Verwundbarkeit“ geschlossen sei, sondern daß die amerikanische Führungsposition wieder stärker denn je hergestellt sei (Ross 1995:204–205).

In Peking setzte sich diese Einschätzung jedoch nur langsam durch. Noch nach der Unterzeichnung eines Memorandums zum zehnjährigen Jubiläum des Schanghaier Kommuniqués ließ China nicht davon ab, die amerikanischen Beziehungen zu Taiwan brandzumarken und vor einer ernsthaften Gefährdung des amerikanisch-chinesischen Verhältnisses zu warnen, sollten die USA weiterhin am politischen Koordinatensystem des *Taiwan Relations Acts* festhalten. Eine klare politische Antwort der amerikanischen Regierung gelang jedoch erst, nachdem mit dem Rücktritt Haigs auch der Streit um eine passende Strategie gegenüber China beendet wurde. Haig, der aufgrund seines politischen Stils und seiner strategischen Konzeption schlußendlich kaum noch Fürsprecher hatte, vertrat als einziger die Meinung, daß der Volksrepublik China ein besonderes Gewicht eingeräumt werden müsse (Tyler 2000:324).

Doch Washingtons neuer Außenminister Shultz stieß bei einer Unterredung mit der Pekinger Führung ebenso auf taube Ohren wie der zuvor nach Peking gereiste Finanzminister, der mit einem Ausbau der Handelsbeziehungen das Klima der beiden Länder in konfliktfreie Bahnen lenken wollte: Stets wurden die Vorschläge mit dem Hinweis

abgeschmettert, daß Washington zuerst seine Taiwan-Politik überdenken müsse (Ross 1995:217).

Auf der Werteskala des neuen Außenministers Shultz verschoben sich schließlich die Gewichte zuungunsten der Volksrepublik China. Nach erfolglosen Versuchen, eine Einigung mit China zu erreichen, beschloß Shultz, der unnachgiebigen Haltung Chinas größeren Widerstand entgegenzusetzen: Zunächst ließ er die Öffentlichkeit wissen, daß fortan Japan der zentrale Bezugspunkt der amerikanischen Asienpolitik sein sollte, denn zum einen handelte es sich hierbei um eine höchst erfolgreiche Wirtschaftsmacht und zum anderen um ein demokratisches politisches System. Daher sei auch nicht Taiwan der auslösende Grund für das Zerwürfnis mit der Volksrepublik China, sondern vielmehr die Unterschiede der amerikanischen und chinesischen Gesellschaftssysteme. China, so Shultz weiter, spiele zudem keine strategische Rolle im Kampf gegen die UdSSR, sondern sei lediglich als asiatische Regionalmacht zu betrachten (Mann 2000:130).

Das neue amerikanische Selbstbewußtsein blieb der chinesischen Führung natürlich nicht verborgen. Ende 1983 setzte sich deshalb auch dort die Erkenntnis durch, daß die USA im Verhältnis zur Sowjetunion die Oberhand gewonnen hatten, glaubhaft und für jedermann sichtbar demonstriert mit der Invasion Grenadas, unterstrichen durch das gewaltige Verteidigungsbudget und die trotz allem positive ökonomische Entwicklung. Obwohl sich die chinesische Sicherheitsposition durch eine stetige Annäherung an die UdSSR verbessert hatte, erkannte man die drastisch abgenommene Verhandlungsmacht gegenüber Washington. Peking mußte somit feststellen, daß die globale Führungsrolle der USA trotz der unterkühlten Beziehungen zu China wiederhergestellt werden konnte und es daher unwahrscheinlich war, daß Washington weiter auf chinesische Forderungen Rücksicht nehmen würde (Ross 1995:206-213).

Bewertung des Kooperationsbedarfs

Mit der Wiederherstellung der amerikanischen Position hatte die Pekinger Regierung nicht gerechnet, zumindest nicht in dieser Geschwindigkeit. China war statt dessen darauf bedacht, die Spannungen im Verhältnis der Supermächte zu seinen Gunsten zu nutzen und brachte die Forderung eines Abbruchs der amerikanischen Waffenlieferungen nach Taiwan mit Vehemenz auf die Agenda, ohne auf den gesunkenen Kooperati-

onsbedarf der USA zu achten. Washington war zwar an der weiteren Zusammenarbeit mit China interessiert, ordnete dies jedoch der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion unter. Obwohl die USA China in das strategische Konzept einbinden wollten, waren sie doch nicht bereit, den Maximalforderungen der chinesischen Regierung nachzugeben. Da China sich anschickte, auch seine Position gegenüber der UdSSR langsam zu konsolidieren, darf vermutet werden, daß der Kooperationsbedarf in dieser Phase geringer war und Raum bot für die Versuche, die Grenzen der amerikanischen Konzessionsbereitschaft auszuloten.

Der ursprüngliche Plan Chinas, durch eine veränderte strategische Gewichtung langgehegte Forderungen durchzusetzen, war nicht aufgegangen, vielmehr zeigte es sich, daß Washington den politischen Ausgleich mit China zum Zwecke einer besseren Verhandlungsposition gegenüber der UdSSR scheinbar nicht mehr nötig hatte. Angesichts fruchtloser Versuche, chinesische Ansprüche hinsichtlich Taiwan durchzusetzen und infolge der wiedererwachten Stärke der USA mußte Peking einsehen, daß sich die Regierung Reagan innen- und außenpolitisch erfolgreich etabliert hatte und daher die nächsten Jahre keine Änderung erwartet werden konnte. China blieb daher nichts anderes übrig, als sich eine kompromißbereitere Haltung zuzulegen (Ross 1995:220-221).

8.1.3 Auflösung des strategischen Dreiecks

Die Volksrepublik versuchte daher auf ihre Art, die Lehren aus diesem Prozeß zu ziehen und begann, den Dialog mit der UdSSR auszubauen. Neben dieser strategischen Reorientierung betrachtete man mit zunehmenden Interesse den Aufbau eigener technologischer Fähigkeiten, nachdem sich die USA weiterhin sträubten, entsprechende Leistungen und Güter zu exportieren. Dies war auch der Zeitpunkt, als das chinesische Spionageprogramm neu aufgelegt wurde, schien dies doch der effizienteste Weg zu sein, das fehlende Know-how aufzuholen. Neben modernen industriellen Technologien hatte es die Volksrepublik insbesondere auf solche Wirtschafts- und Forschungssektoren abgesehen, die der Modernisierung ihres antiquierten Raketensarsenals am meisten dienlich schienen (Tyler 2000:328–329).

Bestärkt hat China in dieser Hinsicht nicht nur die wesentlich bessere Verhandlungsposition der USA, sondern auch die abnehmende Bedrohung durch die UdSSR. Zwar war

die chinesisch-sowjetische Feindschaft in den sechziger Jahren Auslöser und Antrieb einer Annäherung der Volksrepublik an die USA und die schließlich erfolgte Normalisierung, doch war man in Peking nie geneigt, den Dialog mit Moskau vollständig abreißen zu lassen. Es war daher auch ein Erfolg der chinesischen Politik, als sich die Beziehungen zu Moskau ab 1983 erheblich aufhellten und sich mit dem Amtsantritt Michail Gorbatschows weiter verbesserten. China gelang es dabei, eine Balance zwischen der sowjetischen und amerikanischen Außenpolitik zu finden, nachdem die Annäherung an Moskau nicht ohne Argwohn in Washington beobachtet wurde, da man sich dort nicht sicher war, welche Auswirkungen dies für die chinesische Außenpolitik und das Verhältnis zu den USA hatte. Chinesische Politiker waren sich dessen jedoch bewußt und ließen keine Gelegenheit aus, den amerikanischen Vertretern zu versichern, daß eine chinesisch-sowjetische Annäherung keineswegs zu einer Beeinträchtigung der Beziehungen führen würde (Harding 1992:174–179).

Obwohl der neue Außenminister Shultz China nicht im gleichen geostrategischen Koordinatensystem einordnete wie sein Vorgänger, veranlaßten ihn Berichte über eine Annäherung Pekings an Moskau, bei der chinesischen Führung vorstellig zu werden, um diesen Prozeß aufzuhalten. Immer noch spielte China – und sein Verhältnis zur UdSSR – in der strategischen Planung der USA eine wichtige Rolle (auch wenn manche Verlautbarungen etwas anderes glauben ließen), band es doch sowjetische Kräfte im Fernen Osten und ermöglichte den USA damit, sein militärisches Augenmerk auf Europa zu richten. Shultz mußte jedoch erkennen, daß China weitaus weniger Interesse daran hatte, sich in das amerikanische Gedankenspiel einzuordnen und statt dessen versuchte, eine Balance zu den Supermächten zu erreichen (Tyler 2000:329–331).

Pekings Politik der vorsichtigen Distanzierung bedeutete aber nicht, daß es das Interesse an den USA verloren hatte, im Gegenteil: Stabile Beziehungen zu Washington waren nun wichtiger als zuvor, da es abzusehen war, daß sich die ursprüngliche strategische Bedeutung der Volksrepublik dem Ende zuneigte. Als sich die amerikanisch-chinesischen Beziehungen von den Störungen zu Beginn der achtziger Jahre wieder erholten, führte der rapide Kurswechsel Gorbatschows und die damit einhergehende langsame Auflösung des Ost-West-Konflikts zu einer neuen Unbeständigkeit in den Beziehungen. Obwohl die Reformen in beiden Ländern begrüßt wurden, entzogen sie doch den strategisch fundierten amerikanisch-chinesischen Beziehungen die Begrün-

dung, so daß mit der verminderten Bedrohung durch die UdSSR politische Differenzen eine immer größere Rolle spielten (Harding 1992:173).

Mit dem Rückgang des Ost-West-Konflikts verlor China für die USA an strategischem Wert, so daß Kompromisse in den Problemfeldern Taiwan oder Technologietransfer immer schwieriger zu erzielen waren. Da mit dem Entfall der gemeinsamen Bedrohung die chinesische Kooperation zur Abschreckung und Eindämmung der UdSSR nicht mehr notwendig war, bewegten sich die Außenpolitiken letztlich immer stärker auseinander. Obwohl China die amerikanische Außenpolitik immer häufiger kritisierte, erwachsen wesentlich ernsthaftere Bedrohungen für die Beziehungen aus Bereichen, die nur mittelbar mit dem bilateralen Verhältnis zu tun hatten: chinesische Rüstungsexporte v.a. in Krisengebiete wie den Nahen Osten, unkontrollierbare nukleare Proliferation sowie die Folgen zunehmender wirtschaftlicher Verflechtung (Harding 1992:180–181). Hier wurde nicht nur deutlich, daß sich die strategischen Interessen Chinas und der USA mittlerweile unterschieden, sondern auch, daß die Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit Pekings immer stärker ins Visier der Zweifler geriet. Schon im Mai 1986 gab daher der amerikanische Botschafter Winston Lord zu bedenken, daß sich der globale Konsens zwischen beiden Staaten immer mehr verengt (Harding 1992:189).

Der entfallene Zwang zum Konsens und die steigende ökonomische Verflechtung der beiden Staaten eröffnete daher ein Konfliktfeld, das spätestens in den neunziger Jahren die Diskussion anführen sollte: das Handelsdefizit der USA. Obwohl zahlreiche Beobachter davon ausgegangen waren, daß mit dem Entfall der geopolitischen Kooperationsbedingungen ökonomische und kulturelle Beziehungen eine wesentlich zuverlässigere Basis der bilateralen Beziehungen ermöglichen würden, zeigte sich doch sehr schnell, daß China mehr von den wirtschaftlichen Verflechtungen profitieren konnte als die USA – neue Konflikte waren so vorprogrammiert.

Bewertung des Kooperationsbedarfs

Das sich abzeichnende Ende des Ost-West-Konflikts dominierte die außenpolitische Agenda der Vereinigten Staaten; China registrierte, daß die strategische Dreiecksrechnung zunehmend ihre Begründung verlor, obwohl die amerikanische Regierung immer noch darauf bedacht war, einer zu starken Annäherung der Volksrepublik an die

UdSSR nicht tatenlos zuzusehen. Es zeigte sich jedoch auch, daß ohne das strategische Fundament politische Differenzen nicht mehr verborgen wurden, sondern die Entwicklung der Kooperation in steigendem Maße beeinflussten. Wenn daher eine Phase verminderter Zusammenarbeit attestiert werden kann, so muß an dieser Stelle offenbleiben, ob dies allein auf den reduzierten Kooperationsbedarf beider Akteure zurückgeführt werden kann, oder ob andere Gründe ebenfalls eine Rolle gespielt haben – z.B. relative Gewinne.

China erkannte jedenfalls, daß die Bedrohung durch Moskau schwand – der Rüstungswettlauf wurde von den USA gewonnen, die sowjetische Wirtschaft offenbarte ihre desolate Verfassung, die militärischen Verluste in Afghanistan waren unübersehbar und die kostenträchtige Unterstützung ihrer kommunistischen Klientel zehrte an der sowjetischen Substanz. Daß China daher kaum Veranlassung spürte, der amerikanischen Seite im Kampf gegen die UdSSR entgegenzukommen, liegt auf der Hand (Oksenberg 1987:518).

8.2 Kooperationsinhalte und Beurteilung der Akteure

8.2.1 Taiwan: Prüfstein der Kooperationsentwicklung

Daß Taiwan zu einem erneuten Hindernis im amerikanisch-chinesischen Verhältnis werden würde, war mit der Normalisierung durch Jimmy Carter eigentlich abzusehen, nachdem Peking aufgrund seiner schwachen Verhandlungsposition die Frage der Waffenlieferungen offen lassen mußte. Hatte man anfangs eine amerikanische Beistandsverpflichtung, wie sie im *Taiwan Relations Act* niedergelegt war, noch hingenommen, so sah man aufgrund der zunehmenden Spannungen zwischen den Supermächten die Chance, zumindest in der Frage der Waffenlieferungen eine Lösung im chinesischen Sinne zu erreichen. Auch wenn die neue amerikanische Regierung die chinesischen Drohungen mit dem Wunsch nach guten Beziehungen zu Taiwan konterte, gab es doch auch innerhalb des außenpolitischen Entscheidungsapparates gewichtige Stimmen, die dem sowjetischen Druck mit Hilfe engerer amerikanisch-chinesischer Zusammenarbeit, beispielsweise durch Waffenlieferungen an die Volksrepublik, entgegen wollten (Ross 1995:175–179).

Zu den Befürwortern eines größeren Einflusses der Volksrepublik gehörte beispielsweise Außenminister Alexander M. Haig. Er war der Überzeugung, daß die Volksrepublik China essentieller Bestandteil einer antisowjetischen Koalition sein sollte und die Beziehungen zu Taiwan daher eher ein Hindernis darstellten. Haig war bereit, zur Konsolidierung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen auch Kompromisse einzugehen, während Präsident Reagan sowie sein Nationaler Sicherheitsberater Richard Allen die Erneuerung der Beziehungen zum alten Verbündeten Taiwan bevorzugten. Beide waren der Überzeugung, daß engere Beziehungen zwischen Taipeh und Washington die Volksrepublik viel eher zu Kompromissen nötigten (Ross 1995:169–170). Am 6. Juni 1981 ließ Reagan der chinesischen Führung einen geheimen Vorschlag zukommen, welcher eine „strategische Beziehung“ (*strategic association*) der beiden Staaten gegen die Sowjetunion vorsah und damit auch die Lieferung von Offensivwaffen an die Volksrepublik China beinhaltete. Neben einer größeren Widerstandskraft gegen das sowjetische Militärpotential hofften die USA vor allem, den chinesischen Druck aus der Taiwan-Frage nehmen zu können (Tyler 2000:298). Nach den ersten militärischen Installationen, die sich noch ganz auf defensive Techniken wie Radarüberwachung konzentriert hatten, überschritten die USA mit diesem Plan den Rubikon: Spätestens jetzt mußten jene Stimmen zunehmen, die die USA durch diese Waffenlieferungen langfristig gefährdet sahen und damit *relative gains* in die Diskussion einbrachten.

China war jedoch nicht der Meinung, auf Kompromisse eingehen zu müssen, sondern wollte den USA endlich Konzessionen in der Frage der Waffenlieferungen nach Taiwan abringen. Völlig unerwartet reagierte die chinesische Regierung schroff und ablehnend auf die amerikanischen Vorschläge, die Haig bei einem Besuch im Juni 1981 in Peking unterbreitete. Statt dessen gab man zu verstehen, daß eine solche strategische Partnerschaft die Lösung des Taiwan-Problems voraussetze, was die Einstellung der Waffenlieferungen innerhalb einer bestimmten Frist und die Überprüfung des *Taiwan Relation Acts* beinhaltete. Die Richtung, die Peking damit vorgab, war klar: Eine strategische Zusammenarbeit jeder Art setzt die Lösung der Frage voraus, die Carter noch ausgeklammert hatte und für die es immer noch keine zufriedenstellende und offensichtliche Antwort gab. Während Haig versuchte, durch öffentliches Werben für Waffenverkäufe nach China die Ernsthaftigkeit seiner Bemühungen zu unterstreichen und China zu einem Entgegenkommen zu bewegen, nahm Präsident Reagan noch

während Haigs Besuch den chinesischen Widerwillen zum Anlaß, sein Bekenntnis zu Taiwan zu erneuern und die Fortsetzung der Waffenverkäufe zu unterstreichen (Tyler 2000:299–301).

Haig mußte feststellen, daß sich China mit dem Versprechen amerikanischer Waffenlieferungen keineswegs beruhigen ließ: Die Lieferung amerikanischer Waffen an Peking bedeutete keineswegs, auch Waffenverkäufe an Taiwan zu tolerieren, so die chinesische Position. Wenn die USA daher tatsächlich an einer Ausweitung der Beziehungen interessiert seien, müßten sie auch bereit sein, über das Problem der Waffenverkäufe nach Taiwan erneut zu verhandeln (Ross 1995:179–181). Peking wollte also das Interesse der USA an vertiefter Kooperation nutzen, um den USA in der Taiwan-Frage Konzessionen abzurufen.

Der Weg, um diese Konzessionen zu erreichen, lag für China allerdings darin, auf seinen Maximalpositionen zu bestehen. Washington sollte daher nicht nur auf die geplante Lieferung eines hochentwickelten Kampfflugzeuges (Codename FX) verzichten, sondern *generell* seine Waffenlieferungen nach Taiwan einstellen (Ross 1995:182). Haig unternahm im Anschluß mehrere Versuche, über qualitative Einschränkungen der Waffenlieferungen China zum Einlenken zu bewegen. Doch weder Versicherungen, die gelieferten Waffen wären rein defensiver Natur, noch Angebote an China, es selbst mit fortgeschrittenen Militärtechnologien zu beliefern, führten zu einer Änderung der chinesischen Position. Über die Art der Waffen, die Haig im Rahmen einer strategischen Partnerschaft China verkaufen wollte, herrschte darüber hinaus große Uneinigkeit innerhalb des amerikanischen Regierungslagers, insbesondere das Pentagon war in dieser Frage sehr zurückhaltend, was mögliche Waffenlieferungen in die Volksrepublik anging.

Haig war hingegen der Ansicht, daß der Verkauf hochentwickelter Waffen nach China die einzige Möglichkeit wäre, den ebenfalls vorgesehenen Verkauf von Kampfflugzeugen nach Taiwan nicht in einem politischen Zerwürfnis mit Peking enden zu lassen. Das Pentagon hingegen befürchtete, daß jede nach China verkaufte Waffe letztendlich auch in Moskau landen würde (Tyler 2000:306–307). Hinzu kam, daß China letztlich nicht daran interessiert war, über Waffentypen und qualitative Einschränkungen zu diskutieren, sondern einen fundamentalen Wandel der amerikanischen Außenpolitik herbeiführen wollte und daher deutlich machte, daß der Schlüssel für die Fortset-

zung stabiler amerikanisch-chinesischer Beziehungen nun allein in Washington läge (Ross 1995:182–183). Das Ziel der amerikanischen Regierung, Peking durch Waffenverkäufe in den Kampf gegen die UdSSR einzuspannen, mußte deshalb fehlschlagen, da nicht nur die Interessen der beiden Staaten konträr waren, sondern die geopolitische Rechnung in der Tradition eines Richard Nixon oder Henry Kissinger durch die offenkundige Sympathie Reagans für Taiwan und den geplanten Verkauf des FX-Jets konterkariert wurden (Osgood 1982:48).

Pekings Ziel war es, eine jährliche Reduzierung der Waffenverkäufe bis zu einem endgültigen Stopp zu erreichen, während Haig sich allenfalls darauf einlassen wollte, die Waffenverkäufe auf das Niveau der Carter-Regierung zu begrenzen und das FX-Kampfflugzeug nicht zu liefern. Eine Einigung durfte nicht zu lange auf sich warten lassen, denn schließlich konnten die Waffenlieferungen nach Taiwan nicht unbegrenzt unterbrochen werden (Ross 1995:184–185). Haig war jedoch einer der wenigen, die glaubten, daß stabile Beziehungen zu Taiwan und zur Volksrepublik China ohne größere Zugeständnisse – an welche Seite auch immer – aufrechterhalten werden konnten. Obwohl der Verkauf von etwas mehr als 100 Kampfflugzeugen nach Taiwan das strategische Gleichgewicht dort nicht geändert hätte, kam diesem Waffentransfer doch eine erhebliche politische Bedeutung zu, würde es doch verdeutlichen, daß der aufgegebene *Mutual Defense Treaty* durch den *Taiwan Relations Act* vollständig ersetzt werden konnte; die Normalisierung mit der Volksrepublik und ihre Anerkennung als einzig legitimer Regierung Chinas würde damit unterlaufen werden (Tyler 2000:307).

Haig legte sich eine Strategie zurecht: Während der Verkauf modernster amerikanischer Waffensysteme nach China Deng Xiaoping beruhigen sollte, wollte er mit dem Verkauf eines fortgeschrittenen Kampfflugzeugs nach Taiwan sowohl die pro-taiwanesischen Fraktion in der US-Regierung als auch den Hersteller des Jets zufriedenstellen. Die Firma Northrop, potentieller Lieferant des Flugzeuges, beschäftigte nicht nur tausende Arbeitnehmer (und damit Wähler) in Reagans politischer Heimat Kalifornien, sondern galt – in Person ihres CEO Tom Jones – auch als Unterstützer und Freund des US-Präsidenten. Erst später gab Haig zu, daß die wirtschaftliche Seite der Hauptgrund für dieses Geschäft gewesen wäre (Tyler 2000:307–308, 314).

China lancierte erste Zeichen eines Auswegs: Die Fortsetzung der seit langem bestehenden amerikanisch-taiwanesischen Koproduktion eines Kampfflugzeuges würde

man tolerieren, nicht jedoch den Verkauf des FX-Kampfflugzeugs (Tyler 2000:311). In der amerikanischen Regierung taten sich zwischenzeitlich ebenfalls Wege aus der Krise auf: Zum einen spielte Haig mit dem Gedanken, den im Einsatz befindlichen Kampffjet F-5E so aufzurüsten, daß er die Fähigkeiten des geplanten FX erhalte und der Volksrepublik dadurch die Einstellung des Verkaufs signalisiert werden könnte. Andererseits ließen Analysen des Militärgeheimdienstes DIA aufhorchen, die feststellten, daß Taiwan einen FX-Kampffjet überhaupt nicht benötigte und der aktuelle F5-E den Anforderungen immer noch weit genüge. Komplettiert wurde diese beginnende Zurückhaltung durch eine Stellungnahme der CIA, die eine äußerst ernsthafte Störung des amerikanisch-chinesischen Verhältnisses für den Fall eines FX-Verkaufs in Aussicht stellte (Tyler 2000:312, 315). Gleichwohl damit letztlich entschieden war, den FX-Jet nicht nach Taiwan zu liefern, genügte auch dieses Zugeständnis Peking nicht: Immer noch bestand man darauf, *alle* Waffenlieferungen möglichst bald einzustellen (Ross 1995:186–190).

Obwohl Washington mit dieser Konzession an China den langjährigen Verbündeten Taiwan brüskierte, erneuerte Peking seine Ablehnung aller Waffenverkäufe und zeigte sich weiterhin unnachgiebig. Washington wurde ultimativ gedroht, die bilateralen Beziehungen einzufrieren und den Botschafter abzurufen, wenn es keinen verbindlichen Termin für eine Einstellung der Waffenverkäufe nach Taiwan nennen wollte. Die amerikanische Regierung begriff nun, daß sie auf weitere Konzessionen hinarbeiten mußte. Haig unterbreitete daher zum zehnten Jahrestag des Schanghai-Kommuniqués einen weiteren Vorschlag, der Peking besänftigen sollte: Die USA präzisierten ihr früheres Angebot und schlugen vor, daß die Waffenlieferungen qualitativ das Niveau der Carter-Zeit nicht übersteigen würden und quantitativ sogar Schritt für Schritt abnehmen. Doch auch diesen Vorschlag lehnte Peking ab. Diese erneute Ablehnung überreizte jedoch das amerikanische Entgegenkommen. Vizepräsident George Bush hatte der chinesischen Führung bei einem Besuch daher unmißverständlich klarzumachen, daß die USA zwar kooperative Beziehungen mit China schätzten, jedoch keineswegs zu weiteren Kompromissen bereit seien. Man sei sich zwar einig, daß die Waffenlieferungen nicht unbegrenzt weitergehen könnten, doch ein zugesichertes und definiertes Ende der Waffenlieferungen werde es nicht geben (Ross 1995:193–195).

Nun wiederum begriff Peking, daß es seine Maximalforderungen nicht mehr durchset-

zen konnte, wollte es die Beziehungen mit den USA nicht nachhaltig schädigen. Als auch noch mit Haig der prominenteste Vertreter einer prochinesischen Politik die Regierung verließ und eine Entscheidung des Kongresses zur Fortsetzung der Produktion des F-5E allein aus wirtschaftlichen Gründen zu erwarten war, dauerte es nur kurze Zeit, bis Peking seine Entscheidung mitteilte: Ein zugesichertes Ende der Waffenlieferungen sei für eine Einigung nicht mehr zwingend erforderlich, statt dessen begnüge man sich mit der amerikanischen Versicherung, nach und nach die Waffenverkäufe an Taiwan zu reduzieren (Ross 1995:195–196).

Der Jahrestag des Schanghaier Kommuniqués sollte schließlich zum Anlaß genommen werden, in einer neuen Übereinkunft die Frage der Waffenverkäufe zu fixieren. Innerhalb der chinesischen Führung gab es zwar immer noch Widerstände gegen die amerikanische Absicht, diese Transfers fortzusetzen, doch Reagan machte deutlich, daß Washington auch ohne ein neues Kommuniqué daran festhalten würde. George Bush, der als Abgesandter der amerikanischen Regierung dies in Peking klarstellen sollte, wies darauf hin, daß Taiwan eine neuerliche Kampagne um die Lieferung eines fortgeschrittenen Kampfflugzeugs im Kongreß entfachen würde, sollte sich China weiterhin gegen den Kompromiß der US-Regierung stellen. Der chinesische Staatsführer Deng Xiaoping verstand schließlich, daß weitere Konzessionen der USA unwahrscheinlich waren; erste Andeutungen, daß ein Auslaufen der Waffenverkäufe innerhalb eines bestimmten Zeitraums akzeptabel sei, ebneten schließlich den Weg zum amerikanisch-chinesischen Kompromiß in dieser Frage (Tyler 2000:322–324).

Nur kurze Zeit später akzeptierte Deng Xiaoping endgültig, daß die USA die Versorgung Taiwans mit Waffen schrittweise reduzieren würden und sich auf kein endgültiges Datum einließen: Es war das beste Ergebnis, das Deng in dieser Frage erreichen konnte. Am 17. August 1982 endete diese Phase mit dem „U.S.-China Joint Communiqué on United States Arms Sales to Taiwan“, das zum einen die chinesische Verpflichtung festhielt, die Taiwan-Frage friedlich zu lösen, und zum anderen die amerikanische Zusage, die Waffenverkäufe nicht über das Niveau der Vorjahre zu heben und eine schrittweise Reduzierung anzustreben (Tyler 2000:324–326).

Die USA begannen jedoch, die Ergebnisse des Kommuniqués vom 17. August 1982 zu überprüfen, um herauszufinden, mit welcher Politik Washington seine Verpflichtungen aus dieser Vereinbarung und dem *Taiwan Relations Act* gleichzeitig erfüllen

konnte. Zur Verwunderung amerikanischer Experten stellte man fest, daß Washington keine Zugeständnisse an Peking gemacht hatte, was die Qualität seiner Technologietransfers nach Taiwan angeht. Die USA konnten somit die Lieferung fortgeschrittener Technologie an Taiwan weiterführen, ohne die Bestimmungen des Kommuniqués zu verletzen und bei kreativer Auslegung sogar Waffen liefern, die vor 1979 zum Export freigegeben waren, aber noch nicht geliefert wurden (Ross 1995:233–234).

Was das Niveau der Waffenlieferungen anging, fand man ebenfalls zu einer vorteilhaften Auslegung: Nach weiteren erfolglosen Verhandlungsrunden mit China gab man bekannt, die Waffenlieferungen an Taiwan in den Jahren 1983 und 1984 nur um 20 Mio. \$ zu senken und legte als Vergleichsjahr – man war ja übereingekommen, das Volumen der Carter-Regierung als Obergrenze zu betrachten – das Jahr 1979 zugrunde, also das Jahr, in dem die größte Menge Waffen nach Taiwan seit Beginn der Normalisierung geliefert wurde. Daß man darüber hinaus dieses Volumen mit den Dollar-Kursen des Jahres 1983 berechnet hatte, zeigt die Kreativität, mit der die Selbstverpflichtungen umgangen werden sollten (Ross 1995:218). Hinsichtlich der Waffenverkäufe nach Taiwan setzte Washington ein hohes Niveau fest: 1983 würden Waffen im Wert von 800 Mio. \$ und 1984 im Wert von 760 Mio. \$ transferiert werden. Trotz einer jährlichen Reduzierung der Lieferung um 20 Mio. \$ (auf Basis des zuvor höchsten Niveaus von 835 Mio. \$) würden die USA daher über einen Zeitraum von fast vierzig Jahren Taiwan mit Waffen versorgen können (Tyler 2000:332).

Was die versprochene Reduktion der Waffenverkäufe anging, fanden die USA sogar trickreiche Wege, die Lieferung noch zu steigern. Doch der Widerspruch der Volksrepublik schwächte sich immer mehr ab, da mehr und mehr zu Tage trat, daß die USA auf chinesische Empfindlichkeiten keine Rücksicht mehr zu nehmen brauchten: die Bedrohung durch die UdSSR verringerte sich aufgrund ihrer desolaten Lage zusehends; zum Ende der Amtszeit Reagans war die Sowjetunion sogar soweit zusammengebrochen, daß die eigentliche Basis für eine Sicherheitskooperation mit der Volksrepublik entfallen war. China hatte daher keine andere Möglichkeit, als die amerikanische Taiwan-Politik letztlich hinzunehmen (Ross 1995:235).

Die USA behielten daher die größere Flexibilität: Zum einen fand sich die US-Regierung weiterhin an das Gesetz in Form des *Taiwan Relation Acts* gebunden und maß dem Kommuniqué mit China eher eine politische denn völkerrechtliche Verpflichtung bei,

das zudem ebenso wieder revidiert werden könnte – zumindest dann, wenn China seine friedlichen Absichten gegenüber Taiwan aufgeben sollte. Zum anderen erkannte man, daß die Lieferung von Defensivtechnik und -diensten nicht unter die Vereinbarung fiel, da es sich hierbei – nach amerikanischer Lesart – nicht um Waffen handelte. Die Schlußfolgerung war logisch: Nicht mehr das Liefern von Waffen sollte Taiwans Sicherheit bewerkstelligen, sondern die Fähigkeit, selbst solche Systeme zu produzieren (Tyler 2000:327).

Beide Staaten versuchten jedoch weiterhin, nach den Unstimmigkeiten der frühen achtziger Jahre zu einer einvernehmlicheren Politik zu gelangen. Die USA wichen beispielsweise nicht von ihrer Zusage ab, Peking als einzig legitime Regierung Chinas zu betrachten und konnten dadurch den Streit über die Taiwan-Problematik marginal entschärfen. Zudem begann sich abseits der strategisch motivierten Zusammenarbeit ein immer breiteres Netz – nicht notwendigerweise politischer – kooperativer Beziehungen zu spannen, welche die ursprünglich eher symbolische Zusammenarbeit beider Länder rasch überflügelten (Ross 1995:235–236). Auch auf politischer Ebene suchte man nach einem *Modus vivendi*, trotz der weiterhin bestehenden Uneinigkeiten in der Taiwan-Frage die Beziehungen zu stärken. Den Beginn machten dabei die USA, als sie China in eine Export-Kategorie umstufen, die es formal auf die gleiche Stufe stellte wie Indien und weitere nicht-alliierte „friendly states“ und ihm dadurch den Zugang zu fortgeschrittener westlicher Technologie ermöglichte (Ross 1995:219–220).

China griff dieses freundliche Signal auf, wurde aber nicht müde, zu betonen, daß Taiwan immer noch ein Haupthindernis in den Beziehungen beider Länder sei. In chinesischen Augen bleibt das Festhalten der USA an Taiwan ein unverständliches Ärgernis, wie die Ausführungen von Xiang (1981:46) verdeutlichen: Wenn die USA freundschaftliche Beziehungen zu Taiwan unterhalten wollen, warum können sie das dann nicht mit einem Taiwan fortsetzen, das mit dem Festland wiedervereinigt wurde? Warum wollen die USA nur mit einem Bruchteil der chinesischen Bevölkerung freundschaftliche Beziehungen unterhalten und ignorieren dabei den gewaltigen Rest?

Trotz dieser Verärgerung war man sich in Peking bewußt, daß die USA nicht mehr bereit waren, Kompromisse in dieser Frage einzugehen, nur um chinesische Irritationen zu vermeiden. Deng Xiaoping akzeptierte daher den amerikanischen Vorschlag, einem Besuch Premierminister Zhous in Washington den Besuch Reagans in Peking folgen

zu lassen, ohne das Thema Taiwan auszuklammern. Als Zhou jedoch im Januar 1984 die amerikanische Hauptstadt besuchte, zog man stabile Beziehungen erneuten Diskussionen vor und erwähnte das Thema Taiwan nicht öffentlich, sondern drückte lediglich seinen Wunsch aus, daß dieses Treffen die Beziehungen beider Länder wieder voranbringen sollte. Seinen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung schließlich mit dem Besuch Reagans in Peking, als die chinesische Führung jede Anstrengung unternahm, den Gipfel auf jeden Fall erfolgreich abzuschließen – das Taiwan-Problem wurde somit erst einmal beiseite gelegt bzw. negiert (Ross 1995:223–226). China mußte erkennen, daß die Taiwan-Frage kaum für Fortschritte in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen taugte und richtete sein Augenmerk daher auf solche Bereiche, die einen höheren Gewinn für die Volksrepublik versprachen: Technologietransfer und wirtschaftliche Kooperation (Tyler 2000:332–333).

Bewertung der Kooperationsinhalte

Die Politik Ronald Reagans, eine Position der militärischen Stärke zu erlangen, wirkte sich unmittelbar auf die Entwicklung der amerikanisch-chinesischen Zusammenarbeit aus: Da er – wie sein Vorgänger Jimmy Carter – das Verhältnis zur UdSSR als Eckpfeiler seiner politischen Agenda betrachtete, waren die Beziehungen zur Volksrepublik China von nachrangiger Bedeutung (auch wenn er zunächst versuchte, sie im Kampf gegen die Sowjetunion zu gewinnen). Doch auch das Interesse der Volksrepublik China galt zunächst der Moskauer Führung, denn schließlich wollte man im Schatten des wiederaufgeflamten Antagonismus der Supermächte seine Position zwischen den beiden Widersachern festigen. Es wurde bereits angesprochen, daß durch die Politik der Äquidistanz das Interesse an der Zusammenarbeit mit den USA sank und statt dessen die Durchsetzung der chinesischen Maximalpositionen versucht wurde – jedoch ohne den gewünschten Erfolg. Möglicherweise lag dem Ansinnen der Volksrepublik, durch eine Annäherung an die UdSSR die USA zu einem größeren Entgegenkommen zu bewegen, auch eine gewisse Unzufriedenheit mit dem amerikanischen Partner zugrunde, denn wie schon unter Reagans Vorgänger war auch nun wieder von einem substantiellen Kooperationsinteresse, das über die strategische Notwendigkeit hinausging, wenig zu spüren: “‘Card-playing’ will not win the respect of the other party; on the contrary, it will cause a confidence crisis (Xiang 1981:49).”

Das Kooperationsinteresse der USA war ebenfalls von starker Zurückhaltung geprägt, denn die chinesische Unnachgiebigkeit stieß verständlicherweise nicht auf besondere Gegenliebe. Waren es daher amerikanische Bedenken wegen relativer Vorteile, die Washington zu dieser eingeschränkten Phase der Kooperation veranlaßten? Ist man nur deswegen nicht auf die chinesische Forderung, Waffenlieferungen nach Taiwan einzustellen, eingegangen, weil sich dann ein relativer Vorteil der Volksrepublik China in einen langfristigen Nachteil der USA gewandelt hätte? Obwohl einige Indizien für eine solche Sichtweise zu sprechen scheinen, waren relative Gewinne wohl nicht der ausschlaggebende Grund für die Differenzen zu jener Zeit. Zum einen ist es den Vereinigten Staaten gelungen, eine Vereinbarung zu erreichen, die in der Folge kaum zu qualitativen Einbußen führte und einen relativen Vorteil der Volksrepublik unterband. Zum anderen war der Kooperationsbedarf auf beiden Seiten recht gering und damit wohl der eigentliche Grund für die Friktionen im bilateralen Verhältnis, denn jede Seite konnte ausloten, welche Belastungen die Beziehungen vertragen: China, das seine Maximalforderung durchsetzen wollte und die USA, die eine Vereinbarung im Grunde genommen unterliefen.

8.2.2 Rüstungsexporte und nukleare Proliferation

Da sich die Asymmetrie in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen zu verfestigen drohte, suchte die Volksrepublik nach Alternativen, ihre strategische Position auszubauen. Übertriebene Rücksicht auf amerikanische Befindlichkeiten mußte die Volksrepublik nicht üben, schließlich machten die USA vor, wie man Vereinbarungen stets zum eigenen Vorteil auslegen kann. Insbesondere Pekings fortgesetzte Waffenverkäufe in Krisengebiete, darunter dem Nahen Osten, belasteten daher das Verhältnis zu Washington, obwohl die Ausstattung ausländischer Freunde mit Waffen lange Zeit ein Kennzeichen chinesischer Außenpolitik gewesen war. China hatte schwere Waffen in nicht weniger als 22 Länder in Asien, Afrika und dem Nahen Osten geliefert und leichte Waffen an etliche weitere Staaten. In den achtziger Jahren konzentrierten sich die chinesischen Waffenverkäufe auf zwei Länder in Asien (Thailand und Pakistan) und fünf Länder im Nahen Osten (Ägypten, Syrien, Libyen, Iran, Irak). Während der Verkauf fortgeschrittener Waffen noch von der Regierung Chinas zentral kontrolliert werden konnte (und damit das chinesische Ansinnen unterstützte, politischen Einfluß

zu gewinnen), wurde der Verkauf von leichteren Waffen beziehungsweise weniger entwickelten Waffen sowohl vom Militär als auch von einigen mit ihm verbundenen Handelsfirmen in Eigenregie durchgeführt (Harding 1992:187). Eine Kontrolle war daher kaum möglich.

Besonders brisant ist dabei nicht nur die Tatsache, daß solche Exporte regionale Konflikte weiter anheizen, sondern daß möglicherweise Technologien eingesetzt werden, die im Rahmen der Beziehungspflege von den USA selbst geliefert worden waren, schließlich war es ja ein beabsichtigter Zweck der amerikanischen Eindämmungspolitik, den chinesischen Partner mit Waffen und Technologien auszustatten, um ihn als vollwertigen Partner gegen das sowjetische Expansionsstreben einzusetzen. Der Austausch von Militärs beider Seiten gehörte dabei ebenso zu den vertrauensbildenden Maßnahmen wie der Zugang zu westlichen Technologien. Neben der Frage der Waffenverkäufe richtete China sein Augenmerk nun zunehmend auf die früher versprochenen Möglichkeiten, fortgeschrittene Technologien der USA zu erwerben. Washington hatte amerikanischen Unternehmen zwischenzeitlich zwar zahlreiche Exportlizenzen erteilt, doch die Überlassung von Hochtechnologie scheiterte stets am Veto des Pentagons: Das Verteidigungsministerium befürchtete, daß solche Güter früher oder später der UdSSR zugute kommen würden oder anderweitig gegen amerikanische Interessen eingesetzt werden würden (Tyler 2000:317): Insofern handelt es sich hier augenscheinlich um ein *relative gains*-Problem.

Die Gefahren, die beim Verkauf von Waffen und Dual-Use-Technologien auftreten, wurden von den Verantwortlichen jedoch keineswegs ignoriert. Als beispielsweise US-Verteidigungsminister Caspar W. Weinberger 1983 durch das Angebot amerikanischer Rüstungstechnologie den Streit um die Waffenlieferungen nach Taiwan etwas entschärfen wollte, beschränkte er dies auf bestimmte defensive Waffensysteme. Einen generellen Zugang zu amerikanischer Technik wollte er gerade nicht anbieten, da China mit Sicherheit sensible Technologien hätte erstehen wollen. Um dies zu verhindern, verließ er jenes Gespräch sogar ohne eine Vereinbarung über eine militärische Zusammenarbeit, obwohl dies zum damaligen Zeitpunkt sicherlich zu einer Verbesserung der Beziehungen geführt hätte (Ross 1995:223). Es liegt aber in der Natur der Sache, daß insbesondere Waffen und fortgeschrittene Technologien zum späteren Nachteil des Exporteurs eingesetzt werden können.

Washington versuchte somit einen Spagat, indem es zum einen die chinesische Verteidigungsfähigkeit und damit seinen militärisch-strategischen Nutzen gegenüber der UdSSR förderte, aber zum anderen stets darauf bedacht war, keinen Vorteil entstehen zu lassen und offensive Waffentypen zu vermeiden. Obwohl China damit seinen Zugang zu westlichem Waffenmaterial verbessern konnte, blieb ihm doch der Zugang zu bestimmten Technologien verwehrt. Darunter fielen z.B. Technologien, die Chinas Fähigkeiten bei strategischen Raketen, Nuklearwaffen, militärischer Aufklärung oder der U-Boot-Bekämpfung steigern würden (Ross 1995:237–238). Dennoch schwanden die Möglichkeiten für die USA, durch Waffenverkäufe an China Konzessionen zu erreichen, da Studien ergaben, daß eine zeitgemäße Aufrüstung der Volksbefreiungsarmee enorme Summen verschlingen würde – Geld, das der chinesischen Führung letztlich bei der dringenden Modernisierung fehlen würde (Tyler 2000:331).

Hinzu kam, daß Peking gar kein Interesse daran hatte, die komplette Bandbreite westlicher Wehrtechnik zu erstehen, sondern sehr sorgfältige Kosten-Nutzen-Abwägungen traf. Da der chinesischen Regierung nur in begrenztem Maße Devisen zur Verfügung standen und ein umfassender Rüstungserwerb schon aus finanziellen Gründen nicht möglich war, sah man nur im Aufbau eigener Forschungseinrichtungen und Rüstungsbetriebe eine Möglichkeit, sich auf lange Sicht militärisch zu verbessern (Oksenberg 1987:507–508). China war daher auch ohne amerikanische Hilfe in der Lage, sein Angebot an Waffen beträchtlich auszubauen und interessierten Staaten anzubieten. Der Krieg zwischen Iran und Irak war für China eine ideale Gelegenheit, seine Waffenverkäufe im Nahen Osten zu erhöhen. China hatte sowohl mit dem Iran Abkommen in Höhe von 3 Mrd. \$ geschlossen, als auch mit dem Irak in Höhe von 5,1 Mrd. \$. China fokussierte sich immer stärker auf den Aufbau seiner Wirtschaft und Industrie und änderte im Zuge dessen auch seine Militärstrategie: Da die Gefahr einer nuklearen Auseinandersetzung schwand, reduzierte China die vier Millionen Mann starke Volksbefreiungsarmee und leitete seine Militärausgaben sowohl auf die Entwicklung von nuklearen Lang- und Mittelstreckenraketen als auch auf den zivilen Sektor um. Die chinesische Militärindustrie war daher gezwungen, anderweitig Abnehmer für ihre Produkte zu finden und fand sie auf dem internationalen Markt: chinesische Rüstungsexporte, vor allem in den Nahen Osten, waren die Folge dieser geänderten Strategie und sollten in Zukunft ebenfalls die Agenda der amerikanisch-chinesischen Beziehungen bestimmen (Tyler 2000:336–337).

Washington maß dieser Entwicklung zunächst keine größere Bedeutung bei, aber als 1987 die Vereinigten Staaten kuwaitische Tanker zu eskortieren begannen, sorgte der Verkauf chinesischer Anti-Schiffs-Raketen (Silkworm) an den Iran doch für einige Bedenken. Chinesischen Dementis zum Trotz führte dies zu einer vorübergehenden Verschärfung der amerikanischen Exportbestimmungen für fortgeschrittene Technologien an China, bis die Restriktionen im August 1988 wieder aufgehoben wurden, nachdem China zugesagt hatte, die Lieferungen solcher Raketen über den „grauen Markt“ zu unterbinden (Harding 1992:187–188). Jedenfalls weckte diese Entwicklung erste Zweifel an der amerikanischen Entscheidung, Militärtechnologie nach China zu exportieren (Ross 1995:243).

Damit waren die Kontroversen aber noch nicht beendet. Nachdem man für den Fall der Silkworm-Raketen eine Lösung gefunden hatte, erhielt Washington Kenntnis von einer Lieferung chinesischer Mittelstreckenraketen nach Saudi-Arabien, das damit eine Klasse von Raketen besaß, die zum einen Nuklearsprengköpfe tragen und zum anderen auch Israel erreichen konnten. Wenige Monate später waren es wiederum Raketen chinesischen Ursprungs, die nach Syrien, möglicherweise auch in den Iran, nach Libyen oder nach Pakistan geliefert wurden, und erneut dementierte Peking die bloße Existenz solcher Waffen. Das einzige Entgegenkommen, das sich China abringen ließ, war die Zusage, Lieferungen von Waffen in den Nahen Osten einzustellen. Als zur gleichen Zeit bekannt wurde, daß chinesische Raketen amerikanische Satelliten (wenn auch unter eingeschränkten Bedingungen) in den Orbit befördern durften, gab es deswegen nicht wenige Stimmen, die einen Zusammenhang zwischen dem chinesischen Zugeständnis und dem amerikanischen Angebot sehen wollten – auch wenn diesmal *beide* Seiten dementierten (Harding 1992:188–189).

Einen ähnlichen Ursprung hatte der aufkeimende Streit über die nukleare Proliferationspolitik Pekings: Obwohl die USA einerseits versuchten, durch ein Übereinkommen mit China den Verkauf ziviler Nukleartechnik zu fördern und es gleichzeitig in der Verbreitung dieser Technologien zu disziplinieren, warfen Berichte über die Hilfe Chinas bei Pakistans Nuklearprogramm doch erste Schatten auf die chinesische Atompolitik (Tyler 2000:335). Wiederum war also das amerikanische Interesse vorausgegangen, durch den Export sensibler Technologie einen kurzfristigen Vorteil zu erzielen. Die amerikanische Nuklearindustrie hatte nach dem Reaktorunglück von Harrisburg einen

erheblichen Markteinbruch zu verzeichnen und war daher am chinesischen Markt sehr interessiert. China wiederum hätte mittels amerikanischer Kerntechnik seine Fähigkeit zur Stromerzeugung erheblich verbessern können, war dies doch eines der ärgsten Hindernisse auf dem Weg zur Modernisierung seiner Wirtschaft (Harding 1992:183–184). Da Peking aber kein Mitglied des Atomwaffensperrvertrages war (NPT), war ein bilaterales Abkommen vonnöten, damit amerikanische Firmen in die Volksrepublik China exportieren durften (Ross 1995:241).

Mehrere Hindernisse standen dem aber im Weg: Zum einen war zweifelhaft, daß der amerikanische Kongreß ohne eine vorherige Bindung Chinas an die Nonproliferationsregeln einem solchen Vertrag überhaupt zustimmen würde; zum anderen war bekannt, daß China nicht nur die Nuklear-Programme anderer Staaten unterstützte, sondern sogar Pakistan bei der Entwicklung von Atomwaffen half. Solange also ernsthafte Zweifel bestanden, daß sich China tatsächlich an die Regeln des nuklearen Nonproliferationsregimes halten würde, stand eine solche Kooperation nicht zur Debatte. Insofern richtete man an China die Forderung, sich explizit zur Einhaltung der Nonproliferationsregeln zu verpflichten sowie einer Kontrolle atomarer Anlagen und relevanter Ausfuhren durch die IAEA zuzustimmen. Obwohl Peking dies letztendlich akzeptierte, weigerte es sich immer noch beharrlich, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten. Reagan genügten schließlich die öffentlichen und persönlichen Versicherungen der chinesischen Führung, zu den Regeln der Nonproliferation zu stehen, um dem Kongreß eine Vereinbarung über die Lieferung von Nukleartechnik nach China zu präsentieren. Zwar teilte der Kongreß die positive Einschätzung Reagans nicht und kritisierte das Unterlaufen der amerikanischen Nonproliferationspolitik zugunsten kurzfristiger kommerzieller Vorteile, genehmigte die Vereinbarung aber trotzdem; dennoch trat dieses Abkommen, obwohl ratifiziert, niemals in Kraft (Harding 1992:184–186).

Bemerkenswert an dieser Angelegenheit sind vor allem zwei Umstände: Zum einen wurde die immer kritischer werdende Haltung des US-Kongresses zu den amerikanisch-chinesischen Beziehungen deutlich; zum anderen zeigten Geheimdienstberichte, daß China weiterhin Pakistan mit Nuklearmaterial belieferte und diese Unterstützung auch nicht aufgeben wollte, nur um amerikanische Nukleartechnik zu erhalten, wo man doch Zugriff auf britische, französische, deutsche und japanische Technik hatte (Ross 1995:242). Daher wuchsen die Zweifel an der chinesischen Zuverlässigkeit und

Pekings wahren Absichten.

Bewertung der Kooperationsinhalte

Waren es in der Anfangsphase der Regierung Reagan noch mangelnde Kooperationspräferenzen, die tatsächliche Fortschritte in den Beziehungen zur Volksrepublik China verhindert hatten, so wendete sich nun das Blatt: Die USA waren von einem Kooperationsinteresse angetrieben, das nicht mehr auf einer strategischen Kalkulation beruhte, sondern auf den Sicherheitsinteressen einer politischen Führungsmacht. Obwohl China auf den amerikanischen Technologietransfer angewiesen war, nutzte es doch geschickt seine politischen Freiheiten in der sich auflösenden Bipolarität, um die USA immer wieder zu kleinen Konzessionen zu bewegen. In der amerikanischen Führung verbreitete sich jedoch immer mehr der Eindruck, daß die Volksrepublik durch die bilateralen Beziehungen Vorteile erzielte, deren langfristige Auswirkungen noch nicht abzusehen waren – und die chinesische Führung trug ihren Teil dazu bei, daß jene Besorgnis nicht zerstreut werden konnte. Insofern hatten beide Staaten zwar klare Kooperationspräferenzen, doch die Chance auf langfristige Gewinne wurde durch die Besorgnis relativer Gewinne geschmälert.

Das Ende des Kalten Krieges, eingeleitet durch die Perestroika des Michail Gorbatschow und erfolgreich unterstützt durch die Politik Ronald Reagans, markiert gleichzeitig auch den Wendepunkt in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen. Waren die USA bis dato in einer Position, in der vor allem ihr Kooperationsinteresse den Fortgang der Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China diktieren konnte, so fanden sie sich nun einem Partner gegenüber, der die sich abzeichnende Auflösung des strategischen Dreiecks zum eigenen Vorteil nutzen wollte, ohne stets reziproke Maßnahmen befürchten zu müssen. Die Tünche der strategischen Kooperationsgemeinschaft blätterte, die Besorgnisse wuchsen: “In short, American defense and intelligence officials often treated China during the 1980s as a past adversary that might become a present one in the future. [...] The Cold War was not yet over, and China remained a potential partner against the Soviet Union. The positive images of a friendly, changing China were for public consumption. The darker images, the reminders of a more adversarial relationship, were exchanged privately in Washington or saved for the memoirs (Mann 2000:149).”

8.2.3 Das amerikanische Handelsdefizit: Beginn eines Disputs

Trotz aufkeimender Bedenken erweiterte sich die Kooperation zwischen China und den USA Mitte der achtziger Jahre vor allem im Politikfeld Wohlfahrt, denn auf beiden Seiten war klar, daß sich angesichts zunehmender Erosionserscheinungen der Sowjetunion die Zeit der strategischen Kooperation einem Ende näherte. Deutlich wurde jedoch auch, daß die politische Dimension der Kooperation dadurch zunehmend überlagert und das Verhältnis der beiden Staaten fragiler wurde: “The double entendre – that the relationship lacked any substance – was, at least, polite (Tyler 2000:334).”

Obwohl das steigende Handelsdefizit der USA zu weiten Teilen hausgemacht war – starker Dollar, hohe Zinsen, niedrige Sparrate, stagnierende Produktivität –, gab es vor allem hinsichtlich der chinesischen Handelspraktiken berechtigten Anlaß zur Kritik. Das rasche Wachstum des chinesischen Handelsüberschusses mit den Vereinigten Staaten verstärkte die Kritik an den Hindernissen für amerikanische Exporte nach China, manifestiert durch hohe Zölle, mangelnden Schutz geistigen Eigentums sowie scheinbar unüberwindbare Barrieren amerikanischer Direktinvestitionen in China. 1986 wurden daher die Rufe immer lauter, die mit China unzufrieden waren und Peking mehr Zugeständnisse für ein freundlicheres Geschäftsklima abringen wollten. Doch eine Änderung trat damit nicht ein: Ein Jahr später wurde das amerikanische Handelsdefizit zum ersten Mal Gegenstand bilateraler Verhandlungen (Harding 1992:190–192).

Die Konsequenz, die die USA daraus zogen, widersprach eigentlich den ursprünglichen Absichten, die Beziehungen durch die ökonomischen Bande zu festigen: China war nicht länger das Land der unbegrenzten Möglichkeiten und Potentiale, sondern schlichtweg ein schwieriger Platz, um Geschäfte zu machen: “It takes twice as long and costs twice as much as doing business anywhere else, and the return is about half what you get elsewhere (Harding 1992:195).” Die ökonomischen Beziehungen produzierten damit Spannungen wegen eines in der Folge zunehmenden amerikanischen Protektionismus, des Handelsdefizits und des unfreundlichen Investitionsklimas in China.

Sogar die kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen gaben Anlaß zur Verstimmung: Grund waren chinesische Studenten und Lehrende, die an amerikanischen Universitäten und Institutionen tätig waren, aber nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren

wollten – und wenn, dann mit Ideen und Idealen westlicher Politik. Die daraufhin von China verhängte Beschränkung des Austausches nährte bei den Amerikanern den Eindruck, daß chinesische Politiker mit allen Mitteln den Zugang zu westlichen politischen Werten und Ideen verhindern wollten (Harding 1992:196).

8.3 Zusammenfassung und Bewertung

Ronald Reagans Amtszeit begann mit dem hehren Ziel, die amerikanische Stärke wiederzuerlangen und erst aus dieser Position Verhandlungen mit dem erklärten Feind, der UdSSR, zu führen. Einen strategischen Platz im Machtkonzept der amerikanischen Regierung hatte China dabei nicht: Zum einen standen dem die Ressentiments des amerikanischen Präsidenten entgegen, die auf seiner antikommunistischen Überzeugung fußten, zum anderen gelang es den USA, auch ohne das Spielen der „China-Karte“ politische Fortschritte im Verhältnis zur UdSSR und deren neuer Führung unter Gorbatschow zu erzielen. Trotz der recht geringen Kooperationsanreize war der amerikanischen Regierung aber daran gelegen, die Beziehungen zur Volksrepublik aufrechtzuerhalten, auch wenn diese mit der geplanten Durchsetzung ihrer Maximalforderungen fast eine Blockade erreicht hätte.

Die Gefahr durch mögliche relative Vorteile war in dieser Phase noch nicht gegeben, vielmehr war die Verbindung der geringen Kooperationsanreize mit dem Streben nach großen absoluten Gewinnen der ausschlaggebende Grund für die festgestellten Dissonanzen. Daher konnten sich beide Seiten auf eine Vereinbarung einigen, die trotz ihrer positiven Ergebnisse im Grunde genommen eine Bestätigung des Status quo war: Das Kommuniqué von 1982 scheint auf den ersten Blick die letzten Fragen der Normalisierung aufgegriffen zu haben: Die chinesische Regierung erreichte eine Reduktion der amerikanischen Waffenverkäufe und damit Einfluß auf eine Praxis, die sie ohnehin nicht vollständig stoppen konnte, während die USA trotz dieses Kompromisses weiterhin die Sicherheit Taiwans und die friedliche Lösung dieser Frage auf der Haben-Seite verbuchen konnten (Tyler 2000:326). Dennoch darf dieses Resümee nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Fortschritt rein formaler Natur war: Die Reduzierung der amerikanischen Waffenverkäufe wurde trickreich ausgehebelt, so daß eine tatsächliche Beschränkung kaum festzustellen und der tatsächliche Gewinn für China eher gering war,

während die Garantie einer friedlichen Wiedervereinigung machtpolitischen Zielen der Volksrepublik ebenfalls kaum standhalten würde.

Die größte Leistung der US-Regierung war es, neben der strategischen Zusammenarbeit die Kooperation in anderen Politikfeldern so weit auszubauen und zu stärken, daß auch der Verlust des strategischen Imperativs nicht zu einem vollständigen Nachlassen der Kooperationsinteressen in beiden Ländern führte, so daß sich die Beziehungen letztlich unabhängig von strategischen Überlegungen entwickeln konnten (Ross 1995:244). Die chinesische Proliferationspolitik und die fortgesetzten Waffenexporte in Krisenregionen schürten jedoch Zweifel an der Redlichkeit des chinesischen Partners. Zunehmende ökonomische Konkurrenz sowie die Zeichen des Endes des Kalten Kriegs führten außerdem dazu, daß die amerikanische Öffentlichkeit nun ihren Blick auch auf die Menschenrechtssituation in China richtete und damit ein neues Konfliktfeld heranwuchs, das bisher nur eine Nebenrolle gespielt hatte.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts deutete sich auch ein neues Muster in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen an, denn das strategische Fundament hatte bisher dafür gesorgt, daß Zweifel an langfristigen Kooperationsgewinnen nicht aufkommen konnten, nachdem die gemeinsam erfahrene Bedrohung den Kooperationsbedarf steuerte und die Akteure disziplinierte. Nun aber schien es, als ob die Chance zu kurzfristigen Defektionsgewinnen anstieg, denn wie sich das internationale Staatensystem entwickeln sollte, war völlig offen – und damit auch das vertraute Muster des strategischen Dreiecks.

Kapitel 9

Revision der Kooperation: Konfliktreiche Normalität

9.1 Kooperationsbedarf und Präferenzen

9.1.1 Entfall des strategischen Fundaments

Das Ende des Ost-West-Konflikts markiert das wohl einschneidendste Ereignis in der Geschichte der internationalen Politik nach dem Zweiten Weltkrieg. Die USA, deren bisherige Politik im großen und ganzen im Zeichen einer antikommunistischen Eindämmung stand, fanden sich vor der Herausforderung, ihr außenpolitisches Konzept diesen veränderten Bedingungen anzupassen und einen Mittelweg zwischen weltpolitischer Lotsen- und Führungsarbeit und innenpolitischen Herausforderungen, die bisher stets den strategischen Ansprüchen untergeordnet worden waren, zu finden. In den USA wurden daher schon 1985, als sich ein Abflauen des Ost-West-Konflikts abzeichnete, Rufe nach einer Konzentration auf wirtschafts- und sozialpolitische Themen laut und bestimmten spätestens 1992 die politische Diskussion (Czempiel 1994:1–2). Das Verschwinden des Ost-West-Konflikts führte letztlich dazu, daß das identitätsstiftende Element eines zentralen Gegners verloren ging und sich die amerikanische Außenpolitik auf die Suche nach einem strategischen Ersatz machen mußte, da sich gleichsam „der interne Kompaß und die externe geopolitische Landkarte“ verflüchtigten (Dittgen 1994:292). George Bush, in dessen Präsidentschaft das Ende des Kalten

Krieges fiel, beantwortete diese Frage mit seiner „Neuen Weltordnung“ und versuchte auf diese Art, den innenpolitischen Gegensatz zwischen Isolationisten und Internationalisten aufzulösen; er proklamierte eine Phase amerikanischer Führung, die als einzig verbliebene Supermacht sowohl militärisch als auch politisch-ideologisch die Entwicklung von Freiheit und Wohlstand vorantreiben würde (Kast 1997:28–29).

Wenn sich schon die außenpolitischen Rahmenbedingungen fundamental änderten, so war es kaum verwunderlich, daß auch das Verhältnis zur Volksrepublik China einer Überprüfung unterzogen wurde, auch wenn der neue Präsident George Bush sein Augenmerk auf ein genuin strategisches Surrogat richtete, um die bilateralen Beziehungen mit neuem Leben zu füllen. Mit ihm erhielten die USA nämlich einen Präsidenten, der das Verhältnis zu China wieder mehr in den bewährten strategischen Kontext rücken wollte. Bush, dessen politische Historie ihm ein besonderes Verhältnis zu China verschafft hatte, stand ganz in der strategischen Tradition eines Richard Nixon und Henry Kissinger und sah es daher als seine oberste Priorität an, das chinesisch-sowjetische Verhältnis nicht auf Kosten amerikanischer Interessen gedeihen zu lassen. Daß in der Volksrepublik mittlerweile der Gegensatz bestimmter politischer und sozialer Fraktionen immer bedrohlicher wurde, beachtete er zunächst nicht (Tyler 2000:344–346).

Nach und nach wurde immer offensichtlicher, daß die bisherige strategische Kooperationsbegründung, die sich vor allem aus dem Antagonismus des Ost-West-Konflikts gespeist hatte, einen Ersatz benötigte. Zwar teilten nicht alle Entscheidungsträger die Auffassung, daß das gewohnte strategische Fundament ersetzt werden könnte (insbesondere im Pentagon sah man die Bedrohung durch die UdSSR noch nicht vollständig schwinden), doch verstärkte sich der Eindruck, daß fortan die ökonomischen Beziehungen eine wichtigere Rolle, wenn nicht gar die tragende Rolle in den Beziehungen spielen sollten. Inwiefern die Stabilität der Beziehungen davon beeinflußt werden würde, war zwar völlig unklar, doch die fortgeschrittene Institutionalisierung und Diversifizierung der bilateralen Beziehungen gab Grund zur Annahme, daß man weiterhin von einem stabilen Verhältnis ausgehen konnte (Harding 1992:206–210).

Diese Vorstellung beruhte jedoch auf dem Verständnis der Bush-Regierung, daß sich lediglich die strategische Begründung der bilateralen Beziehungen geändert hätte und fortan andere Themen dieses Fundament bilden würden, das aber immer noch stra-

tegischer Natur sei. Die Kehrseite der Medaille war jedoch, daß auch immer mehr interne Angelegenheiten den Gang der Beziehungen beeinflussten, weil bis dahin das politische System der Volksrepublik den geostrategischen Erfordernissen nachgeordnet worden war und somit innenpolitische Entwicklungen keine Auswirkung auf den Fortgang der bilateralen Beziehungen hatten; Chinas Wert war sozusagen durch seine bloße Existenz gegeben (Kast 1997:81–82).

Mit dieser Abkehr von einer geostrategischen Notwendigkeit der Kooperation zogen fortan Eigenschaften des Kooperationspartners wesentlich mehr Aufmerksamkeit auf sich und liefern einen Teil der Erklärung, warum der Kooperationsbedarf auf amerikanischer Seite zu sinken begann bzw. die Gegensätze stärker in den Vordergrund traten. Natürlich war hier zuerst der gesunkene strategische Wert der Volksrepublik China zu nennen, die mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Niedergang der Sowjetunion ihre Rolle im strategischen Dreieck verlor und – wie alle Staaten zu jener Zeit – erst wieder eine neue Position in einem internationalen politischen System finden mußte, das noch in seiner Entwicklung zwischen Uni- und Multipolarität schwankte.

Aber mit dieser strategischen Abwertung ging auch ein Interesse für innenpolitische Ereignisse und Entwicklungen in China einher, das bisher bei der Definition des Kooperationsbedarfs nur eine unterentwickelte Rolle spielte, d.h. der gesunkene Kooperationsanreiz führte dazu, daß man sich Kritik an internen Angelegenheiten erst erlauben konnte. Die engeren kulturellen, wissenschaftlichen und ökonomischen Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und den USA führten zwar zu einer beträchtlichen Ausweitung des Austausches, machten aber ebenso deutlich, daß die ökonomischen und politischen Reformen in China noch stark unterentwickelt waren und westlichen Ansprüchen noch lange nicht genügten. Dazu geriet auch die innere Verfaßtheit Chinas immer häufiger in den Mittelpunkt westlicher Beobachter und ermöglichte den Blick auf die dortige Menschenrechtssituation, die nach und nach die öffentliche und veröffentlichte Meinung in den USA dominieren sollte (Harding 1992:174).

Menschenrechte waren in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen bis in die Mitte der achtziger Jahre kein Thema. Gerade Nixon und sein außenpolitischer Ratgeber Henry Kissinger machten deutlich, daß sie nicht die interne politische Philosophie eines Staates interessiert, sondern seine Außenpolitik, insbesondere im Hinblick auf die USA. Peking sollte damit deutlich gemacht werden, daß sich Washington nicht

in die inneren Angelegenheiten einmischen wollte und Menschenrechte nicht auf der Tagesordnung standen (Kast 1997:106–107).

Die USA hatten hierfür verschiedene Gründe: Zum einen war es das vordringlichste Ziel, China als Partner im Konflikt mit der UdSSR zu gewinnen; Menschenrechtsfragen wurden daher ebenso wie ideologische Unterschiede beiseitegelegt, zumal sich die Volksrepublik nach dem Tode Maos einem ehrgeizigen politischen Reformprogramm unterwarf, das durchaus eine positive Entwicklung erwarten ließ (Harding 1997:168–169). Zum anderen waren die USA wegen des Krieges in Südostasien in dieser Frage ebenfalls angreifbar und hatten auch wegen ihrer innenpolitischen Probleme keinen Anreiz, andere Länder wegen der Verletzung von Menschenrechten anzuprangern (Harding 1992:199–200). Menschenrechtsfragen waren damit zwar ein Element der amerikanischen Außenpolitik, fristeten jedoch ein eher nachrangiges Dasein und mußten in der China-Politik den strategischen Überlegungen weichen.

In den achtziger Jahren änderte sich jedoch diese Haltung. Nicht nur die innenpolitische Situation Chinas geriet immer häufiger ins Blickfeld der Öffentlichkeit, maßgeblich beeinflusst durch Nichtregierungsorganisationen (NGO) wie Amnesty International und chinesische Emigranten (Seymour 1994:207), sondern auch die Außenpolitik Pekings beispielsweise gegenüber Tibet erfuhr eine größere Aufmerksamkeit (Oksenberg 1997:84). Die veränderte internationale Lage tat ein übriges: Gehörte es in der Hochzeit des Ost-West-Konflikts zu den Regeln amerikanischer Außenpolitik, Menschenrechtsfragen nur dann auf die politische Agenda zu setzen, wenn es opportun erschien, so zählte China spätestens mit den Ereignissen auf dem Platz des Himmlischen Friedens zu denjenigen Staaten, die aufgrund ihrer vergleichsweise geringen Reformneigung lautstarke Kritik verdienten: “[...] China seemed a far less admirable place than only a few years before. It had moved from the vanguard of political and economic reform to the rear (Harding 1997:170).”

Sicherlich hing diese kritische Entwicklung auch damit zusammen, daß die strategische Überlegenheit der USA einer ökonomischen Interdependenz wich, die die USA vor einige Schwierigkeiten stellte und ihre Verhandlungsposition gegenüber China maßgeblich verschlechtern konnte. Daß gerade die ökonomischen Beziehungen fortan das Verhältnis dominieren sollten, war auf die beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen zurückzuführen, die eine scheinbar perfekte Konstellation vorfanden: Auf der

einen Seite hatte die amerikanische Wirtschaft erhebliches Interesse an einer Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen, schließlich handelte es sich um den potentiell größten Markt weltweit. China wiederum konnte aufgrund seiner konkurrenzlos günstigen Fertigungskapazitäten mit einem erheblichen Anstieg seiner Exporte in den konsumfreudigen amerikanischen Markt rechnen und daher seinen Weg als rasant wachsende Wirtschaftsmacht fortsetzen (Bloch 1997:186–188).

Auch politisch fiel diese Vorstellung vor allem bei jungen chinesischen Intellektuellen auf fruchtbaren Boden und führte in dieser Schicht zu einer zunehmenden Popularität westlicher Werte, die als Schlüssel für eine rasche Entwicklung Chinas angesehen wurden. Obwohl zu jenem Zeitpunkt der Stand der Reformen auch nicht annähernd dem westlichen Modell glich, war doch die Bereitschaft zur wirtschaftlichen und politischen Liberalisierung zu erkennen (Harding 1992:215–216). Für die USA wiederum schien dies eine Gelegenheit zu sein, durch ökonomische Verflechtung auch Fortschritte in Chinas internem politischen System zu erzielen, wie später insbesondere die Regierung Clinton deutlich machen sollte, deren Handelspolitik expliziter Tragpfeiler ihrer „Grand Strategy“ werden sollte (Kast 1997:100–101).

Mit dem Fortschreiten der ökonomischen Interdependenz zeigten sich jedoch auch die Schattenseiten dieser Entwicklung: Seit 1980 – dem Jahr, in dem der Meistbegünstigungsstatus zum ersten Mal gewährt wurde – stieg das amerikanisch-chinesische Handelsvolumen zwar von 4,8 Mrd. \$ auf über 48 Mrd. \$ im Jahr 1994, doch den größten Anteil dieser Steigerung konnte die chinesische Wirtschaft verbuchen, nachdem das amerikanische Handelsdefizit mit der Volksrepublik im gleichen Zeitraum von 61 Mio. \$ auf 29,5 Mrd. \$ anstieg. China rückte damit nach Japan an die Stelle derjenigen Staaten, die für die katastrophale amerikanische Handelsbilanz verantwortlich gemacht wurden (Sutter 1996:112).

Es war daher nicht überraschend, daß trotz des enormen wirtschaftlichen Potentials das chinesische Gebaren immer mehr Kritik auf sich zog: “Differences in political values, the growing bilateral imbalance, and the concentration of imports in light manufactures all act as political lightning rods in the United States (Noland 1998:115).” Der Entfall des Ost-West-Konflikts, der auch die amerikanische Außenwirtschaftspolitik ganz in den strategischen Kontext gestellt hatte, führte daher auch in der Handelspolitik zu einem Paradigmenwechsel, auch wenn weitere Faktoren wie der relative wirtschaftliche

Niedergang der USA sowie hausgemachte industriepolitische und makroökonomische Belastungen ihren Teil dazu beigetragen haben (Falke 1994:319–330).

Doch genauso, wie die wirtschaftliche Entwicklung der Beziehungen die amerikanische Politik vor Herausforderungen stellte, so zeigte der Zusammenbruch der kommunistischen Regime die Gefahren auf, die die chinesische Führung durch eine politische Liberalisierung im Zuge ihrer marktwirtschaftlichen Reformen befürchten mußte. Gerade die konservativen Mitglieder der chinesischen Führung unterstellten daher den USA, das kommunistische System und die chinesische Gesellschaft durch westliche Werte und Ideale unterwandern zu wollen und plädierten infolgedessen keineswegs für engere Beziehungen. Die Reformkräfte in den kommunistischen Reihen waren hingegen eher an einer Normalisierung der Beziehungen interessiert, da sie der ökonomischen Modernisierung den höchsten Stellenwert beimaßen und in den USA den wichtigsten Markt für Technologien und Kapital sahen und mit ihm den Schlüssel für andere westliche Länder (Harding 1992:248–249).

Bewertung des Kooperationsbedarfs

Nachdem sich schon in der Amtszeit Reagans das Ende des Ost-West-Konflikts angedeutet hatte, vollendete sich 1989 dieser politische Gezeitenwechsel. Obwohl damit die strategische Begründung der amerikanisch-chinesischen Zusammenarbeit endgültig ihren Wert verlor, setzte George Bush gerade auf eine Wiederbelebung dieses Konzepts, da er den Wert Chinas überaus hoch einschätzte. Die Kooperationspräferenz auf amerikanischer Seite war zumindest beim Präsidenten uneingeschränkt gegeben, und auch die chinesische Regierung war kaum daran interessiert, die eindrucksvollen wirtschaftlichen Erfolge im bilateralen Handel zu gefährden. Insofern standen die Zeichen für den Ausbau freundschaftlicher und enger Beziehungen durchaus gut, doch die innenpolitischen Entwicklungen in der Volksrepublik und die negativen Folgen der Interdependenz setzten diesem hoffnungsvollen Beginn ein schnelles Ende.

Die Entwicklung der bilateralen Kooperation stand jedoch unter dem Eindruck einer ungeklärten Bedarfssituation, denn die Chance auf ökonomische Kooperationsgewinne wurde in den USA nicht mehr uneingeschränkt geteilt. Darüber hinaus gelang es dem amerikanischen Präsidenten nicht, auf strategischer Basis eine Begründung vertiefter Zusammenarbeit herzuleiten, da der bloße Hinweis auf die allgemeine Wichtig-

keit Chinas nicht überzeugend war. Obwohl also beide Staaten von einer Kooperation profitiert hätten, standen die Kooperationspräferenzen der USA bereits in dieser Phase auf dem Prüfstand.

9.1.2 Innenpolitische Entwicklung als Kooperationshindernis

Vieles hing also vom weiteren Fortschritt der Reformen ab, doch auch sonst blieb der Optimismus nicht ungetrübt. Vor allem in den USA keimten Diskussionen auf, die den Wert der amerikanisch-chinesischen Beziehungen an den chinesischen Kooperationsleistungen maßen und kritisierten, „zu wenig“ zu erhalten. Doch auch in China verbreitete sich Kritik am amerikanischen „Kulturimperialismus“ und dem Einfluß, den die USA auf China gewannen (Harding 1992:211–213). Wie fragil das Verhältnis der beiden Staaten war, sollte sich daher überraschend schnell zeigen. Obwohl Deng Xiaopings Reformprogramm in den achtziger Jahren sehr erfolgreich war, zeigten sich auch bald die negativen Seiten der Reformen. Die zaghafte Reformen verbesserten in vielerlei Hinsicht die politische Freiheit des einzelnen im Vergleich zu früheren Dekaden, warfen jedoch auch neue gefährliche Probleme für die chinesische Gesellschaft auf: steigende Korruption, soziale Ungleichheit, Inflation und Kriminalität (Sutter 1996:62–64).

Auch wenn im Volk die Unzufriedenheit über die Reformen und ihre Folgen vereinzelt geäußert wurde, erwuchs dies erst zu einem größeren Problem, als die Debatte über den weiteren Weg auch innerhalb chinesischer Führung ausbrach. Während eine Fraktion für noch schnellere und radikalere ökonomische Reformen plädierte und auch eine politische Liberalisierung nicht völlig ausschloß, wandte sich eine zweite Fraktion um Premierminister Li Peng gegen eine breite Privatisierung der Industrie und eine Aufgabe des sozialistischen Gesellschaftsmodells. Da sich durch die Inflation die ökonomische Situation Chinas weiter verschlechterte, gewannen letztere die Oberhand im politischen Diskurs und setzten damit auch die geplanten kommunalen politischen Reformen aus. Vor allem in studentischen Kreisen erzeugte dieser Reformstopp einen solchen Unmut, daß er sich zu einer Demonstration (mit zeitweise über einer Million Menschen) auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking ausweitete – mit verheerenden Folgen (Harding 1992:220–221).

Die Warnungen des scheidenden US-Botschafters Winston Lord vor politischen Unruhen, die sich an immer größer werdenden Massen studentischer Demonstranten auf dem Pekinger Platz des Himmlischen Friedens manifestierten, verhallten ungehört: Der amerikanische Präsident konzentrierte sich ganz auf das neue Tauwetter in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und die geostrategischen Folgen, die der sowjetische Staatschef Gorbatschow mit seiner Politik der Perestroika auslöste. Die Situation auf dem Platz des Himmlischen Friedens geriet zunehmend außer Kontrolle; Deng verschloß sich den immer lauter werdenden Forderungen nach einem Dialog der mittlerweile auf über 150.000 angeschwollenen Masse demonstrierender Studenten und ließ keinen Zweifel daran, daß er diesen Aufruhr notfalls auch gewaltsam beenden lassen würde (Tyler 2000:347–349). Die USA blieben jedoch weiterhin stumm: “But all Washington could think about was Mikhail Gorbachev (Tyler 2000:350).”

Am Ende bevölkerten Hunderttausende den Platz des Himmlischen Friedens und forderten Demokratie und Freiheit, als sich die Hardliner in der chinesischen Führung durchsetzten, das Kriegsrecht ausriefen und Truppen der Volksbefreiungsarmee aufmarschieren ließen. Das folgende Massaker, daß Deng Xiaoping auf dem Platz des Himmlischen Friedens zu verantworten hatte, traf die amerikanische Führung unvorbereitet. Forderungen nach einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und weiteren harten Sanktionen stürzten auf den amerikanischen Präsidenten ein, der nun vor einer schwierigen Entscheidung stand: Zum einen blieb eine angemessene Reaktion der USA unausweichlich, denn das brutale chinesische Vorgehen war inakzeptabel und wurde in der amerikanischen Öffentlichkeit mit Entsetzen aufgenommen. Die blutige Niederschlagung der Proteste fand unter den Augen Millionen amerikanischer Fernsehzuschauer statt und veränderte das Bild Chinas tiefgreifend: War es früher so positiv, daß die Menschenrechtsverletzungen in den letzten Jahren der Kulturrevolution gerne übersehen wurden, so dominierten nun äußerst negative Einstellungen gegenüber der Volksrepublik und ihrer Führung (Lieberthal 1997:257–258).

George Bush wiederum konnte sich zu einer harten (und angemessenen) Reaktion nur schwer durchringen, denn er war der festen Überzeugung, daß China zu wichtig sei, um einfach fallengelassen zu werden; seiner Ansicht nach konnte man nur durch einen ständigen Dialog mit China eine Änderung seines repressiven Verhaltens erreichen – eine Sichtweise, die Bush gegen Kritiker aus den eigenen Reihen und den Kongreß

durchsetzte, so daß die Pekinger Führung schließlich genau wußte, daß sie an prominenter Stelle einen „Verbündeten“ hatte (Levine 1994:80–81).

Doch Bush gehörte zu einer Minderheit, das Vorgehen der chinesischen Sicherheitskräfte sorgte weltweit für Entsetzen. Während sich die amerikanische Regierung sorgte, daß eine übertriebene Reaktion der USA ernsthafte und dauerhafte Konsequenzen für das bilaterale Verhältnis haben und China letztlich in die Arme der UdSSR getrieben werden würde, dominierten das brutale Vorgehen und Forderungen nach einer angemessenen Reaktion die öffentliche Debatte, hatte die amerikanische Gesellschaft im Zuge der sowjetischen Perestrojka unter Gorbatschow doch auch für die Demokratiebewegung in der Volksrepublik China starke Sympathien entwickelt (Vogel 1997a:23).

George Bush war jedoch vordringlich daran interessiert, Arbeitsbeziehungen mit der Volksrepublik aufrechtzuerhalten und die direkte Kommunikation mit der chinesischen Führung nicht abreißen zu lassen. Seine Regierung bemühte sich daher, eine ausgewogene Politik zu betreiben: Auf der einen Seite stand sie unter großem öffentlichen Druck und war gezwungen, Sanktionen gegen China zu verhängen, auf der anderen Seite mußte sie aber auch den Kommunikationskanal mit China aufrechterhalten. Wegen dieses Spannungsfeldes war die Politik des „constructive engagement“ daher auch innerhalb der amerikanischen Regierung umstritten, doch war sie letztlich eine Politik, die ganz klar die Handschrift des Präsidenten trug, dessen Vita ihn durchaus als China-Kenner auswies und der deswegen unter allen Umständen die Beziehungen aufrechterhalten wollte (Kast 1997:108).

Das größte Manko der amerikanischen Politik war aber, daß sie ihren Ansatz des „constructive engagement“ einer empörten Öffentlichkeit nicht vermitteln konnte. So sandte Bush am 1. Juli 1989 Brent Scowcroft und Lawrence Eagleburger zu einer geheimen Mission nach China, ohne jedoch ein greifbares Ergebnis zu erzielen – und das zu einer Zeit, wo das Pekinger Regime weltweit geächtet wurde (Hacke 2001:398–399). Bush gelang es schlichtweg nicht, eine passende Neudefinition der amerikanisch-chinesischen Beziehungen zu finden: “Unable to articulate a new strategic basis for the relationship that was as compelling as the one that sustained it during the Cold War, Bush fell back on the generalization that China was ‘important’ and, by implication, in a special category that constrained him from expressing the outrage that many Americans – and many Chinese – felt (Tyler 2000:371).”

Erschwerend kam hinzu, daß Peking die kooperative Zurückhaltung der Regierung Bush nicht entsprechend würdigte, sondern deutlich machte, daß jede geplante diplomatische Einmischung fruchtlos sei: Um zu zeigen, daß man vom Rest der Welt nicht isoliert sei, nahm China in jener Zeit diplomatische Beziehungen mit Singapur, Saudi-Arabien und Indonesien auf (bzw. setzte sie wieder in Kraft), während man die amerikanische Politik kritisierte. Im großen und ganzen war die chinesische Außenpolitik gegenüber den Vereinigten Staaten somit darauf ausgelegt, die Krise in den Beziehungen einfach auszusitzen und abzuwarten (Harding 1992:235–239).

Bewertung des Kooperationsbedarfs

Obwohl zu Beginn der Präsidentschaft Bushs der Kooperationsbedarf einer kritischen Betrachtung unterzogen wurde, hatte sich doch abseits aller strategischen Erwägungen ein ökonomisches, kulturelles und wissenschaftliches Netz bilateraler Kooperation etabliert, das die politischen Beziehungen substantiell verstärken konnte. Jedoch war dieser Phase nur eine kurze Dauer beschieden, denn die innenpolitischen Entwicklungen in der Volksrepublik China konterkarierten die Pläne des amerikanischen Präsidenten und bestärkten die Kritiker, die von langfristigen Kooperationsgewinnen nicht mehr überzeugt waren. Die Ereignisse auf dem Platz des Himmlischen Friedens waren daher „willkommener“ Anlaß, die bisherige Durchführung der amerikanisch-chinesischen Zusammenarbeit vor diesem Hintergrund grundsätzlich in Frage zu stellen. Auch wenn sich der amerikanische Präsident bemühte, kooperative Arbeitsbeziehungen aufrechtzuerhalten, kann doch von einem Kooperationsabbruch gesprochen werden, da auch der chinesischen Seite an einer Vertiefung der Zusammenarbeit kaum gelegen war.

9.1.3 Amerikanische Bewährungsaufgaben

Die Aufgabe, vor der die USA und China daher zu Beginn der neunziger Jahre standen, war der einer früheren Dekade nicht unähnlich: Beide Länder mußten wieder zu einer Normalisierung ihrer Beziehungen finden und die diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen Schritt für Schritt abbauen. Der Weg dorthin war jedoch zwischen Präsident und Kongreß umstritten: George Bush wollte so schnell wie

möglich wieder normale Beziehungen mit Peking etablieren und hoffte, durch Konzessionen ein Entgegenkommen zu erreichen. In Kongreß und Öffentlichkeit setzte sich hingegen ein aggressiverer Ansatz durch, der die nachgiebige Politik des Präsidenten nicht mehr nachvollziehen wollte und statt dessen die damaligen Entwicklungen chinesischer Politik – Menschenrechtsverletzungen, fortgesetzte Waffenexporte und zweifelhafte Handelspraktiken – nicht mehr tolerieren wollte und Wirtschaftssanktionen als mögliche Vergeltungsmaßnahme vorschlug (Sutter 1998a:76–77).

Der chinesischen Regierung blieb das dünne Fundament ihrer bilateralen Beziehungen natürlich nicht verborgen. Ökonomische Verflechtungen allein bargen die Gefahr kurzfristiger Erschütterungen und eindeutiger Vorteile der USA, so daß eine erneuerte strategische Basis wesentlich mehr zur Stabilität der Beziehungen beitragen würde. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts glaubte die chinesische Führung daher in der destabilisierten UdSSR wieder denjenigen potentiellen Herausforderer amerikanischer Sicherheit gefunden zu haben, der eine Neuauflage eines amerikanisch-chinesischen Sicherheitsbündnisses zur Folge haben könnte. Japan schien ebenso geeignet, durch seine ökonomische Potenz die Position der USA zu gefährden, doch beide Chancen entwickelten sich nicht im Sinne der chinesischen Planspiele. Erst die Krise am Persischen Golf 1990/91 brachte China auf das Tableau der internationalen Politik zurück. Die Volksrepublik war nicht nur wegen ihrer Beziehungen zur PLO und den arabischen Staaten von hohem Nutzen für die US-geführte Anti-Irak-Koalition, sondern auch wegen ihrer ständigen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat nicht mehr ignorierbar. China reagierte auf das erwachte Interesse zwar nicht mit seiner Zustimmung zur alles entscheidenden UN-Resolution, legte durch seine Stimmenthaltung aber auch keine Steine in den Weg der Koalition. Da die USA um die chinesische Unterstützung bemüht waren, wurde auch der diplomatische Kontakt mit China während dieser Krise ausgebaut bis hin zu einem Treffen des chinesischen Außenministers mit US-Präsident George Bush. Bush machte zwar deutlich, daß die USA eine Verbesserung der Menschenrechtssituation wünschten und die Einstellung der fortgesetzten Waffenexporte sowie die Einhaltung der Nonproliferationsregeln auch von China geleistet werden müßten, doch war es augenscheinlich, daß Peking vorläufig eine Entspannung des bilateralen Verhältnisses erreicht hatte, ohne tatsächliche Zugeständnisse gemacht zu haben (Harding 1992:272–275).

Auch im politischen Bereich begannen sich einige Beziehungen wiederzubeleben. Obwohl Mitte 1991 noch ein Verbot hochrangiger offizieller Kontakte durch die US-Regierung in Kraft war, traf sich der amerikanische Außenminister mehrfach mit seinem chinesischen Kollegen. Nachdem sich auch auf Abgeordnetenebene eine Entspannung abzeichnete, kann man alles in allem von einer Wiederherstellung der Beziehungen zwischen den USA und China im Herbst 1991 sprechen, auch wenn der Firnis des Verhältnisses sehr dünn geworden war. Lediglich die militärischen Kontakte zwischen den beiden Staaten schienen dramatisch und dauerhaft durch die Krise beeinträchtigt worden zu sein (Harding 1992:288–289).

Trotz der vergleichsweise vernünftigen Politik beider Länder nach den Ereignissen auf dem Platz des Himmlischen Friedens waren die Folgen dieses Massakers jedoch tiefgreifender, als es zunächst schien. Umfangreiche Berichte über die Proteste in Peking und deren gewaltsame Niederschlagung durch die chinesische Armee dominierten die Medien, die zudem zu einer Idealisierung der chinesischen Demonstranten in der amerikanischen Öffentlichkeit beitrugen. Das Bild Chinas in der Öffentlichkeit verschlechterte sich daher dramatisch und wird am ehesten symbolisiert durch Deng Xiaoping, der noch wenige Jahre zuvor als „Mann des Jahres“ die Titelseiten schmückte, nun aber den „Schlächtern von Peking“ zugerechnet wurde (Harding 1992:239–242).

In gleichem Maße, wie die Streitlastigkeit stieg, fiel die gegenseitige Anerkennung und Wertschätzung. In den USA betrachteten viele Mitglieder der politischen Elite China als weniger wichtig, weniger bewundernswert und weniger kooperativ als in der Zeit zuvor und sprachen der Volksrepublik daher auch eine verminderte Relevanz für die amerikanische Außenpolitik zu. Die amerikanischen Bürger sahen China nun unter einem völlig anderen Blickwinkel als in den achtziger Jahren; das, was früher gerne übersehen wurde, geriet nun umso stärker in den Mittelpunkt und erhielt einen böartigen Anstrich, während es früher nicht zu stören schien oder ganz anders gedeutet wurde. Das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens führte zu einer Fokussierung auf die negativen Seiten Chinas, also auf die unsichere Zukunft der wirtschaftlichen Reformen, auf die Tendenzen, die Wirtschaft wieder stärker den politischen Kontrollen zu unterwerfen und auf die Verfolgung der chinesischen Dissidenten. Dieses „changing perceptual prism“ (Harding 1992:291) bedeutete, daß die gleichen Phänomene nun völlig anders bewertet wurden als zuvor. Die chinesische Wirtschaft,

zuvor noch beschrieben als Brutstätte eines neuen Pluralismus und Kapitalismus, wurde nun als zentralistisch geführte Planwirtschaft gezeichnet, die sich lediglich einige Enklaven leiste. Das Wirtschaftswachstum – früher Kennzeichen des zunehmenden privaten Unternehmertums – wurde nun auf die drakonische, aber effektive Arbeit der Zwangsarbeiter zurückgeführt. Der demokratische Wandel in Osteuropa tat sein übriges, um China im Hinblick auf seinen politischen Reformwillen wieder als rückständig zu brandmarken (Harding 1992:290–291).

Selbst die amerikanische Geschäftswelt schien ihre ursprüngliche Euphorie gegen eine grundlegende Skepsis eingetauscht zu haben: “Do we want to be chumps for China? Do we want to sign contracts they don’t honor? Do we want to continue to let them steal our technology (Harding 1992:292)?” China geriet daher immer mehr als Rivale in den Blickpunkt, als Staat, dem man mit Vorsicht begegnen mußte. So brachte eine Umfrage im Oktober 1990 beispielsweise an den Tag, daß 40% der amerikanischen Bevölkerung das Wachstum Chinas und seinen Weg zur Supermacht als kritische Bedrohung für die vitalen Interessen der USA betrachteten (Harding 1992:292–293).

Nach einem solch dramatischen Wandel der öffentlichen Meinung war es daher unvermeidlich, daß auch die amerikanische China-Politik Änderungen unterworfen werden mußte, doch ein gemeinsamer Nenner bildete sich bei jenen Diskussionen nicht heraus: die Meinungen über die künftige Politik gegenüber China waren gegensätzlicher denn je, doch fanden Menschenrechtsorganisationen nun ein viel stärkeres Gehör. Eine weitere Folge dieser Krise war die tiefe Kluft zwischen dem Weißen Haus und dem Kongreß, die in der Folge immer häufiger eine effiziente Außenpolitik verhinderte, hatte doch der republikanische Präsident gegen eine Mehrheit der Demokraten im Kongreß zu regieren (Harding 1992:242–244).

Die Zweifel an der Redlichkeit der Volksrepublik gingen natürlich auch an der amerikanischen Führung nicht spurlos vorüber, auch dort überwogen wieder kritische Stimmen. Die China-Politik Bushs war somit sehr verwundbar, da die weitere innenpolitische Entwicklung Chinas als Gradmesser der weiteren Entwicklung herhalten mußte und eine strategische Begründung der Beziehungen kaum wahrgenommen wurde. Obwohl daher in beiden Staaten weiterhin die Stabilisierung und Verbesserung der Beziehungen gewünscht wurde, war zu dieser Zeit keine Seite bereit, substantielle Fortschritte einzuleiten. Zwei Jahre nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen

Friedens befanden sich die Beziehungen daher in einer Sackgasse (Harding 1992:296). Es gab daher nur wenig Hoffnung, daß sich dies in absehbarer Zeit ändern würde, nicht zuletzt wegen des beginnenden Präsidentschaftswahlkampfes in den USA. Diese „neue Ignoranz“ trat deutlich zu Tage, als George Bush dem texanischen Rüstungsfabrikanten General Dynamics ein Wahlkampfgeschenk machte, indem er den Verkauf von 150 F16-Kampfflugzeugen nach Taiwan bekanntgab und damit die Vereinbarung mit China aus dem Jahre 1982 unübersehbar brach. Mögen die Begründungen für den Verkauf auch gerechtfertigt gewesen sein, so war dies doch eine klare Vertragsverletzung, die China prompt zum Aussetzen des Dialogs über die Menschenrechtssituation bewog (Rudolf 1994:211). Dennoch darf gemutmaßt werden, daß es sich hierbei nur um einen symbolischen Akt gehandelt hat, denn China wußte, daß es George Bush war, der das bilaterale Verhältnis vor politischen Angriffen aus dem Lager der Demokraten und Menschenrechtler schützte. So muß die Reaktion Chinas auf den Verkauf der Kampfflugzeuge eigentlich als sehr mild aufgefaßt werden, denn immerhin handelte es sich um eine klare Verletzung des Normalisierungsabkommens, das noch unter Reagan ein ernsthaftes Zerwürfnis zur Folge gehabt hätte. Nun aber, da der Hersteller General Dynamics in Texas die Sicherung von mehreren tausend Arbeitsplätzen verkünden durfte, schien es angebracht, um eine zweite Amtszeit dieses Präsidenten willen sich mit Kritik zurückzuhalten – Bush würde es Peking sicherlich danken (Tyler 2000:370–379).

Bewertung des Kooperationsbedarfs

Am Ende der Amtszeit Bushs zeichnete sich ab, daß nur durch ständige Sanktionsdrohungen einige – sehr beschränkte – Erfolge in der amerikanischen China-Politik ermöglicht werden konnten. Bush war immer noch einer Politik verhaftet, die ihre ursprüngliche strategische Begründung längst verloren hatte und daher die Aufhebung weiterer Sanktionen umfaßte. Der Export von Dual-Use-Gütern wurde ebenso wieder ermöglicht wie der staatliche Verkauf von Rüstungsgütern, so daß das Fazit eigentlich nur lauten konnte, sich mit der Normalisierung der Beziehungen der normativen Kraft des Faktischen gebeugt zu haben. Umstritten war diese Sicht im außenpolitischen Entscheidungsapparat der USA auch weiterhin, lediglich in der Meistbegünstigungsfrage kam man überein, daß zumindest ein pauschaler Entzug langfristig die wirtschaftliche

und politische Liberalisierung Chinas gefährden würde (Rudolf 1994:215).

Insofern zeichnete sich hier ein Umbruch der Kooperationspräferenzen ab: Waren vor allem die amerikanische Öffentlichkeit und der Kongreß nicht willens, eine klare Kooperationspräferenz zu definieren, so zeigte sich doch, daß die Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China längst ein Maß erreicht hatte, das nicht einfach ignoriert werden konnte. Für beide Staaten war es aufgrund der gestiegenen Interdependenz *grundsätzlich* vorteilhafter, eng zusammenzuarbeiten, doch gelang es noch nicht, dies auch tatsächlich umzusetzen.

9.1.4 Menschenrechte als politisches Programm

Ungeachtet der fortbestehenden politischen Differenzen schritt vor allem die ökonomische Verflechtung weiter voran. So stieg nicht nur das Handelsvolumen dramatisch an (um mehr als 7 Mrd. \$ in der Zeit von 1988 bis 1990), sondern auch der Anteil beider Staaten am jeweiligen Gesamthandel. Dies bedeutete beispielsweise, daß Chinas Anteil am amerikanischen Gesamthandel über 2% ausmachte, während der amerikanische Anteil am chinesischen Gesamthandel schon 15% betrug. Der Export chinesischer Waren in die USA stieg damit innerhalb von zwei Jahren um ca. 80% (u.a. deswegen, weil auch die früheren Exportmeister Taiwan und Hongkong Teile ihrer Produktion in die Volksrepublik verlagerten), während die Einfuhr amerikanischer Waren in China sank und sich die Investitionsbereitschaft nur langsam erholte (Harding 1992:284–286).

Mit der Ablösung von George Bush durch den neugewählten Präsidenten Clinton im November 1992 sollte das bilaterale Verhältnis jedoch stärkeren Belastungen ausgesetzt werden. Während die Politik Bushs gegenüber China trotz aller Friktionen in den Beziehungen zur Volksrepublik nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung stets von Wohlwollen gekennzeichnet war, machte Clinton schon im Wahlkampf deutlich, daß er den „fürsorglichen Umgang mit alten Diktatoren“ ablehnt. Seine Kritik am mangelnden Einsatz der Vorgängerregierung für Demokratie und Menschenrechte ergänzte er um die politische Zielsetzung, Fortschritte in diesen umstrittenen Fragen erzielen zu wollen (Rudolf 1994:220). Clinton war sozusagen einem liberal-institutionalistischen Modell der internationalen Politik verhaftet, das sich der Durchsetzung von Werten liberaler und demokratischer Ideen verpflichtet fühlt und die in-

ternationalen Dispute durch multilaterale Institutionen und einer zielgerichteten Förderung der Demokratie bewältigen will (Dittgen 1994:296–298).

Clintons Vorgänger wiederum scheiterte gerade an einer solchen Sichtweise – die im übrigen ganz im Gegensatz zu seiner eher realistisch geprägten Politikgestaltung stand (Dittgen 1994:303, 310) –, d.h. an seiner eigenen Vision einer „Neuen Weltordnung“, die den amerikanischen Bürgern ein gewandeltes internationales politisches System schmackhaft machte, das so jedoch nie Wirklichkeit wurde. Erreichte die Regierung Bush zu Beginn des Golfkrieges 1991 ungeahnte Popularitätshöhen, so zeigte sich doch im Verlauf des Krieges immer deutlicher, daß die weiterhin ungelösten sozial- und wirtschaftspolitischen Aufgaben wieder verstärkt in den Vordergrund und in das Bewußtsein der Öffentlichkeit traten (Schweigler 1994:45). Bush konnte den Widerspruch zwischen fortgesetzten außenpolitischen Interventionen und der angeblichen Phase von Freiheit und Wohlstand aber nicht auflösen, denn gerade innenpolitische Fortschritte wie die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Sanierung der amerikanischen Wirtschaft waren es, die die amerikanische Wählerschaft von ihm erwartete.

Es war daher offensichtlich, daß Bill Clinton die Innen- und Wirtschaftspolitik zum Kern seiner politischen Bemühungen erhob, da er Bush ja gerade eine außenpolitische Prädominanz auf Kosten der innenpolitischen Herausforderungen der USA vorwarf (Kast 1997:30–31). So war es das erklärte Ziel der Regierung Clinton, nach den Jahrzehnten der außenpolitischen Dominanz vor allem die Problembereiche anzugehen, für die bisher nur wenig Energie übrigblieb: ein überbordendes Haushaltsdefizit, die hohe Arbeitslosigkeit und eine beispiellose sozialpolitische Schieflage (Czempiel 1996:25). Der Erfolg seines Wahlkampfprogramms, das der Außenpolitik kaum Beachtung schenkte, spiegelte sich auch im Meinungsbild seiner Wähler wider: Gerade einmal 1% hielten die Außenpolitik für ein vordringliches Problem, statt dessen waren 50% der Meinung, daß man sich verstärkt der Arbeitsmarktpolitik und der Wirtschaft zu widmen habe (Czempiel 1994:11).

Clintons politische Aktivitäten konzentrierten sich zu Beginn seiner Amtszeit daher fast ausschließlich auf die Innenpolitik. Außenpolitische Themen, die noch unter Bush die bevorzugte Domäne des Präsidenten waren, delegierte Clinton an Anthony Lake, Warren Christopher und Les Aspin, doch ein außenpolitisches Konzept der neuen Regierung war auch im Frühjahr 1993 noch nicht zu erkennen (Czempiel 1994:15).

Statt dessen präsentierte die neue Regierung die eher programmatische Strategie des *enlargements*, die als eines ihrer Kernziele die Erweiterung demokratischer Strukturen und Märkte auf bestimmte Schlüsselregionen der Welt beinhaltete, ohne sich aber gleich auf gezielte Aktionen festzulegen (Rudolf und Wilzewski 1994:440). Seine Zurückhaltung mußte Clinton jedoch bald aufgeben, sehr schnell merkte er, daß er sich trotz anderer Ziele und Neigungen außenpolitischen Herausforderungen stellen mußte (Dittgen 1994:313).

Von einer nachhaltigen strategischen Fundierung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen kann daher keine Rede sein; so schnell, wie in der Folge die Anti-Irak-Koalition zerfiel, so schnell verglühte auch der Versuch der Vorgängerregierung, zu den strategischen Mustern der Bipolarität zurückzukehren. Statt dessen ließ das amerikanische Interesse an der Volksrepublik keineswegs nach, noch immer war die Öffentlichkeit damit beschäftigt, das bilaterale Verhältnis vor allem vor dem Hintergrund des weiterhin repressiven innenpolitischen Klimas in China zu beurteilen, noch immer deutete alles darauf hin, daß China so sozialistisch und kommunistisch wie zuvor war und auch zwei Jahre nach dem Massaker in Peking keine Fortschritte durch politische Reformen zu verzeichnen waren (Harding 1992:276).

Die gewandelte Wertschätzung Chinas konnte in der Folge durch Clintons Verknüpfung der Meistbegünstigung mit Fortschritten in der Menschenrechtssituation beobachtet werden. So ließen die ersten außenpolitischen Ziele, die die Clinton-Regierung propagierte, in der Tat einen neuen Umgang mit China erwarten: Außenminister Christopher gab vor dem Kongreß bekannt, daß man die bereits von Bush bekannte Strategie der „peaceful evolution“ weitaus stärker an der innenpolitischen Entwicklung der Volksrepublik China ausrichten und sich gleichzeitig auf einen konstruktiven Dialog mit Peking besinnen wolle. Diese Strategie des „engagement and enlargement“ führte jedoch erwartungsgemäß zu einem scharfen Disput mit China, das dies als Einmischung in seine inneren Angelegenheiten brandmarkte und sich fortan noch weniger kooperativ zeigte (Kast 1997:82–84).

Der Konflikt um die Frage der Menschenrechte ergibt sich hauptsächlich aus dem Gegensatz der unterschiedlichen politischen Werte und Normen in westlichen Staaten und in China. Während die USA Menschenrechten einen universalen Charakter beimessen und dies aus der Tradition des Liberalismus und Idealismus herleiten, ist in China das

Konzept individueller und unabänderlicher Rechte unbekannt; Menschenrechte im chinesischen Sinne werden vor allem auf eine soziale und materielle Versorgungspflicht des Staates projiziert und weniger auf eine liberal begründete Freiheit des einzelnen (Minkenberg 1999:89). War China in den Jahren zuvor als strategischer Partner in der komfortablen Situation, ungeachtet seiner inneren Entwicklung auf den – wenn auch wechselvollen – amerikanischen Kooperationsbedarf bauen zu können, so mußte es jetzt die Erfahrung machen, daß die Präferenzen der USA nun wesentlich stärker als früher von der öffentlichen Meinung ihrer Bürger beeinflußt wurden und sich daher der Wille zur engen Zusammenarbeit zunächst nach anderen Faktoren richtete.

Doch auch ein Präsident Clinton konnte sich der Logik der Realpolitik auf Dauer nicht entziehen: Das exorbitante Wachstum der chinesischen Wirtschaft – sie wurde innerhalb von zwei Jahren zur damals am schnellsten wachsenden Wirtschaft weltweit – führte nicht nur dazu, daß China zum ersten Mal auch als ernstzunehmende Wirtschaftsmacht wahrgenommen wurde, sondern konterkarierte auch die amerikanische China-Politik: China hatte nun nicht nur wesentlich mehr Möglichkeiten, dem amerikanischen Druck zu widerstehen, sondern fand im Laufe der Zeit in amerikanischen Wirtschaftsvertretern und Unternehmen sogar Verbündete, die eine Einschränkung des Handels mit der Volksrepublik um jeden Preis verhindern wollten. Nordkoreas Atomprogramm erhöhte zusätzlich den Druck auf die amerikanische Regierung, keinen allzu konfrontativen Kurs gegenüber China zu fahren, da der Schlüssel zu einer diplomatischen Lösung dieser Krise mit Pjöngjang nur in Peking zu finden war (Möller 1995:10–11).

Obwohl Clintons Präsidentschaft hinsichtlich China zunächst noch ganz im Schatten der Ereignisse auf dem Platz des Himmlischen Friedens stand, kündigte sich doch eine neue Qualität des schwierigen Partners an: die Einschätzung Chinas als kommende Supermacht. Vor allem an der chinesischen Küste mit den Sonderwirtschaftszonen konnten Beobachter einen gewaltigen Aufbruch mit ansehen, den die förmlich explodierende Wirtschaft dort entfachte. Hongkong, Schanghai, Shenzhen und weitere „Boomtowns“ zeigten deutlich, daß sich hier eine bedeutende Wirtschaftsmacht entwickelte, die angesichts ihres schieren Potentials Befürchtungen und Begeisterung zugleich weckt. In dieser Hinsicht sollte sich nach Einschätzung konservativer Beobachter China fundamental von Rußland unterscheiden: Während die Volksrepublik eine

Wirtschaftsmacht werden könnte, die darauf ihr militärisches Potential aufbaut, war Rußland immer noch eine Militärmacht, allerdings auf tönernen ökonomischen Füßen (Bernstein und Munro 1997:29). Dennoch war die Prognose Chinas als kommender Supermacht übertrieben und nicht gerechtfertigt, sie speiste sich insbesondere aus den überbordenden wirtschaftlichen Erwartungen, die sich in den westlichen Staaten angesichts des potentiellen chinesischen Marktes verbreitete (Tyler 2000:383–384).

Gleichwohl China in erheblichem Maße von guten Wirtschaftsbeziehungen zu den USA abhängt, sind die amerikanischen Einflußmöglichkeiten und der Einsatz ökonomischer Sanktionen als politisches Instrument doch begrenzt, da China seine Abhängigkeit vom amerikanischen Markt durch eine Politik der Diversifizierung in der Auswahl seiner Handelspartner lindern kann; notfalls taugt diese westliche Konkurrenz sogar als Drohpotential. Eine strategische Begründung für enge amerikanisch-chinesische Beziehungen läßt sich hingegen nicht bilateral herleiten, denn die chinesische Proliferationspolitik sowie das Verhalten Chinas in multilateralen Institutionen wie dem UN-Sicherheitsrat oder regionalen Bündnissen stellt nur eine indirekte Bedrohung für die amerikanische Sicherheit dar (Rudolf 1994:221–222).

Nichts machte die Schwäche des amerikanischen Ansatzes daher deutlicher als die Sanktionen, die infolge chinesischer Raketenexporte nach Pakistan verhängt worden waren. Washington sah infolge dieser Verletzung des MTCR vor, Satellitenexporte nach China zu untersagen; es traf damit aber nicht nur amerikanische Unternehmen, die nun um Gewinnaussichten von jährlich 500 Mio. \$ gebracht worden waren, sondern traf gerade diejenigen Wirtschaftszweige, die Clinton während seines Wahlkampfes vehement unterstützt hatten. Als die USA die Sanktionen daher nur wenige Monate später wieder aufhoben, war nicht nur der chinesischen Führung klar, unter welchem ökonomischen Druck die Clinton-Regierung stand, sondern verdeutlichte auch, daß das Weiße Haus seine ursprüngliche Linkage-Politik nicht durchhalten konnte (Mann 2000:286–288).

Die Frage des *Linkage* wurde zum Dreh- und Angelpunkt der amerikanischen China-Politik, sowohl im Kongreß als auch in der Regierung gingen die Meinungen hier stark auseinander. Während insbesondere der Kongreß den Präsidenten an nachweisbare Fortschritte in der chinesischen Menschenrechtspolitik erinnerte, vertrat angesichts des rasant wachsenden chinesischen Markts vor allem die amerikanische Wirtschaft

die Auffassung, daß angesichts des großen ökonomischen Potentials jede weitere Verzögerung geordneter Beziehungen schädlich sei (Dittgen 1994:311).

Die Dominanz der ökonomischen Seite der Beziehungen war nicht mehr aufzuhalten; China machte deutlich, daß es einfach mit anderen Staaten Handel treiben würde, sollten sich die USA weiterhin auf die Menschenrechtsproblematik versteifen. Andere Länder wie Deutschland, dessen Delegation bei einem Besuch im November 1993 Verträge im Wert von 2 Mrd. \$ präsentieren konnte, waren tatsächlich weniger zimperlich, als es um Geschäfte mit China und seinem riesigen potentiellen Markt ging. Die USA verstanden: Während sich die Europäer nicht um die Menschenrechtsbedenken der USA scherten und den Streit zwischen Washington und Peking zu ihrem Vorteil ausnutzten, würden amerikanische Unternehmen immer weiter ins Hintertreffen geraten. Die Idee, ökonomische Muskeln für Demokratie und Menschenrechte einzusetzen, verlor daher ihre Anhänger: Clinton erhob nun die Ökonomie zum strategischen Interesse der USA in einer multipolaren Welt (Mann 2000:292–294).

All diese Faktoren führten schließlich dazu, daß die US-Regierung dem gestiegenen Druck nachgeben mußte und einen dramatischen Wechsel ihrer China-Politik einleitete: alle Sanktionen wurden in der Folge aufgehoben, Gespräche auf höchster politischer Ebene wurden wieder aufgenommen. Die Regierung Clinton mußte Konfrontationen mit China aus dem Weg gehen und mit ihrem Scheitern zugeben, daß andere Interessen wohl wichtiger waren als Menschenrechte. China wiederum konnte fortan davon ausgehen, den Druck der amerikanischen Regierung wegen der chinesischen Menschenrechtssituation gelassen zu betrachten (Mann 2000:290–291).

Bewertung des Kooperationsbedarfs

Die Aufgabe des Linkage markierte nicht weniger als einen fundamentalen Wandel der amerikanischen China-Politik. War man bis dahin noch der Ansicht gewesen, daß die Gegensätze zwischen Amerikas Interessen und seinen Idealen auch in der Politik mit China überwunden werden könnten und daß auch ein kommunistisches Regime wie die Volksrepublik zum langsamen demokratischen Wandel bewegt werden könnte, so kam mit Clintons Entscheidung wieder die anfängliche Einschätzung Chinas zum Tragen: Auch wenn das Pekinger Regime „scheußlich“ sein mochte, mußte man doch mit

ihm auskommen. Eine pessimistische, skeptische Sichtweise, die man in den siebziger Jahren pflegte, feierte hier ihre Wiederauferstehung, nur daß damals strategische Zwänge und Überlegungen die amerikanischen Ideale hinter die Realpolitik zurücktreten ließen, während heute das ökonomische Interesse als Begründung herhalten mußte. Das Versagen der amerikanischen China-Politik hatte im übrigen auch Auswirkungen auf den Umgang mit anderen Staaten: diese erkannten ebenfalls, daß die USA nur solange Demokratie und Menschenrechte einfordern, wie sie ökonomische und strategische Interessen nicht gefährdet sehen (Mann 2000:311).

Clinton gelang es erst nach mehreren Versuchen, den bereits bei Bush sichtbaren Widerspruch zwischen einem grundlegenden Kooperationsbedarf beider Staaten und der mangelhaften Umsetzung im bilateralen Verhältnis aufzulösen. Erst nachdem Clinton erfahren mußte, daß der hohe Grad der Interdependenz zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China den Kooperationsbedarf diktierte, setzte er dies mit der Aufgabe seines Linkage-Konzeptes um. Die Gestaltung der Zusammenarbeit hatte sich jedoch grundlegend gewandelt: Oblag die Definition des amerikanischen Kooperationsbedarfs früher strategischen Zielen der USA – und konnte damit beliebig gesteuert werden –, so waren nun interdependente Erfordernisse ausschlaggebend für eine Wiederherstellung kooperativer Beziehungen, die aufgrund ihres „zwanghaften“ Charakters zu einer wechsellagernden Definition der Präferenzen führten. Daß relative Vorteile der Volksrepublik China nun eine erheblich größere Aufmerksamkeit genossen, lag unter anderem daran, daß die Fortführung der Kooperation von den USA nicht mehr so schadlos wie früher unterbrochen werden konnte, wenn es ihr strategischer Kooperationsbedarf ermöglichte.

9.1.5 Konfliktreiche Normalität

Das von Clinton zum Kredo erhobene Diktat ökonomischer Interessen taugte jedoch nicht als strategische Kooperationsbegründung, sondern gab immer wieder aufflammenden Konfliktsituationen neuen Raum, wie sich in der Folge am chinesischen Umgang mit Taiwan und dessen Vertretern sowie der amerikanischen Kritik – die in dieser Frage ihre Zurückhaltung aufgegeben hatte – daran zeigen sollte. Es war es daher wenig überraschend, daß die China-Politik und das Verhältnis zur Volksrepublik den amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf beeinflussten. Bob Dole, der re-

publikanische Kandidat, erhob das Thema zum Mittelpunkt seiner außenpolitischen Wahlkampf-Agenda und wollte sich explizit in die Tradition eines Richard Nixon und Henry Kissinger stellen, als er engere Bindungen zu Taiwan als Kern seiner Strategie vorstellte. Nicht nur wegen dieser politischen Ziele wäre ein Präsident Dole der chinesischen Führung eher unangenehm gewesen; daß sich wiedergewählte US-Präsidenten („lame duck“) in ihrer zweiten Amtszeit traditionell außenpolitischen Themen zuwenden und weniger Rücksicht auf den Kongreß nehmen (der in der China-Politik eine kritische Position eingenommen hatte), sprach aus chinesischer Sicht ebenfalls für den noch amtierenden Clinton (Mann 2000:339–341).

Nicht auf der Rechnung hatte die Volksrepublik jedoch das wiedererwachte Interesse konservativer amerikanischer Kräfte am alten Verbündeten Taiwan. Clinton, der die Wahl Ende 1996 gegen seinen Herausforderer Dole mit respektablem Vorsprung gewann, hatte nicht nur eine republikanische Kongreßmehrheit zu berücksichtigen, sondern mußte auch registrieren, daß eine Rücksichtnahme auf die Befindlichkeiten der Pekinger Regierung offenbar nicht mehr opportun schien. Schon mit dem Entfall der gemeinsamen Bedrohungsperzeption nach dem Ende des Kalten Krieges belebten sich die Beziehungen zwischen Washington und Taipeh, doch eine regelrechte Aufwertung erfuhren sie mit einer diplomatischen Offensive des taiwanesischen Präsidenten Lee Teng-hui. Lee Teng-hui wollte im Rahmen seines Wahlkampfes durch eine verstärkte Reisetätigkeit in Südostasien eine erweiterte internationale Anerkennung Taiwans sowie die Aufnahme in internationale Organisationen erreichen (Kindermann 1995:35). Als Lee im Rahmen dieser „Reisediplomatie“ auch in Honolulu Station machte, wurde ihm bedeutet, lediglich ein Transitreisender zu sein, der sein Flugzeug nicht verlassen durfte. Diese unfreundliche Behandlung durch die USA nahmen einige Senatoren zum Anlaß, Taiwan diplomatisch unter die Arme zu greifen (Mann 2000:315–318).

Der Grund hierfür lag sicherlich nicht nur an der Sympathie einiger Kongreßmitglieder für Taipeh, sondern an der gewandelten Stimmung gegenüber der Volksrepublik und ihrem Nachbarn im allgemeinen. Taiwan hatte sich in den vergangenen Jahren nicht nur von einem ursprünglich autoritären Polizeistaat in eine respektable Demokratie gewandelt, sondern zeigte durch seine florierende Wirtschaft auch deutlich die *gegenwärtigen* Vorteile für die USA. Nachdem sich infolge der Ereignisse auf dem Platz des Himmlischen Friedens die amerikanische Einstellung und Politik gegenüber

Peking gewandelt hatte, verspürten auch nur wenige die Notwendigkeit, weiterhin auf Pekinger Ansprüche Rücksicht zu nehmen (Mann 2000:318). Im Gegensatz zu den MFN-Verhandlungen genoß China hier kaum Unterstützung durch die amerikanische Geschäftswelt, da die amerikanischen Exporte nach Taiwan diejenigen nach China immer noch weit übertrafen: “Where China was the dream of the future for American business, Taiwan represented the profits of the present day (Mann 2000:318).”

Dennoch war vor allem das Weiße Haus noch nicht gewillt, China vor den Kopf zu stoßen und versuchte daher weiter, das diplomatische Vorpreschen Taiwans zu ignorieren. Letztlich mußte der amerikanische Präsident aber dem Kongreß nachgeben, der eine Aufwertung Taiwans forderte und damit die bislang schärfste Konfrontation mit Peking auf den Weg brachte: Nicht nur gegenüber Taiwan drohte China unverhohlen mit militärischen Maßnahmen, auch Washington wurde aus den Reihen der chinesischen Armee aggressiv gewarnt, sich nicht in interne chinesische Angelegenheiten einzumischen und für Taiwan Partei zu ergreifen.

Das nach der Präsidentschaftswahl in Taiwan 1996 weiter anschwellende Konfliktpotential führte schließlich dazu, daß die USA in Südostasien militärisch reagieren mußten, um Peking in die Schranken zu weisen: Nachdem schon die Entsendung eines Flugzeugträgers die chinesische Volksbefreiungsarmee nicht davon abbringen konnte, weitere beunruhigende Manöver vor der Küste Taiwans abzuhalten, war für Clinton die Zeit der subtilen Signale vorbei: Die USA entsendeten die größte Armada nach Südostasien seit dem Ende des Vietnam-Krieges; zwei Flugzeugträger, zehn weitere Kriegsschiffe und zwei U-Boote sollten der chinesischen Führung ihre Grenzen aufzeigen. Nach dem Wahlsieg Lees kühlten sich die Gemüter relativ schnell ab. China hatte Flagge gezeigt und konnte nun seine Truppen abziehen, so daß Clinton auch die amerikanischen Flugzeugträger zurückrufen konnte. Folgenlos sollte dieser „Show-down“ jedoch nicht bleiben, denn bereits im April 1996 bauten die USA und Japan ihre Sicherheitsbeziehungen weiter aus, obwohl die ursprüngliche Begründung dieses Sicherheitsvertrages mit dem Ende des Ost-West-Konflikts eigentlich hinfällig geworden war (Mann 2000:337–338).

Die amerikanische Vorgehensweise beruhte auf einem Konzept, dessen Anleihen bei der Strategie des *containment* unübersehbar sind – Aufrechterhaltung der amerikanischen Militärpräsenz in Asien, Durchsetzung der nuklearen Nonproliferationsregeln

und Stärkung des japanischen Alliierten: "The primary American objective in Asia must be to prevent China's size, power, and ambition from making it a regional hegemon (Bernstein und Munro 1997:31)." Diese fortgesetzte amerikanische Militärpräsenz liefert aber gleichzeitig eine Rechtfertigung für China, die Aufrüstung seiner Streitkräfte fortzusetzen, um sich der in seinen Augen drohenden Einkreisung durch Japan und die USA zu widersetzen; Japan und die südostasiatischen Staaten wiederum sehen darin einen Grund, die eigenen Streitkräfte ebenfalls auszubauen – ein Rüstungswettlauf scheint so unvermeidlich (Gacis Jr. 1995:90–91).

Bewertung des Kooperationsbedarfs

Es wurde mehr als deutlich, daß eine rein ökonomische Begründung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen nicht tragfähig genug war, das latente Konfliktpotential zu übertünchen. Vielmehr gab gerade die ökonomische Konkurrenz beider Staaten Nährstoff für immer wieder aufkeimende Streitigkeiten, die sich nur allzu leicht an Problemfeldern wie Taiwan oder den Rüstungsexporten Chinas entzünden konnten. Hatte die strategische Position der USA sie in früheren Zeiten stets dazu ermuntert, sich nach Gutdünken und aktuellem Erfordernis der chinesischen Zusammenarbeit zu bedienen, so waren die USA nun gezwungen, einerseits aufgrund einer gestiegenen wirtschaftlichen Interdependenz eine Kooperation mit der Volksrepublik einzugehen, andererseits aufgrund der Tatsache, daß die Volksrepublik mittlerweile zu einem ernstzunehmenden „global player“ herangereift war. Daß dies nicht immer mit Wohlgefallen in allen politischen Lagern aufgenommen wurde, ist kaum verwunderlich, doch die Alternative der Konfrontation war noch weniger wünschenswert. Konfliktpotential ist jedenfalls latent vorhanden: Während China nach einer regionalen Vormachtstellung strebt, wollen die USA – gerade nach den Erfahrungen der asiatischen Kriege – eine einzelne prädominante Macht in diesem Raum verhindern (Bernstein und Munro 1997:21).

Clintons China-Politik hatte zudem denselben Geburtsfehler, der auch schon seinen Vorgänger George Bush in dieser Frage scheitern ließ: Er betrieb seine Politik in einer Art und Weise, die weder in der Öffentlichkeit noch im Kongreß die nötige Unterstützung fand; lediglich Teile der politischen Führung in beiden Staaten betrachteten sich als Partner, während die amerikanische Öffentlichkeit hier bestenfalls störte: "The White House was modeling its China policy upon a distorted view of the Nixon admi-

nistration – failing to recognize that the opening to China had rested implicitly upon public support and that Richard Nixon himself had worked carefully, if secretly, to bring along and co-opt potential opponents in Congress (Mann 2000:352).”

9.2 Kooperationsinhalte und Beurteilung der Akteure

9.2.1 Sanktionen und reduzierte Kooperation

Wie gezeigt wurde, nahm der strategische Kooperationsbedarf der USA im Hinblick auf China mit dem Ende des Ost-West-Konflikts rapide ab. George Bush gehörte dennoch zu denjenigen, die trotz der sichtlich zunehmenden wirtschaftlichen Konkurrenz auf eine vertiefte Zusammenarbeit mit Peking setzten, da er davon überzeugt war, nur durch integrative Maßnahmen das Verhältnis mit der Volksrepublik langfristig zu stabilisieren. Es war daher nicht überraschend, daß er trotz der Berichte über eine Zuspitzung auf dem Platz des Himmlischen Friedens zunächst beschwichtigende Töne verlauten ließ, sich im weiteren Verlauf aber gezwungen sah, einschneidende Maßnahmen zu ergreifen.

Zu Beginn der Proteste brachte Washington daher seine Unterstützung für das Recht auf freie Meinungsäußerung und eine friedliche Lösung zum Ausdruck und warnte die chinesische Führung davor, die Proteste gewaltsam zu unterdrücken. Auch die Ausübung des Kriegsrechts hatte noch keine verschärfte Reaktion des Weißen Hauses zur Folge, da man die Situation nicht unnötig anheizen wollte und weiterhin auf eine friedliche Lösung hoffte.

Nach der blutigen Niederschlagung der Proteste hatten die USA aber keine andere Wahl, als Sanktionen zu verhängen: Doch die Suspendierung der Militärkontakte und der Stopp aller kommerziellen Waffenexporte konnten kaum das Etikett einer ernsten Bestrafung tragen, so daß die amerikanische Regierung die öffentliche Kritik förmlich provozierte. Daß George Bush lediglich die chinesische Armee rügte – und nicht die politische Führung, die für das Massaker verantwortlich war –, demonstrierte zwar seinen Willen, die Beziehungen um jeden Preis aufrechtzuerhalten, führte aber auch dazu, daß sich der Kongreß immer stärker in die außenpolitische Strategie einmischte (Seymour 1994:208–209).

Die Flucht eines chinesischen Dissidenten in die amerikanische Botschaft in Peking komplizierte die Lage weiter, chinesisches Militär umstellte das Botschaftsgelände. Die Berichte über Massenverhaftungen und Hinrichtungen in China zwangen Bush schließlich, härtere Maßnahmen zu ergreifen: Alle offiziellen Kontakte auf der oberen Führungsebene wurden eingestellt, ebenso die amerikanische Unterstützung für internationale Kredite an China durch die Weltbank und die Asiatische Entwicklungsbank. Die offiziellen Sanktionen begleitete Bush jedoch mit einer erstaunlich konzilianten Korrespondenz mit Deng, in der er sein übergeordnetes Interesse an engen Beziehungen mit China zum Ausdruck brachte und die Niederschlagung der Protestbewegung nur insofern würdigte, als es den Geschichtsbüchern zu überlassen sei, darüber zu urteilen. Bush war vielmehr daran gelegen, der chinesischen Führung zu verdeutlichen, daß er unter großem politischen Druck stand und Sanktionen daher notwendig seien (Tyler 2000:362–364).

Die amerikanischen Unterhändler Scowcroft und Eagleburger scheiterten jedoch mit ihrem Versuch, bei einem geheimen Besuch in Peking die chinesische Führung zu einer Aufgabe ihrer repressiven Haltung zu bewegen, damit Washington wieder mit positiven Sanktionen reagieren konnte. Statt dessen versuchte Bush sogar durch unilaterale Maßnahmen – dem Verkauf von Verkehrsflugzeugen an China –, Peking zum Einlenken zu drängen, doch selbst dies stieß nicht auf ein Entgegenkommen. Seine positive Haltung ging sogar soweit, daß er verschärfte Sanktionen des Kongresses mit seinem Veto überstimmte und sich dafür den Vorwurf gefallen lassen mußte, die „Schlächter von Peking“ zu schützen (Tyler 2000:364–366). Doch das Weiße Haus argumentierte, daß die Sanktionen niemals dazu gedacht waren, den zivilen Handel mit China einzuschränken. Daß die Regierung mit ihrer Einschätzung durchaus für Kontroversen sorgte und die Exportkontrollen sehr großzügig auslegte, machte ein anschließender Deal über die Modernisierung chinesischer F8-Flugzeuge mehr als deutlich (Harding 1992:228–229).

Öffentlichkeit und Kongreß ließen sich von den zuerst verhängten milden Sanktionen nur kurz beruhigen. Es dauerte nicht lange, bis der Ruf nach einer Verschärfung der Sanktionen lauter wurde, da sich die politische Situation in China augenscheinlich weiter verschlechterte und sich die Politik des Präsidenten, mit vorsichtigen Sanktionen zu einer Entschärfung der Situation beizutragen, als untauglich erwies. Da beide

Seiten von ihren konträren Positionen kaum abwichen, begannen sich die Gräben zwischen dem Präsidenten und seinen Beratern auf der einen Seite und dem Kongreß, öffentlicher und veröffentlichter Meinung auf der anderen Seite zu vertiefen (Hacke 2001:398–400).

Peking wiederum verharrte auf dem Standpunkt, daß die Ereignisse auf dem Platz des Himmlischen Friedens eine innerchinesische Angelegenheit und die Sanktionen des Westens daher unverständlich seien. Man erwartete daher von Washington den ersten Schritt, um den Schaden in den Beziehungen zu lindern. Erstaunlicherweise war auch die amerikanische Regierung bereit, hier in Vorleistung zu treten, nachdem zahlreiche China-Experten die Wiederaufnahme hochrangiger Gespräche vorschlugen. Die Initiative, die George Bush daher Ende 1989 startete, hatte somit zum Inhalt, der chinesischen Führung das weiterhin bestehende Interesse der USA an kooperativen Beziehungen mit China zu versichern, um gleichfalls eine Geste der Entspannung seitens Peking zu erwarten. Die USA begannen daher mit der schrittweisen Aufhebung einiger Sanktionen, beispielsweise der Wiedererteilung der Exporterlaubnis für amerikanische Kommunikationssatelliten (Harding 1992:251–253).

China reagierte hingegen zaghaft und antwortete mit geringen Konzessionen (beispielsweise einer – kaum glaubhaften – Versicherung hinsichtlich der Waffenlieferungen in den Nahen Osten), da man sich in einer starken Position fühlte und davon ausging, daß die USA die chinesische Kooperation eher bräuchten als umgekehrt; schon daß Sicherheitsberater Scowcroft Deng Xiaoping treffen durfte, wurde von den Chinesen als Konzession empfunden. In den USA war die Unterstützung für Bushs unilaterales Entgegenkommen in der Minderheit, die Mehrheit der öffentlichen und veröffentlichten Meinung und der Kongreß empfanden eher, daß man vor den „Schlächtern von Peking“ eingeknickt sei: “Given away too much and received too little in return (Harding 1992:256).”

Eine scharfe Kritik an der Politik Bushs bestimmte daher die öffentliche Meinung in den USA, die dem Präsidenten vorwarf, sich mit kosmetischen Gesten zufriedengegeben zu haben. Als auch noch die geheime Reise Scowcrofts an die Öffentlichkeit geriet, verstärkte sich der Eindruck, daß Bush nicht nur einseitige Konzessionen gemacht hatte, ohne eine Gegenleistung zu erhalten, sondern daß er Kongreß und Öffentlichkeit auch durch das Unterlaufen der Sanktionen in die Irre geführt hätte. Während Nixon

und Kissinger nach ihren geheimen Reisen Anfang der siebziger Jahre noch reziproke Gesten der Chinesen sichern konnte, erhielt Bush mit der gleichen Strategie keine ausreichenden Gegenleistungen der Volksrepublik. Bush erlitt daher mit seiner Politik eine empfindliche Niederlage, nicht zuletzt deswegen, weil China den USA auch noch mangelndes Entgegenkommen auf die geleisteten Zugeständnisse vorwarf (Harding 1992:256–257).

Bush war in seiner Logik gefangen, die Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China nur unter langfristigen und strategischen Gesichtspunkten zu betrachten. Obwohl der politische Gegenwind stärker wurde und selbst politische Weggefährten eine grundsätzliche Neubewertung der Beziehungen einforderten, blieb Bush seinem Grundsatz treu, das Verhältnis zu Peking nicht in Frage zu stellen (selbst das Zurückrufen des Botschafters erschien ihm als unangemessene Reaktion). Insofern war es auch diese Ignoranz und seine Unempfänglichkeit für die Forderungen der amerikanischen Öffentlichkeit, die ihn politisch zunehmend unter Druck setzten (Tyler 2000:368–369).

Die öffentliche Kritik an Bush wurde jedoch nicht von allen Beobachtern geteilt: Lord (1989:8–12) äußerte beispielsweise Verständnis für die in seinen Augen behutsame Politik des amerikanischen Präsidenten und warf ein, daß die UdSSR durchaus Kapital aus einem amerikanisch-chinesischen Zerwürfnis schlagen könnte, wenn sie sich nicht an der Verurteilung der chinesischen Regierung beteiligte und dadurch die amerikanische Position schwächte. Ziel sollte es daher sein, die Volksrepublik China durch verschiedene Maßnahmen wieder zur Herstellung ihrer Glaubwürdigkeit zu drängen, indem sie beispielsweise das Kriegsrecht aufheben könnte, westlichen Medien wieder Einlaß gewährte oder sich zu weiteren Reformen verpflichtete – nur auf diesem Weg des „engagement“ sei ein erfolgreiches Entkommen aus der Krise möglich.

Der amerikanische Kongreß verfolgte daher die Strategie, mit der Gewährung des Meistbegünstigungsstatus größeren Einfluß auf das chinesische Verhalten nehmen zu können. Die Meistbegünstigung (MFN), die der Präsident jedes Jahr für China und weitere Nicht-Marktwirtschaften erneuern kann, ist an die Emigrationsfreiheit der Bürger des jeweiligen Landes geknüpft (Jackson-Vanik Amendment) und wird nur dann erteilt, wenn diese Freiheit existiert oder aber die Aussicht besteht, durch die Gewährung des MFN-Status substantiell dazu beizutragen. Der Kongreß kann die Emp-

fehlung des Präsidenten prüfen und sein Einverständnis oder seine Ablehnung ausdrücken, die aber vom Präsidenten durch ein Veto überstimmt werden kann. Vor 1990 war dies Routine, doch nun lief China zum ersten Mal Gefahr, den MFN-Status zu verlieren. Die Folgen wären beträchtlich, da man von einem möglichen Verlust für China von 6 bis 10 Mrd. \$ ausgehen konnte (Harding 1992:260).

China war sich dieser Gefahr bewußt und verfolgte eine mehrschichtige Strategie, um diese schwerwiegende Entscheidung abzuwenden. Zumindest 1990 hatte dies Erfolg: Die Freilassung chinesischer Dissidenten ermöglichte die politische Billigung des Präsidenten, die Absicht, Boeing-Flugzeuge im Wert von 2 Mrd. \$ zu erstehen, lieferte das wirtschaftliche Argument (Harding 1992:263–265). Was China jedoch nicht erreicht hatte war die Beendigung der öffentlichen Debatte in den USA. Medien, Kongreß und Menschenrechtsorganisationen beklagten immer noch den hohen Stand der politischen Unterdrückung in China und warfen dem Präsidenten vor, zu viele Konzessionen gemacht zu haben. Diese Atmosphäre wurde auch noch von Meldungen angeheizt, wonach China weiterhin Waffen in den Nahen Osten verkaufte und Libyen mit Ausgangsmaterial zur Herstellung chemischer Waffen versorgte.

Es gab jedoch auch eine andere starke Fraktion, die eine Gewährung des MFN-Status für China guthieß, nicht zuletzt deswegen, weil der Entzug dieses Status genau diejenigen in China trafe, denen die USA eigentlich helfen wollten. Letztendlich zeichnete sich ein Kompromiß ab, der die Gewährung des MFN-Status für dieses Jahr zwar erlaubte, die Erneuerung im Folgejahr jedoch an höhere Standards geknüpft wissen wollte. Wie diese zusätzlichen Erfordernisse gestaltet sein sollten bzw. welche Voraussetzungen China für eine neuerliche Gewährung des MFN-Status zu erfüllen hatte, war wieder umstritten, doch zeigte es sich schon jetzt, daß die Gewährung der Meistbegünstigung auch in der Zukunft weitaus weniger sicher für China sein würde als in den Jahren zuvor (Harding 1992:265–269).

Strittige Fragen im Verhältnis zur Volksrepublik ließen nicht lange auf sich warten, sie waren sogar dieselben wie zuvor:

- Berichte über den Verkauf von Raketen an Syrien und an Pakistan verärgerten die USA ebenso wie die offensichtlichen Waffenlieferungen an die Roten Khmer sowie die Lieferung von chemischen Materialien nach Bagdad, die notwendig

waren zur Herstellung von Giftgas, Raketenantriebstoffen und Nuklearwaffen; es unterstützte Algerien beim Bau eines Nuklearreaktors, der nicht einmal ans Stromnetz angeschlossen war und daher nur für die Herstellung von waffenfähigem Spaltmaterial in Frage kam. China verkaufte also weiterhin Waffen in Krisenregionen und es unterstützte trotz gegenteiliger Versicherungen Schwelkenländer bei der Entwicklung von Nuklearwaffen (Harding 1992:276–277).

- Die Weigerung der chinesischen Regierung, einer Einhaltung der Menschenrechte Beachtung zu schenken, hatte nicht nur in dieser Hinsicht Auswirkungen auf ihre Reputation. Vielmehr gab es durchaus Stimmen, die einer chinesischen Regierung auch in Fragen des Handels und der Wirtschaft nicht trauen wollten, wenn diese schon nicht in der Lage war, die Einhaltung der Rechte ihrer Bürger zu bewerkstelligen (Tyler 2000:389).
- Auch das amerikanische Handelsdefizit bereitete den USA Verdruß: Es stieg von 6,2 Mrd. \$ (1989) auf 10,4 Mrd. \$ in Folgejahr. Und obwohl vor allem makroökonomische Kräfte für diese unvorteilhafte Bilanz verantwortlich waren, sahen viele amerikanische Beobachter in den handelspolitischen Entscheidungen Pekings (z.B. Zölle und Quoten) die wahren Gründe. Befürchtungen, daß auch der mangelhafte Schutz geistigen Eigentums und andere Beschränkungen die Möglichkeiten für amerikanische Firmen einengten, in China Waren abzusetzen, verstärkten noch diesen Effekt (Harding 1992:277).

Nachdem auch noch eine Verbindung zwischen dem chinesischen Handelsüberschuß und einer Verletzung von Menschenrechten „nachgewiesen“ werden konnte (ein Teil der in die USA exportierten Waren wurde von Zwangsarbeitern hergestellt), machte diese Gemengelage – Menschenrechte, Transfer von Militärtechnik und Handelsdefizit – eine Debatte im Kongreß über die neuerliche Gewährung der Meistbegünstigung unvermeidlich (Harding 1992:277–278). Vor allem seitens der republikanischen Abgeordneten wurde China als bedrohliche Wirtschaftsmacht stilisiert, die ihren Teil zum Verlust amerikanischer Arbeitsplätze durch den Transfer in Billiglohnländer beiträgt und daher mittelfristig die amerikanische Prosperität gefährdet (Minkenberg 1999:84–85).

Die Anforderungen, die China diesmal angesichts der erwünschten MFN-Einstufung

zu erfüllen hatte, waren daher strenger und umfangreicher als zuvor. Die Gesetzesvorlage, die im Repräsentantenhaus erarbeitet wurde, legte einen Katalog von Prüfungen zugrunde, deren erfolgreiche Bestätigung Voraussetzung für die Gewährung der Meistbegünstigung war. So hatte der Präsident beispielsweise zu überprüfen, ob China diejenigen politischen Gefangenen freigelassen hatte, die während des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens festgenommen worden waren und ob China Maßnahmen ergriffen hatte, den Export von Waren, die von Zwangsarbeitern hergestellt worden waren, zu unterbinden. Weiterhin hatte der Präsident chinesische Versicherungen einzuholen, nicht zur Verbreitung von nuklearen Waffen oder ballistischen Raketen beizutragen und darüber hinaus festzustellen, ob China signifikante Fortschritte in Bereichen der politischen Freiheit und Menschenrechte erzielt hatte (Harding 1992:278).

Es war jedenfalls klar, daß beide Seiten vor einer schwierigen Entscheidung standen: Bush hatte den Kongreß zu überwinden, die chinesische Führung ihre Abneigung gegen Konzessionen. Deng Xiaoping war jedenfalls bereit, den amerikanischen Forderungen zumindest teilweise nachzukommen (er versprach beispielsweise einen besseren Schutz geistigen Eigentums oder die Unterstellung des algerischen Reaktors unter die Kontrolle der IAEA), obwohl er auch auf das Scheitern der Verhandlungen vorbereitet war. Präsident Bush wiederum war bemüht, die Gesetzesvorlage zu Fall zu bringen, da er erhebliche Gefahren durch den Entzug der Meistbegünstigung für die chinesische Wirtschaft und damit die Stabilität Asiens erwartete. Bush war sich damit bewußt, daß die Beziehungen zu China mittlerweile einen Grad an Interdependenz erreicht hatten, der unilaterale Entscheidungen der USA nicht mehr zuließ. Nachdem jedoch die Gesetzesvorlage vom Repräsentantenhaus genehmigt wurde, blieb nur noch der zwei Wochen später tagende Senat, um das für den Präsidenten negative Ergebnis zu überstimmen (Harding 1992:279–280).

Das Weiße Haus hatte daher nur wenige Tage Zeit, seine Strategie zu überdenken und eine härtere Linie gegenüber China zu entwerfen, denn man war reichlich enttäuscht, trotz einseitiger Zugeständnisse kein Entgegenkommen Chinas erreicht zu haben. Im allgemeinen waren die Gewinne, die die Regierung Bush damit erreicht hatte, nicht die innenpolitischen Kosten wert, solange der Kongreß und große Teile der amerikanischen Presse negativ auf diese Strategie reagierten. Die Zeit der Konzessionen war daher vorbei, statt dessen ergriff das Weiße Haus einige (auch symbolische) Maßnahmen

wie zum Beispiel ein offizielles Treffen mit dem Dalai Lama oder die Ankündigung, einige Export-Genehmigungen, welche die Ausfuhr von Hochtechnologie nach China erlaubt hatten, wegen ständiger Berichte über chinesische Waffenexporte in den Nahen Osten auszusetzen (Harding 1992:280–281).

Im Spannungsfeld zwischen Interdependenz und Bestrafung ersann die amerikanische Regierung daher eine Strategie, die das Ergebnis einer umfangreichen Überprüfung der amerikanischen China-Politik seit der Krise auf dem Platz des Himmlischen Friedens war. Washington gab eine lange Liste an Maßnahmen bekannt, wie es die verschiedenen Punkte in den bilateralen Beziehungen zu regeln gedachte. Einer Verlautbarung an den Senat zufolge sollten zahlreiche wirtschaftliche und militärische Sanktionen aus dem Juni 1989 in Kraft bleiben, ohne auf einen Dialog mit China zu verzichten. Darüber hinaus kündigte das Weiße Haus an, Peking zu multilateralen Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Nuklearexporte aufzufordern und drohte schärfere Sanktionen an, sollte sich China weiterhin unkooperativ zeigen. Zudem gab die Regierung einen wichtigen Wechsel in der amerikanischen Politik gegenüber Taiwan bekannt, als sie im Gegensatz zu früheren Erklärungen auch einen Eintritt Taiwans in das GATT ohne gleichzeitige Aufnahme der Volksrepublik guthieß. Das politische Signal war eindeutig: Zum ersten Mal seit der Vereinbarung von 1982 nahm ein amerikanischer Präsident eine Position gegenüber Taiwan ein, die maßgeblich von den Wünschen Pekings abwich. Die Ankündigungen des Präsidenten genügten schließlich, den Senat zu überzeugen; die Vorlage aus dem Repräsentantenhaus wurde zu Fall gebracht (Harding 1992:282–283).

Bewertung der Kooperationsinhalte

Nachdem eine Überprüfung des Kooperationsbedarfs schon zu Beginn der Regierungszeit Bushs eingesetzt hatte, war die scharfe Kritik an seinem konzilianterem Vorgehen nach den Ereignissen auf dem Platz des Himmlischen Friedens kaum verwunderlich. Bush mußte sich den Vorwurf gefallen lassen, daß eine schrittweise Aufhebung der Sanktionen ohne chinesische Gegenleistung erfolgte und daher relative Gewinne der Volksrepublik offensichtlich waren. In ihrer Außenwirkung haben sich die USA als Akteur jedoch nicht davon abhalten lassen, trotzdem kooperative Beziehungen zu gestalten, da sich der Präsident im innenpolitischen Prozeß durchsetzen wollte und seine

Sichtweise langfristiger Kooperationsvorteile dominierte.

Die mangelnde Intensität der Zusammenarbeit – schließlich war Bush vor allem daran gelegen, Arbeitsbeziehungen aufrechtzuerhalten – ist aber eher ein Hinweis darauf, daß die Bewertung des chinesischen Kooperationspartners von starker Unzufriedenheit geprägt war. Weder war es möglich, durch reziproke Strategien ein ausreichendes Entgegenkommen der chinesischen Seite zu erreichen, noch gelang es, die Kritik an den relativen Vorteilen Chinas aus der Welt zu schaffen. Der Ausbau vertiefter kooperativer Beziehungen war in dieser Phase stark gefährdet, da China trotz amerikanischer Zugeständnisse, die vornehmlich auf dem außenpolitischen Denkansatz des Präsidenten beruhten, weiterhin Vereinbarungen unterlief (z.B. durch seine fortgesetzte Proliferationspolitik) und daher einen relativen Vorteil erzielen konnte. Vor allem in der Frage der Handels- und Exportpolitik zeigte sich, daß dieser Vorteil auch amerikanische Interessen zu schädigen drohte, so daß die kooperationshindernde Wirkung relativer Gewinne zum Tragen kam und auch George Bush schlußendlich eine Revision seiner China-Strategie einleitete.

Relative Gewinne, so wurde gezeigt, können eine Dilemmasituation verstärken, wenn der Anreiz kurzfristiger Defektionen nicht durch die Aussicht auf langfristige Kooperationsgewinne egalisiert werden kann. War der amerikanische Präsident zumindest anfangs noch überzeugt, daß auch China die langfristigen Kooperationschancen höher bewerten mußte als kurzfristige Defektionsgewinne, so zeigte sich doch, daß die unzureichende reziproke Strategie der USA ein kooperativeres Verhalten Chinas nicht erzwingen konnte. Umgekehrt waren auch in den USA immer mehr Entscheidungsträger nicht davon überzeugt, angesichts des chinesischen Verhaltens langfristige Kooperationsgewinne zu erzielen und arbeiteten deshalb an einer Strategie, kurzfristige Vorteile für die USA – beispielsweise durch eine Reaktivierung Taiwans – auf Kosten der bilateralen Zusammenarbeit mit China zu erzielen.

9.2.2 Versagen der strategischen Gleichung

Obwohl die USA eindeutige und verständliche politische Signale sendeten, war China nicht willens oder fähig, einer Konfrontation aus dem Weg zu gehen. So waren es zum einen die chinesischen Waffenexporte, die wie gewohnt die Beziehungen beunruhigten, obwohl sich China im Februar 1992 auch formell verpflichtet hatte, die Richtlinien des Missile Technology Control Regime (MTCR) einzuhalten und daher eine Aufhebung der amerikanischen Technologiesanktionen erreichen konnte. Dennoch ließen Geheimdienstberichte wenig Zweifel daran, daß China auch dieses Mal gegen die Bestimmungen des Vertrages verstieß und Raketen nach Pakistan lieferte; die ursprünglichen Befürchtungen, über die sich Präsident Bush hinweggesetzt hatte, wurden damit erneut bestätigt. Nach chinesischer Ansicht waren solche Waffenlieferungen aber nur recht und billig, schließlich hatten die USA mit der Lieferung von F-16 Kampfflugzeugen nach Taiwan die 1982 getroffene Vereinbarung ebenfalls mißachtet (Sutter 1996:109). Deutlich wurde dabei auch ein bestimmtes Muster dieser Politik: Während die USA die Kooperation mit wirtschaftlichen Sanktionen (auf der Seite des Kongresses) bzw. mit wirtschaftlichen Anreizen (auf der Seite der Regierung) aufrechterhalten wollten, schien China die Entscheidung für oder gegen Raketenverkäufe als Druckmittel einzusetzen, um sich weiterhin den MFN-Status zu sichern oder sein Mißfallen über Entscheidungen der USA auszudrücken (Rudolf 1994:212–213). Darüber hinaus hatte die Volksrepublik aufgrund ihrer strategischen Position als Mittelmacht keine vitalen Interessen an der Stabilität in Nahost oder Nordafrika und damit auch keine Veranlassung, auf die Devisen durch solche Exportgeschäfte zu verzichten (Ross 1997:39).

Zum anderen bot auch die Wirtschaftspolitik keine Gelegenheit zur Entspannung der Beziehungen, nachdem das Handelsbilanzdefizit mit China weiter angestiegen war und nur noch von dem mit Japan übertroffen wurde. Da man immer noch die chinesischen Handelspraktiken und ökonomischen Marktbeschränkungen dafür verantwortlich machte, drohte die amerikanische Regierung im Sommer 1992 schließlich mit Gegenzöllen auf chinesische Importe und unterstrich dies auch noch mit der Ankündigung, die Aufnahme Chinas in das GATT zu verhindern. China gab schließlich den amerikanischen Forderungen nach und verpflichtete sich in einer Vereinbarung, Importbeschränkungen in Schlüsselbereichen bis Ende 1997 abzubauen und die Hemm-

nisse für amerikanische Agrarerzeugnisse zu verringern (Rudolf 1994:213–214).

Dennoch war vielen Beteiligten klar, daß die Strategie der Regierung Bush nicht zum gewünschten Ziel führte, war sie doch immer noch einer strategischen Auslegung der Beziehungen verhaftet, die in der Realität keinen Bestand mehr hatte. Das schrittweise Aufheben der Sanktionen durch die amerikanische Regierung war daher nicht unumstritten, verdeutlichte es doch nur, daß die eingesetzten Mittel nicht erfolgreich waren und eine Alternative nicht auf den Weg gebracht werden konnte. Darüber hinaus war diese Politik ein Ausdruck der chinafreundlichen Haltung des amtierenden Präsidenten, dessen Agenda einen Disput mit der Volksrepublik einfach nicht vorsah.

9.2.3 Linkage zwischen Ökonomie und Menschenrechten

Obwohl sich die Gewährung des Meistbegünstigungsstatus bislang als nicht allzu scharfes Sanktionsmittel erwiesen hatte, setzte auch der neugewählte Präsident Bill Clinton auf diesen Weg, um von der chinesischen Gegenseite ein Entgegenkommen einzufordern. Die Meistbegünstigung schien ihm immer noch als das tauglichste Mittel (Alternativen hatte auch er zunächst nicht zu bieten), in dieser Frage ohne großen Aufwand Erfolge erzielen zu können; Clinton hatte sich in seinem Regierungsprogramm ohnehin eher der Innen- und Wirtschaftspolitik zugewandt, so daß sein mangelndes Interesse für das bilaterale Verhältnis nicht überraschend kam.

Es war somit vielmehr der idealistische Ansatz seiner China-Politik, der ihn von seinem Vorgänger unterschied: Clinton hatte die Gewährung der Meistbegünstigung als Weg gewählt, um die chinesische Führung zu einem signifikanten Entgegenkommen in der Menschenrechtsfrage zu bewegen. Dieser Ansatz war wenig überraschend, war Clinton doch außenpolitisch unerfahren und daher froh, auf die Vorleistungen der demokratischen Kongreßmehrheit aufbauen zu können, die schon zuvor das mangelnde Verständnis des republikanischen Präsidenten in dieser Frage kritisiert hatte (Mann 2000:274). Clintons Ansatz unterschied sich von dem Carters, dessen ursprüngliches Ziel, eine an moralischen Prinzipien und Menschenrechten orientierte Außenpolitik zu betreiben, von der Realität des Ost-West-Konflikts eingeholt wurde. Während Carter die Sowjetunion nachdrücklich und wiederkehrend an demokratische Werte und Menschenrechte erinnerte, schwieg er zu den nicht weniger antidemokratischen Aus-

führungen Dengs: "In fact, human rights was never going to dominate China policy in the Carter administration because China policy was driven by the exigencies of the Cold War (Tyler 2000:284)."

Trotz seiner Konzentration auf innenpolitische Herausforderungen war schon Clintons Wahlkampfkampagne darauf ausgelegt gewesen, einen außenpolitisch aktiven Präsidenten wie Bush auch mit außenpolitischen Themen zu konfrontieren und seine Reputation zu schwächen. Mit dem moralischen Zeigefinger wurden die Versäumnisse der Regierung aufgegriffen und zur Dekonstruktion des noch amtierenden Präsidenten eingesetzt, obwohl damit kaum ein außenpolitisches Programm des Herausforderers generiert werden konnte. Dennoch war man sich offensichtlich nicht darüber im klaren, daß auch im Wahlkampf Äußerungen mit Bedacht erfolgen sollten; Begriffe wie „Schlächter von Peking“, mit denen die chinesische Regierung belegt wurde, wurden durchaus in Peking registriert (Tyler 2000:386–389).

Dennoch bemühte sich die chinesische Regierung in den ersten Monaten ein erneutes Mal, die Voraussetzungen für eine weitere Gewährung der Meistbegünstigung nicht zu gefährden. Dazu gehörte beispielsweise die Freilassung von Dissidenten oder die Vergabe von Aufträgen an amerikanische Unternehmen in Milliardenhöhe. Angesichts des rasant wachsenden chinesischen Marktes bildete sich in den USA geradezu eine „China Lobby“ heraus, die sich sogar für eine unkonditionierte Gewährung des Meistbegünstigungsstatus stark machte (Rudolf 1994:221).

Es war aber nur eine Frage der Zeit, bis wieder das gewohnte Muster in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen einkehrte und erneut die Gewährung der Meistbegünstigung für China zur Disposition stand. Wie in den Jahren zuvor forderte die demokratische Mehrheit meßbare Fortschritte in den Fragen der Menschenrechte, des Handels und der Proliferation, um den MFN-Status auch im Folgejahr weiterhin gewähren zu können. Geheimdienstberichte über die Lieferung mutmaßlicher chinesischer Raketenteile nach Pakistan gaben Ende 1992 den Anlaß, die angekündigte harte Linie gegenüber China in die Tat umzusetzen. Winston Lord, im amerikanischen Außenministerium für die China-Politik zuständig, sicherte sich die Unterstützung wichtiger Kongreßabgeordneter, als er der chinesischen Regierung einen vierzehn Punkte umfassenden Forderungskatalog präsentieren ließ, der über die Einhaltung der Menschenrechte, der Nonproliferation von Waffen und einer Verringerung des gestiegenen

amerikanischen Handelsdefizits sämtliche Punkte beinhaltete, die die USA als Voraussetzung für ein vernünftiges Verhältnis betrachteten.

Präsident Clinton faßte die Forderungen schließlich in eine Regierungsanweisung, die Peking zwölf Monate Zeit ließ, sich den amerikanischen Bedingungen zu beugen und bis dahin sichtbare Fortschritte in Menschenrechtsfragen zu erzielen; gefordert waren beispielsweise die Freilassung politischer Gefangener, die Bewahrung des religiösen und kulturellen Erbes Tibets oder die Zulassung internationaler Radio- und Fernsehstrahlungen in China (Sutter 1996:85–86). Sollte Peking dem nicht nachkommen, würden schärfste Handelssanktionen die Folge sein, die eine ernste Gefahr für die chinesische Wirtschaft darstellen würden. Letztlich war es jedoch die amerikanische Regierung, die sich hier selbst unter Druck setzte: Nur auf die vage Prognose hin, daß angesichts solch deutlicher Warnungen China nachgeben würde, riskierte man ein solches Ultimatum, denn die Nichtgewährung des Meistbegünstigungsstatus – die wahrscheinlichste Wirtschaftssanktion – würde in den USA weitaus größere Kosten nach sich ziehen (Tyler 2000:393–394).

Clintons Regierungsanweisung wies eine weitere Schwäche auf: Obwohl die ursprünglich geplante Gesetzesvorlage den Kongreß ohne Probleme hätte passieren können, ließen sich deren Protagonisten George Mitchell und Nancy Pelosi zur Umwidmung in eine „Executive Order“ überreden, schließlich wollte Clinton innenpolitische Einigkeit in der Frage der China-Politik erzielen. Im Ergebnis wurden die Forderungen jedoch erheblich abgeschwächt (Verbesserungen wurden beispielsweise nur im Bereich der Menschenrechte gefordert), so daß von den ursprünglichen Bedingungen nicht mehr viel übriggeblieben war (Mann 2000:278–281). Damit knüpfte man die weitere Gewährung der Meistbegünstigung im wesentlichen an Fortschritte bei der Menschenrechtssituation und löste sie – im Gegensatz zur vorherrschenden Tendenz im Kongreß – von der Wirtschafts- und Nonproliferationspolitik. Maßgeblichen Anteil an diesem Konstrukt hatte im übrigen ebenfalls Winston Lord, der sich als prominenter Kritiker der Vorgängerregierung profiliert hatte (Rudolf 1994:223).

Die Meinungen über Clintons innenpolitischen Coup gingen erwartungsgemäß auseinander: Während die einen monierten, Clinton halte seine Wahlkampfversprechen nicht, gab es vor allem auf Seiten der Wirtschaft Zustimmung. Das Konzept hatte jedoch einen entscheidenden Nachteil: Es spezifizierte nicht, welche Sanktionen im Falle

einer chinesischen Vertragsverletzung verhängt würden, sondern drohte mit dem Verlust sämtlicher Handelserleichterungen für China. Diese Drohung war daher nicht nur reichlich unglaubwürdig, sondern setzte den Präsidenten auch unter Druck, schließlich mußte er später das Rückgrat haben, diese Konsequenzen durchzusetzen (Mann 2000:282–284):

Nur folgerichtig stand daher auch die amerikanische MFN-Politik wieder unter Beschuß, nachdem die in wenigen Monaten zu treffende Entscheidung über den Meistbegünstigungsstatus Chinas immer noch an Erfolge in der Menschenrechtspolitik geknüpft war. Die teilweise heftigen Kontroversen in den USA über den Umgang mit dem MFN-Status blieben auch Peking nicht verborgen, so daß es erneut sein wirtschaftliches Potential mobilisierte, um die Verhandlung in die von ihm gewünschte Richtung zu drängen. Im Unterschied zu den vergangenen MFN-Verhandlungen wollte man Clinton jedoch nicht mehr überzeugen, etwaige chinesische Fortschritte zu bestätigen, sondern verfolgte letztendlich eine vollständige Aufgabe der amerikanischen Linkage-Politik (Mann 2000:294–295).

Denn während andere Staaten in dieser Phase begannen, ihre eingefrorenen Beziehungen zu Peking nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens wieder zu konsolidieren, litt das Verhältnis zu den USA weiterhin unter der zurückhaltenden Politik der Regierung Clinton. Die US-Regierung konzentrierte sich immer mehr auf die Problembereiche des amerikanisch-chinesischen Verhältnisses und rügte neben der unzureichenden Menschenrechtssituation in der Volksrepublik ihre fortgesetzten Waffenexporte in Krisenregionen. Berichte über die Lieferung von M-11 Raketen nach Pakistan verschärften den Ton ebenso wie das Festhalten und Verfolgen eines chinesischen Frachters durch die amerikanische Navy, der verdächtigt wurde, chemische Stoffe, die zu Herstellung von Kampfgas geeignet waren, in den Iran zu liefern. Als Jiang Zemin, der mittlerweile aus dem Schatten des kranken Li Peng herausgetreten war, schließlich persönlich versicherte, daß keine Chemikalien an Bord seien – die amerikanische Aktion beruhte allein auf Erkenntnissen der CIA –, war die amerikanische Regierung in einer Zwickmühle: Konnte man den Worten Jiang Zemins Glauben schenken, oder sollte man die Konfrontation suchen, um die chinesische Proliferationspolitik öffentlich vorzuführen? Als Kompromiß erklärte sich Saudi-Arabien schließlich bereit, eine Inspektion des Schiffes vorzunehmen – Chemikalien fanden

sich aber nicht (Tyler 2000:394–399).

Dieser Vorfall brachte die amerikanische Regierung in die Defensive. Während die CIA weiterhin behauptete, die Chemikalien seien lediglich unbemerkt beiseite geschafft worden (obwohl das Schiff die ganze Zeit unter strengster Überwachung gewesen war), nahm die amerikanische Regierung diesen Vorfall zum Anlaß, einen Politikwechsel bezüglich China einzuleiten: China war zu wichtig, um weiterhin nur an seiner Menschenrechts- und Proliferationspolitik gemessen zu werden. Clinton setzte daher alles daran, ein Treffen mit Jiang Zemin zu arrangieren, und traf ihn schließlich am Rande des Asien-Pazifik-Treffens in Seattle. Als Zeichen des guten Willen erlaubte das Pentagon wieder die Aufnahme von Militärkontakten, während der US-Präsident den Verkauf eines Supercomputers für die Wettervorhersage ankündigte (Tyler 2000:400–401).

Clintons „Executive Order“, die eine Gewährung der Meistbegünstigung 1994 von chinesischen Fortschritten in der Menschenrechtsfrage im abgelaufenen Jahr abhängig machen wollte, stand damit am Scheideweg, nun mußte er entscheiden, ob er die angekündigten Drohungen und Sanktionen tatsächlich in die Tat umsetzen wollte. Doch die Frage der Menschenrechtspolitik spaltete weiterhin die amerikanische Regierung: Während Außenminister Christopher und sein Vertrauter Winston Lord keine positiven Änderungen in der chinesischen Menschenrechtspolitik attestieren wollte, ließ der amerikanische Botschafter in Peking, J. Stapelton Roy, verlautbaren, daß China in den letzten Jahren sehr wohl signifikante Fortschritte in dieser Hinsicht gemacht hätte und es überhaupt an der Zeit sei, die Verknüpfung von Handels- und Menschenrechtspolitik aufzulösen. Immer noch stand die amerikanische Regierung unter der Selbstverpflichtung, die Meistbegünstigung nur dann zu gewähren, wenn China in der Menschenrechtspolitik signifikante Fortschritte erzielen würde, nur wie diese Fortschritte auszusehen hatten, war nicht definiert (Tyler 2000:401–402).

Als letzten Ausweg versuchte Außenminister Christopher, die chinesische Führung doch noch zu überzeugen, den amerikanischen Vorschlägen nachzukommen; Christophers Reise nach Peking war aber eine Katastrophe, sowohl das Timing – angesichts des bevorstehenden Nationalen Volkskongresses ging die chinesische Obrigkeit aus Gründen der inneren Sicherheit wieder sehr repressiv gegen Dissidenten vor – als auch das Ergebnis trugen kaum zu einer Verbesserung des Verhältnisses bei. China machte

mehr als deutlich, daß es für den Entzug der Meistbegünstigung gewappnet sei und daß es sich keinesfalls unter Druck setzen lassen würde. Der chinesische Außenminister Qian Qichen bot schließlich doch noch die ersten Konzessionen an: China würde den Dissidenten Wang Juntao freilassen und würde eine Inspizierung seiner Gefängnisse und Arbeitslager durch das Rote Kreuz in Erwägung ziehen. Bei seiner Rückkehr in die USA war Christopher klar, daß sich die politische Stimmung dort endgültig gewendet hatte und das Linkage zwischen Außen- bzw. Handels- und Menschenrechtspolitik am Ende war. Auch Clinton äußerte vielsagend, daß China ein wichtiger Staat sei und man es sich nicht leisten könne, es zu isolieren (Tyler 2000:408–409).

Nach diesem – gründlich mißlungenen – letzten Versuch Warren Christophers, die chinesische Führung zu einem Entgegenkommen in der Frage der Menschenrechte zu animieren, stand das Ergebnis fest: Clintons Versuch, mittels eines Linkage Fortschritte in den Beziehungen zu erreichen, war gescheitert (Mann 2000:297-304). Für einen systematischen Rückzug hatte Clinton nun nur noch zwei Monate Zeit. Obwohl Clinton noch versuchte, China wenigstens einige kosmetische Konzessionen abzurufen, zeigte sich Peking unnachgiebig und unterstrich dies sogar noch mit der öffentlichkeitswirksamen Verhaftung des bekannten Dissidenten Wei Jingsheng (Mann 2000:305). Es war daher klar, daß die Gewährung der Meistbegünstigung nicht mehr zur Disposition stand, sondern nur noch die Frage, auf welche Weise man sie gewähren würde. Am 27. Mai verkündete US-Präsident Clinton schließlich das Ende der Linkage-Politik, d.h. die Verbindung zwischen der Gewährung des Meistbegünstigungsstatus und der chinesischen Menschenrechtspolitik. Obwohl China Fortschritte in wichtigen Bereichen vorweisen könnte, seien diese nicht genug, so Clinton, doch die Gefahr eines Handelskrieges sei schließlich das weitaus gefährlichere Ereignis: “Breaking the post-Tiananmen knot was a milestone in American foreign policy, and Clinton never looked back, another indication of how tactical his moralism during the campaign had been (Tyler 2000:412).” Gleichzeitig wurden bestehende Sanktionen ausgebaut – beispielsweise ein Importverbot für chinesische Waffen und Munition –, da der Volksrepublik weiterhin ernsthafte Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden mußten (Sutter 1996:90–91).

China hatte aber zwei Siege errungen: Zum einen wurde ihm der Meistbegünstigungsstatus 1994 und in den folgenden Jahren ohne Bedingungen gewährt, und zum ande-

ren hatte es keine Sanktionen mehr zu erwarten wegen nicht erfüllter Verpflichtungen aus dem vergangenen Jahr. Die Dominanz ökonomischer Interessen machte nicht nur das gestiegene Gewicht amerikanischer Interessengruppen aus dem Unternehmerlager deutlich, sondern führte auch vor Augen, daß diese Menschenrechtspolitik generell gescheitert war (Mann 2000:308–310). Chinas Marktpotential konnte damit erfolgreich für außenpolitische Zwecke instrumentalisiert werden, denn es ermöglichte ihm, seine „strategische Schwäche in taktische Stärke gegenüber den konkurrierenden Handelspartnern zu verwandeln (Müller-Hofstede 1995:96).“ Auch im amerikanischen Kongreß hatten sich die Gewichte verschoben, ein Gesetzesantrag von Nancy Pelosi, Strafzölle auf Exporte chinesischer Militärfabriken zu erheben, scheiterte. Im Oktober wurden schließlich die Sanktionen vom August 1993 aufgehoben, die den Export von High-Tech-Gütern verboten hatten (Tyler 2000:412–413).

Bewertung der Kooperationsinhalte

Die Regierung Clinton versuchte von Beginn an, reziproke Elemente in der Gestaltung ihrer China-Politik verstärkt einzusetzen. Dabei und in ihrer Begründung unterschied sie sich von der Vorgängerregierung, die erst zum Ende ihrer Amtszeit auf eine Strategie der „sticks and carrots“ setzte. Daß dabei die Wahl auf die Gewährung des Meistbegünstigungsstatus fiel, erwies sich allerdings als unglücklich, da aufgrund der fortgeschrittenen Interdependenz eine Nichterteilung des MFN-Status auch zu einem großen Schaden für die USA geführt hätte.

Clinton mußte daher begreifen, daß China trotz fortgesetzter Verletzung seiner Zusagen in Fragen der Rüstungsexporte und Nonproliferation nicht durch dieses Mittel zum Einhalt gezwungen werden konnte und statt dessen weiterhin in der Lage war, relative Vorteile aus der Kooperation mit den Vereinigten Staaten zu ziehen. Obwohl also China relative Gewinne erzielte, brachen die USA die Kooperation nicht ab, sondern drohten lediglich mit ernsthaften Sanktionen. Man kann daher die Feststellung treffen, daß die Aussichten auf langfristige absolute Gewinne, hier hervorgerufen durch die enge ökonomische Verflechtung und die Aussicht auf das Potential des chinesischen Marktes, tatsächlich solche potentiell defektiven Situationen überwinden können.

Ebenfalls muß man aber festhalten, daß die Gemengelage einer Kooperationsstruktur nur eine Metabetrachtung erlaubt, da sich bilaterale Beziehungen aus einer Vielzahl

von Situationen und Kooperationsfeldern ergeben, die in ihrer Einzelbewertung durchaus zu einem anderen Urteil als in der Gesamtsicht führen können. Das bedeutet, daß sich in einigen Politikfeldern unkooperative Verhaltensweisen zeigen können, während sich andere gleichzeitig durch einen hohen Grad an Zusammenarbeit auszeichnen. In der Amtszeit Clintons sollte sich dies ebenfalls ankündigen: Obwohl man von einer Wiederherstellung der Kooperation sprechen kann, deutete bereits vieles darauf hin, daß die Einschätzung über langfristige Kooperationsgewinne starken Schwankungen ausgesetzt war und fortan auch die Relevanz relativer Gewinne in wechselndem Maße beeinflussen sollte.

9.2.4 Realpolitik: Kooperation im Lichte relativer Gewinne

Daß diese Schwankung in der Aussicht auf langfristige Kooperationsgewinne zunahm und die Gefahr durch relative Vorteile der Volksrepublik China diesen Chancen gegenübergestellt wurde, soll in der abschließenden Betrachtung der zentralen Konfliktfelder gezeigt werden, die den Fortgang der bilateralen Beziehungen seither bestimmen. Dies sollte sich zunächst am Beispiel Taiwans zeigen; obwohl die USA bisher immer enge Beziehungen mit Taiwan gepflegt hatten, verhielten sie sich doch stets zurückhaltend, wenn eine Gefährdung der Beziehungen zur Volksrepublik durch Kritik an der Ein-China-Doktrin drohte. Nun aber befand man sich in einer Phase, in der die Aussichten auf einen langfristigen Kooperationserfolg mit China geringer schienen und die Attraktivität durch eine kurzfristige Defektion stieg.

Obwohl Clinton den ökonomischen Verflechtungen Tribut zahlen mußte, war es doch nicht so, daß das Interesse der amerikanischen Wirtschaft am chinesischen Markt die Augen vor der Realität verschlossen hätte. Vielmehr hatte China nach den Ereignissen auf dem Platz des Himmlischen Friedens auch erheblichen Kredit verspielt und konnte daher nicht auf die vollständige Opferung der amerikanischen Ideale auf dem Altar der Globalisierung hoffen. Es war daher an Taiwan, die Gunst der Stunde zu nutzen, um sich mit einer diplomatischen Goodwill-Tour seines Präsidenten Lee der amerikanischen Politik wieder in Erinnerung zu rufen.

Den Schlüssel für die amerikanische Unterstützung fand Taiwan zunächst nur im amerikanischen Kongreß. Dank einer effektiven Lobbyarbeit schaffte es Taipeh, immer

mehr Kongreßmitglieder für seine Ziele zu gewinnen, was sich mit der republikanischen Mehrheit nach der Wahl im November 1994 noch verstärken sollte. Eigentlich mußte es dem Präsidenten spätestens dann aufgefallen sein, daß die Unterstützung für Taiwan zunahm, doch gelang es ihm nicht, hierauf eine passende Antwort zu finden. Vielmehr zeigte die amerikanische Regierung, daß sie mit dem taiwanesischen Ansinnen nur auf wenig zeitgemäße Weise umgehen konnte, als sie den Antrag Lees, seiner früheren US-Universität einen privaten Besuch abzustatten, monatelang zurückwies. Erst eine einstimmig gefaßte Resolution des Repräsentantenhauses im Mai 1995 veranlaßte das Weiße Haus, seinen Widerstand aufzugeben, so daß Lee schließlich im Juni desselben Jahres auch offiziell amerikanischen Boden betreten durfte (Mann 2000:320–326).

Es war klar, daß die amerikanische Politik hiermit ein deutliches Zeichen an China senden wollte, und es war auch klar, daß China nicht mehr dasselbe Gewicht in Washington hatte wie in den Jahren zuvor. Die Zeit der übertriebenen Rücksichtnahme schien vorbei, und auch wenn eine chinesische Gegenreaktion erwartet wurde, so war sie in ihrer Deutlichkeit und Aggressivität doch für viele überraschend. Die Tatsache, daß ein taiwanesischer Präsident die USA besuchen durfte, erzürnte die Volksrepublik derart, daß sie mit dem kumulativ angestauten Ärger der vergangenen Jahre antwortete: Der Aussetzung hochrangiger politischer Gespräche folgte der Rückruf des chinesischen Botschafters aus Washington sowie die Verzögerung bei der formellen Bestätigung des neuen amerikanischen Botschafters in China; zum ersten Mal seit 1979 waren die diplomatischen Vertretungen in beiden Ländern vakant (Mann 2000:327–328).

Doch diese Maßnahmen waren nur der Vorgeschmack auf die folgenden chinesischen Aktionen, die niemand in Washington vorausgesehen hatte: Im Juli 1995 gab die chinesische Armee bekannt, wochenlange Manöver vor der taiwanesischen Küste abhalten zu wollen. Das umfangreiche Truppenaufgebot und der Abschuß von M9-Raketen direkt vor Taiwans Haustüre ließen den taiwanesischen Aktienmarkt um mehr als 33 % in den folgenden Wochen einbrechen und auch die Währung auf ein neues Tief fallen (Mann 2000:328). Eine direkte militärische Konfrontation war daher nicht einmal nötig: Schon die bloße Ankündigung, die Sicherheit der Schifffahrtsstraßen um Taiwan nicht mehr garantieren zu können, kann die exportorientierte taiwanesische Wirtschaft in eine tiefe Krise stürzen und damit auch ohne Gewaltanwendung erheblichen Scha-

den anrichten (Christensen 1996:50–51). China hatte damit nicht nur gezeigt, daß es seinen Einfluß auf Taiwan nach Belieben ausüben konnte, sondern wurde auch zum ersten Mal als eines der Hauptprobleme amerikanischer Außenpolitik identifiziert; so wie früher die UdSSR, war nun die Volksrepublik kritisches Thema der außenpolitischen Entscheidungszirkel und ließ Taiwan in der Gunst des Weißen Hauses weiter nach oben rücken. Doch auch die Volksrepublik sah in den USA nicht mehr den strategischen Partner, sondern das hauptsächlichste Hindernis für die Entwicklung der eigenen strategischen Ambitionen (Bernstein und Munro 1997:19).

Trotz alledem wollte man die Spannungen mit China nicht über alle Maßen tolerieren und setzte daher auf das bewährte Instrument der Geheimverhandlungen. Der amerikanische Außenminister Warren Christopher unterbreitete der chinesischen Führung daher zum ersten Mal die „drei Neins“, die China ein Entgegenkommen ermöglichen sollten: Verhinderung taiwanesischer Unabhängigkeitsbestrebungen; keine Unterstützung einer Zwei-China-Politik; keine Unterstützung für Taiwans UN-Mitgliedschaft. Auch für China war es in dieser Situation von Vorteil, mit den USA zu kooperieren: Die Bekanntgabe Clintons, das amerikanisch-japanische Verteidigungsbündnis zu stärken, ließ die chinesische Führung befürchten, daß ein mittelfristiger Abzug der USA im Raum stehen könnte und ein Vakuum hinterließe, das Japan auszufüllen gedachte – eine Vorstellung, die bei schlechten Beziehungen zu den USA noch besorgniserregender wäre (Christensen 1996:42–42). Die amerikanischen Zugeständnisse ermöglichten tatsächlich eine signifikante politische Entspannung der Situation, denn schon kurze Zeit später kehrte der chinesische Botschafter nach Washington zurück und der amerikanische Vertreter in Peking konnte offiziell ernannt werden (Mann 2000:330). Dennoch rissen die Diskussionen nicht ab, die sich zwischen den konzeptionellen Polen *containment* und *engagement* hin- und herbewegten und keinen Anschein machten, bald zu einem Ergebnis zu führen (Ross 1997:33).

Auch das anhaltende chinesische Wirtschaftswachstum versetzte amerikanische Strategen in Alarmbereitschaft: China hatte mittlerweile eine respektable Industrialisierung vorzuweisen und eine gewaltige Steigerung seiner Produktionskapazitäten. Nach konventioneller ökonomischer Klassifizierung konnte China bald als siebtgrößte Wirtschaftsmacht gelten, nach Kaufkraftparitäten sogar als zweitgrößte (Gu 2000:17–18). Schon gab es Beobachter, die ein Überflügeln der amerikanischen Ökonomie heran-

nahen sahen und befürchteten, China könne sich auf dem Markt mit Hochtechnologie und Waffensystemen eindecken, die es zumindest im asiatischen Raum in eine hegemoniale Position manövrieren könnten. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß trotz des enormen Wirtschaftswachstums China in weiten Teilen noch erheblichen Entwicklungsbedarf hatte. Die flächendeckende Versorgung des Landesinneren mit Infrastruktur und Energie war und ist eine zu lösende Aufgabe, die nicht innerhalb von Jahren bewerkstelligt werden konnte und daher auch auf lange Sicht noch die Ressourcen der Volksrepublik binden wird (Tyler 2000:384–386).

Dennoch blieb es insbesondere innerhalb des Pentagons umstritten, wie mit der Volksrepublik nun umzugehen sei. Während Verteidigungsminister William Perry weiterhin die chinesische Karte spielen wollte und vor allem Pekings Einfluß auf Nordkorea schätzte, waren nicht nur im Militär Stimmen zu vernehmen, die in China vor allem einen langfristigen Rivalen sahen, der eine Bedrohung für die amerikanischen Interessen darstellt. Die strategischen Planungen des Pentagons übersahen weder die kumulative Wirkung der weiterhin boomenden Wirtschaft der Volksrepublik noch das stark wachsende Verteidigungsbudget Pekings, so daß man zwar nicht von einer aktuellen chinesischen Bedrohung reden wollte, aber kaum die langfristigen Bedenken verhehlen konnte. Das Pentagon begann daher auch, diese Einschätzung (wenn auch sehr behutsam) öffentlich zu vertreten (Mann 2000:332–333). Die Meinungen darüber, ob China nun tatsächlich eine ernstzunehmende Bedrohung darstellt, gehen aber weit auseinander: Segal (1999:25–32) ist beispielsweise der Ansicht, daß China weder als ökonomische noch als militärische Macht eine globale Rolle spielt, sondern allenfalls eine regionale Bedrohung westlicher Interessen darstellt. In das gleiche Horn stoßen Ross (1997:34) und Gu (2000:21–22), die ebenfalls keine konkrete Gefährdung feststellen können, obwohl der militärische Modernisierungsschub augenfällig ist.

Die Einschätzung, ob China ein Bedrohungspotential besitzt, ist daher immer noch umstritten, so daß es nicht überraschend ist, daß Drohungen der chinesischen Führung ernstgenommen werden. So trug auch die anstehende Präsidentschaftswahl in Taiwan im März 1996 zu einer weiteren Verschärfung der Situation bei, als trotz beschwichtigender Briefe Clintons die chinesische Führung auch eine kriegerische Auseinandersetzung nicht ausschloß, sollten die USA eine Verteidigung Taiwans gegen China in Erwägung ziehen. Die chinesischen Drohungen gingen soweit, daß manche chinesi-

sche Militärs nach eigenen Aussagen sogar Millionen Menschenleben opfern würden und einen nuklearen Angriff der USA mit dem Auslösen New Yorks beantworten, sollten die Vereinigten Staaten Taiwan militärisch beistehen. Obwohl einige Beobachter den Eindruck hatten, daß die chinesische Rhetorik lediglich abschreckende Wirkung entfalten sollte und der eigentliche Hintergrund dieser unverhohlenen Drohung der chinesische Versuch darstellen würde, die Grenzen des amerikanischen Engagements auszuloten, darf man doch nicht übersehen, daß China letztlich mit dem Einsatz von Nuklearwaffen drohte, sollten die USA zugunsten Taiwans militärisch eingreifen (Mann 2000:334–335).

Militärische Gegenmaßnahmen der USA wie die Entsendung des Flugzeugträgers „Nimitz“ (zum ersten Mal seit 1979) in die Straße von Taiwan hinterließen offenbar keinen bleibenden Eindruck bei der chinesischen Führung, denn die Manöver, die im Februar 1996 erneut vor der taiwanesischen Küste abgehalten wurden, übertrafen die zurückliegenden bei weitem: 150.000 Mann wurden an der chinesischen Küste stationiert, Raketen schlugen gerade einmal 30 Meilen vor den beiden wichtigsten taiwanesischen Häfen in die See, so daß die taiwanesische Wirtschaft erneut in Panik geriet. Die Drohung Chinas war damit klar: Seine Raketen konnten die taiwanesische Wirtschaft schädigen (Mann 2000:335–336). Eine schärfere Reaktion aus den USA war nun unausweichlich, die Entsendung eines Flottenverbandes nach Südostasien sollte nun endgültig der Volksrepublik China die Grenzen aufzeigen, die sie nicht überschreiten dürften.

Obwohl die amerikanische Aktion letztlich erfolgreich war und sich die aufgeheizte Lage relativ zügig wieder beruhigte, war es doch an der Zeit, endlich eine nicht nur kurzfristig agierende Politik gegenüber China zu entwerfen. Erste hochrangige Kontakte – wenn auch nicht als solche offiziell deklariert – zwischen chinesischen Regierungsvertretern und Abgesandten sowohl der Demokraten als auch der Republikaner waren daher die Folge, von denen besonders der Besuch Anthony Lakes, Clintons Sicherheitsberater, für die weiteren Beziehungen ausschlaggebend war. Lake versicherte seinen chinesischen Gesprächspartnern, daß die USA keine Konfrontation mit China suchten, sondern es als Partner auf dem Weg in das 21. Jahrhundert betrachteten und die amerikanische Militärpräsenz in Asien einzig und allein zur Aufrechterhaltung der regionalen Stabilität diene und nicht zur Eindämmung Chinas. Um diese

redlichen Absichten zu unterstreichen, schlug Anthony Lake einen Besuch des chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin in Washington vor (natürlich nach gewonnener Wahl), dem ein Gegenbesuch Clintons folgen sollte. Das Signal, das China erhielt, war somit eindeutig: Clinton hatte die vollständige Transformation seiner China-Politik nun vollzogen und rechnete fest damit, wiedergewählt zu werden. Also sollte auch die chinesische Führung mit weiteren vier Jahren Clinton rechnen und nicht versuchen, diplomatisches Kapital aus dem Wahlkampf schlagen zu wollen, sondern die Chance ergreifen, die sich mit Clintons Wiederwahl böte (Mann 2000:343–344).

Dennoch hegte die Volksrepublik an den Absichten der USA Zweifel: Die chinesische Führung ging fest davon aus, daß die USA China – trotz anderslautender Bekenntnisse – als Bedrohung empfanden, die folglich mit sicherheitspolitischen, ökonomischen oder politischen Mitteln geschwächt werden müßte (Sutter 1996:126–127). Im laufenden Wahlkampfsjahr passierte dann tatsächlich etwas, womit keiner zuvor gerechnet hatte: China und die USA begannen wieder, gemeinsame Geschäfte zu machen, gegenseitige Zugeständnisse schufen ein Klima steigenden Vertrauens, so daß die Clinton-Regierung sogar eine respektable Mehrheit im Repräsentantenhaus erreichen konnte, als China ein weiteres Jahr der Meistbegünstigungsstatus gewährt wurde. Auch dies sollte im Sinne der Regierung nicht weniger bedeuten, als daß sie auf dem Weg war, einen innenpolitischen Konsens über ihre China-Politik wiederherzustellen (Mann 2000:344–345). Es darf nicht übersehen werden, daß China auch erhebliche Fortschritte gemacht hatte: es war mittlerweile Mitglied des Atomwaffensperrvertrages geworden, zeigte Unterstützung für das Atomteststoppabkommen und erweiterte seinen multilateralen Dialog (Nye 1995:100–101). Kritiker wie Bernstein und Munro (1997:20) hingegen glaubten, daß auch das konziliantere Verhalten der chinesischen Führung nach den Zwischenfällen in der Straße von Taiwan lediglich Fassade war, schließlich hatte man weiterhin ein erhebliches Interesse am westlichen Technologietransfer.

In der Folgezeit wurde jedoch deutlich, daß Clintons innenpolitischer Fortschritt nur unvollständig gelungen war, denn Kongreß und Öffentlichkeit waren keineswegs bereit, die Ereignisse der letzten Jahre einfach beiseite zu legen. Obwohl Clinton daher nach seiner Wiederwahl wie geplant die Beziehungen zu China renormalisieren und vertiefen wollte, warfen ihn innenpolitische Probleme (u.a. wurde ihm vorgeworfen,

Gelder aus dem Ausland, insbesondere aus dem asiatischen Raum, für seinen Wahlkampf verwendet zu haben) zurück und zwangen ihn in die Defensive. Seine Pläne zu einer weitreichenden Vertiefung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen mußten daher zunächst auf Eis gelegt werden, und das Scheitern der WTO-Verhandlungen mit China 1997 trug ebenfalls nicht gerade dazu bei, eine günstigere Ausgangslage zu schaffen. Chinas mangelndes Entgegenkommen in der Frage der Handelserleichterungen ließ ohnehin kaum hoffen, in absehbarer Zeit zu einem erfolgreichen Abschluß zu finden und hierfür auch noch die Unterstützung des Kongresses zu gewinnen (Mann 2000:349–351). Ein Grund für das mangelnde Entgegenkommen Chinas liegt in seiner grundsätzlichen Zurückhaltung gegenüber multilateralen Institutionen, in denen Hegemonialstaaten wie die USA die Agenda zu ihrem eigenen Vorteil bestimmen könnten: “For instance, many leaders in China see foreign efforts to encourage or press China to conform to multilateral standards on international security, human rights, and economic policies and practices as motivated by the foreign powers’ fear of China’s rising power, their unwillingness to share power fairly with China, and their desire, to ‘hold down’ China – that is, to keep it weak for as long as possible (Sutter 1996:35).” Doch auch hier sollte sich zeigen, daß sich China letztendlich mit dem multipolaren System nach dem Ende des Kalten Krieges arrangieren würde, auch wenn in der Vergangenheit das beschriebene Unbehagen vorherrschte.

Trotz der Rückschläge war die chinesische Regierung willens und entschlossen, den eingeschlagenen Pfad der Normalisierung der Beziehungen nicht zu verlassen und bereitete sich daher nach dem Tode Deng Xiaopings im Februar 1997 auf den versprochenen Besuch Jiang Zemin im Herbst vor. Clintons neuer Sicherheitsberater Samuel „Sandy“ Berger begab sich zu diesem Zweck nach Peking, um Ziele und Inhalte dieses Gipfeltreffens abzustecken. Es war dabei für ihn von großem Vorteil, daß sich die USA zu diesem Zeitpunkt in einer sehr günstigen Position befanden. Während die amerikanische Wirtschaft boomte, hatte die chinesische Führung einige ökonomische Rückschläge zu verkraften und benötigte daher außenpolitische Ruhe, insbesondere im Hinblick auf die Beziehungen zu den USA. Die Anliegen der USA drehten sich – neben der Freilassung einiger Dissidenten – hauptsächlich um die chinesische Proliferationspolitik: China sollte seine Unterstützung für das iranische Atomprogramm einstellen und aufhören, den Iran weiterhin mit Waffen zu beliefern. Peking war im Gegenzug daran interessiert, kritische Gesetzesvorhaben des Kongresses zu verhindern

und bestehende Sanktionen zu lockern bzw. aufzuheben. Vor allem jedoch war Taiwan wiederum Gegenstand chinesischer Forderungen: die USA sollten neue Garantien abgeben, die Unterstützung für Taipeh einzuschränken (Mann 2000:353–354). Taiwan bliebe auf der Liste Chinas schließlich die letzte „Provinz“, die nach der Rückgabe Hongkongs 1997 und Macaos 1999 einer nationalen Reintegration im Wege stünde (Kindermann 1995:39–40).

Obwohl Chinas Forderung, noch vor dem Gipfeltreffen eine schriftliche Fixierung der „drei Neins“ zu erhalten, nicht erfüllt wurde, geriet der Staatsbesuch Jiang Zemins zu einem Erfolg: China versicherte schriftlich, die Unterstützung für Irans Nuklearprogramm einzustellen, und erhielt dafür von den USA die Zusage, wieder mit amerikanischer Kernkraftausrüstung und Hochtechnologie beliefert zu werden – eine Vereinbarung, die so nach fast zehn Jahren Unterbrechung wiederbelebt wurde. Diese Übereinkunft sowie die chinesische Zusage, Boeing-Verkehrsflugzeuge im Wert von 3 Mrd. \$ zu ordern, ließen vergessen, daß die Freilassung des prominenten Regimekritikers Wei Jingsheng noch auf sich warten ließ (Mann 2000:355–357).

Auch auf chinesischer Seite zeigte man sich zufrieden: Nicht nur, daß die Pekinger Regierung das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens politisch überlebt hatte, sondern daß sie auch wieder normale Beziehungen zu den USA herstellen konnte, war wohl der herausragende Erfolg dieses Staatsbesuchs. Das Treffen setzte zudem einen Prozeß der Normalisierung in Gang, wie er ein Jahr zuvor noch nicht abzusehen war. Einen Tag, nachdem Jiang Zemin Washington verlassen hatte, verkündete ein Sprecher des US-Außenministeriums in einer Pressekonferenz, daß die USA die „drei Neins“ akzeptierten: “We don’t support a two-China policy, we don’t support Taiwan independence, and we don’t support membership in organizations that require you to be a member state (Mann 2000:358).” Es war das erste Mal, daß ein amerikanischer Regierungsvertreter dies öffentlich äußerte – und es sollte sich lohnen: China honorierte, daß Washington den ersten Schritt gewagt hatte, und erwiderte dies mit der Freilassung Wei Jingshens und seiner Ausreise in die USA (Mann 2000:358–359).

Dennoch: Eine Änderung der chinesischen Menschenrechtspolitik war damit nicht eingetreten, es handelte sich um eine rein politische Geste. Dennoch sahen die USA in einem solchen Handel einen Weg, mit Wang Dan einen weiteren prominenten Regimegegner auszulösen und die Menschenrechtspolitik symbolisch weiterzubetreiben.

Während der Vorbereitungen zu Clintons China-Besuch im Juni 1998 teilte man den chinesischen Gesprächspartnern mit, daß man gewillt sei, die seit Jahren andauernde Kampagne der USA, in den Vereinten Nation eine förmliche Verurteilung der chinesischen Menschenrechtspolitik zu erreichen, fallenlassen würde, wenn sich China zu einer reziproken Geste bereit erklärte. Auch hier hat die obige Taktik Wirkung gezeigt: Nachdem wenige Monate vor der Abreise nach Peking die versprochene Konzession seitens des Weißen Hauses bekanntgegeben wurde, entließ China kurze Zeit später Wang Dan zur Ausreise in die USA. Der Streit um die Freilassung prominenter Regimekritiker, wie er in den Jahren zuvor die Tagesordnung mitbestimmt hatte, war damit zu Ende (Mann 2000:361–362).

Trotz dieses medienwirksamen Erfolges stand die Reise Clintons zunächst unter keinem guten Stern. Erst im Frühjahr machten Berichte die Runde, wonach der Präsident den Export von amerikanischen Satelliten genehmigt hatte, obwohl infolge eines Unfalls mit der chinesischen Trägerrakete die mögliche Weitergabe geheimer Daten an China einen Untersuchungsausschuß beschäftigte; da der Satelliten-Hersteller zu den finanzstärksten Einzelförderern der Demokratischen Partei zählte, lag der Schluß der Vorteilsgewährung natürlich nahe, da das Ergebnis der Kommission noch ausstand. Da Clinton zudem wegen der Lewinsky-Affäre unter erheblichem innenpolitischen Druck stand, bot ihm die Reise nach Peking daher eine willkommen Verschnaufpause (Mann 2000:363–364).

Neben viel politischer Symbolik und Rhetorik – Clinton kritisierte öffentlich die gewaltsame Niederschlagung der Protest-Bewegung vom Juni 1989, um den unvermeidlichen Besuch des Tiananmen-Platzes geradenzurücken –, die Clinton schlagartig innenpolitischen Rückhalt verschafften, war es vor allem die öffentliche Bestätigung der „drei Neins“, die als entscheidende Geste die chinesischen Forderungen befriedigte. Während ein solches Versprechen schon Nixon und Kissinger in privater Runde abgerungen werden konnte, so war Clinton doch der erste Präsident, der dies öffentlich bestätigte. Die chinesische Antwort spiegelte nun endgültig das bestehende Mächtegleichgewicht wider: China gab Taiwan zu verstehen, sich endlich den Realitäten zu stellen und Verhandlungen über eine Wiedervereinigung ins Auge zu fassen (Mann 2000:366–367).

Bewertung der Kooperationsinhalte

Die zweite Präsidentschaft Clintons war in ihrer China-Politik geprägt von starken Schwankungen in der Kooperationsbereitschaft beider Länder. Langfristigen Kooperationschancen wurde eine geringere Bedeutung beigemessen und führten daher zu einer kurzen Abfolge von Phasen der Kooperation und Defektion. Die ständigen Diskussionen um eine mögliche Rivalität legen den Schluß nahe, daß kurzfristige Defektionsgewinne immer wieder Phasen der Zusammenarbeit ablösen werden, solange die Aussichten auf langfristige Gewinne von aktuellen politischen Einschätzungen abhängen. Ebenso ist aber auch festzustellen, daß auch der Kooperationsbedarf nachließ, obwohl die fortgeschrittene ökonomische Verflechtung eigentlich einen anderen Schluß nahelegt. Reziproke Strategien alleine können Kooperation daher nicht aufrechterhalten, solange kurzfristige Gewinne auf Kosten des Kooperationspartners attraktiv bleiben. Relative Gewinne, verstanden als Gefährdung der eigenen Sicherheit, konnten deshalb viel leichter als zuvor ihre kooperationshindernde Wirkung entfalten, weil die Aussichten auf langfristige Gewinne zyklischen Schwanken unterlegen war. Das bedeutet aber auch, daß eine ständige Kooperationsgefährdung durch relative Gewinne nicht unterstellt werden kann, da die Dynamik aus Kooperationsbedarf und langfristiger Einschätzung des Kooperationspartners die Tolerierung asymmetrischer Verteilungen maßgeblich – und schwankend – beeinflusst.

9.3 Zusammenfassung und Bewertung

Es zeigte sich einmal mehr, daß quantitative Indikatoren alleine für eine zutreffende Beschreibung der gewandelten amerikanisch-chinesischen Beziehungen nicht ausreichend sind, denn trotz der Vertiefung wirtschaftlicher und kultureller Bindungen war das Verhältnis in vielen Fällen wesentlich konflikthaltiger als vorher. Der amerikanisch-chinesische Dialog über außenpolitische Angelegenheiten wurde dominiert von Auseinandersetzungen über den chinesischen Handelsüberschuß, die chinesischen Waffenexporte und die Situation der Menschenrechte, während die Handelsbeziehungen beider Länder stets unter dem Damoklesschwert des drohenden MFN-Verlustes standen und von der Auseinandersetzung über Zugangsbeschränkungen zum chinesischen Markt dominiert wurden. Obwohl man daher von erweiterten Beziehungen der beiden

Länder sprechen kann, ist das Konfliktpotential seitdem doch erheblich gewachsen (Harding 1992:290).

Obwohl es den Eindruck hatte, als ob Clinton die Beziehungen damit wieder in die Tradition der Nixon-Kissinger-Ära gestellt zu haben, zeigte die Entwicklung der folgenden Monate, daß eine solche Wiederherstellung schlichtweg unpassend ist: Schon die Angriffe der NATO auf Serbien zum Schutz der Albaner im Kosovo erzürnte die chinesische Führung vor allem wegen der fehlenden Legitimation durch den UN-Sicherheitsrat. Als auch noch die chinesische Botschaft in Belgrad versehentliches Ziel dieser Angriffe wurde, entlud sich der chinesische Zorn in heftigen Gewaltausbrüchen der chinesischen Öffentlichkeit gegen amerikanische Einrichtungen in China. Der Cox-Report, der zur gleichen Zeit den Kongreß beschäftigte, bezichtigte China der Spionage, und es wurde deutlich, daß der Eindruck eines kommenden Rivalen immer noch die politische Agenda in den Vereinigten Staaten beherrschte (Gill 1999:65, 70–71). In der Volksrepublik wiederum verfestigte sich der Eindruck, daß die erwartete Multipolarität nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eine Fehleinschätzung war, statt dessen zeichnete sich ein unipolares System unter der Führung der Vereinigten Staaten ab und balancierende Gegenmächte waren nicht in Sicht (Deng 2001). Es rächte sich, daß Clinton nur halbherzig das Ziel verfolgt hatte, China auch als *strategischen Partner* zu gewinnen und die Zusammenarbeit auf eine langfristige Grundlage zu stellen. Eine vollständige Aufgabe dieses Konzeptes trat schließlich mit der Nachfolgeregierung unter George W. Bush zu Tage, dort dominierte wieder die Vorstellung, daß China als *strategischer Konkurrent* das Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten ändern wollte (Gu 2001:2).

Kapitel 10

Relative Gewinne – ein Kooperationshindernis?

Da Theorien die ausschnittsweise Betrachtung der Realität erlauben, fokussieren sie sich auf bestimmte Untersuchungsgegenstände und ermöglichen dadurch Erkenntnisse, die andere Blickwinkel möglicherweise nicht erfassen können. So auch in der Theorie der Internationalen Beziehungen: Während sich der Neoliberalismus auf die Genese der Kooperation im anarchischen System der internationalen Politik konzentriert, richtet die Theorie des Neorealismus ihr Augenmerk auf ein System von Akteuren, die dank ihrer Machtressourcen ihre Sicherheit und Existenz gewährleisten können.

Der Neorealismus konnte dabei ein Problem identifizieren, das dem Neoliberalismus verborgen blieb: die kooperationshindernde Wirkung relativer Gewinne. Da die Position der Akteure untrennbar mit dem Grad ihrer Sicherheit verbunden ist, achten Staaten darauf, daß kein Konkurrent durch eine Kooperation einen relativen Vorteil erzielt, da sich dies auf das relative Positionsgefüge auswirken und in der Zukunft daher zu einer Gefährdung der eigenen Sicherheit führen könnte. In den Augen der Neorealisten geht diese Vorsicht vor relativen Vorteilen sogar so weit, daß auch auf absolute Gewinne durch eine Kooperation verzichtet wird, nur weil der Kooperationspartner aus der Zusammenarbeit einen größeren Gewinn erzielen würde – Kooperation sei daher ein weitaus schwierigeres Unterfangen, als vom Neoliberalismus dargestellt.

Neoliberale Autoren hatten das Gefangenendilemma als typische Illustration internationaler Politik herangezogen und konnten zeigen, daß die Aussicht auf langfristige

Gewinne auch eine solch kooperationsfeindliche Situation überwinden kann. Da sie dabei aber die Möglichkeit der relativen Gewinnorientierung außer acht ließen, mußte das neoliberale Modell um diese Einschränkung erweitert werden. Die Frage, wie relative Gewinne Situationen transformieren, war jedoch alles andere als eindeutig. Häufig wurde unterstellt, daß relative Gewinne sich als Nullsummenspiel präsentieren und daher in jedem Fall zu einem Zusammenbruch der Kooperation führen müßten. Die Ergebnisse, die durch den Einsatz interdependenter Nutzenfunktionen erzielt werden konnten, stützen diese Behauptung aber ebensowenig wie solche Aussagen, die stets von einer Transformation in ein Gefangenendilemma ausgehen. Vielmehr konnten die bisherigen Untersuchungsergebnisse dahingehend revidiert werden, daß relative Gewinne nur solche kooperativen Strukturen in eine Dilemmasituation wandeln können, die sich durch eine hohe Attraktivität der Defektion auszeichnen. Das bedeutet weiterhin, daß Situationen, die nur einen geringen Defektionsvorteil aufweisen, sich auch durch die Existenz relativer Gewinne nicht in eine Dilemmasituation verwandeln.

Insofern findet sich hier die erste Einschränkung der neorealistischen Hypothese; zugleich konnte aber auch gezeigt werden, daß sich existierende Dilemmasituationen unabhängig von der Gestaltung der interdependenten Nutzenfunktionen schwieriger kooperativ überwinden lassen, da die Chance auf langfristige Gewinne geringer eingeschätzt wird. Die Begründung liefert das neorealistische Argument: relative Gewinne rufen Gefahren für die eigene Sicherheit hervor, weil die Defektionsgefahr steigt und das Vertrauen, einen Gewinn in künftigen Interaktionen zu erzielen, eingeschränkt wird.

Da die potentielle kooperationshindernde Wirkung relativer Gewinne Inhalt der Untersuchung war, wurde die Transformation durch interdependente Nutzenfunktionen auf kooperative Situationen beschränkt, schließlich lassen sich kaum relative Gewinne für einen Kooperationsabbruch verantwortlich machen, wenn die Akteure keinen Kooperationsbedarf haben. Aus diesem Grund wurde in der empirischen Untersuchung ein zweischichtiges Vorgehen gewählt, um Phasen mangelnder Kooperationspräferenz von den Auswirkungen der Kooperationsinhalte zu trennen. Als Beispiel wurden die amerikanisch-chinesischen Beziehungen gewählt, da die Ankündigung eines „Pazifischen Jahrhunderts“ darauf schließen ließ, von einer möglichen Gefährdung der Kooperation durch relative Gewinne zu sprechen und daher die Gelegenheit bot, die Un-

terschiede im Vergleich zum bisherigen Verlauf der bilateralen Beziehungen herauszuarbeiten. Das zweischichtige Vorgehen sollte die These unterstützen, daß mangelnde Kooperationspräferenzen die Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China genauso beeinflußten wie eine mögliche Gefährdung durch eine ungleiche Verteilung der Kooperationsgewinne.

Die Vorteile dieses Vorgehens zeigten sich bereits deutlich bei der Darstellung der Phase Nixon/Kissinger: Die strategischen Positionen beider Staaten führten zu einer dominanten Kooperationspräferenz, die sich jedoch im Verlauf der weiteren Verhandlungen auf Seiten der USA abschwächte, so daß die geringere Kooperationsneigung nicht auf relative Gewinne, sondern schlichtweg auf das gefallene Kooperationsinteresse zurückgeführt werden kann. Gleiches gilt für die nachfolgenden Präsidentschaften Fords und Carters: Vor allem die mangelnde Kooperationspräferenz – im ersten Fall durch innenpolitische Beschränkungen, im zweiten durch das außenpolitische Agenda-Setting – war ausschlaggebend für die recht niedrigen Kooperationsleistungen. Auffallend war, daß die Kooperationspräferenzen der USA nahezu beliebig den Fortgang der bilateralen Zusammenarbeit bestimmen konnten, was sich erst in späteren Jahren ändern sollte.

Betrachtet man die Verteilung der Kooperationsgewinne, so fällt auf, daß Zusagen getroffen wurden, die einen größeren Vorteil für einen Akteur bedeutet hätten, wären sie auch realisiert worden. Konkret geht es dabei um die Erwartungen, die Kissinger bei seinen Geheimverhandlungen weckte, aber nicht in die Tat umsetzen mußte, weil der Kooperationsbedarf sich zwischenzeitlich zugunsten der USA vermindert hatte. Relative Vorteile des Kooperationspartners werden daher in Kauf genommen, wenn die Aussicht auf einen langfristig angelegten Kooperationsgewinn überwiegt und das Erzielen dieses Gewinnes – in diesem Fall die strategische Unterstützung im Kampf gegen die UdSSR – nicht gefährdet werden darf. Dies setzt jedoch einen hohen Kooperationsbedarf voraus, der auch über diese Zeit erhalten bleiben muß.

Wurde die Entwicklung der Zusammenarbeit vornehmlich vom amerikanischen Kooperationsbedarf gesteuert, so änderte sich dies mit dem Abflauen des Ost-West-Konflikts, das während Reagans Präsidentschaft einsetzte. China erkannte seine Chance und betrieb eine Annäherung an Moskau bei gleichzeitiger, aber vorsichtiger Distanzierung von Washington. Die Verringerung des chinesischen Kooperationsbedarfs

nährte aber gleichzeitig die Hoffnung der Pekinger Regierung, in den Verhandlungen mit den USA Maximalforderungen durchsetzen zu können, denn fälschlicherweise wurde es nicht für möglich gehalten, daß die USA aus eigener Kraft den Abstand zur UdSSR aufholen könnten. Die Wiederherstellung der amerikanischen Stärke hatte aber zugleich eine Verringerung des Kooperationsbedarfs zur Folge, so daß relative Vorteile Chinas nicht durchgesetzt werden konnten. Auch hier ist also eher zu unterstellen, daß veränderte Präferenzen zu einer verminderten Kooperation geführt haben und weniger die Maximalforderungen Chinas, die ihm im Falle einer Realisierung einen relativen Vorteil verschafft hätten.

Dieses Muster der bilateralen Beziehungen änderte sich jedoch mit dem Ende der achtziger Jahre, als das Ende des Ost-West-Konflikts den strategischen Kooperationsbedarf auf beiden Seiten unterminierte. China begann, durch Rüstungsexporte und nukleare Proliferation neue Profitmöglichkeiten zu entdecken und geriet somit zusehends mit den USA in eine konfliktträchtigere Konstellation, da diese als globale Macht auch in entfernten Regionen nationale Interessen verfolgen und sie durch das chinesische Verhalten bedroht sahen. Hinzu kam, daß sich die Wirtschaftsbeziehungen beider Länder v.a. zum chinesischen Vorteil entwickelt hatten und damit ebenfalls zu einer Situation führten, in der sich die USA durch chinesische Defektionen und relative Gewinne bedroht fühlten, nachdem sich China nicht an bi- und multilaterale Vereinbarungen hielt. Es wurde zum ersten Mal offensichtlich, daß relative Gewinne die amerikanisch-chinesischen Beziehungen beeinflussen konnten und die weitere Kooperationsentwicklung gefährdeten.

Doch es waren vor allem die Ereignisse auf dem Platz des Himmlischen Friedens, welche die angestaute Unzufriedenheit auf amerikanischer Seite nahezu in einen Kooperationsabbruch münden ließen. Mittelbar hatten diese innenpolitischen Vorgänge auch Auswirkungen auf die amerikanische Perzeption relativer Gewinne: China erlitt einen erheblichen Imageschaden, der dazu führte, daß jeder mögliche Vorteil Chinas auf Widerstand stieß, da das Vertrauen in den Kooperationspartner minimiert war und somit ebenso die Hoffnung auf langfristige Kooperationsgewinne. Gerade diese Langfristigkeit bzw. das Vertrauen in die Zukunft ist es aber, was den Effekt relativer Gewinne mindern kann, denn nur ein Kooperationspartner, dem man vertrauen kann und der sich durch reziproke Strategien zur Einhaltung einer kooperativen Politik anhalten

läßt, verringert die Attraktivität kurzfristiger Kooperationsabbrüche und Defektionen.

Im Sinne der neorealistischen Theorie hätte man davon ausgehen können, daß die Gefahr durch relative Gewinne spätestens zu diesem Zeitpunkt zu einer nachhaltigen Kooperationserschädigung führen sollte, doch blieb diese Phase von überraschend kurzer Dauer. Obwohl sich die Einschätzung Chinas nicht wesentlich zum Besseren gewandelt hatte, konnte die Zusammenarbeit wieder hergestellt werden. Clintons Linkage-Politik versuchte zwar, durch taktische Sanktionen Einfluß auf das chinesische Verhalten zu nehmen, doch zwang der maßgeblich gestiegene Kooperationsbedarf beide Seiten zu einer Übereinkunft. Dieser Bedarf wurde durch die hohe ökonomische Interdependenz hervorgerufen, die trotz der kritischen Sicht auf China den Blick auf die langfristigen Kooperationsgewinne lenkte. Gleichwohl sich das Verhältnis der beiden Staaten in der Folgezeit starken Kooperationschwankungen ausgesetzt sah, überwog doch die ökonomisch begründete Aussicht auf langfristige Gewinne. Durch den Kooperationsbedarf, der sich aus einer fortgeschrittenen wirtschaftlichen Verflechtung speiste, und die langfristigen Gewinnchancen lösten sich Phasen der Kooperation mit Phasen der Defektion ab, da sie von der aktuellen Einschätzung des Kooperationspartners abhingen. Trotz latenter Gefahren durch relative Gewinne sind die Chancen auf einen langfristigen Vorteil so hoch, daß die Attraktivität kurzfristiger Defektionsgewinne nicht zu einem dauerhaften Kooperationsabbruch führte.

Verhindern relative Gewinne also Kooperation? Sicherlich nicht in der Eindeutigkeit und Häufigkeit, wie sie Vertreter des Strukturellen Realismus vermuteten. Zumindest für einen Teil der amerikanisch-chinesischen Beziehungen waren relative Gewinne weitaus seltener ein Grund für eine verminderte Kooperation als mangelnde Kooperationspräferenzen. Darüber hinaus scheint es so, als ob durch die fortgeschrittene Interdependenz der staatlichen Akteure die Chancen auf langfristige Kooperationsgewinne attraktiver sind als ein zurückhaltendes Agieren infolge einer Furcht vor relativen Gewinnen. Auch wenn die Anforderungen an langfristige Kooperationsaussichten höher sind als vom Neoliberalismus unterstellt, zeigt es sich doch, daß relative Gewinne die Kooperationsentwicklung nur kurzzeitig stören können, aber nicht zu einer permanenten und langandauernden Beeinträchtigung führen.

Literaturverzeichnis

- Albert, Mathias (1996): *Fallen der (Welt-)Ordnung. Internationale Beziehungen und ihre Theorien zwischen Moderne und Postmoderne*. Opladen: Leske und Budrich.
- Albrecht, Ulrich (1996): *Internationale Politik. Einführung in das System internationaler Herrschaft*. München: Oldenbourg, 4. Aufl.
- Allan, Pierre und Christian Schmidt (Hg.) (1994): *Game Theory and International Relations. Preferences, Information and Empirical Evidence*. Aldershot: Edward Elgar.
- Art, Robert J. und Robert Jervis (Hg.) (1996): *International Politics. Enduring Concepts and Contemporary Issues*. New York: HarperCollins, 4. Aufl.
- Axelrod, Robert (1987): *Die Evolution der Kooperation*. München: Oldenbourg.
- Axelrod, Robert und Robert O. Keohane (1993): *Achieving Cooperation Under Anarchy. Strategies and Institutions*. In: David A. Baldwin (Hg.), *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate*, New York: Columbia University Press. S. 85–115.
- Bader, Monika (1983): *Der sino-amerikanische Normalisierungsprozeß: Vom Dogmatismus zum Pragmatismus*. München: Tuduv.
- Baldwin, David A. (1993a): *Neoliberalism, Neorealism, and World Politics*. In: David A. Baldwin (Hg.), *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate*, New York: Columbia University Press. S. 5–25.
- Baldwin, David A. (Hg.) (1993b): *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate*. New York: Columbia University Press.

- Baumann, Rainer, Volker Rittberger und Wolfgang Wagner (1999): *Macht und Machtpolitik. Neorealistische Außenpolitiktheorie und Prognosen über die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 6 (2), S. 245–286.
- Behr, Roy L. (1981): *Nice Guys Finish Last – Sometimes. Journal of Conflict Resolution* 25 (2), S. 289–300.
- Bellers, Jürgen und Wichard Woyke (Hg.) (1989): *Analyse internationaler Beziehungen. Methoden – Instrumente – Darstellungen*. Opladen: Leske und Budrich.
- Bendor, Jonathan (1993): *Uncertainty and the Evolution of Cooperation. Journal of Conflict Resolution* 37 (4), S. 709–734.
- Benz, Arthur (1997): *Von der Konfrontation zur Differenzierung und Integration – Zur neueren Theorieentwicklung in der Politikwissenschaft*. In: Arthur Benz und Wolfgang Seibel (Hg.), *Theorieentwicklung in der Politikwissenschaft. Eine Zwischenbilanz*, Baden-Baden: Nomos. S. 9–29.
- Berejikian, Jeffrey (1997): *The Gains Debate: Framing State Choice. American Political Science Review* 91 (4).
- Berninghaus, Siegfried K., Karl-Martin Erhart und Werner Güth (2002): *Strategische Spiele. Eine Einführung in die Spieltheorie*. Berlin: Springer.
- Bernstein, Richard und Ross H. Munro (1997): *The Coming Conflict with America. Foreign Affairs* 76 (2), S. 18–32.
- Binmore, Ken (1992): *Fun and Games. A Text on Game Theory*. Lexington, Massachusetts: D. C. Heath.
- Bloch, Julia Chang (1997): *Commercial Diplomacy*. In: Ezra F. Vogel (Hg.), *Living with China. U.S./China Relations in the Twenty-First Century*, New York: W.W. Norton. S. 185–216.
- Brzezinski, Zbigniew (1977): *Presidential Review Memorandum/NSC 24*. Techn. Ber., National Security Council.

- Bühl, Werner L. (1978): *Transnationale Politik. Internationale Politik zwischen Hege-
monie und Interdependenz*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Busch, Marc L. und Eric R. Reinhardt (1993): *Nice Strategies in a World of Relative
Gains*. *Journal of Conflict Resolution* 37 (3), S. 427–445.
- Buzan, Barry, Charles Jones und Richard Little (1993): *The Logic of Anarchy. Neorea-
lism to Structural Realism*. New York: Columbia University Press.
- Childress, Richard T. und Stephen J. Solarz (1998): *Vietnam: Detours on the Road
to Normalization*. In: C. Richard Nelson und Kenneth Weisbrode (Hg.), *Reversing
Relations with Former Adversaries. U.S. Foreign Policy after the Cold War*, Gaines-
ville: University Press of Florida. S. 88–125.
- Christensen, Thomas J. (1996): *Chinese Realpolitik*. *Foreign Affairs* 75 (5), S. 37–52.
- Claude, Inis L. Jr. (1989): *The Balance of Power Revisited*. *Review of International
Studies* 15 (1), S. 77–85.
- Cohen, Jerome Alan (1971): *Recognizing China*. *Foreign Affairs* 50 (1), S. 30–43.
- Cohen, Jerome Alan (1976): *A China Policy for the Next Administration*. *Foreign
Affairs* 55 (1), S. 20–37.
- Cohen, Warren I. (1990): *America's Response to China. A History of Sino-American
Relations*. New York: Columbia University Press.
- Conte, Rosaria, Rainer Hegselmann und Pietro Terno (Hg.) (1997): *Simulating Social
Phenomena*. Berlin: Springer.
- Costello, Matthew J. (1996): *Impure Public Goods, Relative Gains, and International
Cooperation*. *Policy Studies Journal* 24 (4), S. 578–594.
- Czempiel, Ernst-Otto (1965): *Die Entwicklung der Lehre von den Internationalen Be-
ziehungen*. *Politische Vierteljahresschrift* 6 (3), S. 270–290.
- Czempiel, Ernst-Otto (Hg.) (1982a): *Amerikanische Außenpolitik im Wandel. Von der
Entspannungspolitik Nixons zur Konfrontation unter Reagan*. Stuttgart: Kohlham-
mer.

- Czempiel, Ernst-Otto (1982b): *Von der Parität zur Superirrität: Die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen*. In: Ernst-Otto Czempiel (Hg.), *Amerikanische Außenpolitik im Wandel. Von der Entspannungspolitik Nixons zur Konfrontation unter Reagan*, Stuttgart: Kohlhammer. S. 18–41.
- Czempiel, Ernst-Otto (1990): *Internationale Beziehungen: Begriff, Gegenstand und Forschungsabsicht*. In: Manfred Knapp und Gert Krell (Hg.), *Einführung in die Internationale Politik. Studienbuch*, München: Oldenbourg. S. 2–25.
- Czempiel, Ernst-Otto (1991): *Gleichgewicht oder Symmetrie*. *Jahrbuch für Politik* 1 (Halbband 1), S. 127–150.
- Czempiel, Ernst-Otto (1994): *Weltordnung statt Eindämmung – Auf der Suche nach einem neuen Selbstverständnis amerikanischer Außenpolitik*. In: Herbert Dittgen und Michael Minkenberg (Hg.), *Das amerikanische Dilemma. Die Vereinigten Staaten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Paderborn: Schöningh. S. 1–21.
- Czempiel, Ernst-Otto (1996): *Rückkehr in die Hegemonie*. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 46 (B 43/96), S. 25–33.
- Dembinski, Matthias (1994): *Weltordnung und Sicherheit. Amerikanische Nonproliferationspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*. In: Herbert Dittgen und Michael Minkenberg (Hg.), *Das amerikanische Dilemma. Die Vereinigten Staaten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Paderborn: Schöningh. S. 307–347.
- Dembinski, Matthias, Peter Rudolf und Jürgen Wilzewski (Hg.) (1994): *Amerikanische Weltpolitik nach dem Ost-West-Konflikt*. Baden-Baden: Nomos.
- Deng, Yong (2001): *Hegemon on the Offensive: Chinese Perspectives on U.S. Global Strategy*. *Political Science Quarterly* 116 (3), S. 343–365.
- Deutsch, Karl W. (1979): *Tides Among Nations*. New York: Free Press.
- Dittgen, Herbert (1994): *Das Dilemma der amerikanischen Außenpolitik: Auf der Suche nach einer neuen Strategie*. In: Matthias Dembinski, Peter Rudolf und Jürgen Wilzewski (Hg.), *Amerikanische Weltpolitik nach dem Ost-West-Konflikt*, Baden-Baden: Nomos. S. 291–317.

- Dittgen, Herbert und Michael Minkenberg (Hg.) (1994): *Das amerikanische Dilemma. Die Vereinigten Staaten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*. Paderborn: Schöningh.
- Dougherty, James E. und Robert L. Pfaltzgraff (1996): *Contending Theories of International Relations. A Comprehensive Survey*. New York: Longman, 4. Aufl.
- Downs, George W. und David M. Rocke (1995): *Optimal Imperfection? Domestic Uncertainties and Institutions in International Relations*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Doyle, Michael W. (1986): *Liberalism and World Politics. American Political Science Review* .
- Doyle, Michael W. (1995): *Liberalism and World Politics Revisited*. In: Charles W. Kegley (Hg.), *Controversies in International Relations Theory. Realism and the Neoliberal Challenge*, New York: St. Martin's Press. S. 83–106.
- Eisenführ, Franz und Martin Weber (1993): *Rationales Entscheiden*. Berlin: Springer.
- Falke, Andreas (1994): *Auf dem Weg zu einer neuen Handelspolitik? Die USA und das Welthandelssystem*. In: Herbert Dittgen und Michael Minkenberg (Hg.), *Das amerikanische Dilemma. Die Vereinigten Staaten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Paderborn: Schöningh. S. 265–305.
- Fitzgerald, Bruce D. (1975): *Self-Interest or Altruism. Corrections and Extensions. Journal of Conflict Resolution* 19 (3), S. 462–479.
- Forndran, Erhard (1996): *Grenzen des Realismus. Zu Erklärungsversuchen internationaler Beziehungen. Teil I: Die neuen Elemente internationaler Beziehungen und die Entwicklung der Theorie. Zeitschrift für Politikwissenschaft* 6 (4), S. 997–1041.
- Forndran, Erhard (1997a): *Grenzen des Realismus. Zu Erklärungsversuchen internationaler Beziehungen. Teil II: Zur Reichweite realistischer Argumentation. Zeitschrift für Politikwissenschaft* 7 (1), S. 33–77.
- Forndran, Erhard (1997b): *Wider eine eindimensionale Argumentation. Eine Antwort auf die Replik von Alexander Siedschlag. Zeitschrift für Politikwissenschaft* 8 (4), S. 69–91.

- Frankel, Benjamin (1996): *Restating the Realist Case: An Introduction*. In: Benjamin Frankel (Hg.), *Realism: Restatements and Renewal*, London: Frank Cass. S. ix–xx.
- Franzese, Robert J. und Michael J. Hiscox (1998): *Bargains, Games, and Relative Gains: Positional Concerns and International Cooperation*. Draft.
- Frei, Christoph (1994): *Hans J. Morgenthau. Eine intellektuelle Biographie*. Bern: Haupt, 2. Aufl.
- Frei, Daniel (1982): *Internationale Zusammenarbeit. Theoretische Ansätze und empirische Beiträge*. Königstein/Ts.: Hain.
- Fudenberg, Drew und Jean Tirole (1996): *Game Theory*. Cambridge, Mass.: MIT Press, 5. Aufl.
- Fukuyama, Francis (1992): *Das Ende der Geschichte*. München: Kindler.
- Gacis Jr., Feliciano M. (1995): *Die USA, China, Japan und die Stabilität in Südostasien*. *KAS-Auslandsinformationen* 11 (9), S. 78–91.
- Gärtner, Heinz (1993): *Neue Theorien der internationalen Politik im Widerstreit*. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 22 (2), S. 125–139.
- Gasteyger, Curt (1991): *Europa zwischen Spaltung und Einigung 1945–1990. Eine Darstellung über das Europa der Nachkriegszeit*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2. Aufl.
- Genschel, Philipp und Thomas Plümper (1996): *Wenn Reden Silber und Handeln Gold ist. Kooperation und Kommunikation in der internationalen Bankenregulierung*. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3 (2), S. 225–253.
- George, Jim (1994): *Discourses of Global Politics*. Boulder: Lynne Rienner Publishers.
- Gibbons, Robert (1992): *A Primer in Game Theory*. New York: Harvester Wheatsheaf.
- Gill, Bates (1999): *Limited Engagement*. *Foreign Affairs* 78 (4), S. 65–76.
- Gilpin, Robert (1996a): *The Nature of Political Economy*. In: Robert J. Art und Robert Jervis (Hg.), *International Politics. Enduring Concepts and Contemporary Issues*, New York: HarperCollins. 4. Aufl., S. 269–285.

- Gilpin, Robert (1996b): *No One Loves a Political Realist*. In: Benjamin Frankel (Hg.), *Realism: Restatements and Renewal*, London: Frank Cass. S. 3–26.
- Gilpin, Robert (1997): *War and Change in World Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gintis, Herbert (2000): *Game Theory Evolving: A Problem-Centered Introduction to Modeling Strategic Behaviour*. Princeton, N. J.: Princeton University Press.
- Glaser, Charles L. (1996): *Realists as Optimists: Cooperation as Self-Help*. In: Benjamin Frankel (Hg.), *Realism: Restatements and Renewal*, London: Frank Cass. S. 122–163.
- Goldstein, Joshua S. und Jon C. Pevehouse (1997): *Reciprocity, Bullying, and International Cooperation: Time-series Analysis of the Bosnia Conflict*. *American Political Science Review* 91 (3).
- Goodin, Robert E. und Hans-Dieter Klingemann (Hg.) (1998): *A New Handbook of Political Science*. New York: Oxford University Press.
- Grieco, Joseph, Robert Powell und Duncan Snidal (1993): *The Relative Gains Problem for International Cooperation*. *American Political Science Review* 87 (3), S. 729–743.
- Grieco, Joseph M. (1990): *Cooperation among Nations. Europe, America, and the Non-tariff Barriers to Trade*. Ithaca: Cornell University Press.
- Grieco, Joseph M. (1993a): *Anarchy and the Limits of Cooperation: A Realist Critique of the Newest Liberal Institutionalism*. In: David A. Baldwin (Hg.), *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate*, New York: Columbia University Press. S. 116–140.
- Grieco, Joseph M. (1993b): *Understanding the Problem of International Cooperation: The Limits of Neoliberal Institutionalism and the Future of Realist Theory*. In: David A. Baldwin (Hg.), *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate*, New York: Columbia University Press. S. 301–338.

- Griffiths, Martin (1992): *Realism, Idealism and International Politics. A Reinterpretation*. London: Routledge.
- Gu, Xuewu (1998): *Ausspielung der Barbaren. China zwischen den Supermächten in der Zeit des Ost-West-Konflikts*. Baden-Baden: Nomos.
- Gu, Xuewu (2000): *Supermacht China? Die Zukunftsperspektive der Volksrepublik*. *Internationale Politik* 55 (1), S. 17–24.
- Gu, Xuewu (2001): *China – verwundbare Kontinentalmacht*. *Internationale Politik* 56 (4), S. 1–8.
- Güth, Werner (1999): *Spieltheorie und ökonomische (Bei)Spiele*. Berlin: Springer, 2. Aufl.
- Haas, Ernst B. (1964): *Beyond the Nation State. Functionalism and International Organization*. Stanford, Calif.: Stanford University Press.
- Hacke, Christian (2001): *Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von J. F. Kennedy bis G. W. Bush*. München: Propyläen.
- Haftdorn, Helga (1990): *Theorie der Internationalen Beziehungen*. In: Wichard Woyke (Hg.), *Handwörterbuch Internationale Politik*, Opladen: Leske und Budrich. 4. Aufl., S. 480–494.
- Harding, Harry (1992): *A Fragile Relationship. The United States and China Since 1972*. Washington, D.C.: Brookings Institution.
- Harding, Harry (1997): *Breaking the Impasse over Human Rights*. In: Ezra F. Vogel (Hg.), *Living with China. U.S./China Relations in the Twenty-First Century*, New York: W.W. Norton. S. 165–184.
- Hargreaves Heap, Shaun P. und Yanis Varoufakis (1995): *Game Theory. A Critical Introduction*. London: Routledge.
- Hartfiel, Günter und Karl-Heinz Hillmann (1982): *Wörterbuch der Soziologie*. Stuttgart: Kröner, 3. Aufl.

- Healy, Brian und Arthur Stein (1973): *The Balance of Power in International History. Theory and Reality*. *Journal of Conflict Resolution* 17 (1), S. 33–61.
- Herz, John (1950): *Idealist Internationalism and the Security Dilemma*. *World Politics* 2, S. 157–180.
- Herz, John (1951): *Political Realism and Political Idealism*. Chicago: University of Chicago Press.
- Holler, Manfred J. und Gerhard Illing (1996): *Einführung in die Spieltheorie*. Berlin: Springer, 3. Aufl.
- Holsti, Ole R. (1995): *Theories of International Relations and Foreign Policy: Realism and Its Challengers*. In: Charles W. Kegley (Hg.), *Controversies in International Relations Theory. Realism and the Neoliberal Challenge*, New York: St. Martin's Press. S. 35–65.
- Huntington, Samuel P. (1993): *The Clash of Civilizations?.* *Foreign Affairs* 72 (3), S. 22–49.
- Huntington, Samuel P. (1996): *Why International Primacy Matters*. In: Robert J. Art und Robert Jervis (Hg.), *International Politics. Enduring Concepts and Contemporary Issues*, New York: HarperCollins. 4. Aufl., S. 376–385.
- Intriligator, Michael D. und Urs Luterbacher (Hg.) (1994): *Cooperative Models in International Relations Research*. Boston: Kluwer.
- James, Patrick (1993): *Neorealism as a Research Enterprise. Toward Elaborated Structural Realism*. *International Political Science Review* 14 (2), S. 123–148.
- Javits, Jacob K. (1981): *Congress and Foreign Relations: The Taiwan Relations Act*. *Foreign Affairs* 60 (1), S. 54–62.
- Jervis, Robert (1970): *The Logic of Images in International Relations*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Jervis, Robert (1978): *Cooperation under the Security Dilemma*. *World Politics* 30 (2), S. 167–214.

- Jervis, Robert (1983): *Security regimes*. In: Stephen D. Krasner (Hg.), *International Regimes*, Ithaca: Cornell University Press. S. 357–378.
- Jervis, Robert (1985): *From Balance to Concert: A Study of International Security Cooperation*. *World Politics* 38, S. 58–79.
- Kahnemann, D. und A. Tversky (1986): *Rational Choice and the Framing of Decisions*. *Journal of Business* 59, S. 251–278.
- Kast, Günter (1997): *Pazifische Gemeinschaft oder neuer Kalter Krieg? Amerikanische China-Politik in den neunziger Jahren und die Suche nach einer Strategie für Ostasien*. Münster: Lit.
- Kast, Günter (1998): *Der schwierige Abschied von der Vorherrschaft. Die Vereinigten Staaten von Amerika und die neue internationale Ordnung im asiatisch-pazifischen Raum*. Münster: Lit.
- Keck, Otto (1993): *The New Institutionalism and the Relative-Gains-Debate*. In: Frank R. Pfetsch (Hg.), *International Relations and Pan-Europe. Theoretical Approaches and Empirical Findings*, Münster: Lit. S. 35–61.
- Kegley, Charles W. (Hg.) (1995a): *Controversies in International Relations Theory. Realism and the Neoliberal Challenge*. New York: St. Martin's Press.
- Kegley, Charles W. (1995b): *The Neoliberal Challenge to Realist Theories of World Politics: An Introduction*. In: Charles W. Kegley (Hg.), *Controversies in International Relations Theory. Realism and the Neoliberal Challenge*, New York: St. Martin's Press. S. 1–24.
- Kennedy, Paul (1991): *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Keohane, Robert O. (1984): *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Keohane, Robert O. (1989a): *International Institutions and State Power. Essays in International Relations Theory*. Boulder: Westview Press.

- Keohane, Robert O. (Hg.) (1989b): *Neorealism and Its Critics*. New York: Columbia University Press.
- Keohane, Robert O. (1989c): *A Personal Intellectual History*. In: Robert O. Keohane (Hg.), *International Institutions and State Power. Essays in International Relations Theory*, Boulder: Westview Press. S. 21–32.
- Keohane, Robert O. (1989d): *Theory of World Politics: Structural Realism and Beyond*. In: Robert O. Keohane (Hg.), *International Institutions and State Power. Essays in International Relations Theory*, Boulder: Westview Press. S. 35–73.
- Keohane, Robert O. (1993): *Institutional Theory and the Realist Challenge After the Cold War*. In: David A. Baldwin (Hg.), *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate*, New York: Columbia University Press. S. 269–300.
- Keohane, Robert O. und Lisa L. Martin (1995): *The Promise of Institutional Theory*. *International Security* 20 (1), S. 39–51.
- Keohane, Robert O. und Joseph S. Nye (1977): *Power and Interdependence. World Politics in Transition*. Boston: Little, Brown.
- Kim, Samuel S. (Hg.) (1994): *China and the World. Chinese Foreign Relations in the Post-Cold War Era*. Boulder: Westview Press, 3. Aufl.
- Kindermann, Gottfried-Karl (1995): *Neue Kraftprobe zwischen Peking und Taiwan*. *Internationale Politik* 50 (10), S. 35–40.
- Kissinger, Henry A. (1993): *Hans Morgenthau. Ein lebenswürdiger Analytiker der Macht*. In: Henry A. Kissinger (Hg.), *Die weltpolitische Lage. Reden und Aufsätze*, München: Bertelsmann. S. 285–290.
- Kissinger, Henry A. (1994): *Die Vernunft der Nationen. Über das Wesen der Außenpolitik*. Berlin: Siedler.
- Knapp, Manfred (1992): *Die Außenpolitik im Verhältnis zur Sowjetunion und zu Osteuropa*. In: Willi Paul Adams, Ernst-Otto Czempiel, Berndt Ostendorf, Kurt L. Shell, P. Bernd Spahn und Michael Zöller (Hg.), *Länderbericht USA. Band II: Außenpolitik, Gesellschaft, Kultur – Religion – Erziehung*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. 2. Aufl., S. 131–152.

- Krasner, Stephen D. (1983): *Structural causes and regime consequences: regimes as intervening variables*. In: Stephen D. Krasner (Hg.), *International Regimes*, Ithaca: Cornell University Press. S. 185–205.
- Krasner, Stephen D. (1991): *Global Communications and National Power. Life on the Pareto Frontier*. *World Politics* 43 (3), S. 336–366.
- Kreps, David M. (1990): *Game Theory and Economic Modelling*. Oxford: Clarendon Press.
- Kreps, David M. (1994): *Mikroökonomische Theorie*. Landsberg/Lech: Moderne Industrie.
- Kubbig, Bernd W. (1982): *Rüstungskontrolle und Aufrüstung: SALT, Nonproliferation und „Nachrüstung“*. In: Ernst-Otto Czempiel (Hg.), *Amerikanische Außenpolitik im Wandel. Von der Entspannungspolitik Nixons zur Konfrontation unter Reagan*, Stuttgart: Kohlhammer. S. 42–68.
- Kunz, Volker und Ulrich Druwe (Hg.) (1994): *Rational Choice in der Politikwissenschaft. Grundlagen und Anwendungen*. Opladen: Leske und Budrich.
- Lampton, David M. (1996): *Greater China and American Security*. In: Thomas A. Metzger und Ramon H. Myers (Hg.), *Greater China and U.S. Foreign Policy. The Choice between Confrontation and Mutual Respect*, Stanford: Hoover Institution Press. S. 55–64.
- Lampton, David M. (1997): *A Growing China in a Shrinking World: Beijing and the Global Order*. In: Ezra F. Vogel (Hg.), *Living with China. U.S./China Relations in the Twenty-First Century*, New York: W.W. Norton. S. 120–140.
- Lardy, Nicholas R. (1996): *U.S.-China Economic Relations*. In: Thomas A. Metzger und Ramon H. Myers (Hg.), *Greater China and U.S. Foreign Policy. The Choice between Confrontation and Mutual Respect*, Stanford: Hoover Institution Press. S. 65–75.
- Legro, Jeffrey W. (1996): *Culture and Preferences in the International Cooperation Two-Step*. *American Political Science Review* 90 (1).

- Legro, Jeffrey W. und Andrew Moravcsik (1999): *Is Anybody Still a Realist?*. *International Security* 24 (2), S. 5–55.
- Levine, Steven I. (1994): *Sino-American Relations: Testing the Limits of Discord*. In: Samuel S. Kim (Hg.), *China and the World. Chinese Foreign Relations in the Post-Cold War Era*, Boulder: Westview Press. 3. Aufl., S. 77–93.
- Lieber, Hans-Joachim (Hg.) (1991): *Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Lieberthal, Kenneth (1997): *Domestic Forces and Sino-U.S. Relations*. In: Ezra F. Vogel (Hg.), *Living with China. U.S./China Relations in the Twenty-First Century*, New York: W.W. Norton. S. 254–276.
- Lieshout, Robert H. (1995): *Between Anarchy and Hierarchy. A Theory of International Politics and Foreign Policy*. Aldershot: Elgar.
- Link, Werner (1980): *Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Link, Werner (1998): *Zur weltpolitischen Aktualität des Mächtegleichgewichts (Balance of Power)*. In: Carlo Masala und Ralf Roloff (Hg.), *Herausforderungen der Realpolitik. Beiträge zur Theoriedebatte in der internationalen Politik*, Köln: SH-Verlag. S. 15–30.
- Lipson, Charles (1993): *International Cooperation in Economic and Security Affairs*. In: David A. Baldwin (Hg.), *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate*, New York: Columbia University Press. S. 60–84.
- Lord, Winston (1989): *China and America: Beyond the Big Chill*. *Foreign Affairs* 68 (4), S. 1–26.
- Maluschke, Günther (1989): *Macht, -theorien*. In: Dieter Nohlen (Hg.), *Pipers Wörterbuch zur Politik*, München: Piper, Bd. 1 Politikwissenschaft: Theorien – Methoden – Begriffe. 3. Aufl., S. 521–525. Herausgegeben von Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze.

- Mann, James (2000): *About Face. A History of America's Curious Relationship with China, from Nixon to Clinton*. New York: Vintage Books.
- Masala, Carlo und Ralf Roloff (Hg.) (1998): *Herausforderungen an die Realpolitik: Beiträge zur Theoriedebatte in der Internationalen Politik*. Köln: SH-Verlag.
- Mastanduno, Michael (1993): *Do Relative Gains Matter? America's Response to Japanese Industrial Policy*. In: David A. Baldwin (Hg.), *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate*, New York: Columbia University Press. S. 250–266.
- Matthews, John C. III (1996): *Current Gains and Future Outcomes. When Cumulative Relative Gains Matter*. *International Security* 21 (1), S. 112–146.
- Mehlmann, Alexander (1997): *Wer gewinnt das Spiel? Spieltheorie in Fabeln und Paradoxa*. Braunschweig: Vieweg.
- Meimeth, Michael (1992): *Die Theorie des Neorealismus nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Eine Antwort an Ernst-Otto Czempiel*. *Jahrbuch für Politik* 2 (Halbband 1), S. 135–146.
- Bueno de Mesquita, Bruce und David Lalman (1992): *War and Reason. Domestic and International Imperatives*. New Haven, Conn.: Yale University Press.
- Metzger, Thomas A. und Ramon H. Myers (Hg.) (1996): *Greater China and U.S. Foreign Policy. The Choice between Confrontation and Mutual Respect*. Stanford: Hoover Institution Press.
- Meyers, Reinhard (1991): *Grundbegriffe, Strukturen und theoretische Perspektiven der Internationalen Beziehungen*. In: Ludwig Watzal (Hg.), *Grundwissen Politik*, Bundeszentrale für politische Bildung. S. 220–316.
- Milner, Helen (1992): *International Theories of Cooperation among States. Strength and Weakness*. *World Politics* 44 (3), S. 466–496.
- Milner, Helen (1993): *The Assumption of Anarchy in International Relations Theory: A Critique*. In: David A. Baldwin (Hg.), *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate*, New York: Columbia University Press. S. 143–169.

- Minkenberg, Michael (1999): *Zwischen Weltpolitik und Innenpolitik: Die amerikanisch-chinesischen Beziehungen nach dem Kalten Krieg*. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 9 (1), S. 143–169.
- Mitrany, David (1944): *A Working Peace System. An Argument for the Functional Development of International Organization*. New York: Oxford University Press.
- Möller, Kay (1995): *Das pazifische Asien nach dem Ost-West-Konflikt*. *KAS-Auslandsinformationen* 11 (7), S. 3–22.
- Morgenthau, Hans J (1985): *Politics Among Nations. The Struggle for Power and Peace*. New York: Knopf, 6. Aufl. Revised by Kenneth W. Thompson.
- Morikawa, Iomonori, John M. Orbell und Audun S. Runde (1995): *The Advantage of Being Moderately Cooperative*. *American Political Science Review* 89 (3).
- Morrow, James D. (1994): *Game Theory for Political Scientists*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Müller, Harald (1992): *Strategie und Rüstung*. In: Willi Paul Adams, Ernst-Otto Czempiel, Berndt Ostendorf, Kurt L. Shell, P. Bernd Spahn und Michael Zöller (Hg.), *Länderbericht USA. Band II: Außenpolitik, Gesellschaft, Kultur – Religion – Erziehung*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. 2. Aufl., S. 32–48.
- Müller, Harald (1993): *Die Chance der Kooperation. Regime in den internationalen Beziehungen*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Müller-Hofstede, Christoph (1995): *Von der Peripherie ins Zentrum – Die Volksrepublik China als Weltmacht neuen Typs*. *KAS-Auslandsinformationen* 11 (9), S. 92–111.
- Muskie, Edmund S., Kenneth Rush und Kenneth W. Thompson (Hg.) (1986): *The President, the Congress and Foreign Policy. A Joint Policy Project of the Members of Congress and the Atlantic Council of the United States*. Lanham: University Press of America.
- Nelson, C. Richard und Kenneth Weisbrode (Hg.) (1998): *Reversing Relations with Former Adversaries. U.S. Foreign Policy after the Cold War*. Gainesville: University Press of Florida.

- Nicholson, Michael (1994): *Interdependent utility functions: implications for cooperation and conflict*. In: Pierre Allan und Christian Schmidt (Hg.), *Game Theory and International Relations. Preferences, Information and Empirical Evidence*, Aldershot: Edward Elgar. S. 77–96.
- Nicholson, Michael (1998): *Realism and utopianism revisited*. *Review of International Studies* 24, S. 65–82.
- Niou, Emerson M. S. und Peter C. Ordeshook (1994): *Less Filling, Tastes Great. The Realist-Neoliberal Debate*. *World Politics* 46 (2), S. 209–234.
- Nixon, Richard M. (1967): *Asia After Viet Nam*. *Foreign Affairs* 46 (1), S. 111–125.
- Noland, Marcus (1998): *U.S.-China Economic Relations*. In: Robert S. Ross (Hg.), *After the Cold War. Domestic Factors and U.S.-China Relations*, Armonk: M. E. Sharpe. S. 107–147.
- Nye, Joseph S. (1971): *Peace in Parts: Integration and Conflict in Regional Organization*. Boston: Little, Brown.
- Nye, Joseph S. (1995): *The Case for Deep Engagement*. *Foreign Affairs* 74 (4), S. 90–102.
- Oksenberg, Michael (1971): *The Strategies of Peking*. *Foreign Affairs* 50 (1), S. 15–29.
- Oksenberg, Michael (1982): *A Decade of Sino-American Relations*. *Foreign Affairs* 61 (1), S. 175–195.
- Oksenberg, Michael (1986): *Congress, Executive-Legislative Relations, and American China Policy*. In: Edmund S. Muskie, Kenneth Rush und Kenneth W. Thompson (Hg.), *The President, the Congress and Foreign Policy. A Joint Policy Project of the Members of Congress and the Atlantic Council of the United States*, Lanham: University Press of America. S. 207–230.
- Oksenberg, Michael (1987): *China's Confident Nationalism*. *Foreign Affairs* 65 (3), S. 501–523.

- Oksenberg, Michael (1997): *Taiwan, Tibet, and Hong Kong in Sino-American Relations*. In: Ezra F. Vogel (Hg.), *Living with China. U.S./China Relations in the Twenty-First Century*, New York: W.W. Norton. S. 53–96.
- Osborne, Martin J. und Ariel Rubinstein (1994): *A Course in Game Theory*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Osgood, Robert E. (1982): *The Revitalization of Containment*. *Foreign Affairs* 60 (3), S. 465–502.
- Oye, Kenneth A. (1996): *The Conditions for Cooperation in World Politics*. In: Robert J. Art und Robert Jervis (Hg.), *International Politics. Enduring Concepts and Contemporary Issues*, New York: HarperCollins. 4. Aufl., S. 81–94.
- Paal, Douglas H. (1997): *China and the East Asian Security Environment: Complementarity and Competition*. In: Ezra F. Vogel (Hg.), *Living with China. U.S./China Relations in the Twenty-First Century*, New York: W.W. Norton. S. 97–119.
- Paech, Norman und Gerhard Stuby (1994): *Machtpolitik und Völkerrecht in den internationalen Beziehungen*. Baden-Baden: Nomos.
- Powell, Robert (1993): *Absolute and Relative Gains in International Relations Theory*. In: David A. Baldwin (Hg.), *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate*, New York: Columbia University Press. S. 209–233.
- Powell, Robert (1994): *The Problem of Absolute and Relative Gains in International Relations Theory*. In: Michael D. Intriligator und Urs Luterbacher (Hg.), *Cooperative Models in International Relations Research*, Boston: Kluwer. S. 127–150.
- Powell, Robert (1999): *The Modeling Enterprise and Security Studies*. *International Security* 24 (2), S. 97–106.
- Rapoport, Anatol (1999 [1966]): *Two-Person Game Theory*. Mineola, N.Y.: Dover.
- Rapoport, Anatol und Albert M. Chammah (1965): *Prisoner's Dilemma. A Study in Conflict and Cooperation*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Rasmusen, Eric (1994): *Games and Information. An Introduction to Game Theory*. Cambridge, Mass.: Blackwell, 2. Aufl.

- Ravenal, Earl C. (1971a): *Approaching China, Defending Taiwan*. *Foreign Affairs* 50 (1), S. 30–43.
- Ravenal, Earl C. (1971b): *The Nixon Doctrine and Our Asian Commitments*. *Foreign Affairs* 49 (2), S. 201–217.
- Rosenau, James N. (1969): *Linkage Politics. Essays on the Convergence of National and International Systems*. New York: Princeton Center of International Studies.
- Rosenberg, Justin (1990): *What's the Matter with Realism?.* *Review of International Studies* 16, S. 285–303.
- Ross, Robert S. (1995): *Negotiating Cooperation. The United States and China 1969–1989*. Stanford: Stanford University Press.
- Ross, Robert S. (1997): *Beijing as a Conservative Power*. *Foreign Affairs* 76 (2), S. 33–44.
- Ross, Robert S. (Hg.) (1998a): *After the Cold War. Domestic Factors and U.S.-China Relations*. Armonk: M. E. Sharpe.
- Ross, Robert S. (1998b): *The Strategic and Bilateral Context of Policy-Making in China and in the United States: Why Domestic Factors Matter*. In: Robert S. Ross (Hg.), *After the Cold War. Domestic Factors and U.S.-China Relations*, Armonk: M. E. Sharpe. S. 3–39.
- Rudolf, Peter (1994): *Menschenrechte und Meistbegünstigung: Die amerikanische Chinapolitik*. In: Herbert Dittgen und Michael Minkenberg (Hg.), *Das amerikanische Dilemma. Die Vereinigten Staaten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Paderborn: Schöningh. S. 201–224.
- Rudolf, Peter und Jürgen Wilzewski (1994): *Weltpolitik als Weltordnungspolitik? Amerikanische Außenpolitik zwischen Prinzip und Pragmatismus*. In: Herbert Dittgen und Michael Minkenberg (Hg.), *Das amerikanische Dilemma. Die Vereinigten Staaten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Paderborn: Schöningh. S. 431–442.
- Scalapino, Robert A. (1974): *China and the Balance of Power*. *Foreign Affairs* 52 (2), S. 349–385.

- Scharpf, Fritz W. (1989): *Decision Rules, Decision Styles and Policy Choices*. *Journal of Theoretical Politics* 1 (2), S. 149–176.
- Schwan, Alexander (1991): *Politische Theorien des Rationalismus und der Aufklärung*. In: Hans-Joachim Lieber (Hg.), *Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 157–257.
- Schweigler, Gebhard (1994): „America First“? *Die öffentliche Meinung und die amerikanische Außenpolitik*. In: Herbert Dittgen und Michael Minkenberg (Hg.), *Das amerikanische Dilemma. Die Vereinigten Staaten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Paderborn: Schöningh. S. 23–67.
- Schweller, Randall L. (1996): *Neorealism's Status-Quo Bias: What Security Dilemma?*. In: Benjamin Frankel (Hg.), *Realism: Restatements and Renewal*, London: Frank Cass. S. 90–121.
- Segal, Gerald (1999): *Does China Matter?*. *Foreign Affairs* 78 (5), S. 24–36.
- Seymour, James D. (1994): *Human Rights in Chinese Foreign Relations*. In: Samuel S. Kim (Hg.), *China and the World. Chinese Foreign Relations in the Post-Cold War Era*, Boulder: Westview Press. 3. Aufl., S. 202–225.
- Sheposh, John P. und Philip S. Gallo Jr. (1973): *Asymmetry of Payoff Structure and Cooperative Behavior in the Prisoner's Dilemma Game*. *Journal of Conflict Resolution* 17 (2), S. 321–333.
- Siedschlag, Alexander (1997a): *Der Realismus und die Wirklichkeit nach dem Kalten Krieg – Eine Replik auf Erhard Forndran*. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 7 (4), S. 1361–1376.
- Siedschlag, Alexander (1997b): *Neorealismus, Neoliberalismus und postinternationale Politik. Beispiel internationale Sicherheit – Theoretische Bestandsaufnahme und Evaluation*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Sieg, Gernot (2000): *Spieltheorie*. München: Oldenbourg.
- Snidal, Duncan (1985): *Coordination versus Prisoners' Dilemma. Implications for International Cooperation and Regimes*. *American Political Science Review* 79 (4), S. 923–942.

- Snidal, Duncan (1991): *International Cooperation among Relative Gains Maximizers*. *International Studies Quarterly* 35 (4), S. 387–402.
- Snidal, Duncan (1993): *Relative Gains and the Pattern of International Cooperation*. In: David A. Baldwin (Hg.), *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate*, New York: Columbia University Press. S. 170–208.
- Spohn, Wolfgang (1994): *Wie läßt sich Spieltheorie verstehen?*. In: Julian Nida-Rümelin (Hg.), *Praktische Rationalität. Grundlagenprobleme und ethische Anwendungen des rational choice-Paradigmas*, Berlin: Walter de Gruyter, Bd. 2 von *Perspektiven der Analytischen Philosophie*. Herausgegeben von Georg Meggle und Julian Nida-Rümelin. S. 197–237.
- Stein, Arthur (1993): *Coordination and Collaboration: Regimes in an Anarchic World*. In: David A. Baldwin (Hg.), *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate*, New York: Columbia University Press. S. 29–49.
- Sutter, Robert G. (1996): *Shaping China's Future in World Affairs: The Role of the United States*. Boulder: Westview Press.
- Sutter, Robert G. (1998a): *Domestic Politics and the U.S.-China-Taiwan Triangle: The 1995–96 Taiwan Strait Conflict and Its Aftermath*. In: Robert S. Ross (Hg.), *After the Cold War. Domestic Factors and U.S.-China Relations*, Armonk: M. E. Sharpe. S. 70–106.
- Sutter, Robert G. (1998b): *Normalization with China*. In: *Reversing Relations with Former Adversaries. U.S. Foreign Policy after the Cold War*, Gainesville: University Press of Florida. S. 44–65.
- Talbott, Strobe (1980): *U.S.-Soviet Relations: From Bad to Worse*. *Foreign Affairs* 58 (3), S. 515–539.
- Taylor, Michael (1976): *Anarchy and Cooperation*. London: John Wiley and Sons.
- Teles, Steven M. (1998): *Public Opinion and Interest Groups in the Making of U.S.-China Policy*. In: Robert S. Ross (Hg.), *After the Cold War. Domestic Factors and U.S.-China Relations*, Armonk: M. E. Sharpe. S. 40–69.

- Tucker, Robert W. (1988): *Reagan's Foreign Policy*. *Foreign Affairs* 68 (1), S. 1–27.
- Tyler, Patrick (1999): *The (Ab)normalization of U.S.-Chinese Relations*. *Foreign Affairs* 78 (5), S. 93–122.
- Tyler, Patrick (2000): *A Great Wall. Six Presidents and China: An Investigative History*. New York: Public Affairs.
- Varian, Hal R. (1995): *Grundzüge der Mikroökonomik*. München: Oldenbourg, 3. Aufl.
- Vogel, Ezra F. (1997a): *Introduction: How Can the United States and China Pursue Common Interests and Manage Differences*. In: Ezra F. Vogel (Hg.), *Living with China. U.S./China Relations in the Twenty-First Century*, New York: W.W. Norton. S. 17–52.
- Vogel, Ezra F. (Hg.) (1997b): *Living with China. U.S./China Relations in the Twenty-First Century*. New York: W.W. Norton.
- Walt, Stephen M. (1987): *The Origins of Alliances*. Ithaca: Cornell University Press.
- Walt, Stephen M. (1999): *Rigor or Rigor Mortis. Rational Choice and Security Studies*. *International Security* 23 (4), S. 5–48.
- Waltz, Kenneth N. (1959): *Man, the State and War. A Theoretical Analysis*. New York: Columbia University Press.
- Waltz, Kenneth N. (1979): *Theory of International Politics*. New York: McGraw-Hill.
- Waltz, Kenneth N. (1989): *The Origins of War in Neorealist Theory*. In: Robert I. Rotberg und Theodore Rabb (Hg.), *The Origin and Prevention of Major Wars*, Cambridge: Cambridge University Press. S. 39–52.
- Waltz, Kenneth N. (1995): *Realist Thought and Neorealist Theory*. In: Charles W. Kegley (Hg.), *Controversies in International Relations Theory. Realism and the Neoliberal Challenge*, New York: St. Martin's Press. S. 67–82.
- Waltz, Kenneth N. (2000): *Structural Realism after the Cold War*. *International Security* 25 (1), S. 5–41.

- Weggel, Oskar (1973): *Moskau und Peking: Die ersten Jahre der zweiten Eiszeit*. Aus *Politik und Zeitgeschichte* 23 (B 43), S. 3–29.
- Weihe, Ulrich (1989a): *Empirisch-analytische Theorien*. In: Dieter Nohlen (Hg.), *Pipers Wörterbuch zur Politik*, München: Piper, Bd. 1 Politikwissenschaft: Theorien – Methoden – Begriffe. 3. Aufl., S. 187. Herausgegeben von Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze.
- Weihe, Ulrich (1989b): *Modell*. In: Dieter Nohlen (Hg.), *Pipers Wörterbuch zur Politik*, München: Piper, Bd. 1 Politikwissenschaft: Theorien – Methoden – Begriffe. 3. Aufl., S. 580–582. Herausgegeben von Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze.
- Werner, Suzanne (1997): *In Search of Security: Relative Gains and Losses in Dyadic Relations*. *Journal of Peace Research* 34 (3), S. 289–302.
- Xiang, Huan (1981): *On Sino-U.S. Relations*. *Foreign Affairs* 60 (1), S. 35–53.
- Zacher, Mark W. und Richard A. Matthew (1995): *Liberal International Theory: Common Threads, Divergent Strands*. In: Charles W. Kegley (Hg.), *Controversies in International Relations Theory. Realism and the Neoliberal Challenge*, New York: St. Martin's Press. S. 107–150.
- Zagoria, Donald S. (1986): *The Moscow-Beijing Détente*. In: Robbin F. Laird und Erik P. Hoffmann (Hg.), *Soviet Foreign Policy in a Changing World*, New York: Aldine de Gruyter. S. 681–698.
- Zangl, Bernhard und Michael Zürn (1994): *Theorien des rationalen Handelns in den Internationalen Beziehungen. Versuch eines Überblicks*. In: Volker Kunz und Ulrich Druwe (Hg.), *Rational Choice in der Politikwissenschaft*, Opladen: Leske und Budrich. S. 81–111.
- Zintl, Reinhard (1989): *Der Homo Oeconomicus: Ausnahmeerscheinung in jeder Situation oder Jedermann in Ausnahmesituationen?*. *Analyse & Kritik* 11, S. 52–69.
- Zintl, Reinhard (1994): *Kooperation kollektiver Akteure: Zum Informationsgehalt angewandter Spieltheorie*. In: Julian Nida-Rümelin (Hg.), *Praktische Rationalität. Grundlagenprobleme und ethische Anwendungen des rational choice-Paradigmas*, Berlin: Walter de Gruyter. S. 239–258.

Zippelius, Reinhold (1994): *Allgemeine Staatslehre*. München: Beck, 12. Aufl.

Zürn, Michael (1992): *Interessen und Institutionen in der internationalen Politik: Grundlegung und Anwendung des situationsstrukturellen Ansatzes*. Opladen: Leske und Budrich.

Danksagung

Herrn Prof. Dr. Adolf Kimmel möchte ich für die Möglichkeit der Promotion danken sowie für seinen unerschütterlichen Glauben an die Fertigstellung meines Projekts.

Dr. Jörg Klawitter danke ich für seine aufmunternde Unterstützung sowie für die Möglichkeit, als wissenschaftliche Hilfskraft im CIP-Pool der Philosophischen Fakultät III den Anfang meiner Promotion zu finanzieren.

Natürlich sind Frau Marion Nagl und Frau Gerda Treffer als gute Seelen des Instituts und des Dekanats nicht wegzudenken, sie haben mich all die Jahre begleitet.

Frau Prof. Dr. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet danke ich für die „externe“ Unterstützung und ihre Bereitschaft, das Zweitgutachten zu übernehmen.

Für die geistige und moralische Unterstützung danke ich meinen Eltern, sie haben mir diesen Weg erst ermöglicht.

Dr. Jeanette Musick danke ich für ihre Motivation, Zähigkeit und ihre Nerven.

Alle hier Genannten und noch viele mehr haben zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen.

Vielen Dank!

Lebenslauf

Persönliche Daten

Holger Kopp-Musick
geboren am 9. Oktober 1968 in Würzburg
verheiratet, 2 Kinder

Schule

1974-1978 Grundschule in Kist
1978-1987 Siebold-Gymnasium Würzburg
Abschluß: Abitur

1987-1988 Wehrdienst

Grundwehrdienst in Wildflecken

Studium

1988-1989 Studium der Volkswirtschaftslehre, Universität Würzburg
1989-1995 Studium der Politischen Wissenschaft, Universität Würzburg
Nebenfächer: Soziologie, Öffentliches Recht
Schwerpunkt: Internationale Beziehungen

1995 Studienabschluß M.A.

Thema der Magisterarbeit: Die EG und der Jugoslawien-Konflikt

1995 Beginn der Promotion

Thema: Relative Gewinne als Kooperationshindernis in den Internationalen Beziehungen
Betreuer: Prof. Dr. Adolf Kimmel

Berufliche Tätigkeiten

1988-1995 Verlags-Service GmbH, Würzburg
Mitarbeit (Werkstudent) im Zeitungsversand

1992-1995 Studentische Hilfskraft am Institut für Politische Wissenschaft, Universität Würzburg

1995-1996 Wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Politische Wissenschaft, Universität Würzburg

1995-1997 Selbständige Tätigkeit als EDV-Berater

1996-1999 Wissenschaftliche Hilfskraft am Dekanat der Philosophischen Fakultät III,
Universität Würzburg, Betreuung des CIP-Pools

2000- Systemberater Avaya-Tenovis GmbH & Co. KG, Frankfurt/M.